Carolin Schurr

Andean Rural Local Goverments in-between Powerscapes

Die Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi, Ecuador

MESA REDONDA

Neue Folge
No. 25

00
IQ 00010
M 578
N 4
- 25

Carolin Schurr

Andean Rural Local Goverments in-between Powerscapes

Die Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi, Ecuador

Eichstätt 2009

001IQ 00010 M578 N4-25

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien

Centro de Estudios Latinoamericanos

September 2009

BV035749825
Universitätsbibliothek
Eichstätt (06)
09kmo-769

Typoskript: Claudia Velázquez-Schobert
Redaktion: Dr. Karl-Dieter Hoffmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. GEMEINDERÄTE ALS NEUE POLITISCHE AKTEURE IN ECUADOR 8
FORSCHUNGSDESIGN 11

2. VON POWERSCAPES UND MACHTAUFGELADENEN RÄUMEN.....14
POWERSCAPES – DIE SOZIALE KONSTRUKTION VON MACHT IM RAUM 16

3. POSTKOLONIALE DEKONSTRUKTIONEN VON ENTWICKLUNG...21
Die Konstruktion von „Entwicklung“..... 21
Post-Development und die Kritik an Entwicklung..... 23
Post-Development als Dekonstruktion von Machtlandschaften..... 25
ECUADOR ALS EIN (POST) KOLONIAL KONSTRUIERTES ENTWICKLUNGSLAND 30
Identity: Colonizer vs. Colonized 37
Gender: Machismo vs. Marianismo..... 46
DIE PROVINZ COTOPAXI: OPFER ORTHODOXER ENTWICKLUNGSPRAKTIKEN?! 49
Destruktion: Scheitern des westlichen Entwicklungsparadigmas in Cotopaxi .49
Konstruktion: Alternative indigene Vorstellungen von Entwicklung 54
ZWISCHEN COTOPAXI, POSTDEVELOPMENT UND DEZENTRALISIERUNG 56

4. GOOD GOVERNANCE UND DEZENTRALISIERUNG.....57
DE-ZENTRALISIERUNG ZWISCHEN PRIVATISIERUNG UND SOZIALEN BEWEGUNGEN 60
Dezentralisierung in Lateinamerika..... 62
Der steinige Weg der Dezentralisierung in Ecuador 64
LOKALREGIERUNGEN IN COTOPAXI IM DEZENTRALISIERUNGSPROZESS 78
Die Geschichte der Lokalregierungen – warum „braucht“ Ecuador JPRs? 78
Die aktuelle Situation der Gemeinderäte im Dezentralisierungsprozess..... 82
Legitimationskrise – die Gemeinderäte ohne Autorität? 93

5. DEKONSTRUKTION LOKALER MACHTLANDSCHAFTEN.....95
MACHTSTRÖME IM LÄNDLICHEN RAUM 95
Konflikt: Machtkampf zwischen den Akteuren..... 100
Abhängigkeiten: keine Macht ohne die Unterstützung der anderen Consejos. 102
Konkurrenz: es gibt nur einen mächtigen Akteur..... 103
Dominanz: die OSG hat die Macht über die JPR 105
Synkretismus: die Macht verschmilzt..... 107
Kooperation: gemeinsam zum Ziel, jeder in seiner Rolle 109
Zwischen Indigenen und Mestizen: Ethnoscapes 112
Zwischen Männern und Frauen: Genderscapes..... 116

6. KONKLUSION: LOKALREGIERUNGEN ALS „POST-DEVELOPER“119

BIBLIOGRAPHIE 124

Reflexionen

Reflexion: Post-Development – was heisst das für mich? 29
Reflexion: Der ecuadorianische Entwicklungspfad 36
Reflexion: Von Schwächen und Stärken der JPRs 86
Reflexion: Typisierung der Machtlandschaften 98
Reflexion: Vier Gemeinden sechs Machtlandschaften 111

Exkurse

Exkurs: Ver-Räumlichung von Entwicklung 25
Exkurs: Amtseinführung von Rafael Correa 44
Exkurs: Die Regierung Gutiérrez - Chronik eines angekündigten Sturzes 68

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Abstrahierter Forschungsprozess 9
Abbildung 2: Forschungsperspektiven 12
Abbildung 3: Themenkomplexe der Interviewleitfäden 13
Abbildung 4: „The Big Step“ 22
Abbildung 5: Erdölpreis in US$/Barril 1972-2007 35
Abbildung 6: Identitätskonstruktion in der Geschichte Ecuadors 38
Abbildung 7: indigene Organisation in der Provinz Cotopaxi 42
Abbildung 8: Rafael Correa bei der Amtseinführung 44
Abbildung 9: Karte der Provinz Cotopaxi 50
Abbildung 10: Armut in der Provinz Cotopaxi 51
Abbildung 11: Desertifikation in der Gemeinde Guangaje 53
Abbildung 12: Vertrauen in die Institutionen Ecuadors 73
Abbildung 13: Verteilung der indigenen Ethnien in Ecuador 75
Abbildung 14: Partizipation an Protesten 76
Abbildung 15: Untersuchte Fallbeispielgemeinden 99
Abbildung 16: Indigen-Sein – Mestiz-Sein 115

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stadt – Land Dichotomien 18
Tabelle 2: Entwicklung Ecuadors 1972 bis 2007 34
Tabelle 3: Bevölkerungsverteilung nach ethnischer Zugehörigkeit 40
Tabelle 4: Indigene Vertreter in öffentlichen Institutionen 43
Tabelle 5: Beschäftigten an den Wirtschaftssektoren in Cotopaxi 51
Tabelle 6: Dimensionen der Dezentralisierung und ihre Grundprinzipien 61
Tabelle 7: Institutionalisierung des Parteiensystems in Lateinamerika 70
Tabelle 8: Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie 72
Tabelle 9: Subnationale Regierungen und ihre Autoritäten 78

Tabelle 10: Aufgaben der Gemeinderäte in 83
Tabelle 11: Übersicht über die ausgewählten Gemeinden 99

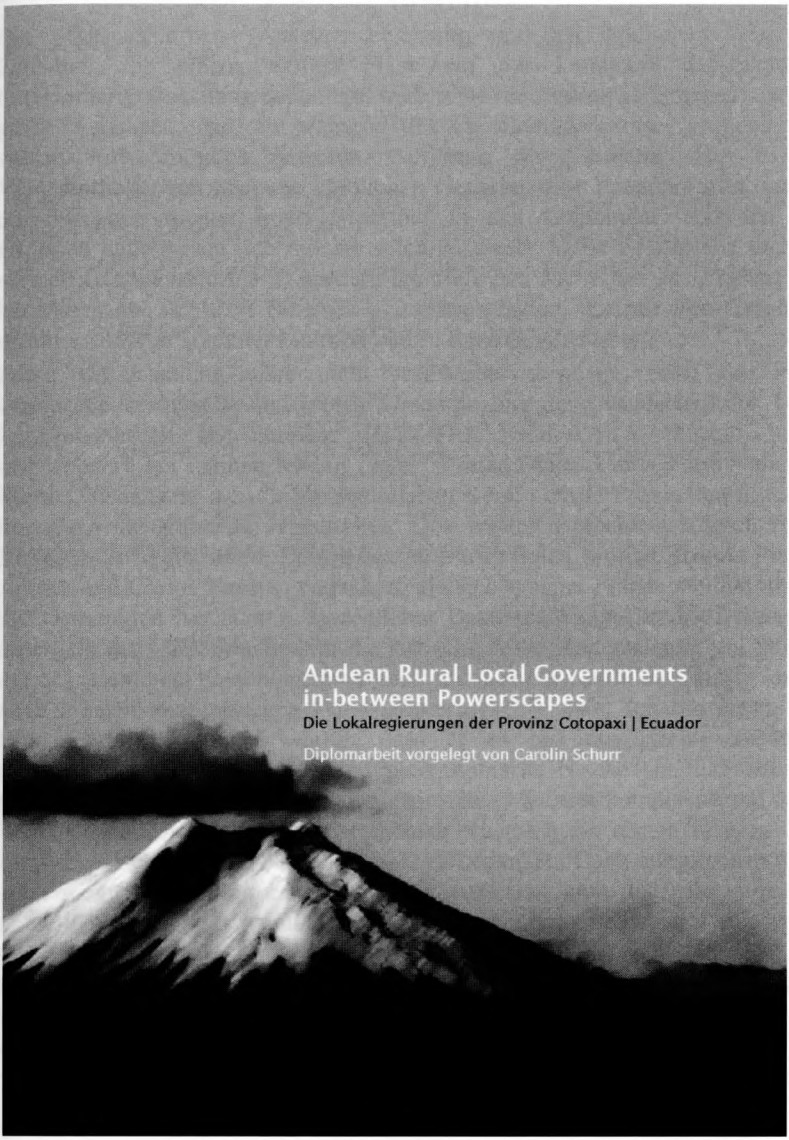
GLOSSAR

Spanisch	Deutsch
Barrio	Viertel in der Gemeinde (v.a. im städtischen Bereich)
Cabezera	Das Zentrum (der Gemeinde, des Kantons)
Comunidad	Indigene Bezeichnung für einen abgeschlossenes Viertel in der Gemeinde
Consejo Nacional de los Indígenas del Ecuador (CONAIE)	Nationaler Dachverband der Indigenen
Consejor Nacional de la Modernización (CONAM)	Nationaler Rat für Modernisierung (Ministerium)
Consejo de los Nacionalidades y Pueblos Ecuatorianos (CODENPE)	Rat der Völker Ecuadors (Ministerium)
Consejo Municipal (CM)	Stadtrat
Consejo Provincial (CP)	Provinzrat
Consejo Nacional de las Juntas Parroquiales Rurales del Ecuador (CONAJUPARE)	Nationaler Rat der ländlichen Gemeinderäte Nationale Dachorganisation
Costa	Küstenregion des Landes
Dirigente	Vertreter, Präsident, Führungsperson
Dirigente barrial	Vertreter eines Gemeineviertels
Feria	Markt auf dem zentralen Platz
Junta	Die Junta, hier: der Gemeinderat sowie auch das Haus des Gemeinderats
Minga	aus dem Quechua, Form kommunaler Gemeinschaftsarbeit, die Gemeinschaftszwecken dient.
Movimiento Indígena y Campesino de la Provincia de Cotopaxi (MICC)	Indigene Bewegung der Provinz Cotopaxi
Municipo	Das Rathaus, die Kantonhauptstadt
Movimiento Plurinacional Pachakutik – Nuevo País (MUPP-NP)	Indigene politische Partei
Organización de Segundo Grado (OSG)	Soziale Organisation auf lokaler Ebene
Parroquia	Gemeinde
Partidismo	Korrumpierung der Gesellschaft durch die Parteien
Partido Social Patriótico (PSP)	Sozialpatriotische Partei (Lucio Gutiérrez)
Plan Anual Operativo (POA)	Gemeindeentwicklungsplan
Programa de Modernización y Descentralización del Ecuador (PROMODE – GTZ)	Programm für Modernisierung und Dezentralisierung der GTZ Ecuador
Programa del Desarrollo de la Provincia de Cotopaxi (PRODECO)	Entwicklungsprogramm für die Provinz Cotopaxi, finanziert von der europäischen Union
Oriente	Östlicher Teil des Landes, Synonym für das Amazonasgebiet
Recinto	Viertel in der Gemeinde (v.a. in der Küste)
Sierra	Hochlandregion der Anden

Teniente Político	Politischer Gesandter der Nationalregierung in den Gemeinden, der für die Überwachung des Gesetz verantwortlich ist
Tenencia	Die Instanz des Tenientes Políticos
Vocal	Gewähltes Mitglied im Gemeinderat
Zona alta	die *comunidades* einer Gemeinde die im Paramo höher als das Zentrum der Gemeinde liegen, meist v.a. von Indigenen bewohnt
Zona baja	Tiefer gelegene Zone einer Gemeinde um das Zentrum herum, traditionell von Mestizen geprägt

INTERVIEWNAMEN

Codename	Name	Funktion	Institution
	Dolores Padilla	Projektleiterin Dialogo 21	Vereinte Nationen Ecuador
	Fernando Yanez		GTZ
	Anita Krainer		GTZ
	Janos Zimmermann	Vorsitzender	GTZ – PROMODE
	Oscar Forero	Asesor Partizipation und soziale Kontrolle	GTZ – PROMODE
	Alexandra Pérez	Ministerin	CONAM
	Lourdes Tibán	Ministerin	CODENPE
	Angel Tibán	Projektleiter	PRODECO
	Fernando Salazar	Präsident	CONAJUPARE
Maria		Sekretärin	CP de las JPR de Cotopaxi
Antonio		Abgeordneter MUPP-NP	Nationaler Kongress
Francisco		Abgeordneter PSP	Nationaler Kongress
Pedro		Sekretär für Bildung und Erziehung	MICC
Rosa		Vocal	JPR Cusubamba
Augusto		Vocal	JPR Mulallio
José		Präsident	Junta de Aguas de Mulallio
Gabriela		Vocal	JPR Mulallio
Martha		Sekretärin	JPR Mulallio
Federico		Präsident	OSG Mulaló
Miguel		Sekretär	JPR Mulaló
Fernando		Vice Präsident	JPR Mulaló
Juan		Teniente Político	JPR Toacazo
Paola		Sekretärin	JPR Toacazo
Laura		Präsidentin	Frauengruppe JPR Toacazo
Belén		Präsidentin	Barrio Pillaqumbi Toacazo
Gustavo		Präsident	UNOCANC, Toacazo
Alberto		Präsident	JPR Mulliquindil


Andean Rural Local Governments
in-between Powerscapes
Die Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi | Ecuador
Diplomarbeit vorgelegt von Carolin Schurr

DANKSAGUNG

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den ländlichen Gemeinderäten Ecuadors, die einem weißen Fleck auf der Landkarte der akademischen Lateinamerikaforschung darstellen, wäre ohne die zahlreiche Unterstützung und das große Vertrauen, das mir während des Forschungsprozesses entgegen gebracht wurde, nicht möglich gewesen. Aufgrund der Tatsache, dass es keinerlei Veröffentlichungen über die ländlichen Gemeinderäte Ecuadors gibt, war ich auf die Offenheit meiner Interviewpartner in den Gemeinden und der befragten Experten angewiesen. Ich möchte mich an dieser Stelle zu allererst nicht nur bei meinen Gesprächspartnern, sondern bei allen den Menschen der Provinz Cotopaxi bedanken, die sich Zeit für mich genommen haben, um mir ihre Geschichten zu erzählen und mir so einen Einblick in ihre Realität gewährten.

Diese Untersuchung wäre nicht realisierbar gewesen, ohne die finanzielle, logistische, technische und ideelle Unterstützung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in Ecuador (GTZ-PROMODE). Ich möchte mich hier insbesondere bei meinen beiden *„jefes"* Oscar Diario Usma Forero und Marjorie Reinoso bedanken, die mir die zahlreichen Reisen in die Provinz ermöglichten und mir wertvolle Kontakte vermittelten. Des Weiteren möchte ich mich bei meinen Kollegen Sofia Starnfeld, Edison Mafla, María Belén Molina, Joanna Fierro, Carla Acosta und Carlos Bermeo bedanken, die sich meinen Fragen stellten und mich in die Gemeinden begleiteten. Besonderen Dank nicht nur für die Zusammenarbeit innerhalb der GTZ, sondern für die kritische Auseinandersetzung mit mir während meines gesamten Forschungsprozesses gilt Lorena Cantillo. Danken möchte ich auch meinen akademischen Wegbegleitern in Eichstätt. Ich bin Herrn Professor Hopfinger sehr dankbar dafür, dass er es mir ermöglichte außerhalb des touristischen Schwerpunkts meine „geographische Nische" in Eichstätt zu finden und mich während meines Forschungsprozesses äußerst kompetent und zuverlässig betreute. Bei Dr. Marc Boeckler möchte ich mich für seinen wissenschaftlichen Input in entscheidenden Phasen der Arbeit bedanken. Dank aussprechen möchte ich auch meinem Zweitkorrektor Dr. Hoffmann, der mich über die ganze Zeit mit aktuellen Informationen und tagespolitischen Analysen zu Ecuador versorgte.

Zuletzt möchte ich mich bei meinen Freundinnen und meiner Familie bedanken, die mich während dieser gesamten Zeit unterstützt haben. Besonderer Dank gilt Mirijam Geiger, Olga Krahn, Miriam Stolz, Constanze Bönig, Johannes Gerschewski sowie Christian Carl für die kritische Revision dieser Arbeit.

Zuletzt bedanke ich mich vor allem bei Karl-Dieter Hoffmann und Claudia Velázquez-Schobert für die Vorbereitung der Veröffentlichung.

Bern, im Oktober 2008 Carolin Schurr

1. Gemeinderäte als neue Politische Akteure in Ecuador

„Geography is about power. Although often assumed to be innocent, the geography of the world is not a product of nature but a product of the struggles between competing authorities over the power to organize, occupy and administer space" (Ó Tuathail 1996: 1).

Mit der Verfassung von 1998 und dem Gesetz No 2000-29 *Ley Orgánica de las Juntas Parroquiales Rurales* (Congreso Nacional 2000) wurden die ländlichen Gemeinderäte als demokratisch gewählte Lokalregierung eingeführt. Diese neue Regierungsebene entstand als eine explizit für den ländlichen Raum zuständige Institution, mit dem Ziel, die „Entwicklung" des ländlichen Raums zu fördern. Nach den ersten Regierungsjahren wird nun allmählich deutlich, dass die Gemeinderäte sehr weit von diesem Ziel entfernt sind und in ihrem Alltag mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die dazu führen, dass diese neue Institution auf einer geringen Legitimationsbasis fußt.

Ziel der Diplomarbeit ist es, die aktuelle Situation der Gemeinderäte zu untersuchen, dabei sollen sowohl erste Erfolge als auch die Schwierigkeiten der Gemeinderäte, ihre Rolle im soziopolitischen Gefüge Ecuadors zu finden, thematisiert werden.

Nach einer ersten Analyse der Situation der Gemeinderäte wurde deutlich, dass viele der Probleme mit denen die Gemeinderäte konfrontiert sind, auf dem Zusammenstoß mit bestehenden Machtlandschaften im ländlichen Raum beruhen. Im Zentrum dieser Arbeit steht deshalb die Dekonstruktion dieser Machtlandschaften zwischen den Gemeinderäten und anderen lokalen und regionalen Akteuren, wie zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirche, staatlichen Vertretungen, Provinz- und Stadträten. Machtlandschaften spannen sich jedoch nicht nur zwischen den Institutionen auf, sondern spiegeln sich auch in gesellschaftlichen, (post)kolonial konstruierten Machtbeziehungen zwischen Indigenen und Mestizen sowie zwischen den Geschlechtern wider. Daraus ergibt sich die erste Fragestellung:

Auf welche Machtlandschaften (powerscapes) stoßen die im Zuge des Dezentralisierungs-prozesses neu implementierten Lokalregierungen (JPRs) und wie manifestieren sich diese Machtbeziehungen in ihren Praktiken?

Die Dekonstruktion der Machtlandschaften findet mit dem Ziel statt, Potentiale, Mechanismen und Vorgehensweisen zu identifizieren, die es den verschiedenen lokalen Akteuren ermöglichen, gemeinsam die Konzepte „Dezentralisierung" und „Entwicklung" neu zu verhandeln und mit eigenen Inhalten und Praktiken zu füllen. Die Fragestellung soll dazu anregen, über eigene Vorstellungen von Entwicklung nachzudenken, um sich von in der Provinz gescheiterten postkolonialen orthodoxen Entwicklungsparadigmen zu emanzipieren. Am Ende dieser Diskussion steht die Frage:

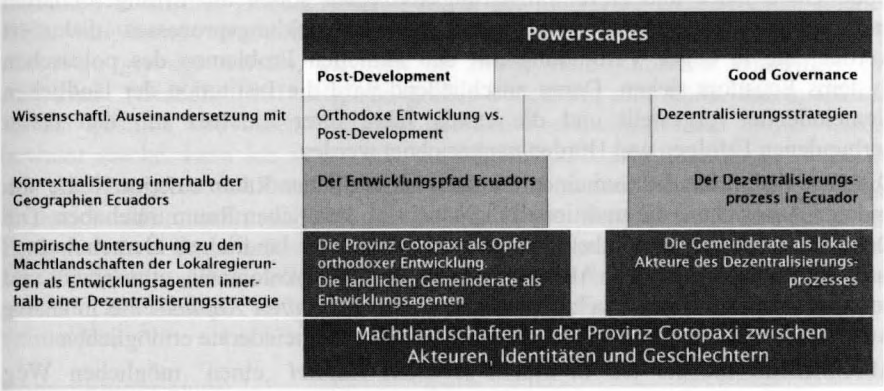
Wie können die ländlichen Gemeindräte gemeinsam mit anderen ‚traditionellen' Akteuren endogene Entwicklungen anstoßen und somit die Situation der Bürger des ländlichen Raums verbessern?

Mithilfe der qualitativ im Feld erhobenen empirischen Daten sollen anhand dieser zwei Fragestellungen die Auswirkungen der Einführung dieses neuen politischen Akteurs auf die Machtstrukturen innerhalb eines äußerst fragmentierten Raums untersucht werden.

Local Governments in-between Powerscapes – der Titel drückt aus, was sich auch in der Herangehensweise des Forschungsprozesses wieder findet: die Machtlandschaften, in die die Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi eingebettet sind, spielen sich zwischen multiplen Ebenen und verschieden skalierten Maßstäben ab. Um ihnen näher zu kommen, wurden drei thematische Zugänge – Macht, Post-Development, Good Governance – sowie drei Abstraktionsniveaus – wissenschaftliche Auseinandersetzung, Kontextualisierung innerhalb Ecuadors, empirische Auseinandersetzung mit Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi – gewählt, von denen aus die Machtlandschaften multiperspektivisch beleuchtet werden.

Die Auseinandersetzung mit den Lokalregierungen gleicht dabei einem Mosaik, das theoretische Elemente und Konzepte mit länderspezifischen Analysen und der vor Ort durchgeführten empirischen Forschung verbindet.

Abbildung 1: Abstrahierter Forschungsprozess



Quelle: eigene Darstellung

Aufgrund der drei Zugänge und ihrer Thematisierung in den unterschiedlichen geographischen Räumen findet keine strikte Trennung zwischen einem empirischen und einem konzeptionellen Teil statt, sondern die beiden Elemente werden miteinander in den einzelnen Kapiteln verbunden.

Im *ersten Kapitel* erfolgt ein Überblick über Ziele, Grundüberlegungen, den aktuellen Forschungsstand sowie über die Herangehensweise dieser Arbeit, bevor im *zweiten Kapitel* das sozialwissenschaftliche Phänomen Macht thematisiert sowie

die Beziehung zwischen Raum und Macht diskutiert wird. Da Machtbeziehungen allen Ebenen und Themen, die in dieser Arbeit verwendet werden, immanent sind, wird die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Macht(landschaften) vorangestellt.

Die ländlichen Gemeinderäte wurden mit der Intention gegründet, die Entwicklung des bislang marginalisierten, ländlichen Raums zu fördern, der bis heute in allen sozioökonomischen Indikatoren schlechter abschneidet als die urbanen Zentren. Deshalb findet im *dritten Kapitel* eine Auseinandersetzung mit Entwicklungstheorien der Moderne und Postmoderne statt. In einem ersten Schritt soll dabei die Diskussion der Post-Development Schule im Vordergrund stehen, die ein Ende des orthodoxen Entwicklungsparadigmas und dessen (post)kolonialen Praktiken fordert. In einem zweiten Schritt steht die Entwicklung Ecuadors unter Berücksichtigung bis heute anhaltender oder neu produzierter (post)kolonialer Machtbeziehungen im Fokus. Und letztlich in einem dritten Schritt wird in die Geographien der Provinz Cotopaxi eingeführt, als ein Raum, in dem verschiedene Vorstellungen von Entwicklung aufeinander treffen.

Der dritte thematische Zugang zu den neuen Lokalregierungen besteht aus Good Governance und Dezentralisierungsstrategien, die im *vierten Kapitel* thematisiert werden. Die Gemeinderäte wurden innerhalb des ecuadorianischen Dezentralisierungsprozesses kreiert, sind aber gleichzeitig auch Opfer einer nicht konsequent vollzogenen Dezentralisierung. Nach einer allgemeinen Auseinandersetzung mit Good Governance und Dezentralisierungskonzepten sollen die Errungenschaften und Schwierigkeiten des ecuadorianischen Entwicklungsprozesses diskutiert werden, die in enger Verbindung mit den aktuellen Problemen des politischen Systems Ecuadors stehen. Daran anschließend wird die Institution der ländlichen Gemeinderäte vorgestellt und die ersten Jahre ihrer Existenz mit den damit verbundenen Erfolgen und Hürden nachzeichnet werden.

Die neue Institution der Gemeinderäte stößt im ländlichen Raum auf eine Reihe von anderen Autoritäten, die traditionell die Macht im ländlichen Raum innehaben. Die Dekonstruktion der Machtbeziehungen zwischen den ländlichen Gemeinderäten und den anderen lokalen Akteuren sowie der (post)kolonialen ethnischen und geschlechtsspezifischen Machtlandschaften soll im *fünften Kapitel* eine intensive Auseinandersetzung mit der Realität der ländlichen Gemeinderäte ermöglichen.

Abschließend möchte ich in einem *sechsten Kapitel* ‚einen' möglichen Weg aufzeigen, den die Gemeinderäte in Zukunft gehen könnten, um zu erreichen, wofür sie geschaffen wurden: die Lebenssituation der Menschen vor Ort zu verbessern.

POSITIONIERUNG: EIN EUROZENTRISCHER BLICK AUF ECUADOR

"Most of us have not been very good at listening to others and learning from them, but the present challenge is surely to find ways of comprehending those other worlds – including our relations with them and our responsibilities toward them – without being invasive, colonizing and violent. (…) We need to learn how to reach beyond particularities, to speak of larger questions without diminishing the significance of the places and the people to which they are accountable. In so doing, in enlarging and examining our geographical imaginations, we might come to realise not only that our lives are 'radically entwined with the lives of distant strangers' but also that we

bear a continuing and unavoidable responsibility for their needs in times of distress more" (Gregory 1994: 205 zitiert nach Cloke et al. 2005: 76).

Ist es nicht eine neue Form von Kolonialisierung, wenn ich mir als deutsche Akademikerin anmaßen will soziale Realitäten Lateinamerikas zu rekonstruieren, und widerspricht dieses Vorgehen nicht postkolonialen Grundsätzen? Wenn Little (2002) die Frage stellt, *„whether we can or should attempt to research the lives of those who are very distant from us"* (S. 187), trifft sie den Kern meiner Zweifel, die mich während des gesamten Forschungsprozesses begleiteten. Oft hatte ich das Gefühl, dass ich einen viel zu kleinen Einblick in die Realität des ländlichen Raums Ecuadors hatte, um die komplexen Zusammenhänge verstehen zu können, und empfand es dann als anmaßend, eine Arbeit über die dortigen Machtverhältnisse schreiben zu wollen. Denn reproduziere ich nicht vielmehr koloniale Machtbeziehungen, wenn ich als weiße Frau der Mittelschicht, als Forscherin und Akademikerin in das Leben der ländlichen Bevölkerung Cotopaxis „eindringe" und somit gegen mein eigenes Forschungsziel, der Dekonstruktion (post)kolonialer Machtbeziehungen, handle?

Selbst wenn ich in meiner Arbeit versuche, die beforschten Subjekte selbst sprechen zu lassen, muss ich mich der Kritik Masseys (2004) aussetzen, *„that we shouldn't assume that we go in and 'isn't it wonderful', we can let them speak"* (S. 69).

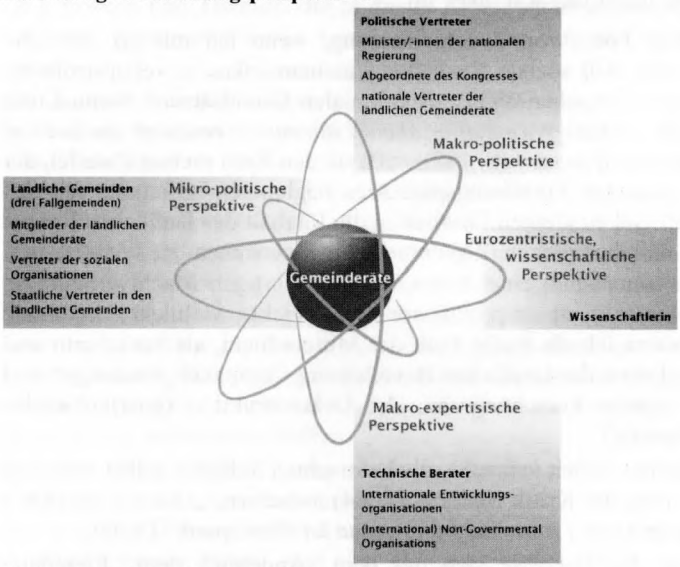
Ich denke aber, dass das Interesse sich mit dem „Anderen", dem „Fremden" außeinander zu setzen legitim ist, und die Beschäftigung mit „dem Anderen", dem Distanten in unserer globalisierten Welt, in der *„entfernte Orte in einer solchen Weise miteinander verbunden werden, dass Ereignisse an einem Ort durch die Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen"* (Giddens 1997: 24), von großer Bedeutung sein sollte. Indem ich mir meiner Position und deren Einflüsse auf den Forschungsprozess immer wieder bewusst mache, kann ich versuchen, die ungleichen Machtbeziehungen zwischen mir als Forscherin und meinen Gesprächspartnern zu durchbrechen. Eine ständige Reflexion über mein eigenes Vorgehen, sowie der Versuch, verschiedene Perspektiven in Form unterschiedlicher Gesprächspartner in den Forschungsprozess einzubeziehen, sollen dabei helfen, der Komplexität des Erkenntnisinteresses gerecht zu werden und voreilige eurozentristische Schlussfolgerungen zu vermeiden.

FORSCHUNGSDESIGN

„Am Ende ist der sozialwissenschaftliche Forscher auch nur ein Teil der Gesellschaft, der die Gesellschaft untersucht" (Ibáñez 1998: 188).

Das Forschungsdesign ist, nach mehrmonatiger Zusammenarbeit mit den ländlichen Gemeinderäten der Provinz Cotopaxi, in Kooperation mit der GTZ-PROMODE in Quito entstanden. Der Forschungsprozess dieser empirischen Arbeit ist ein *Prozess,* der sich aus mehreren Momentaufnahmen und Perspektiven zusammensetzt:

Abbildung 2: Forschungsperspektiven



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Ateljevic et al. 2005

Nach einer auf Sekundärliteratur basierenden Annäherung an die Gemeinderäte der Provinz Cotopaxi und ersten Gesprächen mit Vertretern der Provinz, entwickelte ich einen qualitativen Interviewleitfaden. In zwei Befragungsteams wurden alle 33 Gemeinden der Provinz besucht und in jeder Gemeinde alle fünf Mitglieder des Gemeinderats in Einzel- oder Gruppengesprächen interviewt. Mithilfe der Interpretation der Leitfadeninterviews wurden Bedürfnisse und Schwierigkeiten identifiziert, mit denen sich die meisten Gemeinderäte konfrontiert sahen. Obwohl in dieser ersten Annäherung mit den Gemeinden deutlich wurde, dass es große Differenzen zwischen den einzelnen Gemeinden gibt, traten viele Probleme, wie das Legitimationsdefizit, fehlende Liquidität und unzureichende administrative und organisatorische Kenntnisse, über die Grenzen der Gemeinden hinweg auf. Diese Informationen dienten innerhalb des Forschungsprozesses als eine erste Annäherung an die soziale Realität der Gemeinderäte.

Nach der Durchführung einiger Workshops sowohl in jeder Gemeinde selbst als auch auf kantonaler und provinzialer Ebene identifizierte ich fünf Gemeinden, die in Fallstudien näher beleuchtet wurden. Die Auswahl der Gemeinden fand einerseits nach sozioökonomischen Gesichtspunkten, wie der Anteil Indigener oder Verbreitung von Armut sowie der geographischen Lage, statt, andererseits versuchte ich, durch die Auswahl sowohl typische als auch extreme Fälle in die Untersuchung mit einzubeziehen. Mithilfe der Typenbildung soll die Realität der Gemeinden anhand einiger repräsentativer Gemeinden dargestellt werden, ohne eine Repräsentativität im statistischen Sinne zu gewährleisten. Diese Fallstudien

sollen keine *„idiosyncratic portraits"* (Massey 1994: 131) der einzelnen Gemeinden sein, sondern die Lokalregierungen sollen mithilfe der Fallstudien in einen größeren regionalen und nationalen Kontext eingebettet werden.

Insgesamt wurden 14 Mitglieder der Gemeinderäte in halbstrukturierten, problemzentrierten Leitfadengesprächen interviewt, die zwischen einer halben und eineinhalb Stunden dauerten. Diese Gespräche wurden durch Workshopaufzeichnungen, informelle Gespräche sowie teilnehmende Beobachtungen der sozialen Interaktion in den Gemeinden ergänzt. Jede Gemeinde wurde innerhalb des Forschungsprozesses bis zu fünfmal besucht, so dass über die teilweise wöchentlichen Treffen eine Vertrauensbasis zwischen den Gemeinderatsmitgliedern und mir als Forscherin geschaffen werden konnte.

Zusätzlich wurden 13 Experteninterviews mit ausgewiesenen Experten zu den Themenkomplexen „Dezentralisierungsprozesse und Lokalregierungen in Ecuador", „sozio-politische Machtlandschaften in Ecuador", „die Provinz Cotopaxi" durchgeführt.

Hier eine zusammenfassende Übersicht über die angesprochenen Themenkomplexe der Interviews:

Abbildung 3: Zusammengefasste Themenkomplexe der Interviewleitfäden

Fragekomplexe Gemeindevertreter	Fragekomplexe Experten
Dezentralisierung	**Dezentralisierung**
- JPRs als Akteure des Dezentralisierungsprozesses - Probleme des Dezentralisierungsprozesses - Beziehung der JPRs zu übergeordneten Regierungsinstanzen - Rolle, Funktionen, Verantwortungen der JPRs	- Dezentralisierung als Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit/als Staatsreform - Schwierigkeiten und Errungenschaften des Dezentralisierungsprozesses in Ecuador - Beziehungen zwischen den verschiedenen politischen Regierungsebenen - die JPRs als Akteure des Dezentralisierungsprozesses - Rolle, Funktionen, Verantwortungen der JPRs - Analyse der Potentiale und Probleme der JPRs
Machtlandschaften in den Gemeinden	**Machtlandschaften in Ecuador**
- Beziehung zu (indigenen) sozialen Organisationen - Beziehung zu Kirche, teniente político - Beziehung zur Zivilgesellschaft - Partizipation der Bürger in JPR, Legitimation der JPR und Vertrauen der Bürger in JPR - bestehende lokale Netzwerke - interne und externe Kommunikationsstrukturen	- ethnische Machtlandschaften: gesellschaftliche Situation der Indigenen - politische Machtlandschaften: politische Kultur, Probleme des politischen Systems - Auswirkungen der Probleme des politischen Systems auf die lokale Ebene
Die Gemeinderäte als Entwicklungsagenten	**Development**
- Entwicklungskonzept der Gemeindevertreter - endogene Entwicklungspotentiale der Gemeinden - Vorstellungen über mögliche Zukunftsszenarien der Entwicklung der Gemeinde/Rolle der Gemeinderäte - mögliche Schritte zur Umsetzung dieser Potentiale und Vorstellungen	- Vorstellungen von (ländlicher) Entwicklung, aktuelle Entwicklungskonzepte der Institution des Befragten - Entwicklungsprobleme/-potentiale der Provinz Cotopaxi - die JPRs als Entwicklungsagenten

Quelle: eigene Darstellung

2. Von Powerscapes und machtaufgeladenen Räumen

„Power appears to be a concept that, if not understood, would also make it impossible to understand what society is" (Hoy 1989: 123).

Wenn wir das Wort „Macht" hören, konnotieren wir es meist mit negativen Termini, wie Unterdrückung, Zensur, Gewalt und Dominanz, was auf die etymologische Bedeutung des Wortes Herrschaft, Gewalt, Stärke aus dem 8. Jahrhundert zurück zu führen ist. Der Begriff soll hier nicht nur in seiner negativen Konnotation, als eine beHERRschende[1] Praktik eines Akteurs oder einer Gruppe über eine(n) andere(n) verwendet werden, sondern es soll auf die Idee von Foucault (1995) zurück gegriffen werden, der davon ausgeht, dass Macht nicht nur destruktiv, sondern vielmehr konstruktiv ist, da *„power produces reality"* (Foucault 1995: 194). Die gesamte Gesellschaft – gleich ob eine lokale Gemeinde oder eine gesamte Nation – und deren Wirklichkeit wird durch vielfältige Machtbeziehungen durchquert und konstituiert.

Im Sinne Foucaults sollen anhand der ecuadorianischen Lokalregierungen die Machtbeziehungen in ihren *„lokalsten Formen und Institutionen"* (Foucault 2005: 112) untersucht werden. Der Ansatz der Arbeit, sich mit lokalen Phänomenen und marginalisierten Räumen zu beschäftigen, beruht auf der These von Foucault, der betont, dass eine Gesellschaft sich nur dann verändern kann, wenn sich die Machtmechanismen außerhalb des zentralen Staatsapparates, die sich auf einem sehr viel niedrigeren und alltäglicheren Niveau abspielen, verändern.

Da die in der Gesellschaft verankerten Machtbeziehungen sowohl im Zentrum des empirischen Erkenntnisinteresses stehen als auch im Diskurs um Entwicklungsparadigmen und Dezentralisierungsstrategien eine Schlüsselfunktion innehaben, soll dieser Arbeit eine Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Diskussionen um das Phänomen der Macht vorangestellt werden. Es geht dabei nicht um eine umfassende Abhandlung der verschiedenen VertreterInnen und ihrer Konzepte von Macht, sondern es soll in Anlehnung an einzelne Konzepte ein Verständnis von Macht(beziehungen) für diese Arbeit definiert werden.

Macht ist nach Ansicht vieler SozialwissenschaftlerInnen ein zu wenig untersuchtes und vor allem mit unzureichenden Methoden erfasstes Thema. Umso drastischer ist dieses Defizit, wenn man wie Giddens (1984: 283) *„Macht als elementarstes Konzept einer Gesellschaft"* und somit der Sozialwissenschaften sieht.

Die Vielzahl von Versuchen, Macht genauer und möglichst ultimativ zu bestimmen, führt nach Morris (1987: 1) immer nur wieder zu *„neuen Versuchen, die zu weiteren Versuchen Anlass geben"*. Die vielfältigen und kontroversen Sichtweisen von Macht resultieren aus der Komplexität des Sachverhalts, die sich in der wissenschaftlichen Aufarbeitung ergibt, obwohl Macht in der Realität doch so eindeutig erfahrbar zu sein scheint und häufig auch eindeutig erfahrbar ist. Das

[1] Macht stand im Wortschatz des 9./10. Jh. auch für das männliche Genital und ist bis heute ein maskulin besetzter Begriff (Pfeifer et al. 1993).

Problem beginnt mit der Schwierigkeit, Machtbeziehungen, die sich in vielfältiger Weise und auf multiplen Ebenen manifestieren, zu „messen".

Als grundlegende Unterscheidung von Machtkonzepten sollen an dieser Stelle die von Pitkin (1972) festgelegte Unterscheidung in *power over* und *power to* herangezogen werden. Während *power over* eine soziale Beziehung par excellence ist, bei der es darum geht, eigene Intentionen und Handlungsmöglichkeiten auf Kosten der Realisierung der Intentionen und Handlungsmöglichkeiten der anderen durchzusetzen, bezieht sich *power to* in erster Linie auf die Handlungsfähigkeit eines Individuums oder einer Gruppe. Damit ist *power to* keine soziale Beziehung, sondern eine reflexive oder selbstreferentielle Beziehung. *Power over* birgt die bereits erwähnte negative Konnotation von Macht, da sie grundsätzlich die Handlungs-möglichkeiten der Machtunterworfenen einschränkt. Demgegenüber wird Macht, verstanden als *power to,* eher positiv gesehen, da der Fokus nicht auf andere, sondern auf das Individuum selbst gerichtet ist. Gefragt wird nicht nach den Wirkungen der Macht auf andere, auf die Machtunterworfenen, sondern nach Macht als Fähigkeit *(capacity)* und nach den Bedingungen ihrer Erzeugung (Wartenberg 1990).

Macht wird nicht mehr nur als ein gesellschaftliches Phänomen gesehen, sondern Macht wird zugleich als eine Bedingung von Gesellschaftlichkeit bestimmt, als konstitutiv für die Gesellschaft. Der geläufigste Ausdruck für diese Sichtweise ist die "Produktivität" von Macht. Als *power to* produziert Macht erst die gesellschaftlichen Beziehungen, in denen sie wirksam wird, und auch das Individuum wird als solches erst *„produziert"* (Göhler 2002: 2). Daraus ergeben sich Asymmetrien für die Beteiligten. Unter dem Aspekt von *power to* wird Autonomie konstituiert, unter dem Aspekt von *power over* wird Autonomie eingeschränkt. Bei Foucault (1978) sind Machtbeziehungen auf diese Weise als eine Vielfalt von Kräfteverhältnissen bestimmt, in denen *power over* und *power to* zugleich repressiv und produktiv wirken.

Foucault entwirft das Konzept der strategisch-produktiven Machtvorstellung, auf dem die empirischen Ausführungen dieser Arbeit aufbauen. Macht wird dabei nicht von einer gesellschaftlichen Instanz (sei sie Individuum oder Gruppe) besessen und ausgeübt, sondern existiert im Verhältnis der Instanzen (also *zwischen* z. B. Herrscher und Beherrschtem).

> „power (...) traverses and produces things, it induces pleasure, forms knowledge, produces discourse. It needs to be considered as a productive network which runs through the whole social body"(Foucault 1980: 119).

Für Foucault ist Macht kein Besitz oder Privileg, sondern eine Strategie, bei der die Machtunterworfenen ebenso Teil eines Netzwerks aus Machtbeziehungen sind wie die Dominierenden. Als eine komplexe Strategie, die sich wie Kapillaren durch das soziale Gefüge zieht, manifestiert sich Macht niemals global, sondern immer lokal als "Mikro-Macht" (Hoy 1989: 134).

Luhmann erklärte 1975, dass eine genauere *„Bestimmung, Operationalisierung und Messung konkreter Machtbeziehungen ein außerordentlich kompliziertes*

Unterfangen wird" (Luhmann 1975: 10). Die Frage, wie Machtbeziehungen „gemessen" werden können, begleitet den gesamten Forschungsprozess. Sicherlich sind soziale (Macht)Beziehungen mithilfe von Netzwerkmethoden quantitativ erfassbar, in dem man der Frage nachgeht, welche Akteure miteinander auf welche Art und Weise kommunizieren und wie Entscheidungen getroffen werden. Eine solche Vorgehensweise kann jedoch die bestehenden Machtbeziehungen weder aus historischer noch aus kultureller Sicht begründen.

Mithilfe explorativer, hermeneutischer Methoden war eine langsame Annäherung an die besehenden, subjektiv gefühlten Machtbeziehungen möglich. Sicherlich gelang es nicht, sämtliche bestehenden Machtbeziehungen des politischen Raums der Provinz Cotopaxi zu untersuchen, da hierzu eine längere und intensivere Auseinandersetzung sowie eine tiefere Vertrauensbasis mit den Interviewpartnern von Nöten gewesen wären. Die empirische Untersuchung sieht sich vielmehr als eine erste Annäherung an bestehende Machtlandschaften, in dem der Versuch einer Dekonstruktion dieser komplexen, sich überlappenden, auf verschiedenen Maßstäben abspielenden *powerscapes* vorgenommen wird.

POWERSCAPES – DIE SOZIALE KONSTRUKTION VON MACHT IM RAUM

> „In einer Gesellschaft wie der unseren – doch letztlich in jeder beliebigen Gesellschaft – durchqueren, charakterisieren und konstituieren vielfältige Machtbeziehungen den Gesellschaftskörper (...)" (Foucault 2005: 109).

Obwohl Macht eines der zentralsten Elemente unserer Gesellschaft ist, sieht man fast nie eine Karte davon. Wir sind jedoch in unserer alltäglichen unmittelbaren Umgebung ständig von Geographien der Macht umgeben. Wie konstituieren sich Geographien der Macht und wie können Machträume definiert werden? Dazu bedarf es zunächst eines bestimmten Verständnisses von Raum. Ohne im Detail in die humangeographischen Raumdiskussionen einzugehen, soll hier die relationale Raumkonzeption von Massey diskutiert werden, um anschließend unter zu Hilfenahme des *Scape*-Konzepts von Appadurai den hier verwendeten Begriff der *powerscapes* zu erläutern.

Für Massey (1999b: 2) gibt es drei Prämissen zur Konzeptualisierung von Raum:

1. Space is a product of interrelations. It is constituted through interactions, from the immensity of the global to the intimately tiny.
2. Space is the sphere of the possiblity of the existence of multiplicity; it is the sphere in which distinct trajectories coexist; it is the sphere of the possibility of the existence of more than one voice. Without space, no multiplicity, without multiplicity, no space.
3. *Because* space ist he product of relation-between, relations which are necessarily embedded material practices *which have to be carried out,* it is always in a process of becoming; it is always being made (Hervorhebungen im Orignial).

Alle drei Prämissen sind entscheidend für das Raumverständnis dieser Arbeit. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Interrelationen zwischen den einzelnen lokalen, regionalen und nationalen Akteuren, die verschiedene Geschichten sowie

verschiedene Vorstellungen des Politiktreibens und von lokaler Entwicklung haben. Diese Vorstellungen existieren nebeneinander, überlappen sich und werden bisweilen konfliktiv gegenüber denen, der ‚anderen' verfochten.

Während manche Beziehungen sich schlagartig verändern können, zum Beispiel durch Neuwahlen und die dadurch verschobene Parteienlandschaft, verändern sich insbesondere historisch-kulturell begründete Beziehungen, wie die zwischen Männern und Frauen oder Indigenen und Mestizen, nur sehr langsam.

Für Massey sind die den Raum konstituierenden sozialen Beziehungen zwangsläufig mit Macht verbunden. Macht spielt sich dabei einerseits innerhalb der sozialen Beziehungen ab, andererseits manifestiert sie sich in den Macht- /Wissens-Systemen auf die auch der Machtdiskurs von Foucault aufbaut:

> „It is the importance always of being aware of power-relations. And this is meant both in the sense of the power-relations in the social spheres we are examining and in the sense of the power-relations embedded in the power-knowledge system which our conceptualizations are constructing" (Massey 1999b: 9).

Auf beide Machtbeziehungen soll in dieser Arbeit eingegangen werden. Während die Konstruktion von Macht- /Wissens-Systemen insbesondere in der Diskussion um Entwicklungsparadigmen und den „richtigen" Entwicklungspfad eine Rolle spielt, stehen im empirischen Teil die sozialen Machtbeziehungen im Zentrum des Erkenntnisinteresses.

Die Raumkonzeption von Massey soll dahingehend erweitert werden, dass Macht innerhalb des Raums aus einer Vielzahl von Strömen (*flows*) und Bewegungen (*movements*) besteht. Ein Gedanke, der sich des *Scape*-Konzepts von Appadurai (1996) bedient. Als *scape*, eine Anlehnung an den Begriff land*scape*, versteht Appadurai eine fließende, unregelmäßige Morphologie. Der Raum besteht für Appadurai aus einer Vielzahl von subjektiven Beziehungen, die seiner Meinung nach perspektivische Konstrukte sind. Je nach historischer, kultureller und politischer Einbindung des Betrachters werden diese Konstrukte unterschiedlich wahrgenommen. Während Appadurai das *Scape*-Konzept dazu entwickelte, um den komplexen und sich auf verschiedenen Maßstäben abspielenden Prozess der Globalisierung mithilfe der Kreation von *technoscapes, financescapes, ethnoscapes, mediascapes* und *ideoscapes* zu theoretisieren, soll hier das *Scape*-Konzept auf die lokale Ebene angewendet werden. Indem davon ausgegangen wird, dass der Raum erstens aus sozialen Interrelationen besteht und zweitens diese Interrelationen sich in unregelmäßigen, sich ständig verändernden, sich überlappenden Strömen (*flows*) manifestieren, versuche ich, die Komplexität und Dynamik der Zwischen-Beziehungen zu erfassen.

Der Begriff *powerscapes* soll für die Vielzahl von in Raum und Zeit verankerten Machtbeziehungen stehen, die eine Gesellschaft durchströmen. Dabei besteht jede einzelne Machtlandschaft aus einer Vielzahl einzelner Ströme *(flows)* und Bewegungen, die in ihrer Gesamtheit zu einem Netz von Machtbeziehungen werden, das sich durch die Gesellschaft zieht. Auch Foucault (2005) betont den Netzcharakter von Macht, wenn er darauf hinweist, dass Machtbeziehungen keine

der Gesellschaft übergestülpte Struktur darstellen, sondern tief im sozialen Nexus verwurzelt sind.

Im empirischen Teil dieser Arbeit, der sich mit den Machtlandschaften *(powerscapes)* der ländlichen Gemeinderäte in der Provinz Cotopaxi auseinandersetzt, sollen drei Typen von *powerscapes* entwickelt werden, die für die unebenen, ungleichen Machtlandschaften verantwortlich sind: zum einen sollen die Beziehungen zwischen den verschiedenen soziopolitischen Akteuren *(institutionscapes)* untersucht werden, zum anderen aber auch die sozial konstruierten Beziehungen zwischen Indigenen und Mestizen *(ethnoscapes)* sowie Männern und Frauen *(genderscapes)*. Diese drei Machtlandschaften sind historisch gewachsen und kulturell bedingt, beeinflussen sich wie die *scapes* von Appadurai gegenseitig, überlappen, beschränken und verändern sich je nach Perspektive und Position der soziopolitischen Akteure.

EXKURS: DER LÄNDLICHE RAUM ALS SOZIALES KONSTRUKT

Die Prämissen für den „Raum" des ländlichen Raums verändern sich nicht gegenüber den allgemein definierten Raumvorstellungen. Vielmehr soll der *ländliche* Raum mit seinen speziellen Charakteristika dargestellt werden. Der ländliche Raum – assoziativ schießen uns Bilder in den Kopf von Bauern, Landwirtschaft, Rückständigkeit, Idylle. Allein an diesen Bildern merkt man, dass der ländliche Raum eine *„category of thought"* (Cloke et al. 1999: 455), eine soziale Konstruktion ist.

GeographInnen haben dem ländlichen Raum traditionellerweise spezielle Funktionen zugewiesen, wie extensive Landnutzung, Land- und Forstwirtschaft, kleine Dörfer, deren niedrige Gebäude sich in die umliegende extensive Landschaft einfügen, und eine besondere Lebensweise, die auf dem Respekt gegenüber der Natur basiert. Der ländliche Raum wird häufig als Gegenstück zur Stadt, als nicht-urbaner Raum definiert. Dabei werden beiden Räumen gewisse Attribute zugewiesen, wie der Gegenüberstellung von Chambers (1993) zu entnehmen ist:

Tabelle 1: Stadt – Land Dichotomien

Urban	Rural
Power	Weakness
Comfort	Discomfort
Wealth	Poverty
Core location	Peripherical location
Industrial	Agricultural
Things	People
Clean, odourless	Dirty, smelly
Standarised	Diverse
Tidy	Untidy
Controlled	Uncontrolled

Quelle: Chambers 1993, S. 8

Durch die Zuschreibung dieser Charakteristika und den insbesondere in Entwicklungsländern enormen Ungleichheiten zwischen sozioökonomischen Indizes der ländlichen und urbanen Gebiete, wurde der ländliche Raum mehr und mehr mit einem bestimmten Set von *„ländlichen Problemen"* (Little 2002: 25) gleichgesetzt, ohne die einzigartigen sozialen, moralischen und kulturellen Werte zu berücksichtigen. Die den Räumen zugewiesenen Attributen machen ein Machtgefälle zwischen ländlichem und städtischem Raum deutlich:

der ländliche Raum gilt als marginalisiert, exkluiert und machtlos, während sich die *Zentren* der Macht in den Städten befinden.

Es gibt jedoch noch andere Möglichkeiten, ländlichen Raum zu definieren, als nur durch die bloße Negierung des urbanen Raums. Halfacree (1993) weist neben einer deskriptiven Definition des ländlichen Raums auf eine sozio-kulturelle und sozial konstruktivistische Annäherung an den ländlichen Raum hin: Die sozio-kulturelle Definition basiert auf der Annahme, dass die Bevölkerungsdichte Auswirkungen auf das Verhalten und die Einstellung der Menschen hat und somit eine hohe Korrelation zwischen sozialen und räumlichen Attributen besteht. Diese Definition greift auf die Unterteilung von Tönnies (1935) in Gemeinschaft (rural) und Gesellschaft (urban) zurück.

Die zweite Annäherung versteht den ländlichen Raum als soziale Repräsentation. Die Idee des ländlichen Raums als soziale Konstruktion geht davon aus, dass

- das „Ländliche" in den Menschen Symbole, Zeichen und Bilder heraufbeschwört;
- Menschen sich selbst als „ländlich" konstruieren;
- ein Raum dadurch ländlich wird, weil die Menschen, die darin leben, über ihn als „ländlichen Raum" denken;
- das Bild des ländlichen Raums durch vorgefertigte Meinungen, was „Ländlichkeit" bedeutet (Medien, Literatur), geprägt ist, und dass dieses „Wissen" dazu benutzt wird, um bestimmte Gebiete und Menschen als rural zu identifizieren;
- es verschiedene Diskurse über „Ländlichkeit" gibt, wie zum Beispiel einen politischen, einen landwirtschaftlichen, einen utilitaristischen (Probleme des ländlichen Raums als ein Ergebnis von Unterentwicklung) und einen hedonistischen (Idylle, Raum für Freizeit).

In der folgenden Auseinandersetzung mit dem ländlichen Raum Ecuadors steht das letzt genannte Konzept, in dem der ländliche Raum als soziale Repräsentation verstanden wird, im Vordergrund. Im Fokus dieses Forschungsansatzes, der zur Zeit vor allem in Großbritannien diskutiert wird, steht der Versuch,

> „to understand how particular places, objects, traditions, practices and people come to be identified as 'rural' and the difference that this makes to how people live their everyday lives" (Woods 2005: 15).

In der empirischen Untersuchung zu den ländlichen Gemeinderäten der Provinz Cotopaxi sollen insbesondere die politischen Institutionen des ländlichen Raums, ihre Besonderheiten, Unterschiede, Potentiale und Schwierigkeiten untersucht werden. Im Zentrum steht Untersuchung steht, was diese Institution „ländlich" macht und mit welchen besonderen Anforderungen die politischen Akteure aufgrund der Ländlichkeit des Raums konfrontiert sind.

Am Ende soll der Frage nachgegangen werden, welche Imaginationen von Entwicklung Akteure des ländlichen Raums haben bzw. wie sich die Gemeinden selbst eine an den ländlichen Raum angepasste Entwicklung vorstellen. Wie ländliche Entwicklung aussehen könnte, ist nicht generell zu beantworten. Wichtig

ist jedoch, dass ländliche Entwicklung eine an den ländlichen Raum angepasste Entwicklung sein muss, wie auch Sinha, eine indische Post-Developerin, ausdrückt:

> „Rural development does not take place by a mere process of making it non-urban. The word 'rural' here is not spatial alone but is to be viewed in a socio-cultural context. Rural society has its own social and cultural ethos. It requires a different type of approach – a kind of community approach. Rural development is not a negative concept but it is a positive concept of strengthening the rural society on the foundations of self-reliance in basic human needs and securing for them a social order" (Sinha1992: 48).

3. POSTKOLONIALE DEKONSTRUKTIONEN VON ENTWICKLUNG

> "Rethinking development means reconsidering the categories we use in development geography and unpacking the power relations that shape them" (Radcliffe 2005b: 200).

"To rethink development", wie es Radcliffe fordert, d.h. das Konzept "Entwicklung" neu zu durchdenken und dabei den Versuch zu wagen, die bestehenden *powerscapes* mitmilfe des Post-Development Ansatzes zu dekonstruieren, ist Anspruch des folgenden Kapitels.

Ausgehend von der Erfindung des „Entwicklungs-Geschäfts" durch Truman 1945 soll der Traum einer „entwickelten" Welt, wie ihn der Westen geträumt hat, dargestellt werden, um die Kritik der Post-Development Schule besser nachvollziehen zu können. Anschließend steht die Frage im Vorderung, was es für die heutigen Gesellschaften der „Entwicklungsländer" (und für mich als Forscherin in Ecuador) bedeutet, Dekolonalisierung zu betreiben. Anhand eines kurzen Überblicks über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors möchte ich die (post)kolonialen Machtbeziehungen, die die ecuadorianische Gesellschaft konstituieren, aufzeigen. Mithilfe der (post-)kolonial aufgeladenen sozialen Kategorien Ethnizität und Gender soll anschließend eine Dekonstruktion der Machtverhältnisse in Ecuador stattfinden. Dieselben Kategorien werden später dazu dienen, die Machtlandschaften der ländlichen Gemeinden in der Provinz Cotopaxi zu untersuchen.

Die Konstruktion von „Entwicklung"

> „Development is a continuous intellectual project as well as an ongoing material process" (Apter 1987: 7).

Über „Entwicklung" wird schon seit dem 17. Jahrhundert nachgedacht, als das Wort aus der Alltagssprache in die Wissenschaftssprache übernommen wurde. Vor allem im Zuge der Evolutionstheorie von Darwin (1842) gewann das Wort in der Wissenschaftswelt als Synonym für "Entfaltung" an Bedeutung (Hirschman 1981, Rist 1990) und steht seitdem allgemein für die *"(positive) Veränderung über einen gewissen Zeitraum hinweg"* (Cloke et al. 2005: 188). Mit Adam Smiths (1776) *"Wohlstand der Nationen"* und Malthus (1798) *"Bevölkerungsgesetz"* begann die Diskussion über notwendige Prämissen, die zur Wohlstandsentwicklung in Staaten erforderlich sind.

Die Post-Development Bewegung sieht hingegen in der Rede von Truman am 20. Januar 1949 die Geburtsstunde des aktuellen Entwicklungsdiskurses der postkolonialen Ära:

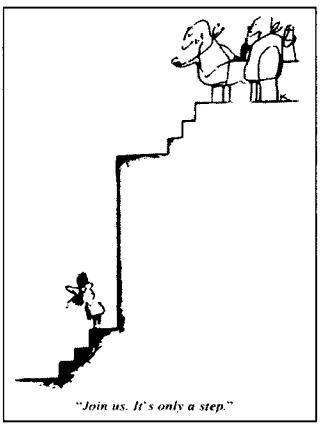
> „More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. For the first time in history, humanity possesses the knowledge and the skill to relieve the suffering of these people. Our aim should be to help the free peoples of the world, through their own efforts, to produce more food, more clothing, more materials for housing, and more mechanical power to lighten their burdens. (...) We invite other countries to pool their technological resources in this undertaking.

> Their contributions will be warmly welcomed. This should be a cooperative enterprise in which all nations work together through the United Nations and its specialized agencies wherever practicable. It must be a worldwide effort for the achievement of peace, plenty, and freedom. (...)
> The old imperialism—exploitation for foreign profit—has no place in our plans. What we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair-dealing. (...) Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge. (...) Our allies are the millions who hunger and thirst after righteousness" (Truman 1949).

Wenn wir heute diese Rede lesen, scheint sie uns regelrecht als zynisch in anbetracht tagespolitischer Themen, wie die Invasion und die gescheiterte Demokratisierung des Iraks – jedoch möchte ich hier nicht weiter auf die aktuelle Rolle der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik eingehen. Die Rede steht hier als Symbol für die Politik der Industrieländer im neuen Entwicklungszeitalter, mit allen damit verbundenen Praktiken, Ideologien und Organisationen. Trumans Worte sollen als Aufhänger für die Kritik der Post-Developer an diesem Entwicklungsparadigma fungieren, um anschließend die Konsequenzen, die sich aus Trumans Politik ergaben, diskutieren zu können.

Die Absicht, die aus Trumans Rede hervorgeht, ist für Escobar (1996) und andere Vertreter der Post-Development Schule eindeutig: Auf der ganzen Welt sollen die Eigenschaften der entwickelten Welt, wie Omnipotenz der Technik, Rationalität der wirtschaftlichen Mechanismen, Industrialisierung und Urbanisierung, Technifizierung der Landwirtschaft, Wachstum der Produktion, Verbesserung des Lebensstandards, Übernahme einer universalen Bildung und moderner kultureller Werte reproduziert werden (Watts 1995).

Abbildung 4: „The Big Step"



Quelle: Power 2003, S. 90

Diese angestrebte Reproduktion führt zu einer Homogenisierung der Geschichte, der Entwicklungspfade und der Identitäten. Durán (2005) bemerkt, dass Truman Afrikaner, Lateinamerikaner und Asiaten (und wir sprechen hier noch nicht einmal von Identitäten wie Quechua, Aymara etc.) ihrer Identität beraubte und zu "Unterentwickelten" stigmatisierte. Die Idee der Unterentwicklung wird durch andere Schlüsselkonzepte des Entwicklungsdiskurses, wie Armut, Ungleichheit oder Marginalisierung, inhaltlich gefüllt (Sachs 1992). Damit wurde die Dichotomie *„colonizer/ colonized"* (Kothari 2005) durch das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Entwicklungsagenten/ Unterentwickelte ersetzt

(Shrestha 1995) – oder, wie Kothari (1988) bemerkt, *"where colonialism left off, development took over"* (S. 143).

Dieses neue Gegensatzpaar verfestigt die Kluft zwischen verschiedenen Teilen der Welt und rechtfertigt nach Rist (2002) gleichzeitig eine neue Form von Interventionismus damit, dass *„man nicht passiv zusehen kann, wie jemand in extremer Not steckt"* (S. 79). Nach Ansicht Shanins (1997: 66) ist *„Entwicklung"* damit ein neues Modewort für die immer gleiche Idee von Fortschritt, Modernisierung und Wachstum. Wie der Begriff, wandelte sich über die Jahre auch die Legitimierung für ein und dasselbe Unternehmen: Missionierung, wirtschaftliche Produktivität, Entwicklungszusammenarbeit. Die Kritik an dem Entwicklungskonzept und den Entwicklungspraktiken der Vereinigten Staaten, hier als Stellvertreter für den gesamten Westen zu sehen, besteht darin, dass die verwendeten Kategorien und Konzepte bis heute aus einem eurozentristischen und westlichen Erfahrungskontext heraus definiert werden.

Durch die Praktiken der Entwicklungsorganisationen werden die Machtverhältnisse der Kolonialzeit in der postkolonialen Ära weitergeführt und neue Abhängigkeiten produziert. Es soll darauf verzichtet werden, auf weitere „klassische" Entwicklungstheorien, wie zum Beispiel die vor allem in Lateinamerika diskutierte Dependenztheorie (Prebisch 1968, Frank 1975, Cardoso 1979, Sunkel 1993), die Modernisierungstheorie (Zapf 1987) oder die Stufentheorie von Rostow (1964), einzugehen. Denn anhand des Post-Developmentdiskurs werden die durch Entwicklung als Praktik kreierten *powerscapes* sehr viel deutlicher, als dies im Abhängigkeitsverhältnis der Dependenztheorie oder im binären ‚traditionell/ modern' der Modernisierungstheorie der Fall ist[2].

Post-Development und die Kritik an Entwicklung

> "At its most understated, there is a sense of malaise, a crisis of development (practice) and an impasse in development thinking (theory) (Schuurman 1993), at its most radical there is a demand to abandon Western universalism or Euro-Americanisms (Sachs 1992, Slater 1992), a call for other worldviews and other visions (Kothari 1988) and a recognition, to employ Wallerstein's (1991) phrase, that development has been an 'illusion' not a 'lodestar'" (Watts 1995: 45).

Postmoderne, Post-Development, postkolonial, was bedeutet das Präfix ‚post' in diesem Zusammenhang, und vor allem, was unterscheidet die ‚post-' von der vorangehenden – (nicht unbedingt temporal gesehen) – Phase? Einige Merkmale, welche die Post-Development Strömung von den orthodoxen Entwicklungsparadigmen unterscheidet, wurden im Kapitel „Konstruktion von Entwicklung" bereits angesprochen. Hier soll der Versuch unternommen werden, die Ideen des Post-Development wiederzugeben und kritisch zu reflektieren.

Post-Development kann als übergeordneter Begriff für die folgenden Strömungen verstanden werden: post- oder decolonialism, anti-developmentalism, participatory und alternative development. Diese Strömungen unterscheiden sich in der

[2] Zusammenfassungen zum Thema Entwicklungstheorien in: Thiel 2001, Nuscheler 2001, Boeckh 1994, Nohlen und Nuscheler 1994.

Radikalität ihrer Kritik am orthodoxen Entwicklungsdiskurs und der (Nicht-) Existenz eines Rekonstruktionsweges des Entwicklungskonzepts. Auch wenn für die vorliegende Arbeit die Begriffe Post-Development und Postcolonialism häufig als Synonyme verwendet werden, soll hier auf die exakte Bedeutung der beiden Begriffe kurz eingegangen werden:

Das ‚post' im Begriff postkolonial bezieht sich nicht nur auf das zeitliche Nachspiel der Kolonialzeit *(after)*, sondern vor allem auf Kulturen, Diskurse und kritische Abhandlungen, die über die Kolonialisierung hinausgehen *(beyond)*, aber dennoch sehr stark von ihr beeinflusst werden (Blunt und McEwan 2002). Der Begriff postkolonial wird nach Kothari (2005) dazu verwendet *„to describe an aggregation of criticial responses to the historical effects of colonialism and the persistence of colonial forms of power and knowledge into the present"* (S. 542). Postkolonialist-Innen versuchen aufzuzeigen, wie die globalen Ungleichheiten zwischen (post) kolonialen Zentren und Peripherien durch die kolonialen Machtbeziehungen in vielfacher Weise geprägt wurden und bis heute werden. Wie bereits diskutiert, werden dabei die Machtbeziehungen zwischen den Kolonialmächten und den Kolonialisierten durch die Beziehung zwischen Entwicklungsadministratoren und Entwicklungshilfeempfängern ersetzt.

Post-Development bezieht sich nicht nur auf das bis heute persistente koloniale Erbe im Weltsystem, sondern fokussiert seine Kritik auf die invasiven und restriktiven Aspekte von Entwicklungspraktiken, die im orthodoxen Sinne von Modernisierung, Wissenschaft, Technifizierung und wirtschaftlichem Wachstum ausgeführt werden. Von Saids (1979) *„Orientalism"* ausgehend, indem er argumentiert, dass die Texte über den Orient nicht nur Wissen über fremde Orte und Subjekte schaffen, sondern auch die Realität, die sie beschreiben, verändern, wird Entwicklung als Theorie und Praktik, als Projekt der Moderne (Escobar 2002, Sachs 1992) abgelehnt. Die Kritik an „Entwicklung" als *„neuer Religion des Westens"* (Rist 2002) besteht darin, dass es durch ihre Praktiken zu einer Verwestlichung und Homogenisierung (Constantino 1985, Nederveen Pieterse 2000a, Latouche 1993) der Entwicklungspfade kommt. Watts (2005) gibt zu bedenken, dass dabei *„pre- and co-existing forms of culture and social organization that may have diverse benefits for different societies"* (S. 546) ausgelöscht werden. Für Escobar (1996) ist also nicht das Scheitern des Entwicklungsprojekts zu fürchten, sondern sein Erfolg, weil dieser zu einer Verwestlichung der Welt führen würde. Auch die Post-Development Schule um Rahnema sieht in der Praktik "Entwicklung" eine *"gescheiterte Modernisierung katastrophalen Ausmaß"* (Watts 2003: 435).

Postdevelopment und Postcolonial Thinking versuchen das koloniale westliche *mindset* zu dekonstruieren, um sich dem *"kulturellen Imperialismus"* (Shrestha 1995: 277) entziehen zu können. Dabei geht es um eine Neuverhandlung von Macht, Autorität und Dominanz innerhalb des globalen Systems. In wie weit eine kulturelle Dekolonialisierung und alternative Entwicklungswege in einer durch Globalisierung charakterisierten Welt möglich sind bzw. in der Praxis aussehen sollten, bleibt in dem Diskurs des Post-Development und Postcolonialism weitgehend unbeantwortet.

EXKURS: VER-RÄUMLICHUNG VON ENTWICKLUNG

Wenn wir Begriffe wie „fortschrittlich", „rückständig", „(unter)entwickelt", „modern" in Bezug auf verschiedene Regionen der Welt benutzen, werden räumliche Unterschiede in einer zeitlichen Dimension gedacht und geographische Differenzen in historische Abfolgen gebracht. Nach Masseys (1999a) Meinung ist dadurch, dass dem jeweiligen Entwicklungsstand eine zeitliche Dimension beigemessen wird, in der Moderne ein diskursiver Sieg von Zeit über Raum zu beobachten. Gleichzeitig wird durch die Verzeitlichung von Entwicklung vorausgesetzt, dass es eine „Abfolge" von Entwicklung gibt, ein determinierter Entwicklungsweg über bestimmte Entwicklungsstufen, wie ihn die „entwickelte Welt" gegangen ist/ geht. Massey betont hier die Notwendigkeit, Unterschiede nicht nur als Momentaufnahme in einer Abfolge, sondern als Gleichzeitigkeit von Unterschieden anzuerkennen, und den „Anderen" (others) zu zugestehen, dass sie ihre eigene(n) Geschichte(n) zu erzählen haben. Durch eine Verräumlichung von Entwicklung anstatt einer Chronologisierung können Unterschiede anerkannt und den Entwicklungspfaden eine gewisse Autonomie zugesprochen werden. Massey stimmt mit der Kritik des Post-Development überein, wenn sie bemerkt:

> "Ironically, not only is this temporal structuring of the geography of modernity a repression of the spatial, it is also the repression of the possibility of other temporalities (other than the progress towards modernity/ development on the Euro-Western model)" (Massey 1999b: 14).

Die Verzeitlichung der Moderne und die damit einhergehende Homogenisierung von Entwicklung führt wiederum zu einer Geographie der Macht, welche die *„inequalities of uneven development"* (Massey 1995: 71) widerspiegelt.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich die Kritik von Massey aufnehmen und für eine Verräumlichung von Entwicklung plädieren mit dem Ziel, diverse, lokal einzigartige Wege zu fördern. Im Sinne Masseys (2005: 9) Verständnis *„the spatial is political"* soll der hier untersuchte, sozial konstruierte Raum, also Ecuador bzw. die Provinz Cotopaxi, als politisch aufgeladener Raum verstanden werden.

Post-Development als Dekonstruktion von Machtlandschaften

> "Knowledge is power, but power is also knowledge. Power decides what is knowledge and what is not knowledge" (Alvares 1992: 230).

Das Konzept „Entwicklung" neu zu verhandeln bedeutet, die verwendeten Kategorien und die bestehenden Machtlandschaften zu hinterfragen und mit neuen Bedeutungen zu füllen. Aus Sicht der Post-Development Schule ist der erste Schritt dazu, die bestehenden Machtbeziehungen, die in „Entwicklung" (als Prozess und Intervention) immanent sind, zu analysieren. Entwicklung besteht dabei aus einem bestimmten Set von diskursiven Machtbeziehungen, welche als *„Repräsentation der Dritten Welt"* (Escobar 1995: 225) konstruiert werden. Macht wird im Sinne Foucaults (2005) als eine *„Form handelnder Einwirkung auf andere verstanden"* (S.255), d.h., die Macht wird von den „Einen" über die „Anderen" ausgeübt, wie es auch das Machtkonzept *power over* beschreibt. Um zu verstehen, warum gerade die „Einen" Macht über die „Anderen" ausüben und nicht umgekehrt, bedarf es einer

Analyse der *„Machtrollen in der Geschichte"* (Nederveen Pieterse und Parekh 1995: 3). Für Escobar (2005) basieren die Machtlandschaften auf den Prinzipien von Autorität, wobei ausschlaggebend ist, wer Wissen und Kompetenz definiert und legitimiert. Innerhalb des Entwicklungsdiskurses wurde von wenigen dominierenden Akteuren/ Staaten festgelegt, was der Norm entspricht und was „ab-normal" ist. Nicht der Norm entsprechen zum Beispiel Analphabeten, Unterentwickelten, Landlosen, die zum Zielobjekt der Entwicklungspraktiken werden. Ansätze, die eigentlich positive Effekte auf die Lebenssituation der Menschen haben können, wurden, in Verbindung mit dieser Rationalität, Instrumente von Macht und Kontrolle. Wenn Shrestha (1995: 276) zu bedenken gibt, dass

> „(...) we still insist that the poor need the kind of development we have practiced since the early 1950s. Although the poor were never asked if they wanted to be helped or preferred Westernized development at all, now they too seem to have been intoxicated by the brew called foreign aid",

wird deutlich, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung in Machtstrukturen lebt, die sie nicht selbst kreiert hat. Dennoch sind sie mittlerweile Teil dieser Strukturen, haben diese adaptiert, sich ihnen widersetzt und sie auf vielfache Weise verändert.

Post-Development TheoretikerInnen weisen insbesondere auf die Rolle des Diskurses in der Konstruktion von Macht- /Wissens-Systemen im Sinne Foucaults (1978a, 1980) hin, welcher die Aufrechterhaltung bestehender (post)kolonialer Machtbeziehungen ständig reproduziert (Cloke et al. 2005). Innerhalb des Macht-/Wissens-Systems geht es um *"domains of objects and rituals of truth"* (Foucault 1995: 194). Macht schafft somit Wirklichkeiten und definiert Realitäten, wie dies Said (1979) für den Orient ausführt. Macht spiegelt sich dabei in der Beziehung zwischen *"rulers and ruled"* (Said 1983: 221) wider, wobei die Machtausübenden die Realität der Dominierten bestimmen. Für Corbridge (1993) ergeben sich daraus folgende Fragen: Was ist Entwicklung? Wer sagt was es ist? Wer übt sie aus und für wen?

In wie weit durch die Dekonstruktion der gegenwärtigen (post)kolonialen Machtlandschaften Machtverhältnisse transformiert werden können, bleibt offen. Wie jedoch auch Said (1983) bemerkt, reicht es nicht aus, lediglich zu dekonstruieren, sondern es geht darum, Veränderungen der Machtstrukturen zu erzielen:

> "The fascinated description of exercised power is never a substitute for trying to change power relationships within society" (Said 1983: 209).

Innerhalb der Post-Development Bewegung gibt es verschiedene Meinungen und Ansätze bezüglich der Frage, was auf eine Dekonstruktion der dominanten Entwicklungsparadigmaen folgen sollte. Die radikale Forderung der Post-Development Schule „Entwicklung" abzulehnen, es „sein zu lassen", steht als Konstrukt im (theoretischen) Raum, ohne dass man sich vorstellen könnte, welche Folgen dies in der Realität hätte. Da sich die meisten ohnehin nicht vorzustellen vermögen, wie eine Welt ohne Entwicklungsprogramme aussehen könnte, endet für viele der Beitrag der Post-Development Schule bei der Kritik. Alternativen sind *„not their affair"* (Nederveen Pieterse 2000a: 10).

Insbesondere die Bewegung um Escobar vertritt jedoch die Ansicht, dass Post-Development die Suche nach Alternativen zu Entwicklung und nicht nach Entwicklungsalternativen ist. Für Escobar sind Alternativen zu Entwicklung endogene, heterogene Ansätze, die durch die Pluralität der Kulturen und Identitäten geprägt sind. Das Paradigma *„development with identity"* (Laurie und Radcliffe 2003: 465), in dem Kultur vielmehr als ein Bestandteil von Entwicklung gesehen wird als ein Hindernis, wie es in dem wirtschaftsdominierten Modernisierungsparadigma der Fall war, ermöglicht dabei einen multikulturellen Rahmen für Alternativen zu Entwicklung. Die heute noch intakten kulturellen Minoritäten sieht Escobar (1996) als (Ideen-)Quelle für mögliche Alternativen zu heutigen Entwicklungszielen, wirtschaftlichen Abläufen und des sozialen Zusammenlebens, da ihre Macht darin besteht, dass sie dem homogenisierenden Modernisierungsprozess widerstanden haben.

Als wichtigste Agenten der Alternativen zu Entwicklung identifizieren Escobar und Alvarez (1992) die sozialen Bewegungen, mit ihren dezentralen, partizipativen, community-based, indigenen und autonomen Formen des Politikmachens (Watts 2005), die aus den kulturellen Minderheiten übernommenen Alternativen einfordern und umsetzen. Es geht dabei nach Rahnema (1997: 412) nicht darum, eine neue, alternative Entwicklung anzustoßen, sondern um die Etablierung eines *„different regime of truth and perception"* mit dem Ziel, Realitäten neu zu denken. Die Geographien der Wissensproduktion, die heute eine scharfe Trennung zwischen einem (lokalen) indigenen und der Konstruktion eines internationalen okzidentalen Wissenssystems vornehmen, müssen dabei neu verhandelt werden (Laurie et al. 2005).

Die Schule um Rahnema sieht Armut selbst als Ressource, ähnlich wie dies in den Ansätzen *„conscientização"* von Paulo Freire (1973) und *„human-scale development"* von Max-Neef (1991) oder der *participatory action research* bzw. *actor-orientated approach* (Chambers 1983, 1993) vertreten wird. Die Beiträge im Post-Development Reader (Rahnema 1997b) führen teilweise zu einer Idyllisierung und Mystifizierung der Lebensformen, wenn Sahlins (1997) schreibt

> „... in many ways people's lives had previously been more joyful and much less tense. They had no cars, no internet and none of the consumer goods to which modern men and women are now addicted. They had no laws and no social security to protect them, no free press, no opposition party, no elected leaders. But they had no less time for leisure, or paradoxically, were no less economically 'productive' for the things they needed" (S. 379).

Implizit vermittelt der Post-Development Reader, dass die modernen Gesellschaften viel von den „unterentwickelten" Ländern zu lernen haben. Rahnema geht es dabei nicht um eine Wertung im Sinne von „besser" oder „zurück zum Naturzustand", sondern vielmehr um ein tiefes Verständnis, wie verschiedene Kulturen ihre Probleme lösen und gelöst haben, um so Alternativen in den aktuellen Konfliktsituationen zu finden.

Die Alternativen zu dem orthodoxen Entwicklungsparadigma sind zahlreich, können jedoch auf einen gemeinsamen Nenner dezimiert werden. Es geht darum, Zielvorstellungen neu zu überdenken, Perspektiven und Kategorien der Diskussion

zu verändern, um so die Vorstellung von *einem* Entwicklungspfad gegen heterogene und diverse Entwicklungswege einzutauschen.

Rahnema (1997a) betont, dass Post-Development nicht das Ende von Entwicklung ist, sondern dass vielmehr nach neuen Möglichkeiten der Veränderung gesucht werden müsse.

> „This is the power of development: the power to transform old worlds, the power to imagine new ones" (Crush 1995: 2).

Kritik am Post-Development Ansatz

> "Insofar, deconstruction must be accompanied by reconstruction, the question of quite what Derridian strategy of developmental alterity would look like remains, perhaps appropriately, somewhat opaque. What seems to emerge is an often uncritical celebration of difference, an emphasis on local knowledges, and on writing and self-reflexivity" (Watts 1995:54).

Der Verdienst der Post-Developer besteht meiner Meinung nach vor allem darin, neuen Wind in den Entwicklungsdiskurs gebracht zu haben sowie auf eine kritische Hinterfragung der alltäglichen Praktiken der Entwicklungsagenten zu drängen. An dieser Stelle soll jedoch auf einige relevante Kritikpunkte eingegangen werden.

Innerhalb der Post-Development Schule findet häufig eine gewisse Generalisierung der Entwicklungspfade statt, eine Praktik, die sie selbst in Bezug auf orthodoxe Entwicklungspraktiken kritisieren. Die aufgeführten Beispiele beziehen sich vor allem auf Afrika, Lateinamerika und Indien, dabei werden Entwicklungen, wie der wirtschaftliche Aufstieg der Tigerstaaten in Südostasien, außer Acht gelassen, wie Kiely (1999: 17) treffend bemerkt: *„the assertion that "development does not work" ignores the rise of East Asia and the near doubling of life expectancy in much of the Third World"*.

Post-Development ignoriert nicht nur alternative (erfolgreiche) Entwicklungspfade, sondern leugnet auch die Rolle der postkolonialen Länder selbst innerhalb des Entwicklungsdiskurses. Nederveen Pieterse (2000a) betont zu Recht, dass *„ (post-development) denies the extent to which the South also owns development"* (S. 4). Innerhalb der Kritik des Post-Development wird übersehen, dass zahlreiche (gescheiterte) Entwicklungsansätze der vergangenen Jahrzehnte aus dem Süden stammten, wie zum Beispiel die Dependenztheorie (Prebisch 1968, Cardoso 1979), Alternative Entwicklung und Human Development (Sen 1985, 1999). Des Weiteren finden *„Easternisation"* oder *„Japanisation"* (Nederveen Pieterse 2000b) als zwei erfolgreiche Entwicklungsmodelle keine weitere Beachtung im Post-Development Diskurs. Aber auch das „Feindbild" *westernization* wird vielfach sehr stark generalisiert, ohne den historisch diversen Wurzeln von Entwicklungspfaden, den Differenzen innerhalb der westlichen Welt sowie der Komplexität des Globalisierungszeitalters Beachtung zu schenken. Mit der Generalisierung und Homogenisierung der (gescheiterten) Entwicklungspfade und dem *„Referenzsystem Development"* (Nederveen Pieterse 2000a: 9) wird Entwicklung erneut essentialisiert. Durch die Dichotomisierung in pro- und anti-development, wird die Komplexität der Motive und Motivationen von Entwicklung unterschlagen.

In seinem Statement *"there is no positive programme, there is a critique but no construction"* gibt Nederveen Pieterse (2001: 188) die Meinung vieler Kritiker des Post-Development wieder.

Die schärfste Kritik am Post-Developmentalism gründet stets auf den fehlenden alternativen Praktiken, die einer Dekonstruktion folgen könnten. Während die eine Strömung der Post-Development Schule bei der Kritik an den orthodoxen Entwicklungsparadigmen stehen bleibt und den Sinn des Post-Development darin sieht, das Ende von „Entwicklung" zu proklamieren, verherrlicht die andere Strömung, die versucht, ein neues Entwicklungsparadigma zu etablieren, auf überschwängliche Art und Weise lokale grassroots Gruppen und die neuen sozialen Bewegungen (Radcliffe 2005a).

Die innerhalb des Post-Development Ansatzes gebotenen Alternativen, wie das Potential der neuen sozialen Bewegungen und des lokalen, indigenen Wissens, sind sicherlich Ansätze eines veränderten, angepassten Entwicklungsparadigmas. Doch ob in Escobars und Alvarez (1992) *„The Making of Social Movements in Latin America"* oder im *„Postdevelopment Reader"* (Rahnema 1997) sind konkrete Vorstellungen, wie Entwicklung und gesellschaftliche Prozesse im Post-Development Zeitalter aussehen könnten, nur sehr schemenhaft zu erkennen. Vor allem nachdem selbst die Weltbank und andere Entwicklungskooperationen partizipative, bottom-up, akteursbezogene und kulturberücksichtigende Ansätze in ihre Arbeit aufgenommen haben, wurde diesen Forderungen Wind aus den Segeln genommen.

REFLEXION: POST-DEVELOPMENT – WAS HEISST DAS FÜR MICH?

„Theorising about development ... is a never ending task" (Hettne 1995: 15).

Sinn und Zweck der Post-Development Diskussion war es, die Machtdimension von Entwicklung, also die reziproke Beziehung zwischen Entwicklungspolitik und der Realität der Menschen, aufzuzeigen. Des Weiteren die Diskussion um Post-Development verdeutlichen, dass Vorstellungen über Entwicklungspfade von der Makro- bis zur Mikroebene durch alltägliche Praktiken und Diskurse und mit ihnen bestehende Vorstellungen von Machtbeziehungen immer wieder neu reproduziert werden.

In dieser Fallstudie geht es mir darum, im Sinne von Schumpeter (1975 [1942]) einen Prozess „kreativer Destruktion" anzustoßen. Der erste Schritt ist die bloße Dekonstruktion, d.h. das Auseinanderreißen bestehender sozialer Interrelationen, das Aufbrechen sozial konstruierter Konzepte. Der Dekonstruktionsprozess soll es ermöglichen, „Raum" für neue Ideen außerhalb der traditionell konstruierten Kategorien zu schaffen. Im Sinne der Forderung nach Diversität der Post-Developer geht es darum, auf einer mikrosoziologischen Ebene globale Ideen von Entwicklung zu dekonstruieren und, wenn auch auf gewisse hypothetische Art und Weise, über mögliche alternative Rekonstruktionen nachzudenken oder, wie Watts es ausdrückt, mithilfe eines Post-Development Diskurses das Fundament für eine postmoderne Alternative zu schaffen:

> "Postdevelopmentism has deployed the theoretical tools of poststructuralism – or debates that highlight the importance of discourse, history and power to construct meaning – to lay the groundwork for a postmodern alternative" (Watts 2005: 546).

Die Post-Development Diskussion soll als Spiegel für die Gemeinderäte fungieren, um über ihr momentanes Verständnis von Entwicklung und ihre Zukunftsvisionen für den ländlichen Raum zu reflektieren – frei von kolonial aufgeladenen Entwicklungskategorien. Die Dekonstruktion soll als Herausforderung und weniger als Lösung verstanden werden, die es den Subjekten der ländlichen Gemeinden ermöglicht, ihren sozialen Raum neu zu interpretieren (Young 2003).

ECUADOR ALS EIN (POST) KOLONIAL KONSTRUIERTES ENTWICKLUNGSLAND

Im Sinne des Post-Development Ansatzes soll im folgenden Kapitel die (post)koloniale Entwicklung Ecuadors analysiert und dekonstruiert werden. Nach Mallon (2005) der argumentiert, dass

> "(...) independence in the region did not lead to true decolonization – by which he means the democratization of relations among Europeans and non-Europeans – but instead to a rearticulation of the coloniality of power and upon a new set of institutions" (S. 278).

wird hier davon ausgegangen, dass in Ecuador bis heute Formen (post)kolonialer Abhängigkeiten fortbestehen. Anhand der drei Kategorien wirtschaftliche Entwicklung, Ethnizität und Gender soll aufgezeigt werden, wie (post)koloniale Machtbeziehungen reartikuliert und ständig reproduziert werden. Dabei soll gleichzeitig ein Einblick in die sozioökonomische Realität Ecuadors gewährt und eine Kontextualisierung ermöglicht werden. Obwohl der Fokus der Auseinandersetzung auf der Entwicklung Ecuadors im 20. Jahrhundert liegt, soll zunächst ein Abriss über die präkoloniale und koloniale Phase gegeben werden, um eine historische Einordnung der gesellschaftlichen Entwicklung Ecuadors zu ermöglichen.

Die Inkaherrschaft (1463-1532)

Bereits vor dem Beginn des Inkareiches gab es in Ecuador hoch entwickelte Kulturen, die mit der Eroberung 1463 durch Pachacuti Inca Yupanqui, dem 9. Inkaherrscher des ecuadorianischen Gebiets, dem Inkareich einverleibt wurden. Unter der Inkaherrschaft entstanden in Ecuador wichtige Verwaltungsposten und die berühmten „Inkastrassen". Im landwirtschaftlichen Bereich fand die so genannte *„Civilización Agraria"* (Rubio Orbe 1987) statt, die zu tiefgreifenden Veränderungen in der Landwirtschaft führte. Alles Land war Eigentum des Inkaherrschers, seine Bewirtschaftung oblag landwirtschaftlichen Kollektiven, den *ayllu*. Innerhalb eines *ayllu* konnte jede Familie einen kleinen Acker zum eigenen Lebensunterhalt bewirtschaften (Hanf 2005).

Nach dem Tod von Huayna Capac, dem 13. Inkaherrscher, bekriegten sich seine beiden Nachfolger Atahualpa im Norden und Huáscar im Süden. Atahualpa siegte zwar über Huáscar, wurde jedoch wenige Jahre später, im Jahr 1532, von den Spaniern hingerichtet. *"Damit begann der Zerfall des größten und bestorganisierten Staatsgefüges, das jemals im präkolumbischen Amerika existiert hatte"* (Frank 1990: 30). Laut Hoffmann (1985) erklärte das hohe sozio-ökonomische

Entwicklungsniveau der von den Inka beherrschten Gebiete nicht nur den gewaltigen Reichtum, den die Spanier in relativ kurzer Zeit aus den eroberten Gebieten herauszuschaffen vermochten, sondern beeinflusste darüber hinaus auch die Art und Weise, in der die Eroberer, Siedler und Verwaltungsbeamten die Kolonialpolitik und ihr lokales wirtschaftliches Handeln organisierten.

Die spanische Kolonialherrschaft (1533-1822)

> „Kennzeichnend für diese neue Etappe (der Kolonialherrschaft) waren die tiefen und vielfachen Veränderungen, der radikale Wechsel in den Lebensformen, eine Revolution durch die Einführung neuer Werte, neuer Denkweisen, Prinzipien und Strukturen" (Rubio Orbe1987: 38).

Auch nachdem die Kolonialherrschaft formal seit fast 200 Jahren beendet ist, sind diese neuen Werte und Normen bis heute tief in der Gesellschaft verankert, ebenso wie die ungleichen Machtbeziehungen zwischen Indigenen und Mestizen, die auf die wirtschaftlichen Strukturen der Kolonialzeit zurückzuführen sind.

Das agrarwirtschaftliche System der Kolonialzeit war und ist teilweise bis heute prägend für die Machtbeziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Mit den kolonialen Institutionen *mita*[3] und *encomienda*[4] wurden den Siedlern, den Beamten und dem Klerus das Recht eingeräumt, über die Arbeitskraft der Indigenen zu verfügen, was zu miserablen Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe führte (Hanf 2005). Großgrundbesitz galt für die Siedler von jeher als Machtgarantie, im Sinne einer Neuauflage des *„Prestigesymbols des mittelalterlichen Spaniens"* (Stein und Stein 1970: 35). Die Indigenen waren an die landwirtschaftliche Produktionseinheit der *haciendas* angebunden. Die Abhängigkeit der Indigenen entstand durch die Institution des *huasipungo*, bei der die indigene Bevölkerung ihre Arbeitskraft gegen ein Stück Pachtland an einen Großgrundbesitzer verdingte. Hoffmann (1985: 65) zufolge geriet die indigene Bevölkerung dadurch

> „(...) in eine ganz spezifische und ambivalente Situation aus abhängiger Knechtschaft, patriarchalischer Entmündigung und einem gewissen Sicherheitsgefühl (...)".

Die Kirche erfüllte eine wichtige Funktion bei der ideologischen Absicherung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Hinzu kam, dass die Kirche schon seit dem 16. Jahrhundert als der größte Landbesitzer der *audiencia* galt.

Unabhängigkeit und traditionelle Exportperiode

Mit der Unabhängigkeit von 1822 und der Eingliederung Ecuadors in das von Simón Bolívars gegründete „Groß-Kolumbien" wurde zwar formal die Kolonialzeit beendet, aber es kam zu keiner Neuordnung der während der 300-jährigen

---

[3] Mitasystem: Institution nach Inkavorbild. Jeder *Indígena* musste ein Jahr für ein öffentliches oder privates spanisches Unternehmen arbeiten. Die Arbeiter bekamen zwar Lohn, der jedoch so gering war, dass sie sich verschuldeten und zur Abarbeitung ihrer Schulden unentgeltlich jahrelang weiterhin für die Spanier arbeiten mussten (Hanf 2005: 16).

[4] Encomienda: Siedler bekamen ein Stück Land mitsamt dessen indigenen Einwohnern zur Verfügung gestellt, eine *encomienda*. Im Gegenzug mussten sie dieses Land verteidigen, die einheimische Bevölkerung „missionieren" und der Krone einen Tribut bezahlen (Hanf 2005: 15).

Kolonialzeit gewachsenen Sozialstruktur. Vielmehr verfolgten die kreolischen Eliten weiterhin ihre Ziele (Hoffmann 1985).

> „All that happened was that the Spanish feudal landowners were replaced by equally white and powerful men born in Ecuador. Independence meant nothing but political independence from Spain for the few families which formed the new ruling class" (Linke 1960: 23).

So veränderte sich für die Indigenen relativ wenig an ihrer Lage, da ihre Abhängigkeit von den Spaniern in eine neue Abhängigkeit von den kreolischen Eliten überging.

In der Zeit nach der Unabhängigkeit verfestigte sich die unterschiedliche Entwicklung der beiden Großregionen – *sierra* und *costa* – des Landes. Während die ökonomische Expansion der Küstenregion sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem wahren Boom auf Basis des Kakaoexports verstärkte, stagnierte die landwirtschaftliche Produktion in der *sierra.* So entwickelten sich die beiden Regionen, deren „Kommunikation und Integration nicht nur durch die Geographie und fehlende Infrastruktur, sondern auch durch unterschiedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und dementsprechende ideologische Präferenzen beeinträchtigt waren" (König 1992: 584) weiter auseinander.

Zeitgleich mit dem Beginn des Kakaobooms wurde 1895 die vom Hochland dominierte, klerikal-konservative Herrschaft von der liberalen Ära mit Eloy Alfaro als erstem Präsidenten abgelöst (Hanf 2005). Die liberale Revolution führte zu einer Verschiebung des Machtzentrums von der *sierra* hin zur *costa,* zu tiefgreifenden Reformen sowie zur Säkularisierung. Mit dem Beginn des Kakaobooms begann in Ecuador der erste Zyklus der Exportökonomie, dem später der Bananenboom folgen sollte. Um 1900 existierten fast 5000 Betriebe in der Küstenregion, deren Einnahmen 69 Prozent der Gesamtausfuhr des Landes entsprachen (Informes Ministeriales zitiert nach Hoffmann 1985: 73). Insgesamt waren es jedoch nicht mehr als 20 Familien, die fast den gesamten Kakaomarkt – Weinman (1970: 58) spricht von 80 Prozent des Marktes – kontrollierten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Kakaoexport und somit von einer globalen Welthandelsstruktur, die von den früheren Kolonialländern und in zunehmender Weise von den USA geprägt wurde, führte zu einer Fortsetzung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen der Neuen und Alten Welt, das formal durch den Unabhängigkeitskrieg beendet worden war, sich aber in den wirtschaftlichen Beziehungen reproduzierte. Die Kakaokrise zu Beginn der 20er Jahre wurde durch zahlreiche Faktoren, wie die zunehmende Konkurrenz durch andere Länder Lateinamerikas und Afrikas, eine Pflanzenseuche und dem sinkenden Weltmarktpreis, hervorgerufen.

Die im Zuge der Kakaokrise ausgelöste „Juli-Revolution" von 1925 beendete die 30 jährige Herrschaft liberaler Regierungen. Die Putschisten hatten die Gleichheit aller zum Ziel der Revolution ausgerufen und hielten ihre Errungenschaften in einer neuen Verfassung von 1929 fest, in der den Frauen erstmals das Wahlrecht zugesprochen wurde (Hanf 2005). Die Reformen, die der Juli-Revolution folgten, waren lediglich oberflächliche Reformen am Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, die für die breite Masse der Bevölkerung nur geringfügige Verbesserungen brachten

(Hoffmann 1985). Bis in die 1940er Jahre litt Ecuador unter einer stagnierenden Wirtschaft, die auch durch den Versuch einer Diversifizierung des Agrarsektors mithilfe von Kaffee nicht belebt werden konnte. Erst mit dem Bananenboom ab Mitte der 40er Jahre begann ein neuer rasanter Aufschwung der ecuadorianischen Ökonomie (Whitaker und Colyer 1990: 24). Der Anteil der Bananen an der Gesamtausfuhr stieg von 1948 bis 1962 von 1,2 Prozent auf 55 Prozent an (Bieber 1996: 745). Im Gegensatz zum Kakaoanbau wurde der Großteil der Bananenproduktion von kleinen und mittleren Betrieben gewährleistet.

Mit dem Bananenboom gelangte erstmals

> „(...) im großen Umfang ausländisches Kapital ins Land. Die negativen Begleiterscheinungen zeigten sich schnell: die einheimischen Produzenten waren hinsichtlich der Abnahmequote und der Preisgestaltung von den ausländischen Konzernen abhängig, was bedeutete, dass ihnen nur circa 28 Prozent des Exporterlöses zufielen" (Frank1990: 73).

Neben der United Fruit Company und Standard Fruit kontrollierten zwei deutsche Unternehmen UBESA und EFE einen großen Teil der ecuadorianischen Bananenausfuhr. Allein die Firma Noboa – Unternehmen des erfolglosen Präsidentschaftskandidaten bei den Wahlen 1998, 2002 und 2006 – war und ist bis heute an den Umsätzen des Bananenexports als einziges nationales Unternehmen maßgeblich beteiligt. Als sich Ende der 50er Jahre die *terms of trade* für die „Entwicklungsländer" drastisch verschlechterten, kam es zum Zusammenbruch der exportorientierten Wirtschaft (Whitaker und Colyer 1990). Der Zusammenbruch der exportabhängigen ecuadorianischen Ökonomie spiegelt die ungleichen wirtschaftlichen Machtbeziehungen zwischen den Industrieländern und den rohstoffproduzierenden Ländern wider, in denen die ökonomische Wirtschaftsstruktur der Kolonialzeit fortgeschrieben wird.

Vom Erdöl zum wirtschaftspolitischen Chaos

Als im Jahr 1967 erstmals Erdöl im ecuadorianischen *Oriente* gefunden wurde, begann eine neue Zeitrechnung in dem bisher von Agrarprodukten abhängigen Land. Mit der Förderung des Erdöls standen erstmals dem Staat selbst eigene Einnahmen zur Verfügung. Da die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1979 sehr turbulent war – immerhin wurde Ecuador in den 19 Jahren von mittlerweile 11 Präsidenten regiert – sollen hier mithilfe eines tabellarischen Überblicks die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen skizziert werden, um anschließend übergreifende Trends und Entwicklungen herausarbeiten zu können.

Mithilfe dieser Übersichtstabelle und der Entwicklung des Erdölpreises zwischen 1972 und 2007 soll aufgezeigt werden, wie stark die innenpolitischen Ereignisse von den Schwankungen des Erdölpreises auf dem Weltmarkt abhängig sind. Nach der These *„First law of petropolitics"* von Thomas Friedman (2006), die behauptet, dass eine negative Korrelation zwischen dem Erdölpreis und dem politischen Freiheitsgrad eines Landes besteht, könnte man für Ecuador spekulieren, dass die Erdölförderung die Demokratisierung des Landes insofern hemmt, als dass durch

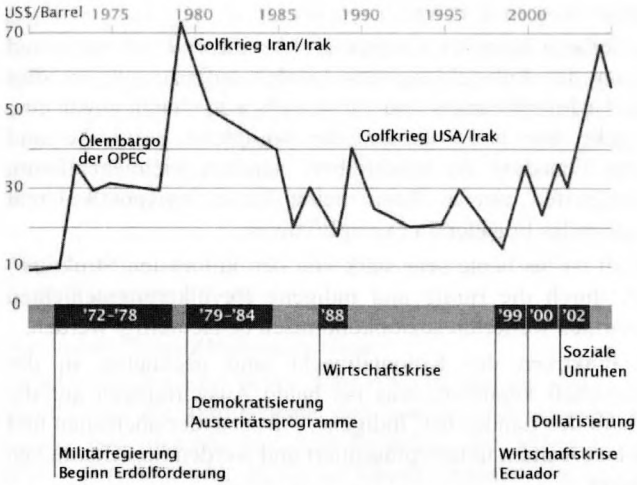
die Einkünfte aus dem Erdöl die Dringlichkeit wichtiger politischer Strukturmaßnahmen abgemildert wurde und es so dem Land möglich war, eine Politik des *muddling through* zu betreiben. Zu sozialen und politischen Unruhen kam es immer dann, wenn die Erdölpreise auf dem Weltmarkt fielen und die Regierung gezwungen war, Reformschritte einzuleiten.

Tabelle 2: Politische, soziale und ökonomische Entwicklung Ecuadors 1972 bis 2007

Präsident	Politische Situation	Soziale Situation	Ökonomische Situation	Erdöl
Militär-regierung 1972-79	„dictadura blanda" mit nur wenigen Menschenrechts-verletzungen, Infrastrukturausbau	Beginnende Entwicklung einer Mittelschicht	Investition in ISI, Verschuldung	Beginn der Erdölförderung „sembrar el petroleo" als entwicklungspolit. Motto
Roldós/ Hurtado 1979-84	Rückkehr zur Demokratie, Mitte-links	Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit	Austeritätsprogramm	Sinken des Erdölpreises
Febres Cordero 1984-88	Mitte-rechts, „Lamm" der USA, „Vergewaltigung" der Konstitution	Menschenrechts-verletzungen, 84/85 Streiks der Gewerkschaften gegen Liberalisierung	Neoliberalismus a la Thatcher, Austeritätsprogramm, Abbau der Zollschranken, Wirtschaftskrise , Abwertung der Währung 400%, Inflation 70%	Erst Stabilisierung des Erdölpreises, dann erneuter Fall der Preise
Borja 1988-92	ID: mitte-links „pluralistisches Kabinett", will Dialog zwischen Arbeitern, Angestellten und Regierung	1988 Demos gegen Erhöhung der Benzinpreise, 1990 erster Indígena Aufstand, Landrechte und Anerkennung des Quechua als offizielle Landessprache, Forderung nach besserer Kontrolle der Erdölindustrie	Notstandsprogramm Versuch der makroökonomischen Stabilisierung, Sparpolitik, Inflation 80%t	
Durán Ballén 1992-96	Konservativ, Grenzkonflikt mit Peru	Demos und Bombenanschläge als Reaktion auf Reformen, 1993 Generalstreik	Radikale Reformen: Abwertung des Sucre, Erhöhung der Energiepreise Modernisierungs-gesetz	Umweltschäden durch Erdölförderung, Klage gegen Texaco
Bucaram 1996-97	Populist, Korruptionsskandale, schwerste politische Krise	landesweite Proteste, Demonstranten fordern Rücktritt des „Verrückten"	Preiserhöhungen für Energie (600%) Ökonomische Krise!	
Mahuad 1998-2000	Frieden mit Peru 1998	Demonstrationen gegen wirtschaftliche und soziale Krise führt zur Absetzung Mahuads durch Militärs und Indigene	Neoliberale Maßnahmen, Hochverschuldeter Haushalt, Auslandsschuld 14Mrd. US$, Abwertung des Sucre Privatisierungen, Bankenkrise	Abwertung des Erdölpreises im Zuge der Asienkrise
Noboa Bejerano 2000-02		Proteste gegen Dollarisierung, Putsch durch Militär (Gutiérrez) und Indigene	Dollarisierung	Steigende Ölpreise
Gutiérrez 2003-05	„self made man criollo" Politische Instabilität aufgrund fehlender Mehrheiten im Kongress, Korruption, Außerkraftsetzen des Obersten Gerichtshofes,	2005 Generalstreik, 2005 Sturz Gutiérrez durch mestize urbane Mittelschicht Quitos	Neue IWF, IDB Kredite	
Palacio 2005-2006	Interimspräsident	Proteste gegen Freihan-delsabkommen mit USA		
Correa 2007	Verfassungsgebende Versammlung,	Unterstützung durch Indigene	Importzölle	nationalistische Erdölpolitik, Verstaatlichung

Quelle: eigene Darstellung nach Bieber 1996, Hanf 2005, Hoffmann 1998a,b, 2005b, Sevilla/ Acosta 2005

Abbildung 5: Erdölpreis in US$/Barril 1972-2007 deflationiert nach dem Erzeugerpreisindex



Quelle: eigene Darstellung nach Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2007

Wie die tabellarische Übersicht zeigt, wird die politische Instabilität und die sozioökonomische Krise Ecuadors durch den Konflikt zwischen Reformbewegungen und Anti-Reformgruppen verschärft. Auf der einen Seite stehen die Reformer aus den Lagern der mitte-rechts Parteien, der Industrie- und Handelskammern und Technokraten, also die „Jünger" des Washington Konsens von 1990, die marktorientierte, neoliberale Wirtschaftsstrategien predigen. Sie stehen für das klassische, okzidentale, moderne Entwicklungsparadigma, gegen welches sich die Kritik der Post-Developer wendet. Mithilfe der Verbreitung westlicher Entwicklungsideen wie Modernisierung, Technifizierung, Industrialisierung erhofft man den erwünschten Entwicklungsstand ähnlich dem der Industriestaaten zu erreichen. Auf der anderen Seite gibt es die Koalition der Antireformer, zu der die indigenen sowie die neuen sozialen Bewegungen und entsprechende Linksparteien gehören, die einen alternativen Entwicklungspfad fordern. Darüber, wie dieser alternative Entwicklungspfad aussehen soll, gibt es jedoch zwischen diesen verschiedenen Gruppen keinen Konsens. Eine der wichtigsten Forderungen dieser inhomogenen Gruppe der Antireformer ist die nach mehr Souveränität des Staates gegenüber ausländischen Interessen im Land, sei es in der Erdölpolitik, bei der Schuldenrückzahlung, im Grenzkonflikt mit Kolumbien oder bezüglich des *Plan Colombia* und den entsprechenden US-amerikanischen Stützpunkten in Ecuador (Militärbasis Manta).

Auf den Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen mit den USA *(Tratado de libre comercio)* war einer der beliebtesten Sprüche: *„No queremos y no nos da la gana, ser una colonia norteamericana"*. Auch wenn diese Sprüche als „linke,

anti*gringo*" Parolen (ab)gewertet werden können, so drücken sie doch ein Gefühl beziehungsweise ein Bedürfnis nach einer neuen Form von Dekolonialisierung aus.

REFLEXION: DER ECUADORIANISCHE ENTWICKLUNGSPFAD

Die Realität Ecuadors ist äußerst komplex – wenn ich hier dieses Fazit ziehe und versuche, die Konstruktion der Entwicklung des Landes aufzuzeigen, ist dies sicherlich nur *eine* mögliche Interpretation und für manchen vielleicht sogar eine Fehl-Interpretation. Es geht mir nicht darum, die komplette politische und ökonomische Entwicklung Ecuadors zu beschreiben, sondern vielmehr darum einzelne Aspekte herauszugreifen, um an ihnen meine These des (post)kolonial konstruierten Entwicklungslandes Ecuador zu exemplifizieren.

- Ecuadors Agrarwirtschaft ist bis heute sehr stark von den kolonialen Strukturen der *haciendas* geprägt, durch die rurale und indigene Bevölkerungsschichten auch nach den Agrarreformen weiterhin sozioökonomisch benachteiligt werden.
- Werte, Normen und Praktiken der Kolonialmacht sind nachhaltig in der ecuadorianischen Gesellschaft verankert, was bis heute Auswirkungen auf die Machtverteilung innerhalb des Landes hat. Indigene, AfroecuadorianerInnen und Frauen sind in öffentlichen Ämtern unterrepräsentiert und werden im öffentlichen Leben häufig diskriminiert.
- Durch die frühe Ausrichtung auf den Export von Agrarprodukten wurde die Abhängigkeit vom Weltmarkt verstärkt und eine neue Form der Kolonisierung geschaffen.
- Im Zuge der wachsenden Bedeutung von Erdöl erlangte das Land zwar einen gewissen Wohlstand, die Erlöse aus der Erdölförderung wurden jedoch nicht nachhaltig in soziale Projekte reinvestiert. Die externe Abhängigkeit verstärkte sich durch die zunehmende Verschuldung. Die internationalen Kreditgeber und Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF) können als neue „kolonialisierende" Akteure gesehen werden, die sehr stark in die nationale Politik eingreifen.
- Im politischen Diskurs Ecuadors, insbesondere seit den 90er Jahren, sind zwei opponierende Strömungen zu erkennen: Während die Reformer auf eine nachholende Entwicklung des Landes nach den Spielregeln des Konsens von Washington hoffen, fordern die sozialen Bewegungen eine alternative Entwicklung, wobei das Wie und Wohin dieser Alternativen zwischen den verschiedenen Strömungen noch keinen Konsens gefunden hat.
- Der aktuelle politische Diskurs ist von einem internen Kampf um politische Macht zwischen den traditionellen Eliten und den neuen sozialen bzw. indigenen Bewegungen geprägt. Dabei geht es um eine Neuverhandlung festgefahrener Machtterritorien und -kategorien. In Bezug auf die Außenpolitik Ecuadors geht es insbesondere um eine Neuverhandlung des Wirtschaftsverhältnisses zu den USA.

Identity: Colonizer vs. Colonized

> "All identities are not equally available to all of us and all identities are not equally culturally valued. Identities are fundamentally enmeshed in relations of power" (Roseneil und Seymour 1999: 2).

Nachdem die ökonomischen (Macht)Beziehungen Ecuadors, erst als Kolonie und später als Peripherie der globalen Ökonomie, skizziert wurden, stehen im Folgenden die Geographien der Identitätsproduktion als eine weitere *powerscape* im Vordergrund. Koloniale Konstruktionen von Identitäshierarchien bestehen bis heute fort. Der Ausdruck *„Indio"* wird auch heute noch als Schimpfwort verstanden, das mit Rückständigkeit verbunden ist (Stark 1981).

Wie Identitäten in Ecuador seit der Kolonialzeit konstruiert werden und welche Auswirkungen dies auf die Machtbeziehungen im Raum haben, soll im folgenden Kapitel thematisiert werden.

Ansätze der Identitätskonstruktion

Es gibt verschiedene theoretische Ansätze, um die Konstruktion sozialer Identitäten zu erklären, wie zum Beispiel den *human needs* Ansatz (Burton 1990, Jabri 1996), der soziale Identität aus dem Bedürfnis der Menschen dazugehören zu wollen heraus definiert, oder der *social identity* Ansatz[5], der Identität als *„self-conception as a group member"* (Abrams 1990: 2) versteht. Die beiden Konzepte beruhen darauf, dass der Mensch nach Kriterien sucht, die ihn von anderen unterscheidet bzw. mit anderen vereint. Auf diese Weise nimmt er eine Unterteilung in Gruppen vor, einerseits derer, denen er selbst angehört (in-groups) und andererseits denen, denen er nicht angehört (out-groups) (Abrams 1990). Identität muss verstanden werden als *„not fixed by nature, given by god, or planed by intentional behaviour"*, sondern als *"constitutive in relation to difference and difference is constitutive in relation to identity"* (Campbell 1992: 8).

Cloke et al. (2005) drücken Identitätsunterschiede durch *otherness* als Gegensätzlichkeit zum Selbst aus. Das Andere *(other)* wird dabei meist relational in seiner Beziehung zum Selbst verstanden. Der Süden als Gegenstück *(other)* zum Norden, die Indigenen als Gegenstück zu den Weißen etc. (hier setzt wiederum die Kritik der Post-Development Schule an). Auch Massey (1993) betont, dass *„identities are constructed relationally, constructed through relations"* (S. 61).

Identitäten werden durch imaginäre Geographien ausgedrückt (Said 1979), durch die Unterschiede und Unterscheidungen zwischen "uns" und "den Anderen" artikuliert werden. Identität „entsteht" erst mit der Unterscheidung des einen vom anderen im Diskurs. Folglich gibt es keinen prä-diskursiven Ursprung und auch keine prä-diskursive Präsenz von Identität, vielmehr ist sie ein diskursiv erzeugtes Konstrukt, welches zu einem (bestimmten) Zweck entsteht bzw. zur Entstehung gebracht wird. Radcliffe und Westwood (1996) sprechen von den *"geographies of*

[5] Die Ursprünge der *Social Identiy*-Theory, die als solche erstmals von Henri Tajfel formuliert wurde, gehen auf verschiedene Identifikationstheorien zurück, z.B. von Siegmund Freud, George H. Mead, Erik Erikson, Talcot Parson, Jürgen Habermas vgl. Bloom 1990: 25-53.

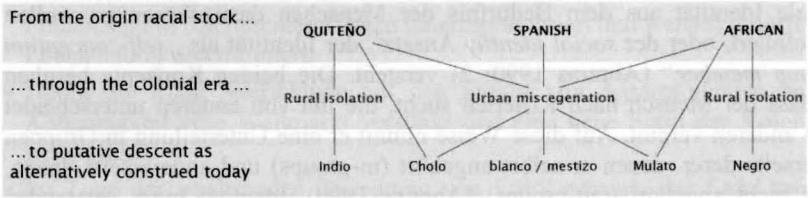
identity" als *"lived geographies"* (S. 27), d.h., dass Identitäten durch tägliche soziale Beziehungen und Diskurse ständig konstituiert werden. Identität *"as performative means [...has] no ontological status apart from the various acts which constitute its reality"* (Butler 1990: 136). Auch für Massey (2004) gilt Performativität als Schlüsselkonzept des Identitätsdiskurses. Durch ständige Wiederholung der Performativität werden Identitäten materialisiert, konkretisiert und festgeschrieben.

Wie im Falle Ecuadors Identitäten konstruiert und konkretisiert wurden und werden, soll anhand eines kurzen Rückblicks in die Kolonialgeschichte aufgezeigt werden.

(Post)koloniale ethnische Machtlandschaften

> "The elusive concept of cultural identity remains inseparable from the social networks that describe living communities and the landscapes they create through conflicting claims to resources, labor, and community. It suggests that ethnicity is not so much a fixed category as a historical process of changing identities and translations" (Radding 2005: 159).

Abbildung 6: Identitätskonstruktion in der Geschichte Ecuadors



Quelle: eigene Darstellung nach Stutzman 1981, S. 65

Stutzman (1981) versucht mithilfe seines Schemas die ethnischen Identitäten Ecuadors zu klassifizieren und ihre Entstehung zu begründen. Ausgehend von den drei Kategorien Quiteños, Spanier und Afrikaner kommt es durch Vermischung bzw. Isolation zu den ethnischen Zuschreibungen, wie sie heute verwendet werden. Da afroecuadorianische Identitäten, aufgrund ihrer historischen Verortung als Sklavenarbeiter auf den Plantagen, vorwiegend auf den Küstenbereich konzentriert sind, sollen sie in dieser, sich mit dem zentralen Hochland beschäftigenden Arbeit, nicht weiter diskutiert werden. Die künstlich geschaffene Dichotomie Indigene – Spanier bzw. das Projekt der *mestizaje* als Versuch, eine einheitliche Nationalität zu schaffen, stehen im Vordergrund der Diskussion über Identitätskonstruktionen in Ecuador.

Koloniale Institutionen prägen den Prozess der sozialen bzw. ethnischen Differenzierung seit dem Zusammentreffen von Europäern und Indigenen. Die *encomienda* und die Missionartätigkeit prägten die ethnische Kategorisierung und die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den indigenen und spanischen Autoritäten auf eine besondere Art und Weise (Radding 2005). Durch die ökonomische Exklusion der Indigenen, die aus dem *encomienda* System resultierte, wurde in Ecuador in der Kolonialzeit der Grundstein für eine "ethnische Klassentrennung" der Gesellschaft gelegt, wie sie bis heute existiert.

Die sozioökonomischen, ethnisch bedingten Disparitäten zeigen sich (noch heute) in den Armutsindizes des Landes. Die Weltbank (2007) konstatiert für Ecuador folgendes: 87 Prozent der Indigenen leben in Armut und sogar 96 Prozent der ländlichen indigenen Bevölkerung, wohingegen es in der nicht-indigenen Bevölkerung 61 Prozent sind. Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man die extreme Armut betrachtet: Hier liegt der Wert für Indigene bei 56 Prozent bzw. 71 Prozent in den ländlichen, indigenen Gebieten, wohingegen "nur" 25 Prozent der nicht-indigenen Bevölkerung in extremer Armut leben. Ethnizität und Klassenzugehörigkeit sind in Ecuador also eng miteinander verbunden, wie auch Whitten (1981: 17) unterstreicht:

> "Ethnicity and class both interrelate and clash in modern Ecuador, and boundaries between ethnic and class system sometimes merge, sometimes rigidify and sometimes dissolve. From the nationalist perspective, poor Indians are poor *because* they are Indians, but wealthier Indians are such in spite of their "race". Poor whites or poor *mestizos,* however, are poor because of the state of the nation, because of its failure to homogenize – the poor non-Indian can blame his poverty on the very fact of continued indigenous existence".

Ethnische Differenzierung innerhalb der Kolonialgesellschaft diente den Spaniern dazu, sich von den sogenannten Indios und Schwarzen abzugrenzen. Roniger und Herzog (2003: 3) verweisen darauf, dass

> "patterns of similarity and dissimilarity (...) elaborate criteria for defining, negotiating or contesting access to public institutions, to the control and distribution of resources and the regulation and legitimization of power".

Die Kolonialherrschaft wurde durch die Konstruktion von Unterschieden zwischen Kolonialherren und Kolonialisierten legitimiert. Indem die Kolonialisierten als *"culturally incapable of self-government or predisposed toward wantonness and irresponsibility"* (Kothari 2005: 542) bezeichnet wurden, konnte die "Modernisierung" der unorganisierten "traditionellen" Gesellschaften gerechtfertigt werden. Indigene Kulturen werden bis heute von vielen für ihre Unfähigkeit und ihrem Widerwillen gegenüber Fortschritt angeklagt. Okzidentale Eigenschaften wurden konsequent als überlegen und "besser" angesehen als indigene (Radcliffe 2006), was sich vor allem in der Art und Weise, wie Entwicklung definiert wurde, zeigt. Indigene mussten "*modernisiert*" (Escobar 2005: 90) werden, womit gemeint war, dass sie die "richtigen" Werte adoptieren sollten, d.h. diejenigen der weißen Minderheit, verkörpert in den Idealen des "kultivierten" Europas.

Die Überprägung der Indigenen durch die Werte der Kolonialherren und die damit einhergehenden Implikationen, wie z.B. die Redefinition von Genderrollen in der Arbeitswelt, Technologie und Übernahme der westlichen Sozialformen, führten zu tiefen Veränderungen der indigenen Lebenspraktiken (Radding 2005). Indigene entwickelten neue ethnische und soziale Identitäten als Antwort auf die koloniale Erfahrung, mit der sie konfrontiert waren. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen der Kolonialzeit kreierten so symbolische und materielle Machtlandschaften.

> "Colonizers and colonized understood power in different realms of experience and fields of action. Power penetrated the political and religious spheres of native peoples in ways that blurred the boundaries and hierarchies of colonial society" (Radding 2005: 167).

Die Idee, Indigene zu "verweißlichen" im Sinne des *"blanqueamiento"*, wurde nicht nur von den spanischen Kolonialmächten, sondern auch von den Militärregierungen in der Nachkriegszeit verfolgt. Auf der Suche nach einer universalen ecuadorianischen Identität schufen die Militärregierungen das Projekt der *mestizaje*. Wenn General Rodríguez, Militärdiktator von 1972 bis 1976, sagt:

> "There is no more Indian problem, we all become white when we accept the goals of national culture" (General Rodríguez, zitiert in Stutzman 1981: 45),

wird deutlich, in welche Richtung sich eine "homogene" nationale Kultur entwickeln sollte.

Für Wade (1994: 21) hat *mestizaje "powerful moral connotations"*, denn das Konzept der *mestizaje* ist keine neutrale Vermischung der Kulturen im Sinne der Hybridisierung (Nederveen Pieterse und Parekh 1995), sondern eine hierarchische Kategorisierung. *Mestizaje* kann als die Modernisierung begleitende Kulturpolitik begriffen werden. Das Attribut "weiß" steht im nationalen Diskurs für hohen Status, Reichtum, Macht, Zivilisation, Christentum, Urbanität und Entwicklung. Indigene Kulturen und Ökonomien werden dagegen als "*Problem*" (Radcliffe und Laurie 2006: 88) verstanden und das Ziel der *mestizaje* besteht darin, die Indigenen in eine moderne, auf Klassen basierende Konsumkultur zu assimilieren, in der die Indigenen auf dem Weg zur *mestizaje* nach und nach ihre "traditionellen" Charakterzüge verlieren (Silva 1991, Radcliffe 1997).

Dass *blanqueamiento* oder die Mestizierung als Projekt, nationale Kultur zu kreieren, erfolgreich war und ist, zeigt sich an den Volkszählungsdaten. Ethnische Zugehörigkeit nach Selbstdefinition wurde erstmals im Zensus von 2001 berücksichtigt. Indigene Bewegungen und internationale Organisationen sehen in den Ergebnissen des Zensus einen Trend, dass Befragte sich tendenziell als weißer/ mestizer ausgeben, als sie es tatsächlich sind, und somit der Anteil von Indigenen an der Gesamtbevölkerung in den Ergebnissen der Volkszählung um ein vielfaches geringer ist, als der tatsächliche. Sicherlich ist es sehr problematisch, nach welchen Kriterien ethnische Identitäten gemessen werden bzw. ob es aufgrund einer Hybridisierung der Identität überhaupt sinnvoll ist.

Folgende Tabelle zeigt jedoch, wie Terán in dem in Ecuador am weitesten verbreiteten Atlas von 1991 aufzuzeigen versucht, dass eine Verweißlichung der Gesellschaft stattfindet. Er suggeriert, dass der Anteil Indigener und Schwarzer durch Vermischung und aufgrund der *"precarious economic and cultural conditions in which they live that are not favourable for their rapid increase"* (Terán 1991: 20) diminuiert wird.

Tabelle 3: Bevölkerungsverteilung nach ethnischer Zugehörigkeit

	Sierra	Costa	Average
Whites	27%	26%	26,5%
Indigenous	30%	7%	18,5%
Mestizos	42%	30%	36%
Mulattos	0,5%	28,5%	14,5%
Blacks	0,5%	8,5%	4,5%

Quelle: Terán 1991 S. 20

Es kommt nach Teráns Meinung nicht nur zu einer Akkulturation, sondern es werden sogar die biologischen Eigenschaften der dominierenden Klasse langfristig übernommen. Auf welchen Daten diese Tabelle fundiert bzw. aus welchem Jahr sie stammt, wird an keiner Stelle erwähnt.

Die Nationalisierungsbestrebungen können somit als ein Versuch der ethnischen Homogenisierung gesehen werden. Das Produkt dieser Homogenisierung wird (ironischerweise) als *„el hombre ecuatoriano"* (Whitten 1981: 15) bezeichnet, wobei sich das Versprechen der Inklusion aller Bevölkerungsteile in diese neue ecuadorianische Identität mit dem Fokus auf die (männliche) weiße Überlegenheit widerspricht.

Die Homogenisierung und die einseitige Dominanz der Mestizierung spiegelt die im Kapitel "(De)Konstruktion von Entwicklung" angesprochenen Probleme wider. Ähnlich wie der Entwicklungsdiskurs birgt auch das Mestizierungsprojekt *"a powerful tool for a modernization development project"* (Radcliffe 1997: 11).

Letztendlich hat das Projekt der Mestizierung zur Verfestigung von ethnischen hierarchischen Kategorien geführt und den Rassismus *"institutionalisiert"* (Casagrande 1981: 261). Indigene sind trotz einer neuen, im Land an Unterstützung gewinnenden, indigenen Bewegung Opfer von struktureller Gewalt in einer mestizischen Gesellschaft, deren Wurzeln in der Kolonialzeit liegen.

„New Indigenism" als postkoloniale Konstruktion

Die zunehmende Bedeutung der indigenen Bewegung innerhalb der ecuadorianischen Gesellschaft hat insbesondere auf den ländlichen Raum weitreichende Auswirkungen und damit auch auf die ländlichen Lokalregierungen.

Ab Mitte der 1980er Jahre kam es zu grundlegenden Veränderungen in der Beziehung zwischen Staat und Indigenen (Crain 1990, Ibarra 1992). Aus dem *"indigenous problem"* (Radcliffe 1997: 16) wurde irreversibel eine ethnisch-nationale Frage, sowohl in der Art, wie Indigene Forderungen an den Staat stellten, als auch in Bezug auf den vom Staat neu ausgerichteten indigenen Diskurs (Wray 1989). Der *"neue Indigenismus" (nuevo indigenismo),* wie Ibarra (1992: 175) ihn nannte, übte Kritik am traditionellen Indigenismus und betonte die Autonomie und Bedeutung indigener Kulturen. Statt Integration wurde ein respektivolles Miteinander in Form von Multikulturalismus gefordert (Radcliffe und Westwood 1996, Radcliffe 1997).

Basierend auf Selverston-Scher (2001) und Ströh (2005) sollen hier die Ursachen für das Entstehen des *"new indigenism"* aufgezeigt werden: Losgetreten wurde die neue Indigenenbewegung durch die Forderung nach Landreformen in den 1960er Jahren. In der *sierra* wurden indigene Basisorganisationen – innerhalb der indigenen Organisationsstruktur auch „Organisationen ersten Grades" genannt – gegründet, um das ursprünglich den Indigenen gehörende Land zurückzufordern.

> "La lucha por la tierra ha sido la principal motivación para que nos organizaremos, pues de ella depende nuestra existencia" (Der Kampf um das Land war der Hauptgrund, weswegen wir anfingen uns zu organisieren, denn von der Erde hängt unsere Existenz ab), (CONAIE 1989: 185 zitiert nach Blum 2001: 154).

Die Agrarreformen von 1962 und 1972 führten zu Veränderungen im ländlichen Raum, die den Organisationsprozess der Indigenen begünstigten. Zunächst verschlechterte sich für die meisten "frei" gewordenen Landarbeiter nach der Auflösung der Großgrundbesitze die Lebenslage. Durch die hohe Abwanderung, insbesondere mestizischer Bevölkerungsteile, kam es zur *"Indigenisierung des ländlichen Raums"* (Boris 1998: 74). In den Folgejahren stieg die Organisationsdichte im ländlichen Raum überproportional an, und die Durchsetzungsfähigkeit indigener Interessen nahm entsprechend zu.

Abbildung 7: Aufbau der indigenen Organisation und Organisationen in der Provinz Cotopaxi

	CONAIE (National)		
	COINCE (Küste)	ECUARUNARI (Andenhochland)	CONFENIAE (Amazonas)
Organisation 3. Grades (OTG)	provinzielle Foderationen	**provinzielle Foderationen** MICC (Indigene Bewegung Cotopaxi)	provinzielle Foderationen
Organisation 2. Grades (OSG)	Gemeindeversammlung	**Gemeindeversammlung** Toacazo: UNOCANC Cusubamba: COICC Mulalllo: UNOCAM	Gemeindeversammlung
Organisation 1. Grades (OPG)	Basisgemeinde	**Basisgemeinde**	Basisgemeinde

Quelle:eigene Darstellung nach Paliz 2002, S. 115

1972 kam es zum ersten regionalen Zusammenschluss dieser lokalen indigenen Organisationen im Hochland, der ECUARUNARI *(Ecuador Runacunapac Riccharimui, kichwa für "Erwachen der ecuadorianischen Indígenas")*. Trotz großer Differenzen kam es 1986 zum historischen Bündnis mit den Indígenas aus Amazonien (CONFENAIE) in der *Confederación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador* (CONAIE). Die CONAIE gilt als Lateinamerikas *„srtongest, oldest, and most consequential indigenous movement"* (Yashar 2005: 85).

Das Selbstverständnis der CONAIE beruhte von Anfang an auf dem bereits angesprochenen "neuen Indigenismus". Dieser neue Umgang mit der eigenen Identität war von den Indigenen als der einzig mögliche Weg aus Unterdrückung und Diskriminierung identifiziert worden.

> "Das bedeutet nicht nur, entschlossen ihr 'Indigenentum' zu akzeptieren, sonder auch vom Staat und der nationalen Gesellschaft zu verlangen, sie als Indios zu akzeptieren und nicht nur als angepasste Scheinmestizen. Es beinhaltet außerdem den Anspruch auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung in der nationalen Gemeinschaft" (Frank 1992: 54).

Damit wurde die nationalistische Mestizierungspolitik forcierter Integration bewusst abgelehnt und gleichzeitig eine Alternative im *coming out* der Indigenen angeboten. Diese Alternative bietet ein plurikultureller, multinationaler Staat, wie er

in der Verfassung von 1998 verankert wurde, der die Mitgestaltung aller Nationalitäten unabhängig ihrer Couleur und Herkunft am Staat ermöglicht.

Um innerhalb der staatlichen Strukturen und nicht nur auf Basis von Protestaktionen am Staat mitgestalten zu können, wurde 1995 in einer kollektiven Entscheidung die Notwendigkeit indigener politischer Partizipation auf nationaler Ebene beschlossen. Für die Wahlen 1996 wurde deshalb der politische Arm der CONAIE gegründet, *Pachakutik (MUPP-NP)*. Der Anteil indigender Volksvertreter stieht bis 2006 stetig an:

Tabelle 4: Anzahl und Anteil indigener Vertreter in öffentlichen Institutionen

	1996	1998	2002	2004	2006
Abgeordnete im Parlament	6	6	11	–	7
Indigener Anteil (von 100 Abgeordneten)	6%	6%	11%	–	7%
Präfekten	–	2	5	4	–
Indigener Anteil (von 21 Präfekten)	–	10%	24%	18,8%	–
Bürgermeister	3	17	28	27	–
Indigener Anteil (von 213 Bürgermeister)	1%	8%	13%	12,82%	–

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Ströh 2001, Garcia Serrano 2005, TSE 2007

Seit der Regierungsbeteiligung 2003 und dem Koalitionsbruch mit Präsidenten Lucio Gutiérrez wurde die indigene Bewegung zunehmend durch ihre eigene Zerrissenheit geschwächt. Yanez (2006) erklärt im Experteninterview die Schwierigkeiten politischer, indigener Partizipation in staatlichen Strukturen damit, dass die indigene Bewegung historisch gesehen eine solidarische Bewegung war, die ein Ziel hatte. Diese Einheit ist innerhalb der komplexen nationalen Politik nur sehr schwer aufrecht zu erhalten. Yanez (2006) sieht in der fehlenden "Modernisierung" und Anpassung an die heutigen Herausforderungen politischer Partizipation die Gründe für den Zusammenbruch der indigenen Organisation, die durch die Regierungsbeteiligung im Jahr 2003 ausgelöst wurde. Krainer (2006) weist im Interview darauf hin, dass Gutiérrez, aus Angst vor der Stärke der indigenen Bewegung, *"ganz gezielt daran gearbeitet hat, die indigene Szene zu zerstören oder zu schwächen" (Z. 25)*.

Dass es Gutiérrez wirklich gelungen ist, die politische Kraft der Indigenen zu spalten, zeigen die Wahlergebnisse von 2006. Während der indigene Präsidentschaftskandidat und Vorsitzender der CONAIE Luis Macas nur 2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, gewann Gilmar Gutiérrez, Bruder des 2005 gestürzten Lucio, 17 Prozent der Stimmen (http://www.votebien.ec, 1.3.07), die zu großen Teilen aus stark indigen geprägten Gebieten stammten.

Die Indigenen konnten in den 1990er Jahren viele ihrer Forderungen, wie die Einführung des bilingualen Unterrichts und eines eigens dafür gegründeten Ministeriums (DINEIB) oder eines Ministeriums für indigene Angelegenheiten (CONDEPE) und indigene Gesundheit, durchsetzen.

Wichtiger als diese formalen, strukturellen Fortschritte ist aus meiner Sicht jedoch der durch die indigene Bewegung angestoßene, gesellschaftliche Diskussion um eine „neue" nationale Identität. Die indigene Bewegung hat dazu beigetragen, dass

die kolonial konstruierten Identitäten neu überdacht und rekonstruiert werden. Durch auf lokaler Ebene angestoßene Prozesse wurden die *"geographies of identity"* (Radcliffe 1997: 16) in Form des *"new indigenism"* dekonstruiert und mit neuen Inhalten gefüllt.

EXKURS: AMTSEINFÜHRUNG VON RAFAEL CORREA

Als einen möglichen Hinweis auf einen neuen ecuadorianischen Identitätsdiskurs soll hier exemplarisch die Amtseinführungszeremonie von Rafael Correa im Januar 2007 diskutiert werden. Wenn dieses Ereignis auch als ein äußerst populistischer Akt innerhalb der neuen linken, anti-US-amerikanischen Bewegung verstanden werden muss, so stellt es doch ein Novum in der ecuadorianischen Geschichte dar.

„Zum ersten Mal in der Geschichte Ecuadors wurde einem Präsidenten der indigene Regierungsstab (bastón de mando) überreicht. In einer feierlichen Zeremonie in Zumbahua verkündete Rafael Correa den Beginn eines „würdigen, alternativen, gerechten und sozialistischen Amerikas des 21. Jahrhunderts". (...) Zwanzig Tausend Indigene hatten sich auf der *plaza* in Zumbahua versammelt, um die Übergabe des Regierungsstabs von fünf Schamanen beizuwohnen. Mit einem weißen, mit indigenen Symbolen bestickten Hemd bekleidet, wurde Correa außerdem ein Poncho der für die Diversität der indigenen Völker steht und eine Rute, das Symbol der Disziplin, überreicht,. Während der Zeremonie wurde Correa von Schamanen von den „schlechten Energien" gereinigt. Ricardo Tsakimp, Vorsitzender des Rats der Weißen der Shuar Indianer, erklärte: „Es ist das erste Mal, dass die indigenen Völker ihren Stab, das höchste Symbol der Macht, in die Hände eines ecuadorianischen Präsidenten, eines Mestizen geben, damit er Kraft für den Kampf gegen die schlechten Energien bekommt". Correa erklärte, er sei stolz, der „erste indigene Präsident Ecuadors" zu sein, und dass seine Regierung sich um die Marginalisierten, die Migranten, die Armen und die Indigenen kümmern würde, weil jetzt „Ecuador das Vaterland von allen ist" (eigene Übersetzung nach Diario Hoy 16.1.2007).

Abbildung 8: Rafael Correa bei der Amtseinführung

Quelle: talcualdigital.com, 27.1.2007

Quelle: Diario Hoy 16.1.2007

Quelle: talcualdigital.com, 27.1.2007

Wenn ein Mestize, der in den USA studiert hat, eine indigene Gemeinde für seine Amtseinführung wählt, einen indigenen Poncho anzieht und versucht *Quechua* zu sprechen, ist dies – trotz der Annahme, dass es sich um einen Akt populistischer Politik handelt – ein radikaler Wandel in den Geographien der Identität in Ecuador. Die zugegebenermaßen sehr symbolische Politik Correas "verrückt" jedenfalls den Fokus des Identitätsdiskurses des Landes. Indem er sich von den Indigenen das "Zepter der Macht" überreichen lässt, gibt er ihnen symbolisch die in der Kolonialzeit durch die Spanier entrissene Macht über ihr Land zurück.

Wenn Correa bei der offiziellen Amtseinführung im Kongress – als erster Präsident – statt einer Krawatte ein mit indigenen Symbolen besticktes Hemd trägt, könnte

man dies als dekolonialisierenden Akt verstehen. Radcliffe beschäftigte sich bereits 1997 mit der Rückkehr von urbanen, gut gebildeten, ursprünglich indigenen Bevölkerungsteilen zu indigener Kleidung als Ausdruck einer politischen Kultur des Widerstands.

> "The process of hybridity has particular relevance in this discussion of visual referents (such as clothing), as it prompts us to unpack the histories and geographies behind appearance. In this sense then, indigenous clothing reasserts a representational economy, by reclaiming the space of the nation in the name of a previously marginalized group" (Radcliffe 1997: 9).

Correas Handeln könnte als Ausdruck einer, wenn zunächst vielleicht nur symbolischen, Hybridisierung der ecuadorianischen Identität jenseits der Binarität Indigen/ Mestize verstanden werden.

Identitätsdiskurs jenseits der Binarität Indigen/Mestizo

> "It is time to learn to liberate ourselves from the Eurocentric mirror in which our reflection will always and necessarily be distorted. It's time, in the end, to stop being what we are not" (Queansitter nach Mallon 2005: 278).

Basierend auf Arbeiten von Bhabha (1990) über Kolonialismus und Hybridität entwickelt Radcliffe (1997) ein Konzept hybrider Kultur für Ecuador. Als hybrid werden dabei diejenigen Kulturen verstanden, deren Form und Inhalt durch die Kolonialherren überprägt wurden. Machtlandschaften (*powerscapes*) werden dabei von der hegemonialen Macht auf den kolonialisierten Kontext übertragen. *„The power invested in mimetic objects is the power transferred from the hegemonic force (colonizer) into objects produced by the colonized"*(Radcliffe 1997: 13). Hybridität zeigt die Komplexität der durch kulturellen Kontakt entstehenden Machtlandschaften und der daraus über Prozesse der Selektion und Adaption resultierenden neuen Kulturen. Geographien der Hybridität können nach Radcliffe (1997) als sich ständig in Transformation befindende soziale Beziehungen, die sich in unterschiedlichsten Orten und Räumen abspielen, verstanden werden. Ecuadorianische Identitäten hybridisieren dabei „*in-between*" traditionellen, kolonialen und modernen Gesellschaften. Der Prozess der Hybridisierung beruht auf einer gewissen Ambivalenz, bei der Identitäten durch die gleichzeitig ablaufenden Prozesse von Dominanz und Resistenz, Identität und Differenz geformt werden.

Wenn heute in Ecuador noch zwischen modernen und traditionellen Kulturen, zwischen Indigenen und Mestizen unterschieden wird, sind diese klar gezogenen „Grenzen" ebenso überholt wie z.B. die Binaritäten „rural/ urban" oder „Bauer/ Arbeiter". In den letzten Dekaden haben sich die Grenzen ethnischer, sozialer und ökonomischer Geographien sehr stark verschoben. Indigene studieren, Mestizen lassen sich von Schamanen heilen, durch die Migration haben sich traditionelle Genderrollen aufgelöst und Grenzen zwischen urbaner und ruraler Bevölkerung vermischt. Neben langfristigen kulturellen, politischen und sozialen Transformationsprozessen ist die Migration der stärkste Einfluss einer Hybridisierung von Identitäten.

Universitätsbibliothek
Eichstätt (06)

Seit der Wirtschaftskrise Ende der 1990er Jahre sind mehr und mehr EcuadorianerInnen vor allem nach Spanien und in die USA emigriert, heute leben ca. 10-15 Prozent der EcuadorianerInnen im Ausland (Friedrich-Ebert-Stiftung 2006). Die Migration hat drastische Auswirkungen sowohl auf die Identität der Migrierenden selbst, als auch auf die der „Zurückgebliebenen", die auf der Basis von Bildern und Erzählungen der MigrantInnen ihre Identität neu verhandeln.

Gender: Machismo vs. Marianismo

> „Gender relations are a form of power relations fundamentally located in and reflected by the relationship between women and men throughout all areas of life" (Little 2002: 125).

Für Melhuus und Stølen (1996) ist Macht von vornherein ein geschlechtsspezifisches Konzept, weil Macht in den meisten Kontexten bereits als ein männliches (Vor)Recht begriffen wird.

Dass Genderbeziehungen Machtbeziehungen und in vielen Fällen auch Gewaltbeziehungen sind, zeigen Ergebnisse verschiedener Studien. Zum einen sind Frauen direkt der (körperlichen) Gewalt durch Männer ausgesetzt, wobei hier die (sozial konstruierte) „biologisch schwächere Kategorie Frau" unter dem „physisch stärkeren Mann" zu leiden hat. Zum anderen – und dies soll in diesem Kapitel im Vordergrund stehen – geht es um Geschlecht als ein Set von sozial konstruierten Machtbeziehungen. Im Vordergrund steht dabei, wie Männer Macht innerhalb einer Gesellschaft reproduzieren und durch diese Praktiken ihre Macht innerhalb der Gesellschaft täglich neu legitimieren.

Anhand weniger ausgewählter deskriptiver Daten soll ein Einblick in die geschlechtsspezifischen Machtlandschaften Ecuadors gewährt werden.

Nach einer Studie von CEPALES (1997) werden 60 Prozent der Frauen Ecuadors von ihren Männern oder Lebenspartnern misshandelt, 37 Prozent davon regelmäßig, 25 Prozent „nur" gelegentlich. Frauen sind nicht nur von Gewalt betroffen, sondern auch von ständigen Diskriminierungen, die sich unter anderem auch in verschiedenen sozioökonomischen Indikatoren widerspiegelen, insbesondere an dem höheren Anteilen von Mädchen/ Frauen am Analphabetismus und den damit im Vergleich zu Männern schlechteren Berufschancen. Wenn Frauen von vornherein mit geringeren (Bildungs-)Chancen als Männer ausgestattet sind, sind damit nach Sen (2000) ihre *„tatsächlichen Möglichkeiten"* (S. 37), bestimmte Lebensbedingungen zu erreichen, beschränkt. Während geschlechtsspezifische Ungleichheiten in nahezu allen Staaten zu beobachten sind, kommen in Lateinamerika zu diesen strukturellen Ungleichheiten kulturspezifisch sozial konstruierte Rollenbilder hinzu. Der *machismo* bzw. der *marianismo* legitimieren die strukturellen Ungleichheiten durch genderspezifische gesell-schaftliche Normen.

Machismus steht in Latein Amerika für *„a celebration of the sexual and social expressions of masculine power and virility"* (Skidmore und Smith 2005: 62). Über Jahrhunderte hinweg hat das Konzept als Rechtfertigung für verschiedenste Formen von Aggression und Durchsetzungs-vermögen hergehalten, die wiederum eng mit dem Schutz von Ehre verbunden waren. *Marianismo* ist das nicht-männliche

Gegenstück des *machismo*, das jedoch nicht wie der *machismo* unabhängig existieren kann, sondern nur durch seine Beziehung zum *machismo* besteht. Nach der Jungfrau Maria benannt, verherrlicht dieser Mythos die Tugenden, die mit Mütterlichkeit verbunden werden – Halbgöttlichkeit, moralische Überlegenheit und spirituelle Kraft. Frauen werden dargestellt als trügen sie unbegrenzt Demut und Aufopferung in sich, und als Mutterfiguren zeigen sie unerschöpfliche Toleranz gegenüber dem impulsiven Gebärden des „Machovolkes". Auch wenn die Realität nicht ganz den Mythologien des Machismus und Marianismus entspricht, so sind beide Mythen doch wesentliche Bestandteile der latein-amerikanischen Gesellschaftskultur.

Ein weiteres Konzept, dass die ungleichen geschlechtsspezifischen Machtlandschaften in Ecuador erklärt, ist das Patriarchat (*griechisch: Vater, Herrschaft*). Das Patriarchat ist eine Herrschaftsform, die durch die Vorherrschaft von (meist älteren) Männern über Familien oder Gemeinden gekennzeichnet ist. Im Verlauf der Moderne, insbesondere im Jargon der Frauenbewegung, werden mit „Patriarchat" jedoch zahlreiche Formen relativer männlicher Übermacht sowohl der öffentlichen als auch der privaten Sphäre bezeichnet (Walby 1990).

Frauen erobern den öffentlichen Raum

In Lateinamerika sind die zwei Lebensbereiche des öffentlichen und privaten Raums sehr stark geschlechtsspezifisch besetzt und gelten als Ordnungsfaktor des sozialen Lebens. Die Unterteilung in privat/ öffentlich wird durch die Dichotomie *casa/ calle* ausgedrückt. Während die *calle* die Plattform für formale Politik, für Verhandlungen und Männerbündnisse ist, gibt es im Haus keine exklusiven Rechte für die Frauen. Frauen müssen in vielen Fällen bis heute ihren Mann um Erlaubnis bitten, um außerhalb des Hauses arbeiten zu können. Frauen sind dazu verpflichtet, ihre Kinder und Männern mit Spiritualität und Moral zu „versorgen" und ihnen Traditionen zu übermitteln.

Trotz der sehr frühen Einführung des Frauenwahlrechts in Ecuador im Jahr 1929 (im Vergleich zum Beispiel zu Paraguay im Jahr 1961), gelang es den Frauen erst sehr spät, politische Macht zu übernehmen (Skidmore und Smith 2005). Erst mit dem verstärkten Eintritt der Frauen in formale Arbeitsverhältnisse sowie durch zunehmende Bildung gewannen die Frauen langsam an (politischer) Macht. Mit dem Wahlgesetz „2000-1" wurden die Parteien aufgefordert, zumindest 30 Prozent der Listenplätze an Frauen zu vergeben. Dieses Gesetz trat erstmals bei den Kommunalwahlen im Jahr 2000 in Kraft, bei denen tatsächlich 41 Prozent der Listenplätze an Frauen vergeben wurden (El Comercio 14.5.2000 zitiert nach Radcliffe 2002: 11), was eine deutliche Zunahme gegenüber 6 Prozent 1970 und 14 Prozent 1980 bedeutete (Arboleda 1993: 25). Trotz zunehmender Verantwortung der Frauen im öffentlichen und privaten Leben durch veränderte ökonomische und soziale Umstände, herrschen bis heute in Ecuador patriarchalische, machistische Strukturen vor, wie später anhand zahlreicher Beispiele in der Provinz Cotopaxi illustriert werden wird.

Frauen und Entwicklung: Hindernis oder Initiatoren?

Insbesondere ländliche indigene Frauen wurden in Ecuador über Jahre hinweg als *„obstacle to modern development"*(Radcliffe und Westwood 1996: 151) gesehen. In den 1970er Jahren wurden Frauen vor allem als passive Empfänger von Wohltätigkeitsprogrammen behandelt. Anfang der 80er Jahre bestanden genderspezifische Entwicklungsprogramme in der Ausbildung von Frauen in „frauentypischen" Berufen wie Schneiderin oder Friseurin. Frauen wurden dabei immer als komplementär zu den maskulinen Geographien und Aktivitäten gesehen, wie der Telegrafo 1994 schreibt: *„Women's interest in contributing to the development of peoples and nations... (is possible) without leaving off being the companion of men in the home"* (nach Radcliffe und Westwood 1996: 151). Der Platz für Frauen war also an das Heim gebunden.

Da vor allem indigene Frauen durch ihren Konservatismus und ihre Traditionsverbundenheit als entwicklungshemmend im modernisierungstheoretischen Sinne gesehen wurden, kam es ab den 1960er Jahren verstärkt zu „Modernisierungsprogrammen" im ländlichen Raum, die zu mehr Effizienz des Humankapitals führen sollten. Kleinkreditvergabe sowie Förderung einer Technifizierung der Landwirtschaft und von Mikrounternehmen waren Teil dieser Modernisierungsstrategien.

Auch wenn zahlreiche Versuche unternommen wurden, Frauen in Entwicklungsstrategien zu integrieren, so ist dies bis heute nur teilweise gelungen. Für Boserup, eine Pionierin auf dem Feld von Gender und Entwicklung, liegt der Grund in der *„male bias embedded in development"* (zitiert nach Radcliffe 2005b: 205), die es für Frauen sehr viel schwieriger macht, sich in die „männlichen" Konzepte von Entwicklung einzubringen.

1992 wurden in Ecuador zahlreiche Studien zur Situation der Frauen auf dem Land veröffentlicht. Sie zeigten, dass 80 Prozent der kleinen Landwirtschaftsbetriebe in den zentralen Anden von Frauen bewirtschaftet wurden. Aus den Studien ging auch hervor, dass der Analphabetismus bei Frauen in ländlichen Gebieten bei 14,2 Prozent lag, gegenüber 12 Prozent bei in städtischen Gebieten lebenden Frauen (El Comercio, 27.8.1994). Des Weiteren konnte ein Unterschied in der Körpergröße zwischen „ländlichen" und „urbanen" Frauen festgestellt werden, der auf Unterernährung zurück zu führen ist. Implizit wurde damit unterstellt, dass verschiedene Gruppen von Frauen unterschiedlich stark zur nationalen Entwicklung beitragen.

Frauen in der Landwirtschaft werden dabei als unmodern, maskulinisiert und entwicklungshemmend gesehen. Arme, in der Landwirtschaft tätige Frauen „passen" nicht in das moderne Entwicklungsparadigma einer industrialisierten Landwirtschaft. Frauen sollen stattdessen lieber urbanen Dienstleistungsaktivitäten nachgehen, ansonsten werden sie als „Problem" für die nationale Entwicklung gesehen. Regierung und Presse „platzieren" mit solchen Diskursen Frauen in bestimmten Räumen innerhalb der nationalen Entwicklung. Während die im öffentlichen Diskurs gezeigten „nationalen" Frauen, Frauen von urbanen Elite-

haushalten sind, werden ländliche Frauen als *„non-national"* (Radcliffe und Westwood 1996: 153), als widersprüchlich zur nationalen Identität dargestellt. Ungleiche geschlechtsspezifische Machtlandschaften spielen sich also auf zwei Ebenen ab: Zum einen unterliegen Frauen der männerdominierten, patriarchalischen Gesellschaft, zum anderen sind insbesondere indigene bzw. ländliche Frauen mehrfach marginalisiert, da sie durch die Intersektion ihrer weiblichen und indigenen Identität einer mehrfachen, sich gegenseitig verstärkenden Diskriminierung ausgesetzt sind.

Diese mehrfache Diskriminierung und die scheinbar unüberwindlichen Grenzen der Machtlandschaften wurden vor allem durch die koloniale Gesellschaft konstruiert und sind bis heute, wenn auch in veränderter Form, existent. Die Abwertung von indigenen, ruralen Frauen wird durch den modernen Entwicklungsdiskurs ständig reproduziert, indem Entwicklung immer anhand von Parametern gemessen wird, die in der westlichen, männlichen Welt entwickelt wurden. Die Produktivität der ländlichen Frauen ist jedoch mit Parametern wie Bruttoinlandsprodukt oder Reallohn nur sehr schwierig zu erfassen. Um die *gendered powerscapes* zugunsten der Frau zu verändern, muss einerseits ein *empowerment*-Prozess stattfinden, der die Position der Frauen innerhalb der Gesellschaft stärkt. Andererseits ist es besonders wichtig, dass Frauen in Schlüsselpositionen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft vertreten sind, um die Realität Ecuadors und somit die Machtlandschaften zu feminisieren.

Die Provinz Cotopaxi: Opfer orthodoxer Entwicklungspraktiken?!

1974 schrieb López in seinem Buch *„El indio en la Provincia Cotopaxi"* folgende Zeilen:

> „Das Klima von süßlicher Kälte, die Hügel aus der Lava des Vulkans... am Rande des Flusses Tiobamba gibt es Minerale in den Farben der Wolken, die im Feuer zu weißen Perlen werden und mit der Kälte wieder auskristallisieren. Die Frauen servieren das frisch gegrillte Meerschweinchen, gebraten in seinem eigenen Fett mit etwas scharfem Koriander. Die Menschen trinken die *chicha* (Maisbier) in Kalebassen. Die Erde von Pujilí errötet mit dem Feuer und riecht nach Blumen" (S. 10).

Es ist die Idyllisierung des ländlichen Lebens, dieser scheinbaren Harmonie, eine Mystifizierung der Realität, was Barriga López hier beschreibt. Und doch scheint insbesondere für viele ausländische Touristen der Reiz der Provinz Cotopaxi genau darin zu bestehen. Die Welt scheint „stehen geblieben" – am Wegesrand weiden die Schafe, die Menschen in ihren bunten Ponchos bringen auf Eseln und Pferden ihre Ernte ein, das Klima ist rau, und die Gipfel der Vulkane runden das Panorama ab.

Destruktion:
Scheitern des westlichen Entwicklungsparadigmas in Cotopaxi

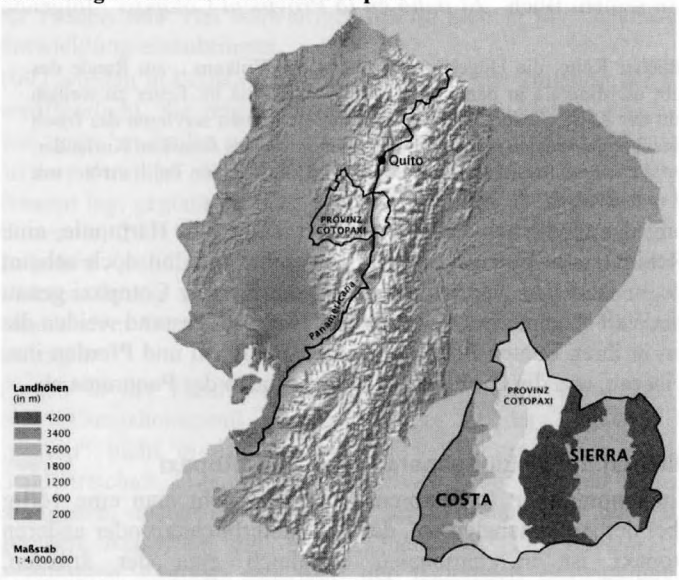
Wenn man die sozioökonomischen Indikatoren betrachtet, sieht man eine völlig andere Realität: Ob bei der Analphabetenrate, der Kindersterblichkeit oder anderen Armutsindizes, Cotopaxi ist im nationalen Vergleich eine der ärmsten, „unterentwickeltsten" Provinzen des Landes. Die sozioökonomische Situation der Provinz Cotopaxi soll anhand einiger ausgewählten Daten dargestellt werden, um

das Bild der Provinz so wiederzugeben, wie es von den internationalen Entwicklungsagenten gesehen wird. Viel wichtiger ist jedoch, mithilfe von Zitaten eine andere Realität der Provinz Cotopaxi lebendig werden zu lassen, nicht die der Statistiken und Armutsindizes, sondern die der Provinz, so wie sie von ihren Bewohnern wahrgenommen wird. Anstelle einer an die geographische Länderkunde angelehnten Deskription der (physisch- und humangeographischen) Eigenschaften der Provinz, wird diesem Teil ein Zitat von einem indigenen Abgeordneten im Kongress voran gestellt:

„Für mich, um mit Stolz zu sprechen, ist Cotopaxi eine der reichsten Provinzen, die Ecuador hat. Erstens wegen ihrer drei Klimate, wir haben den *oriente*, die *sierra* und die *costa*. Wir haben den Vulkan Cotopaxi – es gibt wenige Provinzen die dieses Glück haben. Zweitens ist die Provinz Cotopaxi geographisch sehr gut positioniert, und das ermöglicht der Provinz das Zentrum bei Protesten zu sein, da wir das Tor nach Quito sind. Wenn Cotopaxi die Strassen blockiert, dann geht im Süden und an der Küste des Landes nichts mehr. Drittens besitzen wir eine Reihe touristischer, kultureller Einzigartigkeiten. Viertens ist das Organisationsniveau in Cotopaxi außergewöhnlich" (Guamán 2006: Z. 11).

In diesem Zitat werden schon einige der Besonderheiten der Provinz deutlich, wie ihre ungewöhnliche Lage zwischen den Großregionen *sierra* und *costa*, die zu einer Fragmentierung der Provinz sowohl in physisch-geographischer als auch in kultureller Hinsicht führt. In der Provinz Cotopaxi finden sich nicht nur sämtliche Vegetationshöhenstufen wieder, sondern auch die Lebensformen und Traditionen unterscheiden sich grundsätzlich je nach Region und ethnischer Zusammensetzung der Bevölkerung.

Abbildung 9: Karte der Provinz Cotopaxi



Quelle: Instituto Geográfico Militar del Ecuador 1999

Cotopaxi ist eine Provinz, die *„sehr stark von der Landwirtschaft abhängig ist"* (Tibán, L. 2006: 11), was sich an der Anzahl der Beschäftigten in der Agrarwirtschaft widerspiegelt:

Tabelle 5: Anzahl der Beschäftigten (in Prozent der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung) an den Wirtschaftssektoren der Provinz Cotopaxi

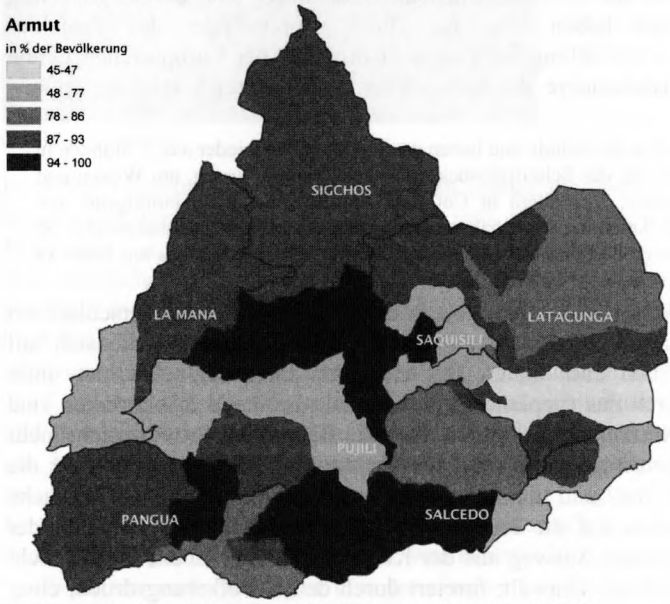
Beschäftigungszweige	1990	2001
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	48%	49.7%
Dienstleistungen	19,3%	12,1%
Manufaktur	10,4%	9,9%
Handel	7,2%	12,1%
Bauwesen	6,1%	6%
Transportwesen	4,1%	4,7%

Quelle: Banco del Estado 2001

Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung verdingt sich in der Landwirtschaft, was darauf zurück zu führen ist, dass etwa 70 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Bereich lebt. L. Tibán (2006) sieht eine direkte Korrelation zwischen dem Anteil ländlicher Bevölkerung und der extremen Armut in der Provinz:

> „Wir reden hier von ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung, die indigen sind und im ländlichen Bereich leben, die unter die Armutsgrenze fallen. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Armut, Indigenen und ländlicher Bevölkerung" (Tibán, L. 2006: Z. 11).

Abbildung 10: Armut in der Provinz Cotopaxi



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten von Frente Social 2007

Insbesondere im Kanton Sigchos ist die Armut mit 93 Prozent besonders hoch, da die klimatischen Bedingungen in den Paramogebieten sehr extrem und damit für die Landwirtschaft unvorteilhaft sind.

Die politischen Vertreter der Provinz im nationalen Kongress führen die desaströse sozioökonomische Situation jedoch nicht nur auf die klimatischen Umstände zurück, sondern beschuldigen die Regierung, die Provinz über Jahrzehnte hinweg vernachlässigt zu haben:

> „Es ist weithin bekannt, dass wir in der Provinz Cotopaxi nicht berücksichtigt werden (no somos atendidos), denn in diesem Land unterstützt die Regierung immer nur die „großen" Provinzen, wie Guayas und Pichincha, die Provinz Cotopaxi dagegen wird nicht weiter beachtet. Wenn man Cotopaxi ansieht, gibt es enorme Probleme im Gesundheits- und Bildungssektor und auch die Infrastruktur ist katastrophal. Es ist nicht gerecht, dass eine kleine Provinz wie Cotopaxi einfach keine Chance bekommt, sich auch wirtschaftlich zu entwickeln. Deshalb kämpfen wir, die Bürgermeister und der Präfekt gemeinsam mit den Bürgern jetzt dafür, dass wir endlich beachtet werden" (Francisco 2006: Z. 11).

In diesem Zitat spiegelt sich ein Grundgefühl der ecuadorianischen Gesellschaft wider.

Das Gefühl ungerecht behandelt zu werden, nicht beachtet zu werden und somit von vornherein keine Chance zu haben. Es zeigt aber auch die Kluft zwischen den „entwickelten" Provinzen Guayas und Pichincha und den „rückständigen", ländlichen, kleinen Provinzen und die damit einhergehenden und sich zunehmend verschärfenden Disparitäten innerhalb der Gesellschaft.

Gravierend ist, dass sich die sozioökonomischen Indikatoren über die Jahre hinweg drastisch verschlechtert haben. Für A. Tibán, Vorsitzender des Projektes „Kooperation für die Entwicklung der Provinz Cotopaxi" der Europäischen Union (PRODECO), sind insbesondere die Entwicklungen im Bereich Bildung äußerst beunruhigend:

> „die Kinder gehen um 9 in die Schule und haben um 11 Uhr schon wieder aus, 2 Stunden in der Schule, wovon eine für das Schulfrühstück drauf geht, sind zu wenig, um Wissen und Information zu vermitteln. Vor allem in Cotopaxi ist die Situation beunruhigend, vor wenigen Jahren lag der Anteil der Analphabeten noch bei 20 Prozent, heute übersteigt er 30 Prozent. Er hat sich vergrößert und das ist eine der Hauptursachen, warum es uns heute so geht, wie es uns geht" (Tibán, A. 2006: Z. 31).

Dass sich die sozioökonomische Situation in der Provinz Cotopaxi verschlechtert hat, ist nicht monokausal zu erklären, sondern durch Phänomene, die sich auf unterschiedlichen Ebenen und Skalen abspielen. Als Beispiele seien hier unter anderem genannt: Durch das (geplante) internationale Freihandelsabkommen sind der ecuadorianische Agrarmarkt und damit auch die Bauern der Provinz nicht mehr wettbewerbsfähig gegen importierte (und subventionierte) Billigagrarprodukte; die nationale Wirtschaftskrise und darauf folgende Dollarisierung hatte drastische Auswirkungen vor allem auf die ärmsten Bevölkerungsteile, viele sahen in der Abwanderung den einzigen Ausweg aus der Krise; auf lokaler Ebene ist der nicht angepasste Umgang mit der Umwelt, forciert durch den Bevölkerungsdruck, einer der Hauptgründe für die verschlechterten Lebensbedingungen.

Die seit den 1990er Jahren anhaltende Migration, sowohl in die Städte Ecuadors als auch nach Spanien und in die USA, hat drastische Implikationen für die Provinz Cotopaxi. L. Tibán (2006) schätzt die Migration in manchen Gemeinden auf fast 90 Prozent.

Wie das Foto zeigt, ähnelt die von Tibán als „rote Zone" bezeichnete Gemeinde Guangaje einer Wüstenstadt. Durch Erosion sind die Böden unfruchtbar geworden, die arbeitende Bevölkerung ist emigriert, so dass man im Dorf nur auf wenige Alte und Kinder stößt. Guangaje ist sicherlich ein Extremfall innerhalb der Provinz, aber auch in anderen Gemeinden überwiegen nach Meinung der Gemeinderatsmitglieder die Missstände und Defizite.

Abbildung 11: Desertifikation in der Gemeinde Guangaje

Quelle: eigenes Foto

„Es gibt Zonen, zum Beispiel um Zumbahua, da sind fast alle Familienväter in Quito. Die Kinder wachsen in den *comunidades* bei ihren Großeltern und ihren anderen Geschwistern auf. Man merkt das vor allem daran, dass die Kinder ungefrühstückt in die Schule kommen. (...) Vor allem die Zone um Guangaje, Zumbahua und Chugchilan sind „rote" Zonen, was die Migration angeht" (Tibán, A. 2006: 26-27).

In vielen Gemeinden wird das Überleben immer schwieriger, da ein Teufelskreis aus Perspektivenlosigkeit und Migration und damit einhergehend ein *brain-drain* Phänomen in den Gemeinden entstanden ist, welches das Entstehen von wirtschaftlichen Kreisläufen oder Innovationen verhindert. Sicherlich ist die Situation in vielen, insbesondere ländlichen Gemeinden Ecuadors eine ähnliche. Und doch stehen die „Entwicklungsexperten" in Cotopaxi vor einer einzigartigen, oder, wie Forero (2006) es nennt, *„paradoxen"* Situation: Cotopaxi ist die Provinz des Landes, in der am meisten internationale Entwicklungsorganisationen tätig sind und eine Vielzahl von Projekten durchführen. Hinzu kommt, dass Cotopaxi eine der am besten organisierten Provinzen ist, bezüglich Indigener- und Bauernvereinigungen, sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene. Seit den Kommunalwahlen 2004 wird die Provinz größtenteils von der alternativen Partei Pachakutik regiert. Und trotzdem gilt, was Forero (2006) so zusammenfasst:

> „Es ist sehr merkwürdig, aber trotz des enormen Kapitaleinsatzes und der zahlreichen Organisationen der Indigenen- und Bauernbewegung, haben sich die Indikatoren der Lebensqualität verschlechtert. Das scheint mir am paradoxesten, dass eine gute Organisation und viel Geld nicht zu verbesserten Lebensumständen führen" (Z. 38).

Die Frage nach diesem Warum bleibt offen. Auch wenn es sehr schwierig ist, darauf eine Antwort zu finden, so könnte ein Grund darin liegen, dass in Cotopaxi zwei Entwicklungsparadigmen aufeinander stoßen. Vielleicht sind sämtliche Bemühungen, Entwicklung nach dem „westlichen" Paradigma anzukurbeln, daran gescheitert, dass die indigenen Kosmovisionen von Entwicklung völlig andere sind. Forero (2006), Projektleiter der GTZ, äußert diese These, das Handeln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hinterfragend:

> „Im Falle von Cotopaxi kann man nicht verleugnen, dass es indigene *comunidades* gibt, dass es dort Menschen gibt, egal ob sie Mestizen sind und spanisch reden, deren Lebensweise auf einer indigenen Weltanschauung basiert, für diese Menschen ist ‚Entwicklung' eine andere Sache, ein vollständig anderes Konzept als für uns, die wir Universitäten besucht haben" (Z. 25).

Damit folgt Forero der Kritik der Post-Development Schule an den kulturell nicht angepassten modernen Entwicklungsstrategien. Cotopaxi ist, worin die Gründe auch genau liegen mögen, sicherlich ein Musterbeispiel für das Scheitern der westlichen Entwicklungsinitiativen auf lokaler Ebene.

Konstruktion: Alternative indigene Vorstellungen von Entwicklung

Die Kritik am orthodoxen, westlichen Entwicklungsparadigma wurde bereits mehrfach diskutiert, hier soll versucht werden, *eine* mögliche Konstruktion, eine *indigene* Vorstellung von Entwicklung auf zu zeigen. Diese Kosmovision ist einerseits ein Rückgriff auf traditionelle Praktiken, andererseits ist sie auch das Ergebnis eines Hybridisierungsprozesses. Denn in der Geschichte Ecuadors standen diese Vorstellungen in ständiger Verhandlung mit den Weltanschauungen der Kolonialisierer. Dabei beeinflussten sich Ideen und Konzepte der zunächst getrennten Welten gegenseitig, vermischten sich, wurden durch die vorhandenen Machtlandschaften überprägt und synkretisierten zu neuen hybriden Vorstellungen. An dieser Stelle soll die ‚offizielle' Vorstellung der indigenen Bewegung von Entwicklung als Gegenpol und mögliche Alternative zum orthodoxen Entwicklungsdiskurs wiedergeben werden. Die indigene Bewegung, hier repräsentiert durch ihren politischen Arm Pachakutik (2007), fordert ein neues Lebensmodell,

> „das auf dem Respekt gegenüber und der Harmonie mit der Natur basiert und einer Ethik individueller und sozialer Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen folgt, im Rahmen einer Gesellschaft, die die Diversität und die Identität eines jeden Individuums und einer jeden sozialen Gruppe respektiert".

Um diese Forderungen umzusetzen, bedarf es nach Meinung der indigenen Bewegung eines neuen wirtschaftlichen Modells, das auf der Demokratisierung des Marktes sowie einer Neuverteilung des Einkommens beruht, mit dem Ziel, alle Mitglieder der Gesellschaft mit den gleichen Möglichkeiten auszustatten[6]. Eine

[6] Nachtrag zur Veröffentlichung der Diplomarbeit im Oktober 2008: am 28. September 2008 wurde durch ein Referendum die neue Verfassung des Landes, die unter der Regierung Rafael Corras ausgearbeitet wurde, verabschiedet. Mit der neuen Verfassung findet erstmals eine Berufung auf die in der indigenen Kultur verwurzelte „Pacha Mama" („Mutter Erde") und auf das Ziel des „Sumak Kawsay" („Harmonisches Zusammenleben") als Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung Einzug in eine Verfassung. Weitere Forderungen der indigenen

partizipative Demokratie wird dafür als ideale politische Staatsform gesehen, da sie eine direkte Einmischung der Bürger über Volksinitiativen, Bürgerreferenden und Volksabstimmungen ermöglicht. Ziel ist es, neue Moralvorstellungen und ethnische Verantwortung in der Gesellschaft zu etablieren, die auf den drei indigenen Prinzipien *Ama Killa, Ama Llulla, Ama Shua* (nicht faul sein, nicht lügen, nicht stehlen) beruhen. Fundament einer solchen Gesellschaftsordnung ist der indigene Traum von einer harmonischen Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt. Forero (2006) betont,

> „dass die Menschen in Cotopaxi viel mehr von diesem Traum wissen als wir, da sie ihn schon seit Jahrzehnten träumen. (...) die größte Stärke liegt für mich darin, dass die Menschen trotz ihrer ökonomischen Armut sehen, dass sie reich an Kultur, reich in der Beziehung mit der Natur sind, dass sie andere Formen des Reichtums haben" (Z. 36).

Die indigenen Vorstellungen von Entwicklung klingen oft wie eine Mystifizierung oder Idealisierung einer „heilen" Welt. Und es drängt sich regelrecht die Frage auf, wie eine solche Entwicklung in der heutigen modernen, kapitalistischen Welt möglich ist. Es gibt in Ecuador – wenn auch bisher nur auf lokaler Ebene – erfolgreiche Beispiele solcher alternativer, indigener Entwicklungsmodelle. Anhand der Ausführungen des Bürgermeisters Tituaña Males (2005) über das Vorzeigemodell Cotacachí soll ein Ausblick geben werden, wie eine andere Konstruktion, innerhalb des Rahmens der modernen Welt, aussehen könnte.

„Unter dem ersten indigenen Bürgermeister beginnt in Cotacachí 1996 ein höchst innovativer Prozess lokaler Entwicklung. Dieser Prozess charakterisiert sich durch die Entwicklung und Implementierung der partizipativen Demokratie, die auf der organisierten Bürgerschaft, der Planung der lokalen Entwicklung, Transparenz und Mitbestimmung basiert. Die tiefgreifende Neuorientierung beinhaltet gegenüber den konventionellen Modellen der Stadtverwaltung eine enorme Bürgerbeteiligung, um der Exklusion, dem Paternalismus, dem Klientelismus, dem Zentralismus und der Korruption entgegenzuwirken. Auf Initiative des Bürgermeisters formte sich eine Kantonal-versammlung, in der verschiedene soziale Organisationen sowie private und öffentliche Akteure vertreten sind mit dem Ziel, einen Prozess partizipativer Planung anzustoßen, und unter dieser Herausforderung ein neues Modell der Lokalregierungen zu schaffen. Die Bürgerschaft ist aktiv involviert bei der Erstellung und Implementierung des kantonalen Entwicklungsplans, der durch einen Beteiligungshaushalt finanziert wird. Der *Plan de Desarrollo Cantonal* soll zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung führen. Dadurch soll eine harmonische und nachhaltige Entwicklung erreicht werden, die die ethnische Diversität einbezieht und die organisierte Partizipation aller Sektoren und Akteure Cotacachís konsolidiert" (Tituaña Males 2005: 72-74).

Der Prozess einer alternativen Entwicklung in Cotacachí ist kein fertiges Produkt, sondern vielmehr ein ständiger Suchprozess nach alternativen, gerechteren Entwicklungspraktiken. In Cotacachí wurde durch die Konstruktion einer partizipativen Demokratie die Umsetzung indigener Vorstellungen von Entwicklung in der Realität möglich, was zu einer Verbesserung der Lebens-situation der Bürger führte.

Bewegung wie die Einführung einer vierten Gewalt, des Rats zur Bürgerbeteiligung und sozialen Kontrolle, oder die Definition der staatlichen Wirtschaftsform als sozial und solidarisch (davor marktwirtschaftlich) wurden ebenfalls in der Verfassung verankert.

ZWISCHEN COTOPAXI, POSTDEVELOPMENT UND DEZENTRALISIERUNG

Die Provinz Cotopaxi kann als im „Zwischen"Raum lokalisiert verstanden werden, zwischen makroökonomischen Problemen, die von der peripheren Lage Ecuadors im internationalen Wirtschaftssystem herrühren, und lokalen Versuchen, „alternative" Entwicklungswege zu gehen. Die Provinz Cotopaxi ist gleichzeitig ein Synonym für unzählige Regionen der Welt, in denen moderne, orthodoxe Entwicklungspfade, trotz enormen Kapitaleinsatzes, gescheitert sind. Das hier gewählte Fallbeispiel wird zum Paradebeispiel für die Kritik der Post-Development Schule.

Die Realitäten der Menschen in Cotopaxi befinden sich momentan in einem Zwischen-Stadium, zwischen der noch bestehenden Abhängigkeit von internationalen Entwicklungskooperationen und dem zunehmenden Bewusstsein, dass Entwicklungskonzepte in den Gemeinden selbst entstehen müssen, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. Die Lokalregierungen selbst leiden unter einem Spannungsverhältnis zwischen durch Dezentralisierungsmaßnahmen neu gewonnener Autonomie und Gestaltungsfreiheit und den nicht vollzogenen Machtverschiebungen, durch welche ihr alltägliches Handeln delegitimiert wird.

Im folgenden Teil soll Dezentralisierung als ein potentielles Instrument, das die Rahmenbedingungen für eine lokal angepasste Entwicklung schafft, diskutiert werden. Indem Kompetenzen und Entscheidungsgewalt nach unten verlagert werden, bekommen lokale Akteure die Möglichkeit, selbstbestimmend über die ihnen designierten Ressourcen zu verfügen und Entwicklungswege nach ihren Bedürfnissen zu konstruieren. Durch eine Dezentralisierung von Macht kann der Diversität eines Landes wie Ecuador leichter Rechnung getragen werden, in dem – wie es im Falle Cotacachís bereits geschehen ist – Entscheidungen von den Bürgern je nach ihren individuellen und kollektiven Bedürfnissen selbst getroffen werden.

Dezentralisierung ist also einerseits durchaus ein hilfreiches Instrument um lokale, alternative Entwicklung(en) zu fördern, andererseits ist es jedoch ebenso wie „Entwicklung" ein im Westen entstandenes Konzept. Es wird versucht ein westliches politisches Konzept, das in einigen Staaten der „alten" Welt zu wirtschaftlicher Blüte geführt hat, auf seit der Kolonialzeit hoch zentralisierte Staatssysteme zu übertragen. Wenn Dezentralisierung ohne Rücksicht auf kulturelle, soziale und ökonomische Begebenheiten pauschal mit der gleichen Rezeptur in verschiedenen Kontexten angewendet wird, ist sie, ebenso wie der Modernisierungsgedanke des Entwicklungsdiskurses zum Scheitern verurteilt. Vielmehr bedarf es einer sinnvollen, zwischen den verschiedenen Regierungsebenen abgestimmten Verschiebung von Macht, Ressourcen und Kompetenzen um regionale und lokale Besonderheiten und Bedürfnisse berücksichtigen zu können, mit dem Ziel die Lebenssituation der Bürger zu verbessern und allen gleiche Chancen zu ermöglichen.

4. Good Governance und Dezentralisierung

„Good Governance is perhaps the single most important factor in eradicating poverty and promoting development" (Kofi Annan nach BMZ 2006).

Good Governance gilt als neues Zauberwort in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion. Ob bei der Umsetzung der Weltentwicklungsziele, bei der Terrorismusbekämpfung oder der Vergabe von multi- oder bilateralen Projektmitteln fällt das Schlagwort *Good Governance*. *Good Governance*, „gute Regierungsführung", es scheint offensichtlich, was damit gemeint ist: Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen etc.

Die inhaltliche Bedeutung des Wortes „*good*" bzw. die Definition dessen, was gut sein soll, führt bald zu einer ähnlichen Diskussion, wie die Diskussion über die Frage was „Entwicklung" ist. Wie im vorangegangnen Kapitel ausgeführt, üben die Post-Developer vor allem an der Eurozentrierung der inhaltlichen Zielvorstellungen von Entwicklung Kritik. Die Definition des „*good*" wirft dieselbe Frage auf: Wer definiert wie „*good*" und „*bad*" inhaltlich gefüllt werden? Wenn Boas schreibt, dass

„the World Bank operationalised "bad governance" as personalisation of power, lack of human rights, endemic corruption and unelected and unaccountable governments'. And so, 'good governance must be the natural opposite" (Boas 1999: 119).

wird deutlich, wer „*good*" *governance* aus welchem Blickwinkel definiert.

Die Definition des Konzepts *governance*, das in den 1980er Jahren erstmals im Zusammenhang der internationalen Entwicklungskooperation auftauchte, variiert je nach Konkretisierungsgrad stark. Während die Weltbank *governance* mit den Worten „*the exercise of political power to manage a nation's affairs*" umschreibt (König 2001: 2), definiert die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) *Governance* als „*die Verbesserung der Fähigkeit zur Gestaltung nachhaltiger Politikprozesse auf allen Ebenen, von lokal bis global*" (Steineich 2001: 172). Wie die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Wieczorek-Zeul ergänzt, geht es dabei vor allem darum, einen

„politischen, sozialen und ökologischen Handlungsrahmen zu unterstützen, der die Steuerungsfähigkeit der (nationalen) Politikinstitutionen auch für die Entscheidungen auf der globalen Ebene gewährleistet" (zitiert nach Steineich: 172).

Dass das *Governance* Konzept mit der Ausübung von Macht in direktem Zusammenhang steht wird in der Definition des Institute of Governance, Ottawa deutlich:

„Governance comprises the institutions, processes and conventions in a society which determine how power is exercised, how important decisions affecting society are made and how various interests are accorded to a place in such decisions" (zitiert nach Weiss 2000: 14).

Governance, ohne die (subjektiven) Wertungen „*bad*" oder „*good*", zeigt, wie in einer Gesellschaft Macht ausgeübt und legitimiert wird. Governance ist dabei die Beziehung zwischen Bürgern und Staat, die in ständiger „Co-production" mit einander stehen (Ostrom 1996). Das *Governance* Konzept kann somit als

Netzwerkansatz verstanden werden, wie in der Definition von Koolman (1993) deutlich wird:

> „The pattern of the structure that emerges in a social-political system as ‚common' result or outcome of the interacting intervention efforts of all involved actors."

Grindle (1997) ergänzt diese Definition indem er spezifiziert, dass

> „Governance encompasses the state, but it transcends the state by including the private sector and civil society organisations with the condition that the ability of the three domains to continuously interact and adjust must be built-in (S. 46)."

Wenn das *Governance* Konzept als social actor network[7] begriffen wird, stehen dabei jedoch primär nicht die Akteure im Vordergrund, sondern vielmehr deren Beziehung zueinander. Im Sinne des Netzwerkansatzes soll das *Governance* Konzept hier dazu dienen, die Machtstrukturen der Lokalregierungen auf der Mikroebene zu untersuchen.

Es sollen hier weder weitere, detaillierte Aspekte des *Governance* Konzepts debattiert, noch seine Bedeutung auf dem internationalen Parkett hinterfragt werden[8]. Das *Governance* Konzept soll vielmehr den übergeordneten Rahmen für die Strategie der Dezentralisierung darstellen. Dezentralisierung wird als wesentliches Strukturmerkmal einer Regierungsform analytisch dem *Governance* Konzept zugeordnet (Metzger 2000).

Im Gegensatz zu dem erst in den 1990er Jahren an Bedeutung gewinnenden *Good-Governance* Ansatz gilt Dezentralisierung seit den 1960er Jahren als eine effektive Maßnahme, um *nation-building* Prozesse in Entwicklungsländern zu unterstützen. Außerdem wird Dezentralisierung auch im ökonomischen Bereich als eine entwicklungsfördernde Maßnahme, die zu Dekonzentrationsprozessen wirtschaftlicher Wachstumspole führt, gesehen.

Auch der Begriff ‚Dezentralisierung' ist aufgrund seiner eurozentristischen Elemente problematisch. Dezentralisierung ist ebenso wie der Begriff ‚Föderalismus' ein modernes, aus Europa stammendes Konzept. Föderalismus bezeichnet eine staatliche Organisationsform, in der das nationale Territorium in Bundesstaaten gegliedert ist. Dezentralisierung hingegen ist eine Strukturbeschreibung, die nicht nur, aber auch auf staatliche Gebilde übertragen werden kann. Metzger (2000) warnt vor einem Universalismusanspruch des europäisch gegründeten Föderalismusbegriffs, da der Begriff mit theoretischen Vorläufern und Vordenkern heutiger Demokratien verbunden ist. Das Konzept Dezentralisierung basiert auf einer demokratischen Entwicklung des Staates, wie sie die europäischen Nationen vollzogen haben, die jedoch in den sich spät entwickelnden Staaten oft bis heute nicht gegeben ist. Hier könnte wiederum die Kritik der Post-Developer ansetzen, denn es wird versucht, „blind" ein Konzept der westlichen Welt auf die Staaten der „Dritten Welt" zu übertragen, obwohl die Ausgangsbedingungen in diesen Staaten völlig andere sind.

---

[7] Siehe zu den theoretischen Grundüberlegungen über die Social Actor Network Theory Latour 2005

[8] Zur Bedeutung des Governance Konzepts in der Internationalen Politik siehe BMZ 2006, Weiss 2000. Zur inhaltlichen Ausgestaltung des *Governance* Konzepts in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit siehe u.a. BMZ 2006, Köhler 2003, König 2001, König und Adam 2001, Steineich 2001.

Der Dezentralisierungsbegriff ist nicht nur in seiner Anwendung als entwicklungspolitische Maßnahme kritisch zu hinterfragen, sondern ist durch seine vielseitigen Definitionen und Referenzsysteme ein diffuser Begriff. In der vorliegenden Untersuchung soll insbesondere die politisch-institutionelle Bedeutung des Konzepts hinterfragt werden, weswegen auf die Definition von Rüland (1993) zurückgegriffen wird:

> „Dezentralisierung meint die Übertragung von selbstständigen Entscheidungs- und Handlungskompetenzen auf autonome und teilautonome Subsysteme, also in aller Regel auf Gliedstaaten (...)" (Rüland 1993: 181).

Dezentralisierung kann nach dieser Definition als ein Werkzeug zur *„Verbesserung der Dienstleistungen der öffentlichen Hand (...) für das Land"* (Zimmermann, 2005: Z. 1) verstanden werden, bei dem Ressourcen, Aufgaben, Zuständigkeiten und politische Entscheidungsbefugnisse auf subnationale Ebenen übertragen werden (Coly und Breckner 2004). Dabei liegt das sogenannte *Subsidiaritätsprinzip* zugrunde, d.h.

> „dass die Erfüllung staatlicher Aufgaben einem möglichst niedrig angesiedelten Subsystem (z.B. Gemeinde) zugewiesen wird und dass übergeordnete Subsysteme oder die Zentralregierung Aufgaben nur dann an sich ziehen, wenn nachgeordnete Subsysteme diese Aufgaben nicht selbständig erfüllen können" (Illy 1986: 11).

Oxhorn (2004) weist darauf hin, dass Dezentralisierungsprozesse immer zu Verschiebungen in den Machtstrukturen führen:

> „decentralization understood as the transfer of power to different subnational levels of government by the central government" (S. 7).

Auch Zimmermann (2005) betont im Experteninterview die Bedeutung der politischen Machtprozesse, die sich bei einem Dezentralisierungsprozess abspielen:

> „Dabei sollte man nie vergessen, dass eines immer mitgeht mit dem Prozess, weswegen er auch so schwierig ist und nicht in Gang kommt – poder político (politische Macht). Man kann die Funktion verlagern und Geld verlagern, und glauben das war's dann, aber wieso wehren sich die Leute dagegen?" (Z. 1).

Auch zahlreiche weitere Autoren weisen darauf hin, dass es in Folge von Dezentralisierungsprozessen zu Transformationen innerhalb der (politischen) Machtstrukturen kommt (Agrawal und Ribot 1999, Crook und Manor 1998, Manor 1999).

Das Kapitel „Good Governance und Dezentralisierung" bietet den theoretischen Rahmen für die Einführung der Lokalregierung in Ecuador und hilft, die momentanen Probleme innerhalb des Dezentralisierungsprozesses in Ecuador zu verstehen. Nach dieser Einführung in die beiden Konzepte Good Governance und Dezentralisierung werden in den folgenden Unterkapiteln zunächst die theoretischen Prämissen der Dezentralisierung erläutert, bevor dann der Dezentralisierungsprozess in Ecuador diskutiert wird. Abschließend soll die Einführung der Lokalregierungen in den Kontext der Dezentralisierung eingebettet werden.

DE-ZENTRALISIERUNG ZWISCHEN PRIVATISIERUNG UND SOZIALEN BEWEGUNGEN

„Die Dezentralisierung ist faszinierend, man kann sie als eine Möglichkeit verstehen, die verfestigten Strukturen eines starren bürokratischen Systems zu befreien, man kann sie als einen entscheidenden Schritt in Richtung eines wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodells begreifen, und man kann sie in Verbindung mit einer verstärkten Bürgerbeteiligung in den globalen Entscheidungsprozessen sehen. Aber gleichzeitig kann sie auch ein Schritt sein in Richtung Privatisierung, Deregulierung, Demontage vieler wirtschaftlicher und insbesondere sozialer Funktionen des Staates... die Dezentralisierung ist eine trügerische Spiegelung, ein Mythos, eine Maske" (Slater 1989 zitiert nach Barrea 1999: 28).

Das Konzept der Dezentralisierung beinhaltet nach Metzger 2000 eine administrative, fiskalische und politische Dimension (siehe auch Lalander 2005, Montero und Samuels 2004, Nolte 1991, Oxhorn 2004, Rondinelli und Shabbir 1983, Weltbank 2005). Um ein positives Output des Dezentralisierungsprozesses zu erlangen, ist die Koordination zwischen den drei Dimension unabdinglich.

Die Weltbank (2005) unterscheidet die drei Formen der Dezentralisierung folgendermaßen:

1. Administrative Dezentralisierung definiert die hierarchische und funktionale Verteilung von Entscheidungsmacht zwischen zentralen und nichtzentralen Regierungseinheiten.

Je nach Grad von übertragener Autorität und Reichweite der Funktionen unterscheidet man zwischen Dekonzentration, Delegation und Devolution:

1.1 Bei der Dekonzentration werden Funktionen innerhalb der zentralen Regierungshierarchie auf lokale Verwaltungseinheiten übertragen. Die effektive Kontrolle verbleibt bei der Zentrale, die die Leitlinien nach hierarchischen Prinzipien vorgibt.

1.2 Die Delegation ist im Gegensatz zur Dekonzentration eine extensivere Form der Dezentralisierung, bei der bestimmte Entscheidungs- und Verwaltungsautoritäten auf regionale oder funktionale Organisationen außerhalb der eigentlichen Regierungsbürokratie, z.B. an halbautonome oder überstaatliche Organisationen, übertragen werden.

1.3 Bei der Devolution werden Aufgaben und legale Entscheidungsautorität auf Kommunalregierungen mit relativer Autonomie, eine Art lokaler Selbstverwaltung, übertragen. Dabei unterliegen die lokalen Regierungseinheiten keiner direkten Kontrolle seitens der Zentralregierung. Die Devolution ist dementsprechend die Form, die den subnationalen Regierungen am meisten Autonomie bietet.

2. Die Fiskalische Dezentralisierung hat zwei Dimensionen: die Dezentralisierung des Staatsein-kommens und die Dezentralisierung der Entscheidungsgewalt über dessen Ausgabe (Montero und Samuels 2004).

3. Die politische Dimension der Dezentralisierung ermöglicht den Bürgern mehr Mitspracherechte bei Entscheidungsprozessen im öffentlichen Sektor. Grundvoraussetzungen für eine politische Dezentralisierung sind konstitutionelle Reformen, die Entwicklung eines pluralistischen Parteiensystems und die Schaffung lokaler politischer Entscheidungsstrukturen (Bach 2003).

Faust et al. (2005a) fassen die Dimensionen wie folgt zusammen:

Tabelle 6: Dimensionen der Dezentralisierung und ihre Grundprinzipien

	Administrative Dimension	**Fiscal Dimension**	**Political Dimension**
Content	Transfer of responsibilities to delegation: subnat. gov. of limited independence devolution: autonomous subnat. governments	Transfer of *resources* in terms of revenue autonomy (tax base, tax rate) borrowing privileges direct transfer of financial resources	Transfer of *legitimation* through direct election of subnational officials
Ordering principals	Coherence between dimensions between policy sectors (from softer responsibilities to higher complexity) between levels of government (vertical) to avoid overlaps within levels of government (horizontal)		
	Subsidiarity: bottom up perspective (higher level only takes action if the lower level can't carry out this action)	transparency & rule of law hard budget constraint minimum of fiscal autonomy	fair and free elections participation

Quelle: Faust et al. 2005a, S. 7

In der Abbildung von Faust wird deutlich, wie wichtig die Koordination zwischen den einzelnen Dimensionen, Sektoren und Akteuren für einen erfolgreichen Dezentralisierungsprozess ist.

Die vorliegende Untersuchung wird sich vor allem mit der politischen Dimension der Dezentralisierung auseinandersetzen, die administrative und fiskalische werden nur am Rande gestreift.

Die Interviewpartner Zimmermann und Pérez betonen beide, dass Dezentralisierung kein Ziel an sich ist, sondern vielmehr *„ein Werkzeug"* (Pérez 2005: Z. 1), um die soziale, politische und ökonomische Situation eines Landes zu verbessern. Zimmermann (2005) unterstreicht, dass die Dezentralisierung nicht die Lösung aller Probleme ist, sondern vielmehr *„eine Möglichkeit, die staatlichen Strukturen zu modernisieren"* (Z. 9). Insbesondere in Entwicklungsländern, die als Folge der Kolonialzeit sehr zentralistische staatliche Strukturen haben, kommt der Dezentralisierung eine Schlüsselrolle bei der Lösung sozialer und politischer Krisen zu.

Ziel der Dezentralisierung ist es, dass die öffentlichen Funktionen und Dienstleistungen bezüglich ihrer Kosten und Qualität verbessert und effektiver gestaltet werden (Coly und Breckner 2004). Eine Effektivitätssteigerung wird dabei zum einen über die Behebung der Mängel zentralisierter Planungsstrukturen und zum anderen durch die größere Bürgernähe erreicht (Haldenwang 1994). Als Folge eines dezentralisierten Wirtschaftssystems können die räumlichen Disparitäten reduziert und der Lebensstandard in den verschiedenen Teilen des nationalen Territoriums angeglichen werden (Nolte 1991). Außerdem können in ethnisch, sozial oder

territorial stark fragmentierten Gebieten mit Hilfe des Dezentrali-sierungsprozesses Spannungen abgebaut werden (Requejo 1999).

Indem politische Kompetenzen dezentralisiert werden, werden in der Politik die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen optimiert und Eigeninitiative gefördert. Dezentralisierung kann – unter der Voraussetzung, dass alle Bürger entsprechenden Zugang zu Bildung haben und somit die Möglichkeit erhalten, die Fähigkeit zu kritischem Denken, als Voraussetzung zu politischer Partizipation, zu entwickeln – die Demokratisierung einer Gesellschaft vorantreiben (Wittelsbürger und Morgenstern 2006). Auch wenn eine Kausalbeziehung zwischen Demokratisierung und Dezentralisierung nicht nachgewiesen werden kann (Montero und Samuels 2004), sehen Politiker und Wissenschaftler in der Dezentralisierung eine Möglichkeit, die Legitimitätskrise der politischen Akteure in instabilen Demokratien überwinden zu können. Indem Verantwortung an subnationale Regierungen übertragen wird, und diese die Lokalpolitik transparent und verantwortungsvoll gestalten, wird den Bürgern die Kontrolle über die politischen Prozesse erleichtert. Die verschiedenen (subnationalen und lokalen) zivilgesellschaftlichen Gruppen können in einem dezentralisierten Staat mit gestärkten subnationalen Regierungen zudem ihre Interessen besser artikulieren und durchsetzen. Dies trifft insbesondere auf marginalisierte Gruppen und Minoritäten der Gesellschaft zu (Back 2003).

Die Ziele der Dezentralisierung variieren von Land zu Land, je nach individueller (kolonialer) Geschichte, sozioökonomischer Situation und bestehender Demokratiedefizite des Landes. Die Probleme der lateinamerikanischen Dezentralisierungsprozesse sind andere wie die afrikanischer oder asiatischer Staaten. An dieser Stelle wird ausschließlich auf die Ziele und Probleme der lateinamerikanischen Dezentralisierung eingegangen.

Es ist schwierig, Dezentralisierung aus einer einzigen Perspektive heraus zu untersuchen. Vielmehr müssen verschiedene Aspekte herangezogen werden, um den Prozess als solchen erklären und interpretieren zu können. Es ist notwendig, die historisch-institutionellen Rahmenbedingungen herauszuarbeiten, um dann die aktuellen Muster des soziopolitischen Dezentralisierungsprozesses untersuchen zu können. Eine Analyse, die Dezentralisierung auf die ökonomische Dimension bzw. auf neoliberale Reformen wie Privatisierung und Deregulierung reduziert, wird dem komplexen Prozess nicht gerecht. Neoliberale Reformen sind sicherlich ein Bestandteil der Dezentralisierungsidee, aber nicht ihr Kern. Auch in der vorliegenden Arbeit sollen die in Ecuador durchgeführten neoliberalen Reformen nur am Rande angesprochen werden und vielmehr die politischen Prozesse im Vordergrund stehen.

Dezentralisierung in Lateinamerika

> „Demokratie ist ein Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Entwicklung und Armutsbekämpfung. Der Weg dahin führt über die Dezentralisierung, die der lokalen Bevölkerung eine erweiterte und vertiefte Beteiligung an der Politik ermöglicht und lokale Wahloptionen überhaupt erst eröffnet“ (Sen 1999).

Dezentralisierung gilt – in Verbindung mit Demokratisierung und ökonomischer Liberalisierung – als *der* politische Trend der vergangenen Dekade (Oxhorn 2004). Dass Dezentralisierung ein weltweites Phänomen ist, lässt sich daran erkennen, dass heute circa 95 Prozent aller Länder gewählte VolksvertreterInnen auf subnationaler Ebene haben und in vielen dieser Länder politische, administrative und fiskalische Aufgaben auf dezentrale Regierungs- und Verwaltungsebenen übertragen wurden (Coly und Breckner 2004).

Auch in Lateinamerika ist Dezentralisierung eines der großen Schlagworte der gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion. Unter dem Begriff Dezentralisierung werden Reformen erörtert, um die Rückschläge aus der „verlorenen Dekade" der 1980er Jahre aufzuholen und die im gleichen Jahrzehnt beginnende *„dritte Demokratisierungswelle"*[9] (Huntington 1991) durch eine Restrukturierung des Staates und seiner Funktionen zu stützen und zu konsolidieren (Hofmeister 1992).

Seit der Kolonialzeit der Spanier gehört der staatlich-administrative Zentralismus zu den Konstanten der lateinamerikanischen Staaten. Die zentrale Rolle des Staates hat historische Hintergründe. Erstens lässt sie sich aus der Tradition der *„ibero-lateinischen Staats- und Gesellschaftsauffassung"* herleiten (Mols 1987: 188). Zweitens war auch Spanien ein zentral-istischer, bürokratisch patrimonialer Staat (Mols 1985, 1987). Wenn Véliz (1980) schreibt, dass der Zentralismus *„essentiell (ist) zum Verständnis einer iberoamerikanischen geschichtlichen Entwicklung, die verschiedene Etappen der Lockerung der zentralen Kontrolle und der Rezentralisierung erlebte"* (S. 9), wird deutlich, welche Bedeutung dem (De-) Zentralisierungsdiskurs in Lateinamerika zu kommt.

Das spanische Kolonialreich wurde bereits Ende des 16. Jh. nach den Vorstellungen des *„monarchischen Absolutismus als neuzeitlicher Macht- und Verwaltungsstaat"* organisiert. Die koloniale Realität war geprägt von *„traditionalen und patrimonialen Elementen"* (Pietschmann 1980: 55). Und es entwickelten sich in ihr schon sehr früh eine von Machteliten besetzte Beamtenschaft, welche die effiziente Erfüllung der Aufgaben des Staates und seiner Verwaltung verhinderte.

In Folge der Unabhängigkeit entbrannten in vielen Ländern Lateinamerikas Konflikte zwischen Zentralisten und Dezentralisten, zwischen Unitariern und Föderalisten. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit spielten die Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle, und es gab starke, sich aus lokalen Macht- und Einflusszentren speisende föderative Kräfte. Dies hätte eine ideale Voraussetzung für eine dezentrale staatliche Entwicklung sein können. Der Machtmissbrauch lokaler Eliten, die Caudillo-Herrschaft und die davon ausgehende Bedrohung der gerade erst erworbenen staatlichen Einheit, ließen zentralistische Tendenzen jedoch (wieder-)erstarken (Hofmeister 1992). Vor allem in der Zeit des *„nation-building, der Konsolidierung der staatlichen Macht"* (Nohlen 1991: 364) entzog die

[9] Huntington hat in der Weltgeschichte drei Wellen der Entstehung (die ersten zwei mit Rückschlägen) von Demokratien gezählt. Diese dritte Welle, d.h. die gegenwärtige Demokratisierung, begann seiner Meinung nach schon 1974.

Zentralgewalt den Munizipien weitere Kompetenzen. Die Politik wurde bis weit in die Mitte des 20. Jh. hinein von einer kleinen Macht- und Wirtschaftsoligarchie geprägt. Politische und gesellschaftliche Strukturen und Institutionen in Form von ausdifferenzierten und starken, intermediären Interessensgruppen oder funktionsfähigen Parteien waren in den seltensten Fällen vorhanden (Hofmeister 1992).

Der Zentralstaat übernahm ab Mitte des 20. Jh. die Rolle des Entwicklungsmotors, trotz der ideologischen Ablehnung jeglichen Staatsinterventionismus durch die Machteliten. Diese nutzten nicht selten ihren Zugang und Zugriff auf den Staatsapparat zum Zweck der persönlichen Bereicherung und Machterhaltung. Der Klientelismus und die Ämterpatronage wuchsen somit im gleichen Tempo wie der zentrale staatliche Bürokratieapparat.

Die in den 1970er Jahren vom Internationalen Währungsfond für Lateinamerika konzipierten Strukturanpassungsprogramme stellten neue Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der staatlichen Strukturen Lateinamerikas. Um die Programme umsetzen zu können, benötigten die Zentralstaaten einerseits eine gewisse Autonomie gegenüber der Gesellschaft bzw. den Machteliten, andererseits verhinderten aber gerade die neopatrimonialistischen Machteliten eine Einschränkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung. In den Anpassungsprogrammen der 1980er Jahre spielten dezentralisierende Reformen eine wichtige Rolle. Sie seien eine *„lateinamerikanische Mode"* schreibt El Espectador bereits am 21.10.1988. Dezentralisierung wird als eine der sozio-politischen Situation angemessene Modernisierungsstrategie betrachtet (Haldenwang 1994).

Neben den Strukturanpassungsprogrammen gab es zahlreiche weitere Gründe, warum der Ruf nach Dezentralisierung in den 80er Jahren in Lateinamerika stets lauter wurde (Hofmeister 1992, Nohlen 1991):

- Die Krise der autoritären Regime, die auch eine Niederlage für zentralistische Konzepte der politischen Entscheidungsprozesse war.
- Die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre und die damit einhergehende Krise der durch hohen Staatsinterventionismus geprägten Wirtschafts- und Sozialpolitiken.
- Die Krise des Akteurs ‚Staat' an sich, dessen weitgehende Ineffizienz angesichts der Wirtschaftskrise offen zutage trat.

Weitere Anstöße gaben liberalistische Tendenzen im Sinne eines Abbaus staatlicher Funktionen und die Verlagerung dieser auf nachgeordnete staatliche Einheiten oder Privatinitiativen, sowie die Überzeugung, dass Partizipation und Demokratie mittels Dezentralisierung vertieft werden könnte (ebd.). Dezentralisierung wurde und wird als ein Lösungsansatz dieser Krisen in Lateinamerika gesehen. So überrascht nicht, dass *„virtually all Latin American countries have undergone some political decentralization in recent years"* (Willis et al. 1999: 9).

Der steinige Weg der Dezentralisierung in Ecuador

„Ecuador hat abwechselnd Perioden der Zentralisierung und Dezentralisierung erlebt. Seit seiner Gründung als Republik 1830 existiert eine ausgeprägte Regionalisierung zwischen Küste und Hochland, aber der Ruf nach Dezentralisierung und die Ambition, die nationale

> Einheit zu retten, haben sich gegenseitig neutralisiert, ohne dass der Dezentralisierungsprozess signifikante Fortschritte gemacht hätte" (Vallejo und Pérez 2005: 8).

Obwohl in Ecuador schon seit der Gründung der Republik durch den ausgeprägten Regionalismus Dezentralisierungstendenzen vorhanden waren, wird Ecuador immer wieder als der *„schlimmstmöglichste Fall eines Dezentralisierungsprozesses"* (Pérez 2005: 2) bezeichnet. Die Gründe für den aussichtslos scheinenden Dezentralisierungsprozess Ecuadors sollen hier, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Regierungen, eruiert werden.

Während der Begriff zu Beginn der 90er Jahre in Ecuador ausschließlich *„mit Privatisierung, (...) mit dem politischen Verständnis, dass der Staat sich rauszieht aus seinen sozialen Verpflichtungen"* (Zimmermann 2005: 2) in Verbindung gebracht, d.h. negativ konnotiert, wurde, haben bei den Wahlen 2005 Bürgermeister und Gouverneure Dezentralisierung *„als positiv besetzten Begriff für sich selbst werbend eingesetzt"* (ebd.).

Zimmermann (2006), der als Programmverantwortlicher des Projekts „Dezentralisierung und Modernisierung in Ecuador" der GTZ am Dezentralisierungsprozess seit langer Zeit aktiv mitgestaltet hat, sieht trotz der zahlreichen Probleme der Dezentralisierung, die im folgenden Kapitel erörtert werden, die Dezentralisierung

> „wie so ein großes, großes Schwungrad und dieses Schwungrad ist in Bewegung gekommen und bewegt sich auch immer weiter. Ich glaube, dass es nicht mehr aufzuhalten ist, aber ich glaube auch nicht, dass es jetzt sehr schnell geht. Aber das ist so ein ganz kontinuierlicher Prozess" (S. 2).

Der Dezentralisierungsprozess wird, vor allem durch das Drängen der internationalen Entwicklungsagenten, aber auch aufgrund der zunehmenden Autonomiebestrebungen einzelner Regionen und Provinzen, langsam aber stetig vorangebracht. Welche Meilensteine liegen auf seinem Weg bzw. hat er auf seinem langen Weg über die letzten Jahrzehnte hinweg zurückgelegt?

In den 1950er und 1960er Jahren wurde die Dezentralisierung nicht als Strategie zur Über-tragung von Ressourcen an Lokalregierungen gesehen, sondern im Zuge des Interessens-konflikts zwischen Guayaquil (Küste) und Quito (Hochland) unter wirtschaftspolitischen Aspekten diskutiert. Beide Regionen waren und sind bis heute stets darum besorgt, ihre Interessen gegenüber denen der anderen Region durchzusetzen. Daraus entstand 1959 die Forderung Guayaquils nach mehr Autonomie der einzelnen Provinzen (Frank 2002).

Mit dem Beginn der Militärregierungen 1963 (Corkill und Cubitt 1987) und der Entdeckung des Erdöls 1972 (Bieber 1996) kam es zu einer strikten Re-Zentralisierung. *Die „dicta-blanda"* (Hoffmann 2005a: 1), die sanfte Diktatur, hatte im Gegensatz zu anderen Diktaturen in Lateinamerika keinen repressiven, sondern vielmehr einen integrativen, nationalistischen Charakter. Die verschiedenen Militärjunten (1972-1979) wollten den unendlichen Reichtum, der aus dem Eröl zu sprudeln schien, dazu nutzen, die ungleichen Lebensverhältnisse der ecuadorianischen Bevölkerung zu homogenisieren. Dabei übernahmen sie die komplette politische Kontrolle und entzogen den Provinz- und Kantonverwaltungen

sämtliche Funktionen. Die Wahl der subnationalen Repräsentanten wurde abgeschafft und die Beziehungen zwischen Zentral- und Lokalregierungen beschränkten sich ausschließlich auf die Fiskalpolitik (Frank 2002).

Unter der Regierung Roldós/ Hurtado (1979-1984) kam es zur Re-Demokratisierung Ecuadors[10], die sich jedoch unter sehr viel schlechteren ökonomischen Bedingungen vollzog als die vom Erölreichtum beglückten Militärregierungen (Hurtado 1996). Mit der Demokratisierung kam es zur Wiedereinführung der demokratisch gewählten Lokalregierungen und zur Stärkung ihrer Funktionen.

Die Regierung Febres Cordero (1984-1988) nutzte die Dezentralisierung lediglich als Mittel, um politische Kontrolle über die den Kongress und den Obersten Gerichtshof dominierende Opposition zu erlangen. Febres versuchte, die sozioökonomischen Konflikte mit einer Wirtschaftspolitik à la Thatcher zu lösen, verstieß jedoch mit seiner radikalen Politik sowohl gegen die Verfassung als auch gegen die Menschenrechte (Corkill und Cubitt 1987).

Borja (1988-1992) „war von allen Präsidenten der post-militärischen Epoche der Präsident mit den besten Voraussetzungen, um den Dezentralisierungsprozess voran zu treiben" (Frank 2002: 89). Einerseits hatte er, im Gegensatz zu Febres sowohl die Mehrheit des Kongresses als auch die der Bürgermeister und Gouverneure hinter sich, andererseits hatte er eine Stabilisierung der Inflation erreicht. Er initiierte zwar das „Programa de Desarrollo Municipal" (PDM), das die Stadtverwaltungen stärken sollte, de facto veränderte das Programm jedoch nichts an den hierarchischen politischen Strukturen.

In der Regierung Durán Ballén (1992-1996) wurde Dezentralisierung als ein Synonym von Privatisierung und Deregulierung verstanden. Dies äußerte sich unter anderem im *„Ley de Modernización del Estado"* und im *„Plan Nacional de Descentralización y Desconcentración"* (Verdesoto Custode 2001). Der Regierung Durán Ballén gelang es, den Dezentralisierungsdiskurs langfristig in der Gesellschaft zu verankern, wenn auch bei vielen bald eine gewisse Frustration aufgrund des schleppenden Vorangehens des Prozesses einsetzte (Frank 2002). Des Weiteren wurde unter Durán Ballén 1995 der *Consejo Nacional de Modernización* (CONAM) eingerichtet, der seither für die Umsetzung der Dezentralisierung verantwortlich ist.

Mit der populistischen Regierung von Bucarám (1996-1998) begann in Ecuador eine Phase enormer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, die durch Korruption, ständige Gesetzesüberschreitungen und eine verantwortungslose Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgelöst wurde und sich bis zur Absetzung Bucaráms zur schwersten politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes verschärfte (Minker-Bünjer 1999). Im Februar 1997 führten die Massenproteste gegen die Sparmaßnahmen und Preiserhöhungen zu der Absetzung Bucaráms, der im Volksmund aufgrund seiner unkonventionellen Amtsführung auch *‚el loco'*[11] genannt wurde.

[10] Angesichts der Tatsache, dass vor 1972 Analphabeten von der Wahl ausgeschlossen waren, ist es umstritten, ob man nicht vielmehr von Demokratisierung, statt von Re-Demokratisierung sprechen müsste.

[11] El loco (sp.): „der Verrückte".

Der Parlamentsvorsitzende, Fabian Alarcón wurde kurzzeitig – verfassungswidrig – zum Interimspräsidenten ernannt (Hoffmann 2005a). Unter Alarcón wurden zwei für den Dezentralisierungsprozess entscheidende Gesetze verabschiedet: das *„Ley Especial de Transferencia del 15% del Presupuesto Nacional para los Gobiernos Seccionales"* (Faust et al. 2005a: 27) und das *„Ley Especial de Descentralización y Participación Social"* (Frank 2002: 9). Die Umsetzung der beiden Gesetze verlief äußerst problematisch, da das 15%-Gesetz nicht mit der Übertragung von Aufgaben einherging. Deshalb beschloss die Verfassungsgebende Versammlung 1998, die Zentralregierung dazu zu verpflichten, bestimmte Kompetenzen an die Lokalregierungen zu übertragen, wenn diese von den subnationalen Regierungen eingefordert wurden. Außerdem führte die Verfassungsgebende Versammlung die *Juntas Parroquiales Rurales* (ländlichen Gemeinderäte) ein. Trotz der neuen Gesetze und Instanzen kam es jedoch auch unter Alarcón zu keinen bedeutsamen Fortschritten im Dezentralisierungsprozess.

Mit der Regierung Jamil Mahuad (1998-2001) begann in Ecuador die intensivste Diskussion über Dezentralisierung, die vor allem durch die Autonomiebestrebungen der Provinz Guayas ausgelöst wurde. Mit der Verabschiedung des *„Plan Nacional de Desconcentración"* versuchte Mahuad den enormen sozialen und politischen Druck, der zum einen durch die Forderungen nach mehr Autonomie einzelner Provinzen, zum anderen durch die katastrophale gesamtwirtschaftliche Lage entstanden war, abzufedern. Die regionalen Autonomiebewegungen ließen sich dadurch jedoch nicht befrieden, und Mahuad war gezwungen, die *„Comisión Nacional de Descentralización, Autonomías y Circunscripciones Territoriales"* einzusetzen, um die Debatte zu beruhigen und zu kanalisieren. Die Kommission beendete ihre Arbeit im Jahr 2000 mit der Vorstellung eines *„Nuevo Modelo de Gestión"* (CONAM 2000), das den Weg der Dezentralisierung in die Zukunft skizzierte. Vor allem die Provinzen traten aus den Diskussionen über die Autonomiebestrebungen gestärkt hervor, und es gelang ihnen, die Zentralregierung dazu zu zwingen, 2001 den *„Convenio Marco de Transferencia de Competencias"* zu unterzeichnen. Der Vertrag befähigte die Provinzen dazu, Kompetenzen in den Sektoren Umwelt, Landwirtschaft, Tourismus und Verkehrwesen aktiv einzufordern (Frank 2002). Obwohl es sich bei diesem Abkommen um einen der wichtigsten Schritte in der Geschichte des Dezentralisierungsprozesses Ecuadors handelte, war der politische Widerstand der Zentralregierung offensichtlich (Vallejo und Pérez 2005).

Unter Gutiérrez (2003-2005), der den Sturz der Regierung Mahuads mitinitiiert hatte und im April 2005 selbst durch anhaltende Proteste der Mittelschicht Quitos gestürzt wurde (s. Exkurs: Chronik eines angekündigten Sturzes), fand Dezentralisierung vor allem in Form klientelistischer Politik statt (Ciudad 2005).

Nach der chronologischen Übersicht über den Dezentralisierungsprozess in Ecuador seit den 50er Jahren, sollen nun die wichtigsten institutionellen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Charakteristika Ecuadors, die den Dezentralisierungsprozess behindern bzw. voran bringen, heraus gearbeitet werden.

Diese Charakteristika sind Teil der gesellschaftlichen Realität des Landes und beeinflussen somit nicht nur die politischen Prozesse auf nationaler Ebene, sondern werden auch auf der Mikroebene der Lokalregierungen reflektiert.

Dezentralisierung ist zu allererst eine politische Entscheidung, die von der Zentralregierung und den entsprechenden Ministerien getroffen werden muss. Es bedarf eines politischen Willens, der es ermöglicht, Macht, Verantwortung und Ressourcen zu dezentralisieren. Pérez, Ministerin des nationalen Rates für Modernisierung (CONAM), betont, dass *„der Staat keine klare Entscheidung für die Implementierung des Dezentralisierungsprozesses getroffen hat"* (Pérez 2005: Z. 1). Warum es in Ecuador, trotz der scheinbar offensichtlichen Vorteile eines dezentralen Staatssystems für die Entwicklung des Landes, zu keinem Entschluss *für* die Dezentralisierung kam, hängt in erster Linie mit der politischen Kultur des Landes zusammen. Hier sollen exemplarisch einige, auch für andere latein-amerikanische Staaten zutreffende Charakteristika und Probleme des politischen Systems herausgegriffen werden.

Instabilität: ingobernabilidad und pugna de poderes

Ecuador ist momentan das politisch instabilste Land der amerikanischen Hemisphäre. Die politische Instabilität wird anhand weniger Zahlen deutlich: Seit 1830 gab es insgesamt 93 Wechsel in der Staatsführung, woraus sich eine durchschnittliche Amtsdauer von 22 Monaten ergibt (Hoffmann 1998b). Seit 1996 wurde dreimal gewählt und dreimal wurde der gewählte Staatspräsident vorzeitig seines Amtes enthoben (Rothfritz 2005). Die 1990er Jahren waren von dem Versuch Strukturanpassungsreformen umzusetzen geprägt, was aufgrund der sozialen Spannungen und der fragilen demokratischen Institutionen zur Absetzung sämtlicher Präsi-denten führte. Als Folge der verfehlten Reformprogramme kam es zu einer Zuspitzung der sozialen Ungleichheit und der absoluten Zunahme von Armut (Rivera Vélez und Ramírez Gallegos 2005).

EXKURS: PRÄSIDENT GUTIÉRREZ - CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN STURZES

Lucio Gutiérrez, Ex-Oberst und *„self made man criollo"* (Minker-Bünjer und Sánchez López 2004: 17), sollte bei den Massenprotesten Anfang 2000 mit seinen Soldaten das Parlament vor demonstrierenden Indigenen, die gegen die im Zuge der Dollarisierung entstandene Wirtschaftskrise protestierten, schützen. Stattdessen schloss er sich den rebellierenden *Indígenas* an und trug damit zum Sturz der Regierung Mahuads bei. In der Stichwahl Ende 2002 gewann er gegen den Bananenimperialisten Noboa, der auch bei den jüngsten Wahlen 2006 gegen seinen Herausforderer Correa die Stichwahl verlor. Mittels einer Allianz der für seine Kandidatur gegründeten *Sociedad Patriótica 21 de Enero (PSP 21-E)*, einer politischen Bewegung von Familienmitgliedern und Freunden, und dem *Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik - Nuevo País,* politischer Arm der organisierten indigenen Bevölker-ung (CONAIE), war es Gutiérrez gelungen, vor allem die armen Bevölkerungsschichten für sich zu gewinnen (Minker-Bünjer und

Sánchez López 2004). In dieser Konstellation sind einige für Ecuador typische Elemente zu erkennen:

- Das Militär entschied über das Fortbestehen bzw. Abdanken der Regierung (ironischerweise sollte das gleiche Schicksal auch Lucio selbst blühen). Bis heute hat das Militär in Ecuador eine herausragende Rolle für die politische Stabilität inne, was unter anderem auch auf sein hohes Ansehens in der Bevölkerung zurück zu führen ist.
- Gutiérrez gründete für seine Kandidatur eigens eine Partei.
- Die politische Parteienkultur basiert auf einer stark fragmentierten, inkonsistenten, personalisierten Multi-Parteienlandschaft. Um im Kongress eine Mehrheit zu bekommen, muss die Regierungspartei fast immer eine Koalition mit einer anderen Partei eingehen. Die Koalitionen sind rein strategisch und nicht inhaltlicher Art, und das *cambio de camiseta*, d.h. das Wechseln der Partei- und Koalitionszugehörigkeit, eine kurzfristige Angelegenheit.
- Gutiérrez besetzte sein Kabinett auf klientelistische Art und Weise fast ausschließlich mit Familienmitgliedern und Freunden, von denen die meisten keine politische Vorbildung hatten. Gutiérrez gewann die Wahlen mit einer *„populistischen politischen Programmlosigkeit"* (Faust et al. 2005b: 107), mit welcher in Ecuador traditionell die Stimmen der bildungsfernen, ländlichen Unterschichten gewonnen werden können. Gutiérrez trat als der Anwalt der Armen auf, die der alten politischen korrupten Garde überdrüssig waren (Rabeneick 2002).

Atypisch für Ecuador ist, dass Gutiérrez weder Beziehungen zu den traditionellen Eliten des Landes noch Politikerfahrung hatte. Auch war erstmalig eine primär *indigene* Partei an der Regierung beteiligt. Erstaunlich ist dies vor allem, wenn man bedenkt, dass die Mehrheit der Indigenen erst seit 1979 das Wahlrecht besitzt.

Die folgenden 28 Monate waren von ständigen Kabinettsneubesetzungen, Koalitionsbrüchen, einer populistischen, neo-liberalen Wirtschaftspolitik, der verfassungswidrigen Auswechslung der Richter des Obersten Gerichtshofs (was die Rückkehr des Ex-Präsidenten Bucarám aus dem Exil ermöglichte), Korruption und Klientelismus geprägt. Sie endeten in tagelang anhaltenden Massenprotesten der urbanen Mittelschicht Quitos. Die Rebellion der *Forajidos*[12] war Ausdruck der Unzufriedenheit der Bürger Quitos sowohl mit der Regierung Gutiérrez als auch mit den Oppositionsparteien, die nicht in der Lage waren, einen Ausweg aus der Staatskrise zu finden und sich auf eine Neubesetzung des Obersten Gerichtshofes zu einigen (Faust et al. 2005b, Lukas 2005).

Ecuador hat im November 2006 erneut gewählt. In der Stichwahl standen sich der linke, Chavez nahestehende Correa und der konservative Bananenbaron Noboa gegenüber (El Comercio, 15.10. – 30.11.06). Nachdem Correa als Sieger aus der

[12] Forajidos (sp.): Straßenräuber. Gutiérrez bezeichnete am 14.4.2005 die Teilnehmer einer friedlichen Demonstration als „Forajidos", als flüchtige Straßenräuber.

Wahl hervorgegangen ist, möchte er mit Hilfe einer Verfassungsgebenden Versammlung eine radikale Reform der politischen Institutionen durchführen (Hoffmann 2007, Henze 2007). Ob die neue Verfassung dem Land mehr Stabilität bringen wird, bleibt fraglich.

Die politische Instabilität Ecuadors erweckt den Eindruck „nationaler Unregierbarkeit" *(ingobernabilidad)*. Neben der hohen Volatilität in Präsidenten- und Ministerposten ist die extreme Fragmentierung des politischen Systems eine Ursache der *ingobernabilidad.*

Das prägendste Merkmal der Fragmentierung ist die starke Zersplitterung des Parteiensystems. Hinzu kommt die Schwierigkeit der Mehrheitsbildung im Parlament bzw. das Phänomen der durch konträre Majoritäten legitimierten Gewalten. Dadurch entsteht ein Dauerkonflikt zwischen Regierung und Parlament, der in Ecuador als *pugna de poderes* bezeichnet wird (Hoffmann 1998b).

Die Instabilität des politischen Systems, seine extreme Fragmentierung und fehlende Regierungsmehrheiten führen dazu, dass es zu keiner wirklichen Devolution von Macht an subnationale Regierungsebenen kommt, da die Zentralregierung ohnehin ständig von Machtverlust bedroht ist. Dezentralisierung ist somit für die Zentralregierung vielmehr ein Fluchtmechanismus im Falle von sozialen und politischen Krisen als eine politische Entscheidung (CONAM und GTZ 2004). Die Konsequenz hieraus ist, dass die politischen Beschlüsse meist nicht in die Realität umgesetzt werden.

Parteien: personalismo und caudillismo

Da die Parteienlandschaft bis in die Mikroebene der Lokalregierungen hinein eine wichtige Rolle spielt, ist eine genauere Betrachtung ihrer Charakteristika von Bedeutung.

Mainwaring (1995) nennt vier Faktoren, die für den Grad der Institutionalisierung des Parteien-systems relevant sind: eine über die Zeit gewisse Stabilität der größeren Parteien in Bezug auf die Stimmenanteile im Parlament, eine Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft, die Anerkennung von Wahlen als exklusives Mittel zur Erlangung von Regierungsverantwortung durch die soziopolitischen Akteure und eine funktionstüchtige Organisation der wichtigsten politischen Parteien. Gemessen an diesen Kriterien besitzt Ecuador eines der am schwächsten institutionalisierten Parteiensysteme in Lateinamerika.

Tabelle 7: Institutionalisierung des Parteiensystems in Lateinamerika

Ausgewählte Länder	Stabilität der Parteien	Verwurzelung in Gesellschaft	Anerkennung von Wahlen	Organisationsgrad der Parteien
Costa Rica	2,5	3	3	3
Argentinien	2	2,5	2,5	2
Mexiko	1,5	2,5	1,5	3
Ecuador	1	1	2	1

Quelle: eigene Darstellung nach Mainwaring und Scully 1995, S. 17. 3 = hoch, 1 = niedrig

Auffallend für Ecuador ist, dass die Parteien sich nicht über eine inhaltliche Programmatik, sondern über ihren *caudillo*[13] definieren. Parteien werden durch einen *caudillo* gegründet und verlieren sich nach dessen Abdanken meist schnell in Bedeutungslosigkeit (s. z.B. Partido Roldosista Ecuatoriano, PRE und ihr *caudillo* Bucarám). Dieser *personalismo* spielt auch auf subnationaler Ebene eine wichtige Rolle: Entscheidend für den Ausgang der Wahl ist vor allem das Charisma der Leitfigur der Partei (in der entsprechenden Region) und nicht deren programmatische Ausrichtung. Das Vorgehen der Parteien, vor allem in der Lokalpolitik, ist dabei sehr aggressiv: Da die Parteien nicht über genügend Repräsentanten in den verschiedenen Wahlbezirken verfügen, „kaufen" sie regelrecht Kandidaten, die über eine gewisse Anerkennung durch die Gemeinde verfügen, damit diese für die entsprechende Partei kandidieren (Sanchez 2005). Die extreme Fragmentierung der Parteienlandschaft und die fehlende inhaltliche Ausrichtung der Parteien verhinderen, dass der Dezentralisierungsprozess von den Parteien getragen wird. Lediglich die Parteien der *costa* haben in ihrem Streben nach mehr Autonomie immer wieder Gesetzesinitiativen, die den Dezentralisierungsprozess anstoßen sollten, in den Kongress eingebracht. Von Seiten der Parteien findet jedoch aufgrund ihrer hohen Volatilität und Instabilität keine kontinuierliche Arbeit in Dezentralisierungsfragen statt.

Politikstil: Populismus und Klientelismus

> „Der Populismus hat hier eine lange Geschichte. (...) Populismus ist das Resultat einer unzureichenden demokratischen Erziehung und mangelnder zivilgesellschaftlicher Reife. Deswegen gibt es den Populismus. Aber es gibt noch eine andere Verbindung: Eine alarmierende Arbeitslosigkeit, steigende Armut sowie eine mehr als ungerechte Verteilung der Ressourcen. Die bereitet einen hervorragenden Nährboden für den Populismus, vor allem, wenn die traditionellen Parteien im Land versagt haben, wenn die Korruption das ganze Land ergriffen hat, dessen gesamte Struktur und die Menschen das Vertrauen in ihre Institutionen verloren haben" (Paco Moncayo, Bürgermeister von Quito, zitiert nach Overbeck 2005: 56).

Anhand der Wahl vom Oktober 2006 kann die Bedeutung des Populismus und Klientelismus in der ecuadorianischen Politik nachvollzogen werden: Die Gewinner der ersten Wahlrunde, Noboa und Correa, haben einen äußerst populistischen Wahlkampf geführt, bei dem mobile Krankenstationen kein seltenes Wahlgeschenk waren. Überraschend an den Wahlergebnissen erschien zunächst, dass Fausto Gilmar Gutiérrez (PSP), der Bruder des gestürzten Lucio Gutiérrez, insbesondere im zentralen Andenhochland in allen Provinzen gewann (und nicht der indigene Präsidentschaftskandidat Luis Macas). El Comercio kommentierte das Ergebnis am 17.10.2006 folgendermaßen:

> „Die klientelistische Politik der Partido Social Patriótico ist für die hohen Prozentzahlen von Gutiérrez verantwortlich. Die sozialen Programme wie *„Aliméntate Ecuador"* ermöglichten es der PSP ein Netz von Anhängern aufzubauen. Tatsächlich konzentrierten

[13] Der Begriff des Caudillismus stammt in Ecuador aus der frühen Zeit nach der Unabhängigkeit. Als *caudillo* wurde der Anführer einer bewaffneten Einheit bezeichnet, der sich üblicherweise für den Großgrundbesitzer einsetzte, von dem er bezahlt wurde (Hanf 2005).

sich die Aktivitäten des sozialen Programms zur Vergabe von Lebensmitteln auf die Provinzen der Zentralanden."

Dass insbesondere die armen Bevölkerungsschichten gegenüber dem Klientelismus anfällig sind, betont auch Lourdes Tibán (2006): *„Es ist schwierig, gegen den Klientelismus anzukämpfen, wenn das Volk am Existenzminimum lebt"* (zitiert nach El Comercio 30.10.2006). Der Klientelismus in Ecuador ist dadurch zu erklären, dass die Gleichberechtigung und die individuellen Rechte nicht über einen funktionierenden Rechtsstaat garantiert sind, sondern nur über klientelistische Beziehungen mit den Mächtigen zu sichern sind (ILDIS 2002).

Die Ergebnisse der Wahlen haben außerdem gezeigt, dass der *„Populismus Teil der politischen Kultur Ecuadors"* ist (de la Torre 2005: 47) und mitsamt seiner formalen Elemente wie *„Diskurs, Rhetorik, Wahlkampf und Führungspersönlichkeit"* (Minker-Bünjer 2004: 229) in der Bevölkerung akzeptiert und verankert ist. Sanchez (2005) bezeichnet die Situation Ecuadors als

„konstante Schizophrenie, (...) Schuld an allen nationalen Übeln wird den politischen Parteien und Politikern zugeschoben, während bei den Wahlen dieselben Parteien, die das Vertrauen des Volkes nicht genießen, glänzende Wahlergebnisse erzielen" (S. 63).

Die Instabilität, das fehlende Vertrauen des Volkes in Parteien bzw. Politiker und die populistische Politik verhindern eine konsequente und konsistente Umsetzung einer Dezentralisierungsstrategie. Politik wird reaktiv und kurzfristig, statt aktiv und langfristig konzipiert. Das Überleben eines Politikers oder einer Partei kommt oft vor der langfristigen Reformierung des Staatsapparats.

Politische Kultur: Misstrauen und Deligitimation

"Low levels of institutional trust and continued reliance on various forms of informal networking and nepotism, patronage and clientelism, and manipulation of personal contacts, have become part of the ways in which Latin America perceive reality" (Cutter 2000: 66).

Die politische Instabilität führt dazu, dass sich in Ecuador lediglich Ansätze einer demokratischen politischen Kultur ausmachen lassen. Die Bevölkerung hatte aufgrund der hohen Korruptionsraten und der negativen Erlebnisse mit den Vorgängerdemokratien kaum Möglichkeiten, positive Erfahrungen mit den demokratischen Regierungssystemen zu sammeln und Vertrauen gegenüber demokratischen Institutionen aufzubauen (Hoffmann 1998a). Das fehlende Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen sowie *„ihr gering entwickeltes Demokratieverständnis"* (Minker-Bünjer 1999: 210) spiegelt sich auch in den Umfragewerten des Latinobarómeters wider.

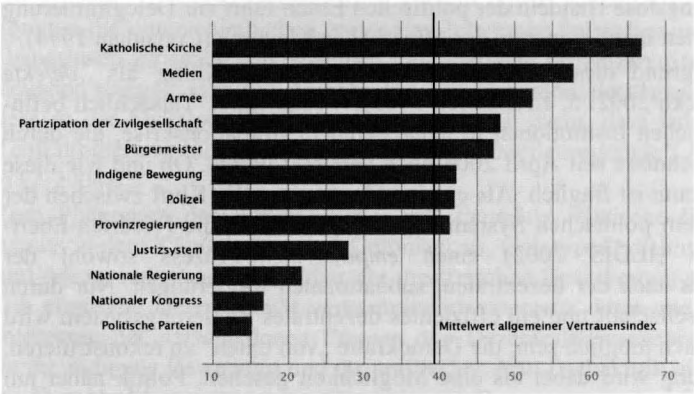
Tabelle 8: Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie in Ecuador (Antwort: zufrieden oder sehr zufrieden in Prozent der Befragten)

	1996	1997	1998	2000	2001	2002	2003	2004	2006
Prozent der Bev.	34%	31%	33%	23%	15%	19%	23%	14%	20%

Quelle: Umfrage von Latinobarómetro, www.latinobarometer.org, ergänzt durch The Ecomist 9.12.2006

Auch die Ergebnisse des *„Auditoria de la Democracia 2006"* (Seligson 2006) zeigen ein ähnliches Bild. Das Vertrauen der ecuadorianischen Bevölkerung in die politischen Institutionen fällt weit hinter ihr Vertrauen in die katholische Kirche, die Medien und das Militär zurück.

Abbildung 12: Vertrauen in die Institutionen Ecuadors in Prozent der Bevölkerung 2006



Quelle: eigene Darstellung nach Seligson et al. 2006, S.72

Die Regierung gerät aufgrund des geringen Vertrauens in die politischen Instanzen in eine Legitimationskrise, da ihre „kollektive Macht", Entscheidungen zu treffen ohne jeweils zuvor die entsprechenden Bevölkerungsgruppen zu konsultieren, durch das fehlende Vertrauen gebrochen ist.

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass das Vertrauen der ecuadorianischen Bürger in die politischen Institutionen seit dem Beginn der Redemokratisierung geschwunden ist:

- Die formalen politischen Institutionen weisen eine hohe Fragibilität auf, die sich daraus ergibt, dass eine beträchtliche Kluft zwischen politischer Norm und politischer Wirklichkeit konstitutiv ist (Hurtado 2004). Klientelistische Beziehungen und Netzwerke ermöglichen die Umgehung bürokratischer Hürden und gesetzlicher Normen und vermitteln Zugang zu Vergünstigungen und Privilegien.
- Die Korruption wird als eines der zentralen Probleme des Landes begriffen. Bei den jährlichen Listen von Transparency International schneidet Ecuador neben Bolivien unter den lateinamerikanischen Ländern mit 2,3 Punkten am schlechtesten ab[14] (www.transparency.org; www.cedatos.com.ec).
- Die demokratisch gewählten Repräsentanten verfolgen meist eine partikularistische und von wahltaktischen Erwägungen bestimmte Politik (Faust 2005, Hoffmann 1998a).

[14] Den besten Wert hatte 2001 Finnland mit 9,9, den schlechtesten Bangladesh mit 0,4, Deutschland 7,4 (www.transparency.org).

- Die politischen Institutionen unterliegen dem *„dueño"* Prinzip, d.h. die Institutionen haben neben ihren „gewählten" Repräsentanten noch ihre „wahren Besitzer". Damit wird Ecuador von einer kleinen Schicht von Eliten dirigiert, die mit Hilfe ihrer Marionetten das Land regieren (Experteninterview Zimmermann 2005).
- Das verantwortungslose Handeln der politischen Eliten führt zur Delegitimierung der demokratischen Institutionen in der öffentlichen Meinung (Conaghan 1994).

Ecuador wird aufgrund dieser Defizite seiner politischen Kultur als *„defekte Demokratie"* (Boeckh 2002: 5, Krennerich 2003: 4) bezeichnet. Tatsächlich befinden sich die politischen Institutionen in einer tiefen Legitimationskrise, die durch die jüngsten Geschehnisse seit April 2005 noch verstärkt wurde. Ob und wie diese bewältigt werden kann ist fraglich. Als einzige Chance, um die Kluft zwischen der Gesellschaft und dem politischen System zu verringern, sieht die Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuadors (ILDIS 2002) einen *empowerment*-Prozess sowohl der Zivilgesellschaft als auch der dezentralen, subnationalen Regierungen. Nur durch eine starke Zivilgesellschaft und ein effizientes dezentrales Regierungssystem wird es ihrer Meinung nach möglich sein, die Demokratie „von unten" zu rekonstruieren. Die Dezentralisierung wird dabei als eine Möglichkeit gesehen, Politik näher am Bürger zu gestalten und damit für ihn transparenter zu machen. Den ländlichen Gemeinderäten kommt hierbei eine besondere Rolle zu, da sie die bürgernahste politische Instanz sind und damit das engste Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und politischen Institutionen darstellen.

Fragmentierung: Regionalismus und ethnische Heterogenität

Ein weiteres Merkmal des politischen Systems Ecuadors ist der *regionalismo*, der sich aus der physisch-geographischen Gliederung des Landes in die drei Großräume *Costa, Sierra* und *Oriente* ergibt. Die ausgeprägte Regionalisierung stellt nicht nur bezüglich der verkehrstechnischen Verbindung der Zentren eine Schwierigkeit für das Land dar, sondern vor allem auch auf politischer Ebene.

Die außergewöhnliche politische Bedeutung des Regionalismus beruht auf einem historisch stark ausgeprägten Dualismus in Form der traditionellen Rivalität zwischen den beiden geographisch-klimatisch und ethnisch verschiedenen Hauptsiedlungsgebieten *Costa* und *Sierra*. Der Regionalismus ist Ausdruck eines verspäteten *nation-building* Prozesses (Faust et al. 2005b), und obwohl einige der historischen Determinanten stark an Gewicht verloren haben, besteht der Regionalismus als gesellschaftliches und politisches Phänomen mit einer sich selbst verstärkenden Eigendynamik bis heute fort (vgl. Hoffmann 1998a, Minker-Bünjer 1999).

Der Regionalismus wirkt sich auf das politische Handeln der Institutionen und Parteien aus, bei denen die Interessensbefriedigung ihres regionalen Klientels vor nationalen übergreifenden Interessen steht. Außerdem führt der Regionalismus zu einer Fragmentierung des Parteiensystems.

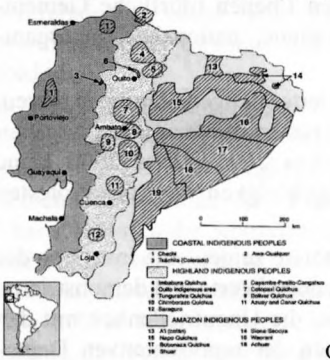
> „Da diese Effekte (Fragmentierung und Orientierung der Parteien an regionalen Sonderinteressen) nicht durch eine kohärente, dem Subsidiaritätsprinzip folgende

Dezentralisierungsstrategie aufgefangen werden, fördert der Regionalismus in Ecuador die Instabilität auf der nationalen Ebene" (Faust et al. 2005: 111).

Es entwickelt sich daraus ein Teufelskreis: Die regionalen Interessen verbieten eine Umsetzung der Dezentralisierungsstrategie auf nationaler Ebene, da jede Region versucht, den Dezentralisierungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen, wodurch der Prozess ins Stocken gerät. Aber nur mit einem dezentralisierten Staatsapparat könnten die unterschiedlichen regionalen Interessen befriedigt und die wachsenden Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen und Provinzen diminuiert werden. In Ecuador spiegelt sich die Asymmetrie des Dezentralisierungsprozesses insbesondere in der Fiskalpolitik wider. Dies zeigt sich darin, dass jede Provinz mit der Zentralregierung individuelle Finanzierungsmodelle verhandelt hat (CONAM und GTZ 2004).

Zum Phänomen des Regionalismus tritt Ecuadors ethnische Heterogenität. Wie bereits in dem Kapitel „Identity: Colonizer vs. Colonized" diskutiert, sind Indigene und Afroecuadorianer gegenüber der mestizischen Bevölkerung stark benachteiligt. Die ethnische Heterogenität verkompliziert einerseits durch die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Ethnien den Dezentralisierungsprozess, andererseits ist die indigene Bewegung und ihr politischer Arm Pachakutik eine treibende Kraft im Dezentralisierungsprozess. Die indigene Bewegung setzt sich insbesondere für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zugunsten der ruralen Gebiete ein und fordert einen besonderen Autonomiestatus für die indigenen Territorien.

Abbildung 13: Verteilung der indigenen Ethnien in Ecuador



Quelle: Radcliffe et al. 2002, S. 3

Demokratieverständnis: Straßenblockaden und Wahlen

„Straßenblockaden, Protestmärsche und Aufstände der *Indígenas* gehören zum politischen Alltag Ecuadors" (Schierstaedt 2006: 76).

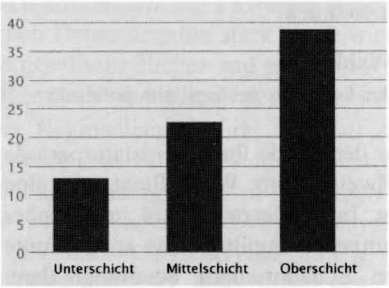
Seit 1996 wurde in Ecuador jede Regierung vor dem Ende ihrer Legislaturperiode gestürzt. Die Präsidentschaftswahlen hatten teilweise, trotz Wahlpflicht, nur eine relativ geringe Wahlbeteiligung zu verzeichnen. In der letzten Wahl im Oktober 2006 waren 16 Prozent der abgegebenen Stimmzettel ungültig. Das so genannte *„voto zero"* (www.tse.gov.ec) wird von den Ecuadorianern bevorzugt dann eingesetzt, wenn sie das Gefühl haben, sich bei der Präsidentenwahl zwischen „Pest

und Cholera" entscheiden zu müssen. Die Wähler haben mit ihrem *„voto zero"* wieder einmal gezeigt, dass sie die Legitimität der Wahlen und somit der politischen Repräsentanten stark in Frage stellen.

Die präsidentielle Demokratie mit ihrem repräsentativen Charakter wurde in den vergangenen Jahren wiederholt durch Mechanismen der direkten Demokratie unterhöhlt. Demokratie wird in Ecuador bis heute in Form von Massenprotesten und Besetzung öffentlicher Gebäude gelebt. Diese Formen der Partizipation wird häufig mehr Bedeutung zugemessen als den Wahlen (De la Torre 2005). Dieses Demokratieverständnis, das vor allem die *indígenas*, aber zunehmend auch die urbanen Mittelschichten praktizieren, betrachtet Demokratie nicht als repräsentatives, sondern als direktes Prinzip der Partizipation. Durch die zahlreichen Korruptionsfälle, die asymmetrische Interessensvertretung und den Klientelismus wird das repräsentative System von der (indigenen) Bevölkerung als undemokratisch abgelehnt, da die Macht in den Händen weniger konzentriert ist und politische Entscheidungen nicht im Sinne des Volkes getroffen werden. Insbesondere für die indigenen Organisationen ist das direkte Prinzip der Partizipation der Inbegriff von Demokratie (Schierstaedt 2006). Die indigene Bewegung hat durch die *„mobilizaciones"* ein politisches Gewicht errungen, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Das Erfolgsrezept der indigenen Massenproteste basiert insbesondere auf zwei Faktoren: Zum einen entwickelte die Führung der Indigenen eine Ideologie, die das Merkmal der indigenen Identität betont, zum anderen ist die indigene Organisation so aufgebaut, dass ihre Mitglieder nicht individuell, sondern kollektiv auf vier verschiedenen Ebenen (dörfliche Gemeinschaft, lokale Organisationen, regionale Konföderatione, nationale Dachorganisation) agieren (Schierstaedt 2006).

Während es in den 90er Jahren vor allem marginalisierte, indigene Gruppen waren, die diese Formen des Protestes nutzten, um ihre Interessen durchzusetzen, ergaben die Umfragewerte von *„Auditoria de la Democracia 2006"*, dass 2006 keine signifikanten Unterschiede in der ethnischen Zugehörigkeit der an Protesten Teilnehmenden festgestellt werden konnten.

Abbildung 14: Partizipation an Protesten nach Einkommen der Bevölkerung 2006 (in %)



Quelle: Seligson et al. 2006, S. 46

Die Ergebnisse zeigen eine Inversion der zu erwartenden Werte und demonstrieren damit, dass die Unzufriedenheit mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie durch alle Bevölkerungsschichten hinweg zu finden ist. Der Sturz von Gutiérrez ist ein Beispiel dafür, dass Massenproteste in Ecuador nicht allein Druckmittel der marginalisierten Bevölkerung sind, sondern dass sie ebenso von den urbanen Mittel- und Oberschichten instrumentalisiert werden, um ihre Interessen durchzusetzen.

Demokratie vor dem Aus: Dezentralisierung und Lokalregierungen

„Que se vayan todos!" war der Schlachtruf der Demonstrationen der *forajidos,* die zum Sturz Gutiérrez geführt haben. „Alle sollen gehen!" ist die Forderung der Ecuadorianer, die sich mit dem Wechsel *aller* Politiker ein Ende der Korruption, des Klientelismus und der „defekten Demokratie" erhoffen. Doch weder der Präsidentenwechsel in den Jahren 1998 und 2001 noch die neue Verfassung 1998 haben zu einem Ausweg aus der politischen Krise geführt. Die Frage, wie die Demokratie in Ecuador stabilisiert und die angespannte soziopolitische Situation entschärft werden kann, lässt sich sicherlich nicht monokausal beantworten. Das komplexe Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie z. B. die Instabilität des politischen Systems, die schlechte Verhandlungsposition kleiner Entwicklungsländer in der globalen Marktwirtschaft, die schwankenden Rohstoffpreise und die interne Dynamik ethnisch fragmentierter Gesellschaften, erschwert den Ausweg aus der politischen Krise. Denn, dass in Ecuador ein direkter Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum besteht, zeigt die Geschichte immer wieder eindrucksvoll.

Ecuador ist eines der Länder Lateinamerikas, in denen sich der vorhandene Reichtum extrem stark auf eine kleine Oberschicht konzentriert. Um die sozioökonomische Situation des Landes zu verbessern, bedarf es zunächst einer massiven Umverteilung von Ressourcen. Die Dezentralisierung ist ein Weg, diese Umverteilung zu gestalten und dadurch die Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen einander anzugleichen. Die Politik muss in einem hoch zentralisierten Staat wie Ecuador eingreifen, damit die in den Zentren erwirtschafteten Gewinne auch in anderen Regionen wirtschaftliches Wachstum fördern.

In dieser Arbeit soll nicht näher auf die Ökonomie Ecuadors und deren Probleme eingegangen werden. Es soll jedoch der bestehende Zusammenhang zwischen der politischen Legitimationskrise und der makroökonomischen Situation des Landes verdeutlicht werden (s. Kapitel „Vom Erdöl zum wirtschaftlichspolitischen Chaos"). Durch die Konzentration der Ressourcen in den Händen der Eliten Quitos und Guayaquils kommt es zu einem wirtschaftlichen und politischen Machtmonopol dieser Gesellschaftsschicht. Die politischen Instanzen werden nur dann eine höhere Legitimation in der Bevölkerung genießen können, wenn es ihnen gelingt, die Vormachtstellung der Eliten zu brechen und die Macht neu zu verteilen.

Nur wenn die Politik das Vertrauen der Bürger wiedererlangt, wird sie einen Weg aus der Krise finden. Neben einer gerechteren Verteilung der Ressourcen steht das *empowerment* der marginalisierten Schichten dabei im Vordergrund. Die Politik muss Wege finden, den Bevölkerungsteilen, die momentan in Straßenblockaden und Protestmärschen den einzigen Weg sehen, ihre Interessen durchzusetzen, im repräsentativen politischen System eine Stimme zu verleihen. Deshalb bedarf es ernstzunehmender, legitimer, demokratischer Instanzen, die die Bedürfnisse sämtlicher Bevölkerungsgruppen gegenüber der nächsthöheren politischen Ebene

artikulieren und in Koordination mit den verschiedenen, im Territorium anwesenden Akteuren, Wege suchen, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Die ländlichen Lokalregierungen könnten – im Optimalfall – eine solche Institution sein, die zwischen der in der ecuadorianischen Gesellschaft am stärksten marginalisierten ländlichen Bevölkerung und den anderen (sub) nationalen (Nicht-) Regierungsorganisationen als Koordinator fungiert.

LOKALREGIERUNGEN IN COTOPAXI IM DEZENTRALISIERUNGSPROZESS

„Decentralization should be viewed as part of a larger process of the social construction of citizenship, in which who participates and who does not, matters" (Oxhorn 2003: 37).

Wenn Dezentralisierung als „Konstruktionsprozess der Zivilgesellschaft" verstanden wird, sollten im Idealfall *alle* Bevölkerungsteile in den Prozess mit einbezogen werden. In einem Land wie Ecuador, in dem bis heute weite Teile der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind, kann ein Dezentralisierungsprozess dazu beitragen, diese Bevölkerungsschichten in ihrer politischen Partizipation zu stärken.

Die Geschichte der Lokalregierungen – warum „braucht" Ecuador JPRs?

Ecuador ist im Sinne des föderativen Gedankens in politisch-administrative Einheiten unterteilt, die sich folgendermaßen gliedern: die 22 Provinzen bestehen aus 218 Kantonen, die wiederum aus 465 urbanen *parroquias* (Gemeinden) und 834 ländlichen *parroquias* zusammengesetzt sind (INEC 2001).

Das *régimen seccional autónomo* ist ähnlich dem deutschen Föderalismus aus verschiedenen vertikalen Regierungsebenen aufgebaut. Parallel zu den demokratisch gewählten Strukturen, Provinz-, Stadt- und Gemeinderäte, existiert noch ein *régimen seccional dependiente*, d.h. es gibt auf jeder Regierungsebene eine dem gewählten Vertreter entsprechende Autorität, die von der Zentralregierung eingesetzt wird: der Gouverneur, der *jefe político* und der *Teniente Político* (Rosenfeld 2000).

Tabelle 9: Subnationale Regierungen und ihre Autoritäten

Unit (in descending size)	Date of most recent legislation	Elected representatives	Notes
Province	1998 Law of decentralisation	Prefecturas *(prefecto)*	
Cantón	1995 and 1998 laws	Consejos (mayors, *consejeros*)	Total 218 Take 15 % of fed. reserves
Parish (*parroquia*)	1998 Constitution	*Juntas Parroquiales Rurales*	
Comuna	1937 Law of comunas	*Cabildo*	In indigenous areas

Quelle: Radcliffe 2002, S. 6

Bis zum Jahr 2000 hatten nur die Kantonshauptstädte eine eigene Lokalregierung, während die ländlichen Gemeinden von den Provinzverwaltungen repräsentiert wurden. Während die Bürgermeister schon seit der ersten Demokratisierung des

Landes direkt gewählt wurden, war es der ländlichen Bevölkerung nur möglich, die Provinzregierung zu wählen, die dann auch für den gesamten ländlichen Raum der Provinz verantwortlich war. Erst in der neuen Verfassung von 1998 wurden die *Juntas Parroquiales* als eine weitere autonome Regierungsebene festgeschrieben und mit dem *Ley Orgánica de las Juntas Parroquiales Rurales* gesetzlich verankert (Congreso Nacional 2000).

Die „Gemeinderäte" sind aus einem/r Präsidenten/in, fünf *Vocales* und einem/r Sekretär/in zusammengesetzt, die in direkter Wahl alle vier Jahre von den Bürgern der *parroquia* gewählt werden. Die Größe der Gemeinden variiert dabei sowohl bezüglich der Fläche (2 km^2 - 8.900 km^2) als auch bezüglich ihrer Einwohnerzahl (10.000-56.000 Einwohner) drastisch (IIG 2005). Das gleiche gilt auch für die sozioökonomische Situation ihrer Einwohner: Während manche Gemeinden sehr gut an urbane Zentren angeschlossen sind und der Lebensstandard dem der Städte gleicht, gibt es andere Gemeinden, in denen bis zu 98 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben.

Warum es in Ecuador von verschiedenen Akteuren für notwenig empfunden wurde, eine politische Instanz zu etablieren, die ausschließlich die Interessen der ländlichen Bevölkerung vertritt, und welche Probleme sich mit der Einführung der *Juntas Parroquiales Rurales* ergaben, soll in den folgenden Teilkapiteln aufgezeigt werden.

Der vernachlässigte ländliche Raum oder how to empower the rural

Die Marginalisierung des ländlichen Raums geht weit in die Kolonialgeschichte Ecuadors zurück, in der die Gesellschaft in "*cabildos de blancos*" in den urbanen Zentren und *"cabildos de naturales/ indios"* in den ländlichen Gebieten organisiert war (Guzmán 1994: 149). Die tiefe Spaltung der Kolonialgesellschaft spiegelt sich in dieser sozialen Organisation und ihrer förmlichen Trennung in die *„Republik der Spanier"* und *„Republik der Indios"* (GTZ 2004: 2) wider. Die Herrschaft der Spanier konzentrierte sich vorwiegend in den neuen Städten, die zu Miniaturkopien ihrer iberischen Schwestern wurden, bestehend aus einem urbanen Zentrum *(cabecera)* und einem extensiven ruralen Hinterland (Nickson 1995). Die *cabildos de blancos* "regierten" ihr Hinterland – meist von den Städten aus – nach ihren Regeln, da ihnen die großen *haciendas* gehörten und mit den Ländereien auch die darauf lebenden *Indigenen.* Die Agraroligarchien, d.h. wenige große Familien, hatten in der *sierra* den ländlichen Raum unter sich aufgeteilt. Die so genannten *huasipungueros* bestimmten bis zu den Agrarreformen der Militärregierungen in den 1970er Jahren die Arbeits- und Lebenssituation der vorwiegend indigenen Bauern. Ecuador galt als die *„letzte Bastion des Feudalismus"* (Zamosc 2003: 41) in Lateinamerika. Nach dem Ende des feudalen Systems ergab sich ein politisches Machtvakuum im ländlichen Raum, denn das *hacienda* System der *sierra* war nicht nur ein Agrarregime, sondern definierte vor allem auch die politischen und ideologischen Machtverhältnisse. Es gab in den Jahren nach den Agrarreformen zunächst keinen politischen Akteur, der ernsthaft versuchte, dieses politische Machtvakuum zu füllen.

Die Aktivitäten der Lokalregierungen oder *cabildos* beschränkten sich in Ecuador auf die urbane Welt der Mestizen. Die städtischen Lokalregierungen wiesen jegliche Verantwortung für die Versorgung des ländlichen Raums von sich – eine Einstellung, die bis heute fest in der Gesellschaft verankert ist.

In der Zeit nach den Agrarreformen entstand ein komplexes Zuständigkeitsabkommen zwischen *municipios, consejos provinciales* und *parroquias*. Sowohl die *municipios* als auch die *consejos provinciales* waren per Gesetz für den ländlichen Raum zuständig. Die Tragik bestand darin, dass die *„meisten municipios nicht einmal die Probleme ihrer urbanen Kernräume bewältigen (konnten), und somit erst recht nicht die der ländlichen Gebiete"* (Guzmán 1994: 148). Bei den *consejos provinciales*, die in erster Linie für die ländliche Entwicklung verantwortlich waren, lag die Problematik vor allem in der fehlenden Kommunikation zwischen dem Rat und der Vielzahl von dispers im Raum verstreuten Gemeinden (IIG 2005).

In den meisten *parroquias* gab es jedoch schon damals *juntas* oder eine andere Form von Dorfvertretungen, oft auch indigene Organisationen, die versuchten, Entwicklungsprojekte in die Dörfer zu bringen. Trotz dieser Bemühungen war der ländliche Raum gegenüber den städtischen Zentren permanent vernachlässigt, was nach Meinung des Vorsitzenden des Rates der JPRs Salazar (2006) dazu führte, dass die JPRs in der Verfassung von 1998 verankert wurden:

> „Trotz der Tatsache, dass der Staat mittels der Ministerien sowie der *gobiernos seccionales* und *consejos provinciales* den ländlichen Raum versorgt hatte, war der ländliche Raum immer benachteiligt bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln und Dienstleistungen – immer. Egal welchen sozioökonomischen Indikator man sich ansieht, wenn man die Werte des ländlichen Raums mit denen der urbanen Zentren vergleicht, sieht man, dass der ländliche Raum gegenüber dem urbanen stark benachteiligt ist. Mit Hilfe einer neuen Institution sollen die Disparitäten zwischen der ruralen und urbanen Bevölkerung aufgehoben werden. Also wurden die JPRs gegründet, die offensichtlich *ländlich* sind. Die Institution macht zwar keinen Unterschied zwischen *Juntas urbanas* und *Juntas rurales*, aber es ist offensichtlich, dass die Gemeinderäte ein Instrument des ländlichen Raums sind" (Z. 14).

Die Einführung der JPRs war der Versuch, das Machtvakuum, das vom *hacienda* System hinterlassen wurde, wieder zu füllen. Langfristig besteht die Hoffnung, dass der ländliche Raum mit Hilfe einer eigenen politischen Instanz den Fortschritt der Städte „aufholen" und somit die Disparitäten zwischen urbanem und ruralem Raum verringert werden können. Wenn man die derzeitigen Probleme der JPRs ansieht, wird jedoch schnell deutlich, dass

> „die Einführung der JPRs eine politische Entscheidung war. Der ländliche Raum wurde immer von den *municipios* und *consejos provinciales* vernachlässigt. Um der Notwendigkeit, eine Vertretung des ländlichen Raums zu haben, nachzukommen, wurden die JPRs gegründet, es war also keine administrative Motivation, sondern vielmehr eine politische" (Pérez 2005: 50).

Die (politischen) Erwartungen an die JPRs können nur dann erfüllt werden, wenn bald eine administrative und vor allem fiskalische Dezentralisierung zugunsten der JPRs realisiert wird.

Die Indigenen als neue soziopolitische Akteure oder the rural „out of control"

Das nach den Agrarreformen entstandene politische Machtvakuum wurde als erstes von den *comunidades indígenas* wieder gefüllt. Die alte indigene Gemeinschaft als die natürliche Organisationseinheit wurde *„wieder erfunden"* (Zamosc 2003: 254). Mit der Zeit verwandelten sich die indigenen *communities* mit ihren entsprechenden Organisationen zu Repräsentanten der ländlichen Bevölkerung und vertraten deren Forderungen. In den 1980er Jahren gewannen die indigenen Organisationen sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene an politischem Gewicht. Mit den Massenprotesten 1996 agierten die indigenen Organisationen erstmals als ein *nationaler* Akteur und wurden auch als ein solcher wahrgenommen. Ende der 1990er Jahre wurden die politische Stabilität und die bequeme Lebenssituation in den Städten ernsthaft von den Massenprotesten der Indigenen bedroht. Die Indigenen forderten erstmals lautstark ihre Rechte und eine Gleichstellung in der Gesellschaft ein. 1998 wurden die JPRs in der Verfassung verankert, im Jahr 2000 wurden erstmals die Mitglieder der JPRs gewählt.

> „Eine sehr kritische Analyse der JPRs könnte zu dem Schluss kommen, dass die JPRs der Versuch des Staates, der Hegemonialmacht sind, die Organisationsprozesse der Basis zu zerstören. Man könnte also sagen, dass die JPRs auf eine gewisse Art und Weise diese Formen der sozialen Organisation, die im ländlichen Raum existieren, ignorieren und versuchen, diese in ein okzidentales Schema der Moderne zu pressen" (Forero 2005: Z. 31).

Forero argumentiert im Sinne der Post-Development Schule, dass die JPRs der Versuch sind, den traditionellen Organisationsformen westlich demokratische Institutionen „überzustülpen" und somit in den verbleibenden „traditionellen Räumen" Ecuadors eine Demokratie okzidentalen Vorbilds aufzubauen, wie es bereits in den Städten geschehen ist. Meyers (2005) unterstreicht die Kritik der Post-Developer, wenn er fragt, in wie weit autochtone Legitimationsverfahren im Gegensatz zu den zyklischen Wahlen der vertikalen Regierungsebenen als undemokratisch und entwicklungshemmend stigmatisiert werden, auch in den Fällen, in denen sie auf die offene Zustimmung der entsprechenden Bevölkerungsgruppen stoßen.

Forero (2005) relativiert jedoch die Aussage der „Verwestlichung" der ruralen Machtland-schaften, indem er darauf aufmerksam macht, dass die

> „JPRs keine leeren Gefäße sind, die beliebig gefüllt werden können, sondern dass die JPR aus ihren Mitgliedern bestehen und diese Mitglieder durch ihre Traditionen, ihre Kultur, ihre Kosmovisionen und die Erfahrungen, die sie in den traditionellen Organisationsstrukturen gesammelt haben, geprägt sind " (Z. 31).

Beim Zusammentreffen der traditionellen Machstrukturen und der neuen „modernen" Lokalregierungen kommt es zu einer Hybridisierung der Machtland-schaften.

Gegen die „Verschwörungsthese", dass die JPR geschaffen wurden, um die indigene Bewegung besser „kontrollieren" zu können, spricht jedoch, dass die indigene Bewegung selbst eine der tragenden Akteure im Kongress war, die die Institutionalisierung der JPRs voran brachte. Die indigene Bewegung sah in den JPRs eine Möglichkeit, ihren eigenen Gesellschaftsvorstellungen innerhalb eines

formalen politischen Rahmens mit Hilfe demokratischer Wahlen mehr Ausdruck und Legitimation verleihen zu können (Padilla 2006: Z. 12). Die Indigenen sahen in der Hybridisierung der Lokalregierungen, d.h. in der aktiven Partizipation der Indigenen in der Lokalpolitik, die Möglichkeit, eine Demokratie nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Nicht nur die Indigenen, sondern auch zahlreiche ecuadorianische Intellektuelle sahen in der Institutionalisierung der JPRs die Chance, eine Demokratisierung des Staates „von unten" anzustoßen.

Die „defekte Demokratie" oder „bottom-up democratisation"

Die Demokratie in Ecuador wird, wie bereits mehrfach diskutiert, aufgrund ihrer Instabilität, ihres hohen Zentralisierungsgrades und des daraus resultierenden, ständig größer werdenden *„gap between national government and civil society"* (Nickson 1995: 2) als eine „defekte Demokratie" bezeichnet. Die neuen sozialen (indigenen) Bewegungen, NGOs, die Internationale Gemeinschaft und Intellektuelle messen den Lokalregierungen eine strategische Rolle als Bindeglied zwischen diesen beiden auseinanderdriftenden Akteuren zu. Die JPRs sind als ein Mechanismus gedacht, um *„unten an der Basis anzugelangen, um von dort aus mit verbesserten Kräften die ecuadorianische Demokratie zu konstruieren"* (Padilla 2006: Z. 12). Wie auch Tocqueville (1981) sieht Salazar (2006) die Gemeinderäte als *„Schule der Demokratie"* (Z. 18), in denen die Bürger Demokratie aus der Nähe erfahren und die demokratischen Spielregeln von Anfang an erlernen. Die besseren Partizipationsmöglichkeiten sollen die marginalisierte Bevölkerung in aktive Bürger im Sinne des *Citizenship* Konzepts verwandeln, die *„Rechte und Verpflichtungen"* als Bürger haben (Salazar 2006: Z. 30). Nach Ströh (2005: 98) würde das bedeuten, *„dass im ländlichen Ecuador die ländliche Bevölkerung beginnt, sich vom Subjekt in einen Bürger zu verwandeln"*.

Die idealistische Vorstellung einer Demokratisierung der Gesellschaft durch die Lokalregierungen ist zwar unbestritten, aber ihre Umsetzung scheint nicht einfach zu sein. Es findet eine „Scheindemokratisierung" statt, da im Falle Ecuadors die Demokratisierung der unteren Regierungsebenen als Ersatz einer nicht vorgenommenen Demokratisierung im Zentrum verstanden werden muss. Die Scheindemokratisierung drückt sich auch dadurch aus, dass die JPRs in ihren Rechten und Pflichten zwar als eine eigenständige Regierungsebene eingeführt, aber nicht mit einem entsprechenden Haushalt für die Erfüllung ihrer Ausgaben ausgestatten wurden. Die gewählten, lokalen Vertreter sind damit in ihrem Bewegungsraum sehr stark eingeschränkt, was zu einer ständigen Legitimationskrise dieser Institution führt.

Die aktuelle Situation der Gemeinderäte im Dezentralisierungsprozess

Mit der Dezentralisierung und der einhergehenden Implementierung der JPRs kommt es zu einer Verschiebung von Verantwortung, Aufgaben und Rechten im ländlichen Raum. Das Gesetz der JPRs No. 2000-29 (Congreso Nacional 2000) beschreibt detailliert das Aktionsfeld der JPRs und definiert die notwendige Interaktion mit anderen Akteuren zur Umsetzung der Aufgaben. Hier sollen nur

einige wenige Gesetzesartikel herausgreifen werden, die für die Fragestellung relevant erscheinen. Es soll deutlich werden, dass bereits im Gesetz die Beziehungen zwischen JPRs und *consejos provinciales (CPs)* bzw. *consejos municipales (CMs)* sowie Partizipationsmechanismen innerhalb der Gemeinde geregelt sind.

Die JPRs stehen in allen ihren Funktionen zwischen den Bürgern der Gemeinde auf der einen Seite und den staatlichen Institutionen (CPs, CMs, Ministerien) auf der anderen Seite. Die ausgewählten Gesetzesartikel zeigen gleichzeitig auch die Grenzen der JPRs auf: In den meisten Bereichen können die JPRs nur in Koordination mit den übergeordneten Regierungsebenen agieren. Die Koordination zwischen den Akteuren ist für ein funktionierendes, dezentrales Staatssystem unabdinglich. Problematisch wird die Abhängigkeit der JPRs von dieser Koordination, wenn übergeordnete Ebenen einen klientelistischen, parteipolitischen Politikstil ausüben. Die Vergabe von Ressourcen und Infrastrukturobjekten sollte nicht nur wahlkampfpolitisch, sondern vor allem nach den Bedürftigkeiten der entsprechenden Gemeinden vollzogen werden. Die ausgewählten Gesetzesartikel zeigen auf, dass die Abhängigkeit der JPRs von anderen Institutionen und das daraus entstehende Machtgefälle bereits im Gesetz inhärent sind. Verstärkt wird die politische Abhängigkeit durch die fehlende fiskalische Dezentralisierung.

Die Aufgaben des Bereichs Gemeindeentwicklung sind aus der Tradition der früheren Gemeindevorstände entwachsen. In vielen Gemeinden gibt es schon seit langem Komitees von Freiwilligen, die für die Durchführung der Feste und *mingas*[15] in der Gemeinde verantwortlich waren. Diese Aufgaben wurden nun offiziell den Gemeinderäten übertragen.

Tabelle 10: Aufgaben der Gemeinderäte in Planung, Wirtschafts-, Gemeindeentwicklung

Lokale Exekutive	Lokale Legislative
Art. 4: Die JPRs sollen in Koordination mit den CPs, CMs die Entwicklungsprojekte, -programme, und den Haushalt der Gemeinde planen. Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation in allen Aktivitäten, die zum Fortschritt der Gemeinde beitragen. **Art. 21:** Die Initiativen, Prioritäten und öffentlichen Dienstleistungen, mit denen die CMs und CPs die Gemeinden versorgen, müssen gemeinsam mit den JPRs entwickelt und ausgearbeitet werden.	
Art. 4: Koordination mit den CPs, CMs, NGOs und anderen staatlichen Organismen bzgl. folgender Themen: Umwelt, Rohstoffe, touristische Entwicklung, Populärkultur der Gemeinde und soziale Probleme ihrer Einwohner. **Art. 21:** Konzeption und Ausarbeitung des jährlichen Gemeindeentwicklungsplans.	**Art. 20b**: Vorschlag von Projekten, Plänen und Programmen, die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinde fördern

[15] Minka (aus dem Quechua, hispanisiert auch *Minga* oder *Minca*) ist eine im Kulturraum der Anden und im angrenzenden östlichen Tiefland verbreitete, aus präkolumbischer Zeit tradierte Form kommunaler Gemeinschaftsarbeit, die Gemeinschaftszwecken dient. Die Minka kann unterschiedlichen Zwecken in der Dorfgemeinschaft *(Ayllu)* dienen, so z. B. dem Bau kommunaler Einrichtungen oder der Ernte auf den Feldern im kommunalen Eigentum. Die Entlohnung der Arbeitenden erfolgt traditionell in Form von Naturalien. Im Inkareich war die Minka der wichtigste Typus gemeinschaftlicher Arbeit sowohl im Rahmen der *Ayllu* als auch in größeren räumlichen Einheiten, wobei jeder Ayllu Arbeitskräfte für die größeren Gemeinschaftsprojekte zur Verfügung stellte.

Gemeindeentwicklung	
Art. 4p: Rechenschaftsbericht des Gemeinderats gegenüber der Gemeinde. **Art 4r**: Aufbau von Gemeindekomitees, die die Gemeindeorganisation fördern, zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen und sportliche und kulturelle Aktivitäten organisieren. **Art. 4u:** Förderung und Koordination der Kollaboration der Einwohner in *Mingas* und andere Formen sozialer Partizipation in Gemeindeprojekten (Infrastruktur).	**Art. 20e:** Förderung der Gemeindebeteiligung mit Hilfe von verschiedenen Aktivitäten wie *Mingas* und sozialen Events mit dem Ziel, die Integration und Entwicklung der Gemeinde zu konsolidieren.

Quelle: Centro de Estudios Latinoamericanos de la Universidad de Georgetown 2001

Der Institutionalisierungsprozess: von der Idee über das Gesetz zur CONAJUPARE

> „Die JPRs sind wie ein Kind, das zu wachsen beginnt. Zuerst ist es ein Säugling, mit der Zeit lernt es zu krabbeln, später beginnt es stolpernd zu laufen und dann rennt es los..." (Maria 2006: Z. 20).

Obwohl die „Geburt" der JPRs selbst eine sehr schnelle war – sie wurden erst in der Verfassung von 1998 rechtlich verankert und im Mai 2000 fanden bereits die ersten Wahlen statt –, gab es erhebliche Barrieren im Institutionalisierungsprozess der JPRs. Das *Ley de Régimen Municipal* führte 1996 die JPRs als Organ der Stadtregierung ein, wobei die JPRs vom Bürgermeister eingesetzt und nicht vom Volk gewählt wurde. Als die Verfassungsgebende Versammlung die direkte Wahl der Gemeinderatsmitglieder vorschlug, kam es zu Konflikten zwischen den verschiedenen Interessensgruppen im Kongress. Während die indigene Bewegung und die Intellektuellen die direkte Wahl der Gemeinderatsmitglieder als ein Mechanismus der Demokratisierung des Landes begrüßten, wehrten sich Bürgermeister und Präfekten des gesamten Landes gegen die Vorstellung, ihre Ressourcen mit einer weiteren Regierungsebene teilen zu müssen (Padilla 2006: 23-24).

Die Verfassungsgebende Versammlung war sich nicht im Klaren darüber, ob die JPRs nur eine Instanz der sozialen Partizipation oder eine autonome Lokalregierung mit eigenem Haushalt und Aufgabengebiet verkörpern sollten (CONAM 2000). Die Verfassung von 1998 modifizierte den Status der Gemeinden schließlich dahingehend, dass sie, wie die Provinzen und Städte, den Status einer autonomen subnationalen Regierung erhielten. Die Gemeinden sollten nicht mehr nur eine territoriale Einheit, sondern vielmehr ein Aktionsraum mit einer eigenen politischen Repräsentation verkörpern (Verdesoto Custode 2001).

Nachdem die JPRs als *gobiernos seccionales autónomos* in der Verfassung verankert waren, begannen die Auseinandersetzungen um das Gesetz der JPRs im Kongress. In der Zeit zwischen 1998 und 2000 gab es vier verschiedene Gesetzesvorschläge der Abgeordneten. Diese vier Vorschläge wurden im April 2000 in einer Konferenz des Projekts „Dialog 21" der UN mit politischen und sozialen Vertreten diskutiert und abgestimmt. Die Konferenz zeigte, dass es noch einen erheblichen Diskussionsbedarf zwischen den Akteuren über die Rolle und Funktionen der JPRs gab. Im Mai 2000 fanden bereits die ersten Wahlen der Gemeinderäte statt. Der Amtsbeginn der neu gewählten Vertreter wurde von einer Reihe von Schwierigkeiten begleitet: Der Haushalt der JPRs stand noch nicht fest, so dass die meisten Gemeinderatsmitglieder alle anfallenden Kosten selbst tragen mussten, es gab noch keine Satzung, welche die Funktionen und Aufgaben der JPRs

im Detail regelte, und weder CP noch CM waren sich im Klaren darüber, welche Rolle die JPRs im soziopolitischen Gefüge Ecuadors innehaben sollten.

Nachdem der erste Schritt, die Verankerung der JPRs im nationalen Gesetz, erfolgt war, begann die Diskussion um die Satzung der JPRs, ebenfalls von Dialog 21 unterstützt. In einem dritten Schritt wurde schließlich der Haushalt der JPRs verhandelt (Padilla 2006: Z. 15). Anschließend entwickelte Dialog 21 gemeinsam mit den JPRs eine Strategie zur Organisation der JPRs auf nationaler Ebene, um *„ihre Existenz zu legalisieren und zu konsolidieren"* (Padilla 2006: 15). Zunächst fand ein Organisationsprozess in jeder Provinz statt, dessen Produkt die verschiedenen *Asosciaciones Provinciales de JPRs* waren. Die Provinzvertretungen repräsen-tierten die JPRs in ihrer gesamten ruralen Dispersion nach innen und nach außen. Später entstand aus den 23 *Asosciaciones Provinciales* der Nationale Rat der JPRs *(Consejo Nacional de Juntas Parroquiales Rurales, CONAJUPARE)*, die Dachorganisation der 785 JPRs in Ecuador (www.nodo50.org)

Dialog 21 begleitete die JPRs in ihrer ersten Amtsperiode mit zahlreichen Workshops, Konferenzen und Meetings, in denen die Mitglieder der JPRs selbst geschult wurden und außerdem ein Dialog mit anderen politischen Institutionen, wie den Städte- oder Provinzräten, initiiert wurde. Der Institutionalisierungsprozess auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene war zur Legitimierung der JPRs gegenüber den anderen Regierungsebenen erforderlich und ein wichtiger Schritt der JPRs, um ihre Interessen gegenüber Provinz- und Zentralregierung vertreten zu können. Besonders bei den Verhandlungen um den Haushalt der JPRs war die neue Organisationsstruktur essentiell (Salazar 2006: 11).

Kleine Erfolgserlebnisse:von Gemeindefesten und Entwicklungsplänen

> „Ich möchte zumindest einen Samen säen, damit andere Gemeinderäte ernten können. Ich möchte das Fundament dafür legen, dass die Dinge ab heute voran gehen. Ich möchte alles, was ich tue, gut machen, mit der richtigen Einstellung gegenüber dem, was es zu tun gibt. Die meisten Bewohner im Dorf erkennen unsere Arbeit an, erkennen unsere Arbeit als eine gute Arbeit an" (Fernando 2006: 46).

Nach fünf Jahren *Juntas Parroquiales Rurales* ist es schwierig, eine wirkliche Bilanz der Erfolgserlebnisse, der vielen kleinen und großen Errungenschaften der JPRs in ihrem teilweise sehr mühsamen Alltag zu ziehen. Mit der Bilanzierung über die vergangenen Jahre würde eine Wertung der Arbeit der JPRs einhergehen. Die (Ausgangs-)Bedingungen der JPRs sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Je nach Lage, Zusammensetzung der Bevölkerung und politischen Beziehungen bestehen große Unterschiede zwischen den JPRs, die sich beispielsweise in der Ausstattung mit Büroräumen und -materialien oder bezüglich Wissen und Erfahrungen der Gemeinderäte zeigen. Als „Fremde", als eine Person, die nur einen kleinen Einblick in das ländliche Leben erhalten hat, möchte ich es mir nicht anmaßen, die Arbeit der JPRs zu (be)werten. Viel mehr sollen die kleinen und großen Errungenschaften mit Hilfe einiger Erzählungen wieder gegeben werden. Dabei soll es nicht um eine repräsentative Bestands-aufnahme des Status Quo,

sondern vielmehr um ein beispielhaftes Skizzieren der aktuellen Situation der JPRs in der Provinz Cotopaxi gehen.

REFLEXION: VON SCHWÄCHEN UND STÄRKEN DER JPRS

Nicht erst bei der Durchsicht der Interviews wurde mir bewusst, dass den JPRs anscheinend nicht viel Gutes widerfährt. Sie sind geplagt von chronischem Finanzmangel, fehlendem Partizipationswillen der Bevölkerung und unzureichendem Wissen über Buchhaltung. In den Interviews mit den Gemeinderatsmitgliedern kam es oft zu der paradoxen Situation, dass auf die Frage nach den Stärken, den positiven Seiten der Gemeinde, eine lange Liste der Dinge folgte, die in den Augen des Interviewpartners in der Gemeinde fehlen: die fehlende Kanalisation in jener Strasse, das eingestürzte Dach der Kirche, die verrostenden Wasserleitungen und die Krankenschwester, die nur einmal die Woche in die Gemeinde kommt. Manchmal glichen die Gespräche zwischen mir – einer Gesandten der *„cooperación alemana"* – und meinen InterviewpartnerInnen einem weihnachtlichen Wunschzettel. Sicher erhoffte man sich insgeheim oft mehr als die kleine Pralinenschachtel am Ende des Gesprächs.

Zum einen lag dies sicherlich an der anerzogenen Kultur des Patronats, einer Erwartungshaltung gegenüber dem Patron, die sich auch durch eine gewisse politische Passivität auszeichnet: Eine Lösung der Probleme erhofft man sich von außen. Zum anderen zeigte sich darin aber wohl auch, dass den Interviewpartnern selbst ihre Stärken nicht bewusst waren. Das, was sie taten, betrachteten sie als selbstverständlich, ohne gleichzeitig zu sehen, was sie bereits erreicht hatten. Über die Monate hinweg, in denen ich mit den Gemeinderäten zusammenarbeitete, waren es diese kleinen Erzählungen[16], die mich aufhorchen ließen, die mich erstaunten, und die am Ende den Alltag der Gemeinden wahrscheinlich am besten widerspiegeln.

Eine Erzählung: das Dorffest

Als wir, die *fieldworker* des Projekts „Stärkung der ländlichen Gemeinderäte", im Oktober nach Mulaló zu einem der Workshops kamen, bot sich uns ein völlig anderes Bild als die vorigen Male. Während die Gemeinde tagsüber normalerweise wie ausgestorben ist und über die *plaza* nur ein paar alte Menschen hinüber zum Gemeindehaus gehen, um nachzufragen, ob die Lebensmittel von *Aliméntate Ecuador* (Lebensmittelhilfsprogramm) schon angekommen sind, waren heute die Strassen rund um die *plaza* brechend voll von Menschenmengen und kleinen Verkaufsständen, und aus allen Ecken tönte Musik. Schnell erfuhren wir, was es zu feiern gab: das Gemeindefest zu Ehren des Schutzheiligen von Mulaló. Der Präsident persönlich lud uns natürlich sofort zu *chicha* (selbstgebrauter Schnaps) und *fritada* (gegrillte Schweinehaut) ein und erzählte uns von der stressigen Zeit der letzten Wochen, in denen es galt, das Fest vorzubereiten:

[16] Die Methode der Erzählung (Narration) „attempts to recover the way that social life is 'storried' in terms of a series of events and how we 'make sense' of those events" (Cloke 2005: 396).

„Schon seit einigen Monaten sind wir in der Junta fast ausschließlich damit beschäftigt, das Fest zu Ehren unseres Patrons vorzubereiten. Wir sind durch die *barrios* gegangen, und jedes *barrio* musste uns mitteilen, was sie zu dem Fest beitragen wollten. Die einen haben eine eigene Band, die anderen führen einen traditionellen Tanz auf und wieder andere kümmern sich um die Dekoration. Außerdem krönt jedes *barrio* eine *reina* (Schönheitskönigin), die dann auf dem Fest bei der Schönheitswahl antritt. Natürlich hofft jedes *barrio,* dass seine *reina* Königin von Mulaló wird. Der Stierkampf ist neben der Schönheitswahl das andere große Ereignis des Festes. Schon vor Monaten haben wir damit begonnen, geeignete Stiere und Stierkämpfer zu finden. Dann gehen wir von Haus zu Haus und sammeln Geld, um die Stiere bezahlen zu können. Natürlich gibt es noch vieles mehr zu organisieren: man muss mit dem Lehrer den Kinderumzug planen, mit der Feuerwehr und der Krankenstation die Notfallversorgung, der Bürgermeister und der Präfekt müssen eingeladen werden, und vieles mehr. Ja und während des Festes selbst kommt man natürlich kaum zum Schlafen. Das geht ja dann die ganze Woche so, und immer gibt es in letzter Minute noch etwas zu organisieren" (JPR Mulaló, Notizen aus einem Gespräch mit Miguel 2006).

Die Feste sind ein kulturelles Erbe, in dem sich traditionelle, indigene Elemente, wie die Anbetung der *pachamama,* mit christlichen, westlichen Zeremonien, wie der Verehrung des Schutzheiligen, vermischen. In manchen Praktiken verschmelzen die beiden Religionen und es kommt zu neuen Formen des Synkretismus, in anderen dagegen bestehen beide Elemente nebeneinander fort. Die daraus entstandene hybride Kultur ist bei den Festen in Liedgut, Tänzen, Kostümen und Speisen sehr gut zu beobachten.

Nicht nur in Mulaló ist die Festvorbereitung eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinderäte – und das Fest gleichzeitig auch eine der wichtigsten Einnahmequellen. Während früher die ehrenamtlichen Gemeindevertreter oder ein Festkomitee für die Ausrichtung des Festes verantwortlich waren, liegt die Vorbereitung und Durchführung des Festes heute in der Verantwortung des Gemeinderates. Nicht selten hängt der Respekt, den die Bevölkerung dem Gemeinderat entgegen bringt, von dem Erfolg des Gemeindefestes ab.

„Tatsächlich sind die Feste sehr wichtig für das Gemeindeleben. Denn die Feste vereinen die Menschen, die sozialen Akteure und Institutionen – jeder in der Gemeinde hat etwas zu tun. Außerdem ist es ein Ventil für alle Spannungen in der Gemeinde. Ich glaube, das Gemeindefest war wirklich ein Riesenerfolg" (Fernando 2006: Z. 46).

Die Gestaltung des Gemeindefestes zeigt eine wichtige Fähigkeit der JPRs: die Organisation der Gemeinde zugunsten eines gemeinsamen Ziels. Dabei sind die JPRs dazu gezwungen, ihr soziales Netz zu erweitern und zu pflegen, denn nur mit Unterstützung anderer interner und externer Akteure ist es möglich, die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Die Organisation des Gemeindefestes ist, im Vergleich zu anderen in der Verantwortung der JPRs liegenden Aufgaben, sicherlich eine relativ leichte und angenehme. Jedoch sind die Fähigkeiten, die hierfür notwendig sind, auch essentiell für die anderweitige Arbeit der JPRs. Die Kommunikation mit der Gemeinde, die Kontaktaufnahme mit Stadt- und Provinzrat sowie die Vernetzung mit anderen sozialen Akteuren sind für die meisten Aufgaben der JPRs grundlegend. Am Ende ist insbesondere die Anerkennung der Arbeit des Gemeinderats durch die Gemeinde ein wichtiger Schritt zur Legitimierung dieser neuen Instanz.

Eine Erzählung: die Kommunikation in Pucayacu

Den ganzen Tag waren wir mit unserem Landrover über Schlaglöcher auf kleinen Strassen von dem auf fast 4.000 Meter Höhe im Paramo gelegenen Zumbahua hinab auf 300 Meter Höhe in Richtung der Küste gefahren, bis wir endlich in Pucayacu ankamen. Mit jedem Höhenmeter nahm die Temperatur zu, und die Bananenstauden am Straßenrand verdichteten sich. Die letzten Kilometer nach Pucayacu waren beschwerlich, wir fuhren stundenlang auf einer einspurigen Strasse über selbst gezimmerte Brücken, und versuchten, nicht in den Schlammlöchern der Regenzeit stecken zu bleiben. Der Workshop, den wir in Pucayacu abhalten sollten, drehte sich rund um das Thema „Kommunikation". Nachdem wir trotz schlechter Fahrbahn ohne Verzögerung angekommen waren, hatten wir noch ein wenig Zeit, uns auf der *feria*, die an diesem Tag in Pucayacu stattfand, herumzutreiben. Wir wunderten uns schon ein wenig über die Lautsprecherstimme, die wie ein Jahrmarktschreier verlorene Kinder und Kartoffelangebote ausrief. Als es plötzlich durch den Lautsprecher schallte: *„Die Mitglieder des Gemeinderates mögen sich bitte in der Junta versammeln, die Herren von der cooperación alemana wurden bereits gesichtet"*. Uns wurde klar, dass das Thema Kommunikation in Pucayacu vielleicht etwas anders funktionierte, als wir uns das vorgestellt hatten.

Die Kommunikation zwischen uns und den Gemeinderäten verlief in den ersten Monaten des Projekts nur unter erschwerten Bedingungen. Stundenlang saßen wir in unserem Büro in Quito und versuchten, über die wenigen in den Gemeinden vorhandenen Mobiltelefone mit den Gemeinderatsmitgliedern zu kommunizieren. Umso ärgerlicher war es dann, wenn wir in den Dörfern nach stundenlanger Fahrt ankamen und oft nur ein oder zwei Mitglieder des entsprechenden Gemeinderats zu dem Workshop erschienen.

Deshalb wollten wir wissen: Wenn es für uns so schwierig war, mit den JPRs zu kommunizieren, wie kommunizierten diese denn untereinander? In einem kleinen Rollenspiel wollten wir hinter das Geheimnis kommen. In Pucayacu, dem Dorf, in dem die einigermaßen befestigten Strassen am Dorfplatz aufhören und in dem die Gemeinderatsmitglieder oft drei bis vier Stunden gehen oder reiten müssen, um in die *junta* zu kommen, erschien uns die Untersuchung dieser Frage besonders spannend:

„Meistens ruft ihr von der GTZ ja bei mir an. Gleich nach dem Anruf gehe ich dann zu Joselito (Joselito ist Lehrer an der Dorfschule und kennt sich mit Computern aus), der dann eine schriftliche Mitteilung mit den Informationen verfasst und diese fünfmal abschreibt, eine für jedes Gemeinderatsmitglied. Die bringt er mir dann, und ich sehe sie noch mal durch, damit auch wirklich keine Fehler darin sind. Joselito geht dann zu Sonia, denn die wohnt auch unten im *centro,* um ihr die Mitteilung zu übergeben. Dann radelt er bis nach Sandoma, wo Galo wohnt, um ihm von dem Termin zu berichten. Eine der Mitteilungen gibt er noch Juan, dem Mann mit dem Pickup, der die Milch oben in den *recintos* abholt. Der Milchwagen hält immer an dem Haus von José Chipusig in Choaló und Juan übergibt ihm die Nachricht. José schwingt sich dann auf sein Pferd und bringt sie Alonso, der in dem *recinto* Condór auf der anderen Seite des Tales wohnt. Tja, und wenn der Pickup nicht bis nach Choaló kommt, weil die Lehmstraße in der Regenzeit einem Fluss gleicht, dann kann es auch mal passieren, dass José und Alonso gar nicht von dem Treffen erfahren. Außer sie kommen am Donnerstag zur *feria.* Dann kommen sie immer

bei mir vorbei (Tobias, der Präsident wohnt direkt an der Plaza, und seine Frau ist auch die mysteriöse Marktschreierin) und fragen, was es Neues gibt. Ja, so funktioniert das bei uns" (Notiz aus einem Workshop in Pucayacu, März 2006).

Wir begriffen, dass Kommunikation in den Gemeinden auf eine andere Art und Weise abläuft, wie wir uns das vorgestellt hatten. Immer wieder überraschte uns jedoch auch die Kreativität, mit der die Gemeinderäte die Kommunikationsbarrieren meisterten. Sei es mit Hilfe des Milchmannes oder mit Hilfe einer Ankündigung in der Sonntagspredigt – am Ende gelang es den JPRs meist, die notwendigen Informationen unters Volk zu bringen.

Eine Erzählung: Der Entwicklungsplan von Mulaló

Die Satzung der JPRs bestimmt in Artikel 12, dass

> „der Gemeindeentwicklungsplan ein wesentlicher Bestandteil des nationalen Planungssystems ist, der für die Zentral-, Provinz- und Stadtregierung als verbindlich gilt. Das Planungssystem ist nach dem Prinzip der Dezentralisierung konzipiert, indem es der Gemeindeplanung bestimmte Funktionen zuweist und jeder Regierungsebene die entsprechenden Kompetenzen" (Congreso Nacional 2001).

Der Gemeindeentwicklungsplan soll partizipativ mit der gesamten Gemeinde entwickelt werden. Für viele Gemeinderäte war die Erstellung dieses Plans die erste große Herausforderung ihrer Amtszeit. Salazar (2006, Z. 21) vermutet, dass momentan etwa *„70-80 Prozent der Gemeinden einen Entwicklungsplan haben"*. Die Erstellung dieses Plans ist angesichts der Vielzahl von Interessen der Bürger eine sehr schwierige Aufgabe. Fernando, Vizepräsident der Gemeinde Mulaló, berichtet, wie das Erstellen des Entwicklungsplans in seiner Gemeinde vor sich ging:

„Zuerst haben wir jedes *barrio* dazu aufgefordert, eine Versammlung innerhalb des *barrios* abzuhalten, damit alle Bürger eines *barrios* gemeinsam darüber abstimmen konnten, welche Prioritäten sie hatten, welche Projekte ihnen am wichtigsten erschienen. Meist ist einer von uns Gemeinderäten zu diesen Versammlungen gegangen, um sich anzuhören, was die Bürger wirklich wollten. Anschließend trafen wir uns mit den *dirigentes* der *barrios,* um noch einmal die Petitionen zu priorisieren. Am Ende haben wir in der *Junta* alle Anträge aufs Genauste studiert und für uns abgewogen, was am wichtigsten war. Ein Viertel wollte neue Stühle für ihr Gemeinschaftshaus und ein anderes neue Wasserleitungen, um die Qualität des Trinkwassers zu verbessern. Die Entscheidung zwischen Stühlen und besserer Trinkwasserversorgung war einfach. Wir entschieden uns für das kollektive Bedürfnis und nicht für ein Möbelstück, das nur ab und an benutzt wird. (...) Jetzt haben wir einen Gemeindeentwicklungsplan für die nächsten zehn Jahre. Es ist mein Wunsch, dass in der Gemeinde Mulaló in zehn Jahren nicht nur die Infrastruktur besser ist, sondern dass wir eine Kultur der Solidarität schaffen und die Bürger gemeinsam für ein besseres Mulaló kämpfen. Wenn diese Bereitschaft existiert, dann können wir den Entwicklungsplan umsetzen" (Fernando 2006: Z. 48-50, 90).

Vielleicht erscheint es zunächst als kleiner Schritt, einen solchen Entwicklungsplan auszuarbeiten. Viele, inklusive der Gemeinderäte selbst, würden sagen, was bringt uns dieser Plan, wenn der Provinzrat am Ende seine Versprechungen doch nicht umsetzt. Ich sehe es als großen Schritt oder zumindest als einen ersten Schritt dahingehend, dass die ländliche Bevölkerung ihre Bedürfnisse selbst artikuliert und selbstständig darüber entscheidet, was sie als wichtig empfindet. Somit ist der

Entwicklungsplan ein Instrument im Sinne des Post-Development, bei dem es der lokalen Bevölkerung möglich ist, Entwicklung mit eigenen Vorstellungen zu füllen. Außerdem ist der Gemeindeentwicklungsplan ein Instrument, das zum *empowerment* der Gemeinden beiträgt und ihnen langfristig helfen wird, sich über die Bevormundung der übergeordneten Regierungsebenen hinweg zu setzen.

Des Weiteren würde der Entwicklungsplan bei konsequenter Umsetzung die Macht der klientelistischen Regierungsführung eingrenzen, da Infrastrukturprojekte nicht mehr zu Wahlgeschenken verkommen könnten, sondern fester Bestandteil des Entwicklungsplans wären.

Große Probleme:ohne Geld und ohne know-how, die Legitimitätskrise der JPRs

Jeder Anfang ist schwer – insbesondere dann, wenn die Voraussetzungen so difizil sind wie im Falle der ländlichen Gemeinderäte.

Obwohl die Probleme teilweise von Gemeinde zu Gemeinde beträchtlich variieren, gibt es doch Schwierigkeiten, die wir in allen Gemeinden wieder finden konnten und die als der Institution des Gemeinderates inhärente Probleme bezeichnet werden können. Es sind Probleme, die dadurch entstehen, dass die Einführung der JPRs voreilig und ohne eine gut durchdachte Strategie vonstatten ging. Kernproblem ist zum einen, dass die Rolle, welche die JPRs in dem soziopolitischen Gefüge Ecuadors einnehmen soll, in Gesetz und Satzung der JPRs nicht spezifiziert ist. Des Weiteren sind weder die haushaltspolitischen Angelegenheiten noch die Beziehung zu den hierarchisch übergeordneten Instanzen geklärt. An dieser Stelle sollen nur die institutionellen Probleme, mit denen alle JPRs konfrontiert sind, diskutiert werden, ohne auf individuelle Probleme der einzelnen Gemeinden einzugehen. Die im Folgenden aufgezeigten Problemfelder wurden aus einer halbstandardisierten Befragung aller 33 Gemeinden in der Provinz Cotopaxi herausgefiltert.

Der Haushalt – Geld regiert die Welt?

Die Gemeinderäte wurden als Teil einer politischen Dezentralisierungsstrategie eingeführt, ohne dass gleichzeitig eine entsprechende fiskalische Dezentralisierung stattgefunden hätte. Dadurch sind die Gemeinderäte als Instanz vollkommen unterfinanziert, was sowohl Experten als auch die Gemeinderatsmitglieder selbst als größtes Problem der ländlichen Gemeinderäte sehen. Während in den ersten Amtsjahren viele Gemeinderäte keinerlei finanzielle Unterstützung erfahren haben – da die Regierung zunächst mit der Eröffnung von 785 Bankkonten längere Zeit beschäftigt war, bevor sie das Geld transferieren konnte –, steht ihnen mittlerweile ein geringer Haushalt zur Verfügung, der jedoch in den meisten Gemeinden nicht einmal die Diäten der Gemeinderatsmitglieder decken kann (Diario Hoy, 26.6. 2004).

> „Das größte Problem der Gemeinderäte ist der knappe Haushalt. Der Haushalt, der momentan 8.600 US$ im Jahr beträgt, muss zunächst die Diäten des Präsidenten, des Sekretärs und der Abgeordneten decken. Er reicht nirgends hin... vielleicht für die eine oder andere kleine Anschaffung, aber meistens reicht es nicht mal, um die Reisekosten der Gemeinderatsmitglieder zu decken, wenn sie irgendwo hinfahren müssen, zahlen sie das in

der Regel aus ihrer eigenen Tasche. Vor allem der Präsident muss zum Beispiel sehr oft zur Provinzhauptstadt fahren. Manchen Präsidenten reicht der Lohn gerade für den Transport, aber andere, die sehr aktiv sind, müssen selbst da noch draufzahlen " (Maria 2006: Z. 25-26).

Viele Gemeinderatsmitglieder sehen die geringe Bezahlung als eine Farce und als eine Unverschämtheit der Zentralregierung. Der Präsidentschaftsanwärter Correa versprach zwar im Wahlkampf eine Erhöhung des Haushalts der JPRs auf 25.000 US$ pro Junta und Jahr, aber ob er diese Versprechung auch einhält, bleibt fraglich. Correa bot den JPRs in einem Treffen am 22.11.2006 an, sie nicht nur beim 15%-Gesetz (15 Prozent des nationalen Haushalts müssen an die subnationalen Regierungen transferiert werden) zu begünstigen, sondern er sicherte ihnen auch die Dezentralisierung von weiteren Funktionen und Kompetenzen zu (El Comercio, 22.11.2006)[17]. Damit reagierte er auf eine Forderung vieler JPRs, deren Notwendigkeit auch Paola in einem Interview feststellte:

„Dezentralisierung wäre, wenn der Haushalt direkt zu den JPRs käme, ohne dass er erst den Munizipien oder Provinzräten überwiesen wird" (Paola 2006: Z. 151).

Die fehlende fiskalische Dezentralisierung führt nicht nur zu einem Legitimationsdefizit der JPR gegenüber der Gemeinde selbst, sondern macht die Gemeinderatsmitglieder abhängig von den klientelistischen und populistischen Launen der Bürgermeister und Präfekten. Da sie selbst über keinen eigenen Haushalt verfügen, müssen sie für jedes Projekt in der Gemeinde den Präfekten oder Bürgermeister „anbetteln", wie auch L. Tibán ausführt:

„Die Tatsache, dass die JPRs über keinen richtigen Haushalt verfügen, dass sie nicht als Autorität in ihrem Territorium respektiert werden und dass die Bürger der Gemeinde den Gemeinderat einfach überspringen und direkt zum Bürgermeister oder Präfekten gehen, zeigt, dass die JPRs keine Legitimität besitzen. Denn solange die JPRs über keinen eigenen Haushalt verfügen, werden sie immer nur Bittsteller bleiben und wie Bettler vor den Türen des Bürgermeisters und Präfekten sitzen und auf deren Wohltätigkeit hoffen" (Tibán, L. 2005: Z. 37).

Die Haushaltsfrage wird nicht nur von L. Tibán als *der* entscheidende Punkt gesehen, der notwendig ist, damit die Gemeinderäte als politische Instanz respektiert werden, auch Forero (2005) unterstreicht den Zusammenhang zwischen der finanziellen Situation der Gemeinderäte und ihrer Legitimitätskrise, wenn er sagt:

„... und natürlich sieht die Gemeinde die Beschaffung von finanziellen Mitteln als die wichtigste Aufgabe der JPRs. Nur wenn der Gemeinderat zeigen kann, dass er Geld für die Gemeinde auftreiben kann, wird er sichtbar und von der Gemeinde anerkannt. Die Gemeinderäte stehen damit unter großem Druck, denn für sie scheint es, dass sie ihre institutionelle Identität nur über die Beschaffung von finanziellen Ressourcen erlangen können" (Z. 31).

[17] Nachtrag zur Veröffentlichung der Diplomarbeit im Oktober 2008: Die JPR gelten dank des Einsatzes des Präsidenten der Nationalen Vertretung der JPRs Fernando Salazar, der Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung war, als Gewinner der am 28. September 2008 verabschiedeten neuen Verfassung. Mit der Zuweisung neuer Kompetenzen und Funktionen ging auch eine Erhöhung des Haushalts einher. Die JPRs sind als gestärkte politische Akteure – inbesondere im Hinblick auf den Bedeutungsverlust der Provinzregierungen in der neuen Verfassung – aus der Verfassungsgebenden Versammlung hervorgegangen.

Die Gemeinderatsmitglieder hoffen und kämpfen dafür, dass sie nicht nur ausreichend Geld für ihre eigene Aufwandsentschädigung bekommen, sondern dass die Gemeinden langfristig einen eigenen Haushalt für Entwicklungsprojekte bekommen. Denn momentan stellt das Liquiditätsdefizit vor allem insofern ein Problem dar, als dass die Bürger der Gemeinde ihre politische Vertretung nicht ernst nehmen und sie als eine überflüssige Instanz betrachten, solange diese nicht in der Lage ist, die Situation der Gemeinde durch entsprechende Entwicklungsprojekte zu verbessern.

Know-how – wie macht man's „richtig"?

Was muss ein Gemeinderat „können", was muss er „wissen", um ein „guter" Gemeinderat zu sein? Diese Fragen stellten nicht nur wir uns selbst, sondern diskutierten wir in fast allen Gesprächen und Workshops mit den Gemeinderäten. Jeder hat einen gewissen Stereotyp vor Augen, wenn er an *den* Politiker denkt. Er muss gut reden können, ein hohes Maß an Engagement und Optimismus haben, muss andere überzeugen können und darf nie den Überblick verlieren. Um gewählt zu werden braucht er noch eine gewisse Ausstrahlung und persönliche Kontakte zu anderen einflussreichen Politikern.

Dass die Gemeinderäte nicht zwingend einem solchen Stereotyp entsprechen, sondern sehr diversere Persönlichkeitsstrukturen aufweisen, ist offensichtlich. Die meisten waren sich einig, dass sie selbst und ihre Gemeinderatskollegen eigentlich für diesen „Politikerposten" nicht geeignet sind. In allen Interviews wurden fehlende Erfahrung und mangelndes Wissen über politische Abläufe sowie defizitäre *leadership* Qualitäten als schwerwiegende Probleme der Gemeinderäte genannt. Dolores Padilla, die in ihrer Funktion als „UN-Dialog 21" Gesandte eine der ersten war, die Weiterbildungsworkshops für die Gemeinderäte konzipierte, fasst die Aussagen der Gemeinderäte wie folgt zusammen:

> „Das größte Hindernis bei der Einführung der JPRs waren die fehlenden Kenntnisse und das niedrige Informationsniveau der Gemeinderäte. Hinzu kommt ein sehr geringes Bildungsniveau, was aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um Akteure aus dem ländlichen Raum dreht, nicht überrascht. Das größte Problem war für mich zum einem das geringe Bildungsniveau und zum anderen die fehlende politische Erfahrung" (Padilla 2006: Z. 27).

Der Bildungsgrad in der Provinz Cotopaxi liegt mit einer funktionalen Analphabetenrate von 30 Prozent weit über dem nationalen Durchschnitt von 20 Prozent (Frente Social 2007). Die fehlende formale Schulbildung macht vor allem in Gemeinden mit einem hohen Anteil Indigener die schriftliche Kommunikation auf spansich fast unmgölich. Fehlende Alphabetisierung und weiterführende Schulbildung wirken sich vor allem bei der Person des Präsidenten und des/r Sekretär/in negativ auf die Gemeinderatsarbeit aus. Wenn die schriftliche Kommuni-kation mit übergeordneten Instanzen oder die Buchführung unzureichend sind, führt dies zur Benachteiligung der Bürger in der Gemeinde gegenüber anderen Gemeinden, in denen diese Aufgaben den Erwartungen entsprechend erfüllt werden. Besonders unter den indigenen Vertretern besteht eine große Diskrepanz zwischen den Anforderungen einer Lokalregierung und dem Bildungsniveau der

gewählten Kandidaten (Yanez 2006: 28). Im Zuge eines Generationenwechsels lassen sich diese Bildungsprobleme langfristig durch Weiterbildungen und den zunehmenden *„indigenen Professionalisierungsgrad"* (Laurie et al. 2003: 471) sowie die zunehmenden kollektiven Erfahrungen des Gemeinderates als Instanz sicherlich lösen.

Weitaus wichtiger erscheint darüber nachzudenken, „welches" Wissen für die Gemeinderäte wirklich relevant ist, und der Frage nachzugehen, ob die *Juntas Parroquiales Rurales* in Ecuador die gleichen Fähigkeiten besitzen sollten wie andere nationale und internationale Lokalregierungen oder ob sie vielmehr ihre eigenen Organisations- und Verwaltungsstrukturen im Sinne von Escobars (2005) *„neuen Politikstilen"* (S. 217) entwickeln sollten. Die alltäglichen Praktiken der Gemeinderäte könnten damit zu einer Dekolonalisierung der Machtstrukturen führen, indem Autoritätsprinzipien neu definiert und nicht ohne eine eigene Reflexion aus der kolonialen westlichen Welt übernommen werden. Die Einmischung von Internationalen Kooperationen (wie es auch in unserem Falle geschah) in den Prozess könnte eine solche Reflektion möglicherweise verhindern. Nur indem die Gemeinderäte selbst dieses Wissen und diese Praktiken problematisieren, dekonstruieren und dezentralisieren, können der Universalitätsanspruch des westlichen Wissens gebrochen und diverse eigene postkoloniale Praktiken entwickelt werden (Kothari 2005).

Es wäre wünschenswert, dass die Gemeinderäte für sich selbst neue Politikstile entwickeln, die über Buchführung und Briefkommunikation hinaus reichen. Der „neue" Stil könnte demokratische und egalisierende Praktiken fördern und vertikale Machtstrukturen durch partizipative Strukturen ersetzen. Vielleicht würden die Gemeinderäte mit einem solchen Politikstil keine großen strukturellen Veränderungen herbeiführen, aber sicherlich könnten sie durch ihre alltäglichen Praktiken und Einstellungen zur Identitätsfindung in einem fragmentierten ländlichen Raum beitragen.

Legitimationskrise – die Gemeinderäte ohne Autorität?

> „Die JPRs sind eine staatliche Instanz, die ihre Rolle noch nicht gefunden hat. Die Gemeinderäte sind noch nicht genügend ‚gereift', um den Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden" (Yanez 2006: Z. 52).

Die größte Schwierigkeit der Gemeinderäte ist es momentan, trotz der fehlenden finanziellen und humanen Ressourcen, ihre Rolle im soziopolitischen Gefüge Ecuadors zu finden. Dies ist insofern schwierig, als dass sie sich einerseits gegenüber den Provinz- und Stadträten behaupten und andererseits das Vertrauen der Bürger gewinnen müssen. Die Beziehung zu den übergeordneten staatlichen Instanzen ist vor allem durch das finanzielle Abhängigkeitsverhältnis geprägt, das die Gemeinderäte extrem anfällig für klientelistische Praktiken macht. Die Beziehung zu den Stadt- und Provinzräten und deren politische Kultur, hat wiederum direkte Auswirkungen auf die Beziehung der Gemeinderäte zu ihren Gemeinden, denn am Ende sind sie es, die das Vertrauen ihrer Bürger verlieren, wenn die Stadt- oder Provinzräte ihre Versprechen nicht halten:

„...es hängt nicht immer von uns ab, oft hängt es von den übergeordneten Instanzen, dem *consejo provincial* oder den *municipios* ab. Hier in der *Junta* verfügen wir nicht über genügend finanzielle Mittel, um sagen zu können, wir bauen in der Gemeinde eine Schule. Wir haben nur eine Verwaltungsfunktion inne, wir versuchen mit den anderen Akteuren zu verhandeln, darauf zu drängen, dass sie die versprochenen Bauten auch tatsächlich realisieren. Wir können nur fordern, immer wieder hingehen und darum bitten, aber wir können nicht sagen, gut, in dieser *comunidad* machen wir dies oder jenes. Ja und das ist die Politik, immer machen sie Versprechen und nie werden sie gehalten. Verdammt, ja und am Ende stehen wir schlecht da, als ob *wir* die Menschen anlügen würden, aber nicht weil wir es so wollen, sondern weil andere uns dazu zwingen" (Gabriela 2006: Z. 34).

Tatsächlich ist das finanzielle Abhängigkeitsverhältnis eine der Hauptursachen für das Legitimitätsdefizit der Gemeinderäte. Da die übergeordneten staatlichen Instanzen die Gemeinderäte in ihrer Funktion als subnationale Regierung nicht akzeptieren und diese als Konkurrenten um staatliche Mittel sehen, ist es für die Gemeinderäte sehr schwer, als kooperative Verhandlungspartner vor die Stadt- und Provinzräte zu treten. Die Gemeinderatsmitglieder werden in den meisten Fällen lediglich als Wahlkämpfer für die entsprechenden Parteien von den Provinz- und Stadträten ernst genommen, nicht jedoch anschließend in ihrer Funktion als Vertreter des ländlichen Raums. Somit werden die Gemeindräte Teil der politischen Kultur des Klientelismus und Populismus, indem in Wahlkampfzeiten die Parteien ihren Kandidaten in den Gemeinderäten Versprechungen machen und diese wiederum den Bürgern der Gemeinden Projekte versprechen – beide werden am Ende nicht gehalten. Damit wird das Vertrauen in die politischen Instanzen auch auf lokaler Ebene gebrochen. Die Bürger sind dadurch nicht mehr nur mit der nationalen und regionalen Politik unzufrieden, sondern haben jetzt vor Ort ein Ventil, um ihrem Misstrauen gegenüber den politischen Instanzen Luft zu machen. Während die nationalen und regionalen politischen Vertreter nur alle vier Jahre bei den Wahlen den Unmut der Wähler spüren, schwächt das fehlende Vertrauen der Bürger in die Gemeinderäte deren Handlungskompetenz tagtäglich. Denn bei allen Aktivitäten, die nicht unmittelbar von den übergeordneten Instanzen finanziert und durchgeführt werden, benötigen die Gemeinderäte die aktive Unterstützung durch die Gemeinde. In fast allen Gemeinden stehen die Gemeinderäte vor der großen Herausforderung, das Vertrauen der Bürger zu gewinnen:

„Ich denke, die Menschen haben das Vertrauen in die Autoritäten verloren. Sie sagen, dass doch alle gleich sind, sie glauben nicht mehr an die Autoritäten. Ich glaube, dass deshalb ... oft laden wir zu Versammlungen ein, aber es kommt fast keiner... bei der *Asamblea,* die wir neulich gemacht haben, kamen nur 55 Personen und das, obwohl wir 42 *comunidades* haben..." (Paola 2006: Z. 97-98).

Man könnte die fehlende Partizipationsbereitschaft mit einer gewissen passiven Grundeinstellung, mit einer allgemeinen Politikverdrossenheit oder mit einem stärker um sich greifenden Egoismus erklären. Aber all diese hier unterstellten Eigenschaften der ländlichen Bevölkerung Ecuadors widerlegen sich in den Versammlungen der sozialen (indigenen) Organisationen, bei denen große Teile der Bevölkerung anwesend sind. Daraus ergibt sich die hier zu untersuchende Fragestellung, wie es den Gemeinderäten gelingen könnte, mehr Legitimität und Legitimation in ihrer Rolle als Repräsentanten des ländlichen Raums zu gewinnen?

5. DEKONSTRUKTION LOKALER MACHTLANDSCHAFTEN

Die Dekonstruktion bestehender *powerscapes* in den ländlichen Gemeinden der Provinz ist Anspruch dieser Arbeit. Diese findet mit dem Ziel statt, den Gründen für die Legitimationskrise der Gemeinderäte nachzugehen. Ausgangspunkt der Arbeit war es zu fragen, warum die indigenen Organisationen in vielen Gemeinden eine so breite Vertrauensbasis in ihren *comunidades* haben, während die Gemeinderäte als politische Akteure auf geringe Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Mit Hilfe der De- und Rekonstruktion der Beziehungen, Ströme *(flows)* und Bewegungen zwischen den traditionellen Macht-Akteuren und der neuen Institution der Gemeinderäte in den politischen, ethnischen, und geschlechtsspezifischen Landschaften der Provinz soll versucht werden, diesen Fragen näher zu kommen.

Als „traditionelle" Macht innehabenden Akteure auf lokaler Ebene im ländlichen Raum wurden in fast allen Gemeinden die indigenen Organisationen zweiten Grades (OSGs), die Kirche und der Regierungsgesandte *Teniente Político* identifiziert. Als externe machtausübende Akteure wurden der Provinz *(CP)*- und Stadtrat *(CM)*, die Parteien sowie die nationale Vereinigung der JPRs *CONAJUPARE* genannt. Die aus diesen Akteuren und ihren Beziehungen untereinander bestehenden Machtlandschaften, sowie ethnisch- und geschlechtsbedingte Machtlandschaften sollen in ihren Mikromachtbeziehungen (Foucault: Mikropower) untersucht werden. Durch die Dekonstruktion der bestehenden *powerscapes* sollen *power over* Beziehungen identifiziert werden, um anschließend nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, wie diese zugunsten der Bürger des ländlichen Raums verändert werden könnten. Abschließend soll die zukünftige Rolle der Gemeinderäte innerhalb der soziopolitischen, ländlichen Machtlandschaften aufgezeigt werden.

MACHTSTRÖME IM LÄNDLICHEN RAUM

Der ländliche Raum, verstanden nach Massey (2005: 9) als das *„Produkt der Interrelationen"*, ist konstruiert durch die komplexen, multiplen Machtlandschaften zwischen den verschiedenen Akteuren in ihrem jeweiligen raum-zeitlichen Kontext. Im Folgenden sollen die Beziehungen zwischen den Gemeinderäten mit den wichtigsten Autoritäten im ländlichen Raum und die durch diese Interrelationen aufgespannten Machtlandschaften diskutiert werden. Dabei stehen weniger die Funktionen der einzelnen Akteure als vielmehr die Art der Beziehung, in Form von Konflikt, Konkurrenz, Akzeptanz, Kooperation, Abhängigkeit und Synkretismus im Vordergrund.

Zunächst soll die Rolle der „traditionellen" Autoritäten im ländlichen Raum vorgestellt werden, um anschließend ihr Verhältnis zu den Gemeinderäten erörtern zu können:

Den **Kirchen** kommt in der sozialen Organisation der ländlichen Bevölkerung eine besondere Rolle zu. Die religiöse Landschaft Cotopaxis wird von der katholischen Kirche und den *Evangélicos* dominiert. Die katholische Kirche in Ecuador prägte einerseits seit der Zeit der Kolonialisierung den ländlichen Raum durch ihre

Latifundien und das System der *encomienda*, andererseits war die katholische Kirche durch die Vergabe von Ländereien nach den Agrarreformen der 1960er Jahre maßgeblich an der Entstehung der indigenen Organisationen beteiligt. Die Beziehungen der Indigenen zur katholischen Kirche reichen von diversen Formen des Synkretismus bis hin zu einer vollständigen Ablehnung des christlichen Glaubens. Im Allgemeinen sind die christlichen Werte jedoch in der Gesellschaft fest verankert, immerhin fühlen sich 90 Prozent der Ecuadorianer der katholischen Religion zugehörig:

> „The acceptance of Catholic sacraments, rituals, and religious discipline became a central part of the identity of colonized Indians..." (Radding 2005: 198).

Während in vielen anderen Ländern Lateinamerikas die katholische Kirche durch die Säkularisierung ihren Einfluss auf die Politik verlor, übt sie in Ecuador immer noch eine große politische Macht aus (Lind 2005). Ihre religiöse Dominanz wird seit den letzten Jahrzehnten durch die wachsende Zahl von Anhängern der Pfingstgemeinde *(evangélicos)* in Frage gestellt. Den US-amerikanischen Missionaren ist es durch finanzintensive Entwicklungsprojekte westlichen Stils gelungen ganze Dörfer zu missionieren (Handelsman 2000). Heute versuchen viele, vor allem indigene Gemeinden, sich von der Autorität der Missionare zu lösen und fordern eine Übergabe der Entwicklungsprojekte in ihre eigenen Hände.

Der ***teniente político*** war *„früher die höchste Autorität, er machte alles"* (José 2006: Z. 29) und *„fällte alle Entscheidungen"* (Belén 2006: Z. 39). Er wurde ursprünglich von der nationalen Regierung in die Gemeinden entsandt, um dort nach dem „Rechten" zu sehen. Heute hat er vor allem die Funktion, *„die Justiz zu verwalten, zu schauen, dass die Gesetze eingehalten werden, bei Streitigkeiten um Besitzgrenzen einzugreifen. Er ist wie ein Richter, bei leichten Strafdelikten, wenn es um nichts Ernstes geht, denn sonst muss das Amtsgericht des Kantons eingreifen"* (Fernando 2006: 12). Ursprünglich wurde der *teniente político* von der Regierung bestimmt und war meist eine Person, die nicht aus der Gemeinde selbst kam, und deswegen oft kein großes Interesse an der Entwicklung der Gemeinde und an einer Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren hatte. Die *tenientes* vertraten meist die gleiche Partei wie der Staatspräsident und wurden mit dem Ende seiner Amtszeit ausgewechselt. Seit der Regierung von Palacio, im Jahr 2005, gibt es jedoch die Möglichkeit, dass die Gemeindeversammlungen selbst ihren *teniente* wählen. Somit ist der *teniente* heute in vielen Gemeinden ein weiteres, demokratisch gewähltes Mitglied der Lokalregierung, das aus dem Kreis der Gemeinde stammt.

Die Akteure mit der größten Legitimität sind momentan, vor allem in den von Indigenen dominierten Gemeinden, die so genannten ***organizaciones de segundo grado*** *(OSG)*. In der Provinz Cotopaxi gibt es 29 OSGs, d.h., in fast jeder der 33 JPRs gibt es auch eine entsprechende indigene soziale Organisation. Die 29 OSGs werden auf Provinzebene durch das *Movimiento Indígena y Campesino de la Provincia de Cotopaxi (MICC)* repräsentiert und setzen sich jeweils aus 15 bis 30 *comunidades* zusammen, die jeweils ihre eigene Organisationen dritten Grades besitzen (Pedro 2006: Z. 13) (s. auch Abb. 9 Aufbau der indigenen Organisationen

und Organisationen in der Provinz Cotopaxi). Der Vorstand der OSG wird in einem demokratischen Prozess legitimiert, wie Gustavo (2006) erläutert:

„Am 15. Januar war der Kongress der Organisation, auf dem die Wahl des Regierungsrats der OSG *(consejo de gobierno)* stattfand. Am Kongress nehmen drei Vertreter jeder *comunidad* teil, und jeder Repräsentant hat auch einen Stellvertreter, die drei Repräsentanten sind stimmberechtigt, die Stellvertreter müssen lediglich gehört werden. Insgesamt sind es 180 Teilnehmer, die alle bis zum Ende da sein müssen. Zusätzlich gibt es noch eine Organisation der Frauen, in jeder *comunidad* gibt es eine Organisation der Frauen, die auch jeweils drei Repräsentantinnen sowie drei Stellvertreterinnen haben. D.h. insgesamt nehmen über 300 Personen an dem Kongress teil, und jede *comunidad* hat sechs Stimmen. Jede *comunidad* hat ihren Kandidaten, und jeder präsentiert seine Vision für die Gemeinde, und dann wird gewählt, erst der Präsident, dann der Vizepräsident, der/ die Sekretär/in, sowie jeweils ein Verantwortlicher für die Bereiche Frauen, Erziehung, Gesundheit usw." (Gustavo 2006: Z. 55-56).

Es gibt Verantwortliche für fast alle Bereiche des Lebens der *comunidad,* außerdem führen die OSGs *mingas* durch, planen Entwicklungsprojekte, organisieren Feste, schlichten Streitereien und pflegen die indigenen Rituale und Traditionen.

Wenn man die Beschreibung von Gustavo liest, scheint es, als ob die OSGs (nach westlichem Vorbild) äußerst demokratische Institutionen wären und sie den ländlichen Raum auf ideale Art und Weise verwalten könnten. Aber es besteht durchaus Kritik an den Praktiken der indigenen Organisationen, die für viele wenig mit (westlichen) demokratischen Vorstellungen von Demokratie zu tun haben. Yanez (2006), der im Ministerium für bilinguale Erziehung arbeitet, kommt zu folgendem Schluss:

„Man denkt, dass die indigenen Organisationen SEHR demokratisch und äußerst partizipativ sind, aber in Wirklichkeit stimmt das nicht. Sicherlich gibt es viel Partizipation, aber die Partizipation basiert auf vorgefertigten Ideen und wird von einer extrem vertikalen Führung bestimmt. Informationen sind bei den Führungspersonen zentralisiert, die diese oft dazu verwenden, die Basis zu manipulieren. D.h. es gibt starke interne Machtmechanismen in den Organisationen" (Z. 39).

Krainer (2006) unterstreicht die autoritären Machtmechanismen der indigenen Organisationen:

„Die traditionellen Machtstrukturen sind bei den Indigenen ziemlich autoritär. Der *líder indígena* sagt was, und wir machen alles. Das konnte man jetzt wieder bei den Unruhen sehen (Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen mit USA), als die Indigenen auf der Strasse gefragt wurden: Warum streikt ihr? Und die Antwort darauf lautete: Weil unser Führer *(líder)* es uns befohlen hat, aber wir wissen nicht genau, um was es geht" (Z. 29).

Ich möchte keine Wertung darüber abgeben, ob die indigenen Organisationen demokratisch sind oder nicht, denn es soll im Sinne des Post-Developments ja gerade nicht darum gehen, blind westliche (Organisations-)Modelle zu übernehmen. Die Indigenen scheinen andere Machtlandschaften zu produzieren, die nicht zwingend unser Bild einer partizipativen Gemeinschaft widerspiegeln und in denen der *líder* eine andere Rolle spielt als in demokratischen Gesellschaften. Dies ist auf die historische Organisation der indigenen Gemeinschaften, in denen den Ältesten und *Schamanen* übergeordnete Mächte zugeschrieben wurden, zurück zu führen. Für die weitere Diskussion um die Machtlandschaften ist es wichtig im Auge zu

behalten, dass die Vorstellungen der Indigenen gegenüber gesellschaftlicher Organisation andere sind, als die unseren.

Mit der Gründung der Partei Pachakutik (MUPP-NP) kam es zu einer grundlegenden Veränderung der indigenen Organisation. Während die sozialen Organisationen zuvor ausschließlich dazu ausgerichtet waren, sich um das soziopolitische Leben der Gemeinde zu kümmern und Lokalentwicklung zu fördern, sind die OSGs heute Sprungbretter für steile politische Karrieren. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen den OSGs, den nationalen indigenen Organisationen wie CONAIE und der Partei Pachakutik verändert sich die Motivation der indigenen Führungspersonen: Während es früher um ehrenamtliche, freiwillige Positionen ging, die lediglich zu Ansehen innerhalb der Gemeinde führten, sind heute damit politische Karrieren auf regionaler oder nationaler Ebene verbunden, die wiederum ökonomische Anreize bieten (Tibán, A. 2006: Z. 27).

Trotz der Rückschläge, die die indigene Organisation durch ihre Politisierung in den letzten Jahren erleben musste, erfahren insbesondere die regionalen und lokalen Organisationen einen sehr großen Rückhalt und hohen Grad an Legitimität in der Bevölkerung. Pedro (2006) geht davon aus, dass in der Provinz Cotopaxi 80 Prozent der Bürger Vertrauen in die indigene Bewegung haben.

Einige Gemeinderäte sehen die indigenen sozialen Organisationen als größte Konkurrenten, andere dagegen als positive Beispiele für in der Gesellschaft verankerte Entwicklungsagenten. Dass die Beziehung zwischen den traditionellen Machtakteuren und der neuen politischen Instanz je nach geographischem Raum, ethnischer Zusammensetzung der Bevölkerung sowie der Stärke und der Persönlichkeiten der sozialen Organisationen extrem variieren kann, ist Ausgangspunkt für die folgenden Teilkapitel. Ziel der Darstellung der diversen, hybriden Beziehungen ist es, zu zeigen, dass die neuen politischen Instanzen nicht auf einen „leeren" Raum trafen, sondern sich vielmehr mit den bestehenden Machtlandschaften arrangieren müssen. Mit welchen Situationen die einzelnen Gemeinden konfrontiert sind, soll anhand von vier Gemeinderäten der Provinz Cotopaxi verdeutlicht werden.

Reflexion: Typisierung der Machtlandschaften

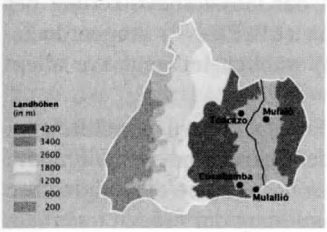
Es erfolgte keine klassische, an ausgewählten (quantitativen) Indikatoren gezogene Stichprobe, um die für die Fallstudie ausgewählten Gemeinden zu identifizieren.

Eine solche Auswahl, die indirekt ein Werturteil über die Gemeinden implizieren würde, würde den Prinzipien der dekonstruktivistischen Vorgehensweise im Sinne des Post-Developments widersprechen.

Über die Zeit, in der ich mit den Gemeinderäten gearbeitet habe, war ich darum bemüht, nicht nur eine maximale Anzahl von Gemeinden zu besuchen, sondern vielmehr einige wenige Gemeinden (deren Auswahl zunächst zufällig, oft nach logistischen Gesichtspunkten vollzogen wurde) näher kennen zu lernen. Bei der ersten Auswahl stand für mich im Vordergrund, die verschiedenen geographischen und kulturellen Räume der Provinz abzudecken, wobei hier die geographische

Gliederung in Hochland- und Küstengebiete sowie die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung eine Rolle spielte.

Abbildung 15: Untersuchte Fallbeispielgemeinden



Quelle: eigene Darstellung

Nachdem ich fast ein Jahr mit den Gemeinden zusammen gearbeitet hatte, wählte ich vier Gemeinden aus, die ich näher untersuchen wollte. Aufgrund logistischer Probleme, insbesondere der Erreichbarkeit, liegen alle vier Gemeinden in der *sierra*. Das ist darauf zurück zu führen, dass in der Küstenregion in den meisten Gemeinden nur ein geringer Organisationsgrad vorhanden war, *bevor* die Gemeinderäte eingeführt wurden, d.h. diese stießen auf keine konkurrierenden Machtorganismen. Vielmehr gingen die früheren ehrenamtlichen *Juntas* in die neuen Gemeinderäte über. Deshalb erschien es mir interessanter, die Machtlandschaften der *sierra* näher zu beleuchten und insbesondere auf die *ethnoscapes*, die ethnisch begründeten Machtlandschaften, einzugehen.

Die vier ausgewählten Gemeinden Toacazo, Mulaló, Cusubamba und Mulallio unterscheiden sich in zahlreichen Aspekten: Während Toacazo und Cusubamba sehr starke indigene soziale Organisationen haben, sind diese in der ebenfalls indigenen Gemeinde Mulallio durch interne Streitereien zerbrochen. Mulaló ist dagegen eine Gemeinde mit vorwiegend mestizischer Bevölkerung, deren soziale Organisation aus Mestizen besteht und noch sehr jung ist. Alle vier Gemeinden unterscheiden sich in dem Aktivitäts- und Legitimitätsgrad sowie der internen Organisation der Gemeinderatmitglieder.

Tabelle 11: Übersicht über die ausgewählten Gemeinden

	Mulallio	Toacazo	Cusubamba	Mulaló
Einwohner	5787	6970	7102	7360
Indigene (Prozent)	47,7%	19,4%	68,6%	3,3%
Armut (Prozent)	90,4%	90,9%	96%	86,2%
Analphabetenrate (Prozent)	18,6%	24,7%	29,3%	21,7%
Politische Zusammensetzung des Gemeinderats	4 MUPP-NP 1 PSP	3 MUPP 1 ID, 1 PRIAN	5 MUPP-NP	3 PRIAN 2 ID
Frauen- Männer	3 – 2	5 Männer	2 – 3	3 -2
Indigene Organisationen	UNOCAM	UNOCANC	COICC	ALMUSAMA (Mestizen)
Beziehung JPR – OSG	Konkurrenz	Konflikt, Synkretismus	Synkretismus	Akzeptanz/ Kooperation

Quelle: eigene Darstellung mit Informationen von Frente Social 2007 und TSE 2007

Die Übersicht zeigt, dass die Gemeinden einen umso größeren Armutsanteil aufweisen, je indigener die Bevölkerung ist, was durch die Marginalisierung dieser Bevölkerungsgruppe seit der Kolonialzeit zu erklären ist. Eine direkte Korrelation besteht auch zwischen dem Anteil der Indigenen an der Gesamtbevölkerung der Gemeinden und der Repräsentation durch Pachakutik (MUPP-NP) Abgeordnete. Zumindest in den letzten Gemeinderatswahlen (2004) wählten Indigene vor allem „ihre" Partei.

Während in drei der vier Gemeinden Männer und Frauen nahezu paritätisch im Gemeinderat vertreten sind, sitzt in Toacazo – außer der Sekretärin – keine Frau im Gemeinderat. Anhand dieser Gemeinde sollen später vor allem die ungleichen Machtlandschaften der *genderscapes* und die Diskriminierung der Frauen innerhalb der Gemeinderäte aufgezeigt werden.

Anhand der vier Beispielgemeinden, aber auch durch die Auswertung weiteren Materials über die 33 Gemeinden der Provinz, können fünf Beziehungstypen von Machtlandschaften zwischen den Gemeinderäten und den traditionellen Autoritäten herausgearbeitet werden. Diese fünf Beziehungstypen sind in manchen Gemeinden sehr exemplarisch, in anderen Gemeinden in vermischter Form (oft auch variierend je nach Gesprächspartner) zu erkennen.

Diese Beziehungen sind keine starren Beziehungen, sondern sind viel mehr im ständigen Fluss und hängen von den unterschiedlichen politischen, kulturellen, historischen und persönlichen Settings, in die die Gemeinden eingebunden sind, ab.

Konflikt: Machtkampf zwischen den Akteuren

Die kompliziertesten Form von Machtbeziehung ist die des Konflikts, vor allem wenn es Konflikte sind, die sich über Jahre entwickelt haben.

In zwei Fällen, in Mulallio und in Mulliquindil, schwelt ein scheinbar unüberwindbarer Konflikt mit den Pfarrern der katholischen Kirche, der die Arbeit der Gemeinderäte erheblich erschwert. Auch wenn Mulliquindil keine ausgewählte Fallbeispielgemeinde ist, möchte ich hier kurz den Fall schildern, da diese Gemeinde ein drastischstes Beispiel des Beziehungstyps „Konflikt" ist.

„Der Pfarrer hat in der Kirche verkündet, dass wir – die Mitglieder des Gemeinderats – Helfer des Teufels sind. Dass wir der Gemeinde nur Schlechtes zufügen und dass alle, die sich mit uns einlassen, von der Kirche exkommuniziert werden würden. Der Pfarrer hat meinem Sohn die Kommunion verweigert und wollte die Tochter von Rosalia, der Vizepräsidentin, nicht taufen. Zuerst haben wir versucht, mit dem Pfarrer zu reden, aber er ignorierte uns einfach. Jetzt versuchen wir ihn zu ignorieren, aber unsere Arbeit wird dadurch mühsam, weil er immer wieder die Gemeinde gegen uns aufhetzt. Die Gemeinde ist gespalten, denn viele vertrauen mir. Denn ich bin nicht nur Präsident der *Junta*, sondern ich bin auch Präsident der *Junta de Aguas* und habe das Wassersystem der gesamten Gemeinde konstruiert. Über Jahre hinweg haben wir Tunnels gesprengt, Wasserleitungen verlegt um mit dem Wasser des Paramos unsere Felder bewässern zu können. Nur deshalb sind wir heute eine der wenigen Gemeinden in der Provinz, die nicht unter Wassermangel leiden. Ja und deshalb habe ich viel Vertrauen von der Gemeinde, aber die Menschen hier sind eben auch sehr gläubig, der Pfarrer ist wichtig für sie, ...wir haben versucht den Pfarrer auszuwechseln, sind zur Diözese, aber es ist nichts zu machen..." (Alberto 2006, Auszug aus einer Workshopnotiz).

Wie dieser Streit begonnen hat und welche tatsächlichen Gründe ihm zugrunde liegen, ist schwer nachvollziehbar, zudem sich der Priester nicht für ein Gespräch bereit erklärte. Die Kultur der Menschen des Andenhochlands ist von Angst geprägt, so dass Informationen, vor allem wenn sie unangenehm oder heikel sind, lieber verschwiegen werden. Die Kirche führt sich vermutlich in ihrer absoluten Macht durch die engagierte Arbeit der Gemeinderäte bedroht und versucht deshalb, ihnen das Vertrauen der Gemeinde zu entziehen, indem sie gegen ihre Arbeit aufhetzt.

Die katholischen Priester scheinen in der Provinz Cotopaxi, vermutlich auch aufgrund eines Versagens der Diözese, freien Spielraum zu haben und werden auch bei Fehlverhalten nicht zur Rechenschaft gezogen. Dass der Fall Mulliquindil keine Ausnahme ist, zeigt auch der Auszug aus einem Interview in Mulallio:

„Es ist besser, nicht vom Pfarrer zu reden, ... wir versuchen alles, um den Priester auszuwechseln, denn er ist kein Priester wie die Priester von früher, der die Menschen respektiert und schätzt. Wir als Christen, ich selbst gehe auch nicht mehr in die Messe, denn der Pfarrer predigt zwar Moral, aber er selbst lebt sie nicht, denn er hat eine Geliebte hier im Dorf, und er streitet mit jedermann, überall, sogar auf dem Friedhof. Außerdem behandelt er die Menschen schlecht. Er verbreitet obszöne Gerüchte über uns Politiker. Wir haben uns erhoben, wir sind zur Kurie, zum Bischof, aber alles ohne Erfolg..." (José 206: Z. 55-57).

Konflikte stellen sich in den meisten Gemeinden dann ein, wenn Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Institutionen nicht akzeptiert werden und einzelne Akteure versuchen, andere Institution in ihrer Arbeit zu behindern, um selbst einen Machtzuwachs zu erfahren.

Insbesondere die Kirche fühlt sich durch eine zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft, die unter anderem auch durch politische Institutionen wie die Gemeinderäte gefördert wird, in ihrer traditionellen Machtposition gefährdet. Über Jahrhunderte hinweg hatte die katholische Kirche den ländlichen Raum nach ihren Vorstellungen regiert und dominiert. Die von einer *power over* Beziehung der Kirche geprägte Machtlandschaft basiert(e) auf dem ungleichen Zugang zu Bildung und Wohlstand der Indigenen und Bauern. Aufgrund der Dominanz eines westlichen Wissenssystems und der Abwertung indigenen/ traditionellen Wissens kam es so zu einer einseitigen Verschiebung von Macht zugunsten der kolonialen Institutionen, wie der Kirche. Durch den *empowerment*-Prozess der Indigenen und Bauern, sei es durch indigene soziale Organisationen oder durch die Institution der Gemeinderäte, verliert die Kirche zunehmend an Macht. Gegen den Machtverlust versucht sie teilweise mit illegitimen Methoden, wie oben ausgeführt, vorzugehen. Ihre fehlende Kooperation mit anderen lokalen Akteuren erschwert es, die Lebenssituation der Gemeinde zu verbessern und Entwicklungen anzustoßen.

Nicht nur mit der Kirche kommt es jedoch zu konfliktiven Machtlandschaften: auch in den Beziehungen mit den indigenen sozialen Organisationen, mit den *tenientes políticos* sowie innerhalb der Gemeinderäte treten Konflikte um Macht auf.

„Einige fühlen sich durch die Gemeinderatsmitglieder bedroht und sind eifersüchtig auf die Führungskraft, die der Gemeinderat hat. Und dann sagen sie, aber ich bin viel wichtiger als der

Präsident der JPR und der Präsident der JPR sagt, meine Stimme zählt viel mehr als die des Präsidenten der OSG" (Antonio 2006: Z. 29).

Der Konflikt zwischen OSGs und JPRs geht in den meisten Fällen darum, wer über den anderen Macht ausüben kann – im Sinne des *power over* Ansatzes –, da sich keine der beiden Institutionen in ihrer Handlungsfähigkeit eingrenzen lassen will. Der Konflikt tritt dadurch auf, dass die OSGs in vielen Gemeinden über Jahre hinweg die einzigen Entscheidungsträger waren, die JPRs sich jetzt aber gesetzlich legitimiert als die „offiziellen" Repräsentanten des ländlichen Raums sehen.

„Die OSGs wollen oft mehr Macht als die JPRs. Aber nach dem Gesetz haben die JPRs eine höhere Autorität als die OSGs. Also kommt es zu Auseinandersetzungen. In einigen Gemeinden haben sie mir erzählt, dass sich der Präsident der *Junta* der Organisation annähern muss, denn wenn er dies nicht tut, dann kommt es zu einem kleinen Krieg, und es findet keinerlei Koordination zwischen den beiden Instanzen statt. Die OSGs setzen sich in vielen Fällen über die von den Gemeinderäten getroffenen Entscheidungen hinweg" (Maria 2006: Z. 47-38).

Die Auseinandersetzungen zwischen den JPRs und den OSGs und die daraus resultierende fehlende Koordination sind vor allem auf parteipolitische Divergenzen und ethnische Konflikte zurückzuführen. Wenn parteipolitische Interessen auseinander gehen oder eine offene ethnische Diskriminierung zwischen den Mitgliedern der JPRs und der OSGs stattfindet, sind Konflikte meist vorprogrammiert:

„Und da kommt die Politik ins Spiel: der Präsident der UNOCAN (OSG) gehört der politischen Partei der Allianz an (Partei von Lucio Gutiérrez) und der Präsident der Junta ist Pachakutik. Zunächst versprach der Präsident der UNOCAN uns, dass er mit uns zusammenarbeitet und kooperieen würde. Wir haben versucht, gemeinsame Aktivitäten zu organisieren, denn gemeinsam kann man viel mehr erreichen, aber der Präsident der Organisation machte Probleme, egal was man tat, er hinterging uns und intrigierte mit dem Bürgermeister von Salcedo (Kantonhauptstadt) gegen uns. Wir begannen zu streiten, bis zu dem Punkt, an dem Don Fernando (Präsident JPR Mulallio) sagte: „Nein, so geht es nicht weiter!" Wir beschlossen die OSG nicht mehr zu unseren Gemeinderatstreffen einzuladen, denn immer wenn sie teilgenommen hatten, meckerten sie nur, sie sorgten sich immer mehr um ihre Partei als um das Wohl der Gemeinde" (Martha 2006: Z. 67).

Der von Martha geschilderte Konflikt zeigt, dass Parteizugehörigkeit ein hohes Streitpotential in den Gemeinden zukommt, nicht nur zwischen OSG und JPR, sondern insbesondere auch innerhalb der Gemeinderäte selbst. Bei der im Februar 2005 durchgeführten ersten Erhebung in den 33 Gemeinderäten der Provinz Cotopaxi wurden parteipolitische Auseinandersetzungen als der Hauptgrund für Konflikte zwischen den Mitgliedern der Gemeinderäte genannt. Auch im Verlauf der Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten wurde deutlich, dass vor allem diejenigen Gemeinderäte, denen es nicht gelungen war, ihre politischen Hemden abzustreifen, Schwierigkeiten hatten, zusammen zu arbeiten und sich intern zu koordinieren, was wiederum Auswirkungen auf die Kapazität der Gemeinderäte hatte, eigene Entwicklungsideen zu verwirklichen.

Abhängigkeiten: keine Macht ohne die Unterstützung der anderen *Consejos*

Eine Abhängigkeit in den ländlichen Machtlandschaften besteht insbesondere zwischen den JPRs und den übergeordneten politischen Provinz- und

Stadtregierungen. Wie in der Ausführung über den Haushalt der Gemeinderäte bereits erwähnt, besteht eine sehr starke *power over* Beziehung zwischen den *consejos provinciales/ consejos municipales* und den Gemeinderäten aufgrund der finanziellen Abhängigkeit der letztgenannten von den Geldern der übergeordneten Instanzen. Ob Ressourcen und Verantwortung an die Gemeinderäte übertragen werden, hängt in den meisten Fällen von der Parteizugehörigkeit und somit von klientelistischen Praktiken ab.

„Die Gemeinderäte müssen von der gleichen Partei sein wie der Bürgermeister oder der Präfekt, damit es ihnen gelingt, Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte in die Gemeinde zu bringen. Im umgekehrten Fall werden sie bei der Vergabe von Geldern nicht berücksichtigt werden, wenn sie nicht der gleichen politischen Linie angehören, können sie als *Junta* nicht vorankommen" (Maria 2006: Z. 29-30).

Selverston-Scher (2001) unterstreicht, dass der Klientelismus bzw. Populismus insbesondere im ländlichen Raum eine alltägliche Praktik ist: *„it is common for a rural community to promise votes to a politician in exchange for basic needs"* (S. 103). In den letzten Wahlen war wieder zu beobachten, wie Stimmen mit Hilfe kleiner Wahlgeschenke oder kurzfristiger populistischer Programme regelrecht gekauft werden. Solche Praktiken führen jedoch zum Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik und zur Deligitimation politischer Institutionen.

Um das Vertrauen der Bürger in die Politik zurückgewinnen zu können, müssten die Munizipien und Präfekturen verstehen, dass die Gemeinderäte strategische Verbündete sind, mit deren Hilfe sie Entwicklung in der Provinz bürgernah gestalten können. Wenn die in den Gemeinden partizipativ ausgearbeiteten Entwicklungspläne *(planes operativos anuales, POA)* von den Stadt- und Provinzräten ernst genommen werden würden – unabhängig von Parteizugehörigkeiten –, wäre eine Möglichkeit geschaffen, Entwicklung nach den Wünschen der Bürger, demokratisch und partizipativ legitimiert, zu verwirklichen.

Konkurrenz: es gibt nur einen mächtigen Akteur

„In Toacazo ist die JPR machtlos, während die OSG sehr stark ist, in Mulallio ist das Gegenteil der Fall: dort ist die OSG aus politischen Gründen zu Bruch gegangen und die JPR übernahm die Kontrolle über die Gemeinde. Wenn die OSG stark ist, hat die *Junta* keinerlei Spielraum zur Verfügung" (Tibán, A. 2006: Z. 51).

Das einleitende Zitat zeigt den Typ „Konkurrenz", hinter dem die Annahme steht, dass es in einem so kleinen geographischen Raum nur *einen* Akteur geben kann, der das gesellschaftliche Leben der Gemeinde regelt. Im Folgenden möchte ich auf die Machtlandschaft der Gemeinde Mulallio eingehen, als ein Beispiel für den Niedergang einer OSG bei gleichzeitigem Machtzuwachs des Gemeinderats.

„Früher war die UNOCAN (OSG) sehr stark, sie hatte viel Macht. Die UNOCAN schaffte es Gelder von SWISSAID und einer Menge anderer NGOs zu bekommen und mit diesen Geldern konnten wir das gesamte Wassersystem in Mulallio finanzieren. Aber dann verlor die UNOCAN zunehmend an Macht. Früher war hier niemand parteipolitisch organisiert und alle arbeiteten zusammen. Aber dann tauchten die politischen Parteien auf und haben uns auseinander getrieben. Jeder Präsident der UNOCAN nahm eine andere politische Position ein als sein Vorgänger und das führte dazu, dass die UNOCAN zerbrach und verschwand. Sie haben alle Macht verloren, sie haben keine Unterstützung mehr in der Gemeinde, wenn sie zu Versammlungen einladen, kommt

keiner. Es hat einfach zu viel Streit gegeben zwischen den verschiedenen politischen Strömungen, heute haben die Menschen kein Vertrauen mehr in die UNOCAN. Sie haben so viel Geld bekommen von den NGOs, aber trotzdem ist es ihnen nicht gelungen, das Geld sinnvoll zu investieren. Je mehr sie bekamen, desto weniger ist es der UNOCAN gelungen nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Heute gehen die NGOs direkt zur *Junta,* denn sie haben kein Vertrauen mehr in die UNOCAN" (José 2006: Z. 40-45).

Für den Zusammenbruch der UNOCAN, einer indigenen sozialen Organisation, die scheinbar früher sehr viel für die Gemeinde geleistet hat, werden als Hauptursache, sowohl von den Mitgliedern des Gemeinderats als auch von früheren Mitgliedern der UNOCAN, die parteipolitischen Auseinandersetzungen genannt. Dies veranlasst zu zwei Reflexionen:

Erstens, zeigt dieser Fall das Gewicht der politischen Parteien im ländlichen Raum. Man kann daraus entnehmen, wie leicht manipulierbar die Bürger des ländlichen Raums gegenüber den populistischen und klientelistischen Praktiken der Parteien sind und wie schnell sie sich für deren Ziele instrumentalisieren lassen. Da die politischen Parteien Ecuadors nicht auf einem klar definierten, historisch gewachsenen ideologischen Programm aufgebaut sind, sondern vielmehr von ihrem *caudillo* geprägt werden, können die parteipolitischen Konflikte nicht auf ideologische, inhaltlichen Auseinandersetzungen zurück geführt werden, sondern sind Ergebnis klientelistischer und populistischer Praktiken.

Zweitens, zeigt das Beispiel der UNOCAN, dass es beim Aufeinandertreffen „traditioneller" Organisationsstrukturen, wie sie die indigenen sozialen Organisationen sind, mit Institutionen, die auf westlichen Demokratievorstellungen aufbauen[18], zu schwerwiegenden Konflikten kommen kann. Die sozialen Organisationen sind auf anderen Führungsstrukturen aufgebaut und basieren auf anderen Zielen, als die der politischen Parteien. Eine These für den Zusammen-bruch der UNOCAN könnte folglich sein, dass die OSG nicht mit den Parteistrukturen kompatibel war bzw. dass die Parteistrukturen nicht mit denen der OSG vereinbar waren und es deshalb zu einer Überformung der letzteren kam.

Für den Machtverlust der UNOCAN können zahlreiche Gründe aufgeführt werden. Die Folge des Zusammenbruchs der UNOCAN ist jedoch, und darin waren sich alle Interviewpartner einig, dass die im Jahr 2000 neu eingeführte JPR in Mulallio sehr schnell das Vertrauen der Gemeinde gewinnen konnte (vor allem im Vergleich zu anderen Gemeinderäten), bzw. dass der Machtzuwachs der JPR zu dem Zusammenbruch der OSG maßgeblich beitrug. Mulallio gilt heute als einer der „Vorzeigegemeinderäte" in der Provinz Cotopaxi. Neben sehr engagierten und kompetenten Gemeinderatsmitgliedern sind dafür die zuvor in der Gemeinde bestehende gute soziale Organisation, sowie die durch die OSG geknüpften Kontakte mit staatlichen und nicht staatlichen Institutionen verantwortlich. Der Gemeinderat in Mulallio hat auf jeden Fall aus der Lektion der UNOCAN gelernt:

[18] Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die Diskussion eingehen, in wie weit die ecuadorianischen Parteien überhaupt den formalen Kriterien einer Demokratie entsprechen. Denn auch an diesem Punkt könnte man im Sinne des Post-Developments anführen, dass es zu einer kulturell spezifischen Überformung des westlichen Konzepts durch die von Eliten geprägte politische Machtlandschaft gekommen ist.

Er ist einer der wenigen Gemeinderäte, die sich darauf verständigt haben, die *„politischen Hemden im Eingang der Junta Parroquial auszuziehen"* (Augusto 2006, Notiz aus einem Workshop) um fern von parteipolitischen Disputen für das Wohl der Gemeinde miteinander zu arbeiten.

Die Frage, wie der Weg der JPR verlaufen wäre, wenn die UNOCAN in ihrer früheren Form bis heute fortbestanden hätte, bleibt offen. Als sicher kann jedoch angenommen werden, dass es für den Gemeinderat um ein vielfaches schwieriger gewesen wäre, in der Gemeinde Fuß zu fassen und das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Dominanz: die OSG hat die Macht über die JPR

Der gegenläufige Fall zu eben geschildertem ist die Dominanz der OSG über die JPR und ist momentan der am häufigsten auftretende Fall in der Provinz Cotopaxi, insbesondere in den Gemeinden, in denen der Anteil von Indigenen an der Gesamtbevölkerung relativ hoch ist. Vor allem die indigenen Gesprächspartner und die Vertreter der indigenen Organisation der Provinz (MICC) sehen die OSGs als den JPRs übergeordnete Institutionen. Für sie gibt es mehrere Gründe für die „Überlegenheit" der indigenen sozialen Organisationen:

„Weil die JPRs Institutionen sind, die nur auf der Durchreise sind, heute ist die JPR durch einen unserer Männer (indigener Pachakutik) vertreten, morgen ist es vielleicht ein anderer. Unsere *dirigentes* sind immer da, in den JPRs dagegen sind wir nur zeitweise vertreten. Aber die JPRs unterstehen der Koordination der OSGs und stehen somit auch in direktem Kontakt mit uns (MICC). Wenn also ein Präsident einer JPR nicht gut arbeitet, dann feuern wir als MICC ihn" (Pedro 2006: Z. 34).

Für Pedro besteht kein Zweifel daran, dass das *Movimiento Indígena y Campesino de la Provinica de Cotopaxi (MICC)* für das soziale und politische Geschehen in der Provinz verantwortlich ist. Insbesondere seitdem der Präfekt ebenfalls Mitglied des *Movimiento Indígena* ist, fühlt sich die indigene Organisation als alleinige und oberste Autorität der Provinz. Dass seit der Politisierung der indigenen Bewegung auch im indigenen Umfeld die klientelistischen und populistischen Praktiken der traditionellen Parteien Einzug gehalten haben, zeigt die Aussage von Pedro (2006) über die Koordination zwischen lokalen und regionalen Akteuren:

„Wenn eine JPR nicht Pachakutik ist und wenn der Präsident nicht kooperieren will, dann ist das mir piepegal (no me va, ni me viene), dann koordiniere ich die Gelder und Projekte direkt mit den NGOs und den subnationalen Regierungen mit Hilfe der indigenen Bewegung. Wenn zum Beispiel im Kanton Sigchos der Bürgermeister von einer anderen Partei ist, dann gehen unsere OSGs direkt zu der Präfektur oder den NGOs um Projekte zu beantragen und wenden sich nicht mehr an das städtische Rathaus. Und so ist es auch mit den JPRs, wenn sie nicht von unserer Partei sind, dann lassen wir sie einfach links auf der Seite liegen und überspringen diese Instanz bei der Koordination von Projekten" (Pedro 2006: Z. 48).

Hier wird einmal mehr unterstrichen, welch fundamentale Rolle den politischen Parteien in der ecuadorianischen Gesellschaft zukommt Die Beziehungen zwischen staatlichen und indigenen Organisationen sind seit der Gründung der indigenen Partei Pachakutik ausschließlich davon bestimmt, ob Pachakutik eine Mehrheit in einer staatlichen Instanz finden konnte oder nicht. Ist dies nicht der Fall, wird diese

einfach übersprungen und es findet eine direkte Verhandlung zwischen den Basisgemeinden und den übergeordneten regionalen indigenen Organisationen statt. Hieraus erklärt sich das Legitimationsdefizit, mit dem viele Gemeinderäte konfrontiert sind: Eine Kooperation über die Parteizugehörigkeit hinweg wird in vielen Fällen gar nicht erst versucht. Wenn eine JPR nicht bereit ist, sich dem Mandat der OSG unterzuordnen – was insbesondere geschieht, wenn der Gemeinderat von Mestizen dominiert ist – dann überspringen die OSGs die Instanz der Gemeinderäte und entziehen diesen damit die Unterstützung der Zivilgesellschaft, die sich mit ihren Bedürfnissen meist, allein aus Gewohnheit, zuerst an die OSGs wendet.

Die Legitimität der OSGs in der Gesellschaft ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es den OSGs mit Hilfe der Unterstützung internationaler NGOs gelungen ist, finanziell aufwendige Entwicklungsprojekte in die Gemeinden zu bringen. Die meisten NGOs ziehen es vor, mit nicht staatlichen lokalen Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten, weswegen für sie die OSGs ideale Partner sind. Die Gemeinderäte werden dagegen als staatliche Institutionen gesehen, denen die typischen Probleme des ecuadorianischen Staats, wie z.B. Ineffizienz und Korruption unterstellt werden.

„Ich denke einfach, hier (OSG) habe ich Ressourcen und dort (JPR) habe ich keine Gelder also gehe ich hier her. Die JPRs werden nicht an Stärke gewinnen, da sie keine Unterstützung der NGOs haben um Projekte zu initiieren, zumindest habe ich bis jetzt noch nicht gesehen, dass die NGOs ihre Meinung geändert hätten, sich nicht in staatliches Territorium zu begeben. Denn solange man sich vom Staat fern hält, kann man seine Ressourcen besser investieren, indem man über die OSGs die Arbeit der ländlichen Gemeinden fördert" (Tibán, A. 2006: Z. 51).

Die Gemeinden Cusubamba und Toacazo gelten als Beispiele für diesen Typ von Machtlandschaft. Während in Cusubamba die indigene Organisation, aufgrund des hohen Anteils Indigener an der Gesamtbevölkerung (70 Prozent), sehr stark ist, erfährt die UNOCANC in der *zona alta* der Gemeinde Toacazo durch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit NGOs eine große Akzeptanz von Seiten der Bürger (auch der Mestizen): In der *comunidad* Planchaloma wurden mit Hilfe eines ganzen Heers von NGOs wie Terre de Hommes, CARE International, USAID u.v.a.m. ein eigenes Krankenhaus, eine weiterführende Schule und zahlreiche andere Entwicklungsprojekte realisiert. In beiden Fällen sind es die sozialen Organisationen, die Entscheidungen fällen. Die Gemeinderäte hingegen agieren meist nur als ihr verlängerter Arm:

„Die UNOCANC arbeitet vor allem mit NGOs, mit deren Hilfe sie viele Projekte für ihre *comunidades* in den *zonas altas* an Land ziehen können. Aber sie koordiniert fast gar nicht mit der JPR, denn sie sind der Meinung, dass die UNOCANC eine höhere Autorität als die JPR hat " (Paola 2006: 29).

Auch in Cusubamba steht die JPR vollständig unter dem Kommando der OSG:

„Im Fall Cusubambas ist es die OSG, die Entscheidungen trifft, sie sagen, ‚wir fällen die Entscheidungen hier'. Und dann teilen sie diese dem Präsidenten der Junta mit, der sie umzusetzen hat und die JPR weiß, dass sie der Verfügung und Koordination der OSG untersteht" (Tibán, A. 2006: 59).

In beiden Gemeinden sind die OSGs die dominierenden Autoritäten, welche das politische und soziale Leben der Gemeinde regeln. Aber sowohl in Toacazo als auch in Cusubamba ist noch ein weiterer Trend zu beobachten, der als Synkretismus bezeichnet werden kann: die traditionellen indigenen Organisationen bemächtigen sich zunehmend der neuen politischen Institution, die bisher den mestizischen Eliten vorbehalten waren.

Synkretismus: die Macht verschmilzt

In Toacazo und in Cusubamba, aber auch in zahlreichen anderen Gemeinden ist ein sehr interessantes Phänomen zu beobachten: Mitglieder der Gemeinderäte sind gleichzeitig auch Mitglieder der OSGs, waren früher schon Präsidenten der lokalen indigenen Organisationen oder sind gleichzeitig Präsidenten der *comunidades*. In sehr vielen Fällen *„sind es die gleichen dirigentes"* (Andrés 2006: Z. 77) die sowohl in der JPR mitarbeiten, als auch in der OSG.

„Cusubamba ist eine Gemeinde, in der die OSG Mitglied des MICC ist und da diese indigene Bewegung entschieden hat, sich aktiv in die Politik einzumischen, entschied die OSG, Kandidaten für die Gemeinderatswahlen aufzustellen. Der Kandidat ist also ein Sohn der OSG und wenn er die Wahlen gewinnt, wird er Präsident der JPR, aber er ist trotzdem Sohn der OSG, er ist Pachakutik. So kommt es zu einer Machtstruktur in der JPR, die durch die OSG geprägt ist.

Und die Frage ist, was macht man mit all der Macht, mit den Gesetzen und Verordnungen, wenn es gleichzeitig noch eine andere Struktur gibt, nämlich die der OSG, der du auch angehörst?" (Tibán, A. 2006: Z. 51).

Synkretistische Machtlandschaften werfen genau die von Tibán gestellte Frage auf, wie verschieden konzipierte Machtstrukturen miteinander verbunden werden können. Die von mir geschaffene Beziehungskategorie „Synkretismus" will ausdrücken, dass es nicht zu einem dualen System von Machstrukturen im ländlichen Raum zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen kommen muss, sondern diese Machstrukturen vielmehr in einander verschmelzen und sich gegenseitig überprägen.

Eine junge Gemeinderatsvertreterin aus Cusubamba antwortete auf die Frage, warum sie sich in den Gemeinderat hat wählen lassen, wie folgt:

„In der Organisation haben sie uns gesagt... in meinem Fall war es ein Vorschlag der Organisation, sie fragten mich ob ich nicht für den Gemeinderat kandidieren wolle. Aber ich sagte ihnen, ich habe keine Ausbildung, ich war nur auf der Volksschule und sonst nichts. Oh mein Gott, ich wusste nicht was ich tun sollte, also fragte ich meinen Vater und er versicherte mir, dass er mich unterstützen würde. Also ging ich zur Organisation und sagte, dass ich mein Möglichstes tun würde, dass ich – so gut ich könnte – die Arbeit erledigen würde. Da wir aus einer *comunidad* kommen, kennen wir die Bedürfnisse, die wir haben, also werde ich versuchen, für unsere Bedürfnisse zu kämpfen. Ich sagte, gut, ich werde für meine Gemeinde (mi gente) arbeiten, ja, das war meine Motivation. Und dank der Wahlkampfkampagne, der Gemeinde sei dank, akzeptieren sie mich auch, weil sie selbst mich gewählt haben. Ich war die letzte Kandidatin auf der Liste und wenn ich 17 Stimmen mehr gehabt hätte, wäre ich Vizepräsidentin geworden. Als sie die Stimmen auszählten, dachte ich immer nur, oh mein Gott, was mache ich nur, wenn ich gewinne?" (Rosa 2006: Z. 17).

Die Schilderung von Rosa wirft mehrere Fragen auf: Erstens, nach welchen Kriterien entscheiden die OSGs welche ihrer Mitglieder sie für die Gemeinde-

ratswahlen aufstellen? Während es in der Gemeinde Toacazo zum Teil ehemalige Präsidenten der OSG waren, scheint im Falle von Rosa ein junges, neues Gesicht gefragt gewesen zu sein. Man könnte hier kritisch anmerken, dass es bei jungen, wenig erfahrenen Kandidaten für die OSG einfacher ist die Kontrolle über die JPR zu behalten und dass dadurch die Gefahr gebannt wird, dass sich die von der OSG Entsandten in ihrer Funktion als Gemeinderat gegenüber der OSG emanzipieren und eine eigene Politik verfolgen.

Zweitens, warum ist es ihr trotz ihrer mangelnden Erfahrung und ihres jungen Alters gelungen, so viele Stimmen auf sich zu vereinen?

Drittens, wie werden die Listen für die Gemeinderatswahlen legitimiert? In einer Gemeinde, in der 70 Prozent Indigene sind, werden die Vorschläge der OSG ohne Diskussion angenommen. Gemäß der Kritik an der vertikalisierten indigenen Demokratie, in der die Führung *(líder)* die Entscheidungen für das Volk trifft[19], liegt der Schluss nahe, dass die Gemeinderatswahlen nur eine formale Absegnung der Entscheidungen des OSG Vorstandes durch die Gemeinde sind, ohne dass tatsächlich eine demokratische Auseinandersetzung zwischen oppositionellen Gruppen stattfindet. Eine weitere Interpretationsmöglichkeit ist, dass es für die OSG am wichtigsten war alle Gemeinderatsplätze mit Vertretern von Pachakutik zu besetzen, um der mestizischen Minderheit keine Möglichkeit zu geben, Kandidaten anderer Parteien in den Gemeinderat zu wählen. Auch in Toacazo erklären die Pachakutik Mitglieder im Gemeinderat ihre Präsenz durch den Wunsch koloniale Machtlandschaften endlich zu durchbrechen:

„In der Organisation gilt es als Prestige. Früher konnten wir uns nicht einmal in der *zona baja* der Gemeinde aufhalten und heute haben wir eine eigene politische Vertretung. Es ist ein Ansporn weiter zu kämpfen und zeigt, was die Organisation über die letzten Jahrzehnte hinweg erreicht hat" (Gustavo 2006: Z. 73).

Das erklärt, warum in Toacazo drei der fünf Gemeinderatmitglieder auch gleichzeitig aktiv in der indigenen Organisation UNOCANC sind. Gustavo selbst, ist momentan nicht nur Präsident der OSG, sondern war zuvor bereits *teniente político* für zwei Amtsperioden und sowie einmal Präsident der JPR (Gustavo 2006: 55-56). In seinen Augen ist es ihnen in Toacazo gelungen, die Macht der Gemeinde in die Hände der Indigenen zu legen und sich der mestizischen Vorherrschaft vollständig zu entledigen.

Die synkretistischen Machtbeziehungen, die zu hybriden Organisationsformen zwischen staatlichen, westlich geprägten Demokratievorstellungen und traditionellen, indigenen Ideen von Gemeinschaft führen, sind Ergebnis eines Prozesses, den Forero (2006) mehrfach anspricht und der Ausgangspunkt dieser Untersuchung war: die JPRs *„sind keine leeren Gefäße, die beliebig gefüllt werden können"* (Z. 31), sondern bauen viel mehr auf bestehenden Machtlandschaften auf, die historisch, kulturell und sozial geprägt sind. Die neuen (von staatlicher Seite vorgesehenen) Strukturen, Mechanismen und Praktiken der Gemeinderäte werden

[19] Siehe hierzu Ausführungen über das Demokratieverständnis der indigenen sozialen Organisationen im Kapitel „Machströme zwischen (mächtigen) Akteuren", Zitate Krainer und Yanez.

durch die Erfahrungen, Traditionen und Praktiken der OSGs überformt, vermischt und reformuliert. Die These von Selverston-Scher (2001), dass *„as is common in agrarian societies, democratic institutions that function reasonably well in the city are not equally available or functional in the countryside, both in terms of institutions and citizenship"* (S. 102), möchte ich deshalb dahingehend kritisieren, als dass die gleichen Institutionen im ländlichen Raum nicht weniger gut funktionieren als im städtischen, sondern dass vielmehr diese Institutionen an den ländlichen Raum angepasst werden müssen, bzw. sich der ländliche Raum diese Institution zu eigen machen muss, indem er sie mit seinen eigenen Strukturen, Organisationsformen und Praktiken füllt.

Kooperation: gemeinsam zum Ziel, jeder in seiner Rolle

Der letzte beobachtete Typ von Machtbeziehung in den Gemeinden, zeichnet sich durch die Kooperation der verschiedenen lokalen Akteure aus und beruht auf dem gegenseitigen Respekt der einzelnen Akteure untereinander.

Mulaló ist eine Gemeinde, in der dieser Typ Machtlandschaft anzutreffen ist: Die soziale (mestizische) Organisation ALMUSAMA, der *teniente político* und die Kirche arbeiten unter der Koordination der JPR in verschiedenen Projekten, wie zum Beispiel der Wasserversorgung eng zusammen:

„In der letzten Zeit versuchen wir alle gemeinsam zu arbeiten. Wir haben uns der sozialen Organisation angenähert, versuchen mit dem *teniente político* und den Vertretern der *barrios* gemeinsame Entwicklungsziele zu definieren. Wir möchten die gemeinsam definierten Ziele durch eine gute Koordination und Zusammenarbeit erreichen. Gemeinsam mit ALMUSAMA versuchen wir die Wasserversorgung zu verbessern. Wir haben einen Antrag bei der japanischen Botschaft gestellt, die uns zugesagt hat, uns bei der Finanzierung der Wasserversorgung für fünf *barrios* zu unterstützen" (Fernando 2006: Z. 14).

In einigen Gemeinden haben die Gemeinderäte verstanden, dass nur durch eine Kooperation mit den anderen Institutionen vor Ort, die in Gemeindeversammlungen definierten Entwicklungsziele erreicht werden können. Dazu bedarf es einer gewissen Offenheit der Gemeinderäte gegenüber den Ideen und Vorstellungen anderer lokaler Akteure sowie einer klaren Abgrenzung der Verantwortlichkeiten. Voraussetzung eines harmonischen Miteinanders ist es, Parteigrenzen und ethnische Zugehörigkeiten zu überschreiten und jeden Akteur als gleichwertig zu beteiligen.

Während in nur wenigen Gemeinden eine tatsächliche Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren auf Gemeindeebene stattfindet, wurde in vielen Interviews betont, dass die Gemeinderäte und die sozialen Organisationen eigentlich das gleiche Ziel verfolgen: Sie wollen Entwicklungsprojekte in die Gemeinde bringen und die Lebenssituation der Bürger verbessern. Mit dem einzigen Unterschied, dass die OSGs nur für „ihre" *comunidades* verantwortlich sind, die JPRs dagegen für die ganze Gemeinde.

„Für mich, der sowohl Präsident der Junta als auch der OSG war, haben wir die gleichen Funktionen, die *Junta* und die UNOCANC. Die Funktionen, wie sie im Gesetz stehen, sind, dass der Präsident die Interessen des Dorfes vertreten muss. Er muss Projekte suchen, die die Entwicklung der gesamten Gemeinde vorantreiben. Die UNOCANC muss nur für die sorgen, die innerhalb der UNOCANC organisiert sind, also für die 30 *comunidades*. Die JPR muss dagegen

für die gesamte Gemeinde sorgen. Die Verantwortung ist also größer. Aber im Grunde haben wir die gleichen Funktionen und deshalb bedarf es auch einer funktionierenden Organisation zwischen der JPR und der OSG. Aber da jeder seine eigenen Lorbeeren ernten will *(cada uno quiere llevar el agua a su molina)*, ist eine Zusammenarbeit oft nicht so einfach" (Gustavo 2006: Z. 33).

Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit – trotz des Bewusstseins eines gemeinsamen Ziels – treten vor allem in den Gemeinden auf, in denen die Mitglieder der JPR vorwiegend aus dem Zentrum der Gemeinde *(cabezera parroquial)* kommen und mestizischer Herkunft sind, die OSGs sich dagegen in den höher gelegenen indigenen Zonen befinden. Dabei sind die verschiedenen kulturellen Prägungen und Erinnerungen an die koloniale Geschichte, in der die Zentren von den mestizischen Großgrundbesitzern dominiert waren und indigene Leibeigene in den *comunidades* lebten, verantwortlich dafür, dass eine Zusammenarbeit meist in Auseinandersetzungen und Vorwürfen endet:

„Die OSG befindet sich vor allem in der *zona alta*, die komplett andere kulturelle Züge hat. Die *zona baja* identifiziert sich dagegen mehr mit der JPR. Es hängt also sehr stark mit der Kultur zusammen, mit den kulturellen Prozessen, Lebensformen, aber ich glaube, dass die JPR die einzige Instanz ist, die dazu in der Lage ist, die gesamte Gemeinde zu verwalten" (Tibán, A. 2006: 55).

Trotz der Schwierigkeiten und des großen (kulturellen) Konfliktpotentials sehen die meisten OSGs (Pedro 2006: 32) in der Kooperation mit den JPRs eine Möglichkeit, um finanzielle Mittel von den übergeordneten subnationalen Regierungen zu erhalten. Deshalb findet vor allem in der Ausarbeitung des Gemeindeentwicklungsplans (s. Erzählung Mulaló: Der Entwicklungsplan) in den meisten Gemeinden eine, wenn manchmal auch nur temporäre, Zusammenarbeit zwischen OSG und JPR statt.

„Aufgrund der Tatsache, dass alles unsere Leute sind, denn der Präsident der *Junta* ist auch von der UNOCANC, kommen wir immer sonntags ins Dorf um miteinander zu reden, zu planen, um zu sehen, welche Aktivitäten die *Junta* macht, was wir machen, was in der Gemeinde passiert. Wir sind also immer im Kontakt miteinander, reden miteinander, koordinieren uns. Wenn es Versammlungen des Gemeinderates gibt, bin ich selbstverständlich anwesend und wenn wir eine Versammlung haben, ist der Präsident der JPR auch dabei und natürlich der *teniente*. Wir reden also ständig miteinander und so haben wir eine umfassende Koordination. Wir analysieren gemeinsam die Situation der Gemeinde, die UNOCANC und die JPR, und einigen uns auf die dringendsten Bedürfnisse, die wir im POA (Entwicklungsplan) festschreiben. Alle Mitglieder des Gemeinderats und alle *dirigentes* der UNOCANC – wir sind elf und die von der *Junta* sind fünf" (Gustavo 2006: Z. 35, 52).

Paola, die Sekretärin der JPR ist jedoch anderer Meinung als Gustavo, der Präsident der UNOCANC, was die Zusammenarbeit zwischen OSG und JPR betrifft.

„Sie sagen zwar, dass sie sich mit uns absprechen wollen, dass sie gemeinsam mit der *Junta* arbeiten wollen, aber in der Realität sieht das anders aus. Wenn sie nicht ihre Meinung durchsetzen können, dann gehen sie einfach ihren eigenen Weg, überspringen uns, gehen direkt zum Präfekten. Aber die Herren der Junta sind auch selbst daran Schuld. Aufgrund der Tatsache, dass drei von ihnen auch von oben sind (d.h. Mitglied der OSG) lassen sie alles mit sich machen und zwingen die OSG nicht, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und mit den Präsidenten der UNOCANC auf einer Augenhöhe zu reden. Es ist wirklich keine gute Zusammenarbeit, die OSG

macht was sie will und wenn wir nicht spuren, lassen sie uns einfach links liegen" (Paola 2006: Z. 40).

Man sieht an den beiden konträren Aussagen, dass soziale Beziehungen subjektive Empfindungen eines jeden Einzelnen sind, je nach dem wie man sich selbst in den Machtlandschaften verortet. Da sich die Sekretärin von den Machtstrukturen der UNOCANC dominiert fühlt, hält sie die Beziehung nicht für gleichwertig. Die in der Machtbeziehung dominierende OSG fühlt sich dagegen als sehr kooperativ gegenüber der JPR.

Definition einer guten Zusammenarbeit, ihre Ziele und Vorstellungen über geeignete Kommunikationsformen können folglich von Akteur zu Akteur sehr stark divergieren.

Wie in Mulaló wächst in immer mehr Gemeinden das Bewusstsein dafür, dass die einzelnen lokalen Akteure nur etwas erreichen können, wenn sie kooperieren und gemeinsam für die Ziele in der Gemeinde kämpfen.

„Wir (die OSG) arbeiten mit dem Stadt- und Provinzrat, ja, wir arbeiten gemeinsam mit der *Junta*. Gemeinsam können wir mit mehr Nachdruck Forderungen stellen. Das ist die Macht der *Junta,* dass wir uns immer vereinen. Früher war die *Tenencia* immer außen vor, heute ist es die *Tenencia,* die *Junta* und die Organisation. Wir vereinen Kräfte und fordern gemeinsam unsere Rechte ein. Die in der Provinz- und Stadtregierung haben fast schon Angst vor uns" (Federico 2006: Z. 31).

Durch Kooperation können historische *power over* Beziehungen zugunsten des ländlichen Raums verschoben werden. Wie das Zitat zeigt, können durch Zusammenarbeit der lokalen Akteure die ländlichen Machtlandschaften verändert werden. Ziel einer Kooperation, nicht nur auf lokaler Ebene, sondern über die Regierungsebenen hinweg, könnte es sein, destruktive *power over* Beziehungen in *power to*, d.h. in konstruktive Macht zu transformieren. Diese konstruktive Macht könnte die Realität des ländlichen Raums nach den Vorstellungen der „ermächtigten" *(empowered)* Bürger verändern.

Reflexion: Vier Gemeinden sechs Machtlandschaften

Sechs identifizierte Machtlandschaftstypen in nur vier ausgewählten Fallgemeinden – wie passt das zusammen, wird sich der/die aufmerksame LeserIn fragen. In den letzten beiden, sich widersprechenden Zitaten wurde es bereits angedeutet: Machtlandschaften sind subjektiv wahrgenommene soziale Konstrukte, ein jeder kann sie anders wahrnehmen.

Hinzu kommt, dass die Machtlandschaften sich überlappen, ineinander fließen, sich überschneiden. Konfliktive Beziehungen mit dem einen lokalen Akteur und konstruktive Zusammenarbeit mit einem anderen sind gleichzeitig innerhalb einer Gemeinde möglich.

Einige Machtlandschaftstypen gehen auch ineinander über, in Toacazo zum Beispiel findet einerseits eine Dominanz der JPR durch die OSG statt, andererseits absorbiert die OSG die JPR dadurch, dass zunehmend Mitglieder der OSG zu gewählten Vertretern der JPR werden und so die beiden Institutionen mehr und mehr ineinander verschmelzen und eine klare Trennung zwischen beiden immer

schwieriger wird. Aus Sicht der mestizischen Gemeinderatsmitglieder in Toacazo findet ein Konkurrenzkampf zwischen JPR und OSG statt, darüber, wer die höhere Autorität in der Gemeinde hat. Wohingegen die Führungsriege der OSG davon ausgeht, dass beide Institutionen sehr gut miteinander kooperieren. Machtlandschaften sind eben subjektiv wahrgenommene soziale Konstrukte, je nach dem Standpunkt innerhalb der Machtlandschaft.

Abschließend sollen noch zwei Machtlandschaften skizziert werden, die in fast allen Gemeinden der Provinz, wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung, zu beobachten sind:

- die *ethnoscapes*, die die ethnischen Machtgefälle zwischen Indigenen und Mestizen thematisieren und
- die *genderscapes*, die auf den sozialen Rollenvorstellungen des *machismo* und *marianismo* basieren und zu ungleichen Machtbeziehungen innerhalb der Gemeinden und ihrer Institutionen führen.

Diese beiden Machtlandschaften überschneiden sich, verweben sich ineinander und sind den oben diskutierten Machtbeziehungen immanent.

Zwischen Indigenen und Mestizen: Ethnoscapes

„For our people, it is better that state machinery does not reach into the community. Whatever happens, we live a tranquil life here. My father said, „It does not matter who wins the election. Will they help me plow? Plant? Weed the field? It will make no difference. You need to do what they ask when they ask. Politicians do not mess with the community internally". People said „okay, we'll do what they ask". If we did not comply with them, they would have killed us, and we would not have survived. Compliance was a way by which to show resistance. There were a variety of such mechanisms and forms of resistance among our people. The mechanisms of resistance maintained the autonomy at the community level. People know how to preserve their own culture, their own ways of doing things, their own institutions" (Macas et al. 2003: 220).

Das Zitat von Luis Macas, der derzeitige Präsident der CONAIE ist, sowie als Präsidentschaftskandidat in den Wahlen 2006 aufgestellt war, soll als Ausgangspunkt dienen um über die *ethnoscapes* in den Gemeinden zu diskutieren. In ihm werden die (post)kolonialen Beziehungen zwischen Indigenen und Mestizen beschrieben, die prägend für das Politikverständnis der Indigenen sind. Das Misstrauen gegenüber allen staatlichen Institutionen ist tief in der Geschichte der Indigenen verwurzelt und wird durch die bis heute anhaltende Diskriminierung der Indigenen in öffentlichen Instanzen weiter genährt. Es scheint nicht weiter überraschend, dass viele indigene Gemeinden in den Lokalregierungen bis heute eher Repräsentanten einer fernen mestizischen Gesellschaft sehen, als die Vertretung ihrer eigenen Interessen. Viele Indigene sind immer noch skeptisch gegenüber sämtlichen „offiziellen" staatlichen Vertretern, denn aus ihrer historischen Erfahrung hatten im ländlichen Raum traditionell immer die Landeliten die politische Kontrolle und Macht inne.

Wie die Ausführungen über die Typen von Machtbeziehungen in den Gemeinden gezeigt haben, hat sich durch die Politisierung der indigenen Bewegung vieles in den ländlichen Machtlandschaften verändert. In den Jahren nach den Agrarreformen

konnten die indigenen Akteure aufgrund der geringen staatlichen Präsenz im ländlichen Raum an Macht gewinnen (Ströh 2005). In vielen indigen geprägten Gemeinden, wie Cusubamba oder Toacazo ist es den Indigenen gelungen, ihre Machtbasis aus den sozialen Organisationen heraus in die JPRs hinein zu erweitern. Mit dieser Expansion der Macht geht auch eine räumliche Erweiterung der Macht von den *comunidades* der *zona alta* in die historisch von Mestizen geprägten Zentren der Gemeinden einher.

Die Ausweitung der indigenen Machtlandschaft verläuft nicht reibungslos. Wenn auch die indigenen Organisationen in den letzten Jahren an Legitimation innerhalb der ecuadorianischen Gesellschaft gewonnen haben, so bestehen Vorurteile und Diskriminierung gegenüber den Indigenen fort. Während die einen insbesondere die *otherness,* die Differenzen zwischen den Indigenen und Mestizen, wahrnehmen wie Gabriela, berichtet Antonio von offenem Rassismus der Mestizen gegenüber den Indigenen, der darauf beruht, die eigene Identität (die der Mestizen) in positiver Form abzugrenzen, in dem das *andere (other)* degradiert wird.

„Die Kultur der *zona alta*, der Zone, die über 3.000 Meter beginnt ist eine völlig andere, auch wenn diese sich langsam ebenfalls verliert. Denn in der *zona alta* benutzen sie immer noch die Dinge, die wir früher alle benutzt haben, die Hüte, die Röcke und Ponchos und natürlich die Sprache. Sie reden kichwa und wir, wir reden kastellano" (Gabriela 2006: Z. 15),

„Ein Indio ist einer, der vom Land kommt, der zu nichts nutz ist und keinerlei Bildung hat. Er ist schmutzig, ein Dreckssschwein, das für nichts zu gebrauchen ist" (Antonio 2006: Z. 19).

Auch wenn in den Gemeinderäten selbst selten in so deutlichen Worten gesprochen wird, so ist die Diskriminierung allgegenwärtig. Juan berichtet aus der Gemeinde Toacazo, in der drei indigene Vertreter in den Gemeinderat gewählt wurden:

„Es gibt immer noch Rassismus hier. Früher wurde die *Junta* von weißen Männern mit wohlklingenden Nachnamen repräsentiert. Viele hätten das auch heute gerne noch so. Aber jetzt haben wir indigene Mitglieder im Gemeinderat, die keine repräsentativen Persönlichkeiten der Gemeinde sind und deshalb weniger wertgeschätzt werden. Auch in der Organisation gibt es diese Tendenz, als ob sie selbst sich zu wenig wertschätzen" (Juan 2006: Z. 45-46).

Nach Juans Ansicht besteht ein gewisser Widerspruch darin, dass die Indigenen zwar einerseits für mehr Partizipation eintreten, andererseits aber ihre eigenen Repräsentanten nicht ausreichend wertschätzen. Diese These könnte auch durch die Wahlergebnisse 2006 gestützt werden, bei denen der einzige indigene Kandidat Luis Macas, nur 2 Prozent (www.votebien.ec, 1.3.07) der Stimmen erhielt.

Gustavo, indigener Präsident der OSG in Toacazo empfindet im Gegensatz zu Juan, dass der Rassismus innerhalb der Gemeinde drastisch zurückgegangen ist:

„Seit wir (die Indigenen) zweimal die Gemeinderatswahlen gewonnen haben, ist die Zahl der Familien, die gegen uns sind, in der Gemeinde stark zurückgegangen. Heute sind etwa 80 Prozent der Bevölkerung auf unserer Seite, die uns verstehen, nur 20 Prozent sind vielleicht gegen uns. Wir, die wir Bauern sind, Indigene, die aus dem Paramó kommen. Heute leben viele hier im Zentrum der Gemeinde, die früher oben in den *comunidades* gewohnt haben. Deshalb gibt es heute nur noch so wenig, die gegen uns sind, weil die aus dem Zentrum nach Quito migriert sind. Es sind nur noch drei oder vier Familien, die gegen uns sind und manche mehr aus politischen als aus rassistischen Gründen" (Gustavo 2006: Z. 15-16).

Paola, Sekretärin der JPR von Toacazo, sieht wie viele andere Mestizen in der Provinz, dass sich die *ethnoscapes* in den letzten Jahren drastisch verändert haben und es zu einem regelrechten *reversal* der Diskriminierung gekommen ist. Dafür verantwortlich sind neben der Migration vieler Mestizen und einer damit einhergehenden *„Indigenisierung des ländlichen Raums"* (Boris 1998: 74), wie sie auch von Gustavo beschrieben wurde, die Politik der Bevorzugung indigener Bevölkerungsgruppen der NGOs, sowie die Politisierung der indigenen Identität.

„In Toacazo gibt es viel Rassismus, der von der indigenen Organisation ausgeht, der die Mestizen diskriminiert. Die Organisation ist eine riesige Gruppe Indigener, die noch alle den Schmerz vergangener Zeiten in sich tragen und jetzt wollen sie sich für ihr Leid revanchieren. Das führt natürlich dazu, dass die Indigenen egoistisch handeln, dass sie nur an sich und die Entwicklung ihrer *zona alta* denken, wir hier unten sind denen egal" (Paola 2006: Z. 57).

In vielen Gesprächen mit mestizischen Gemeinderatsmitgliedern war dieser neidvolle Unterton beim Thema Indigene heraus zu hören. Die Gemeinderäte beneiden die OSGs um ihre große Legitimation und Unterstützung in ihren *comunidades*, vergessen dabei jedoch oft, dass die OSGs bereits sehr viel für ihre *comunidades* getan haben und sie deshalb auf das Vertrauen und die Partizipation der Gemeinde bauen können. Neid herrscht vor allem gegenüber der erfolg-reichen Organisation der Indigenen, die ihre Interessen durchsetzt, indem sie Druck ausübt. Fernando bewundert insbesondere die Geschlossenheit der indigenen Bewegung:

„Die indigene Bewegung ist sehr stark hier in Cotopaxi, weil die Indigenen einen so großen Anteil an der Bevölkerung haben. Sie sind sehr diszipliniert und als Indigene sagen sie, „kommt, wählen wir für die 18, für Pachakutik, für den Regenbogen". Sie sind sehr diszipliniert, wir Mestizen im Gegensatz dazu, bekämpfen uns untereinander mit unseren 50 politischen Parteien. Die 50 Indigenen wählen also alle für die 18, für Pachakutik, und die 50 Mestizen spalten sich auf die 22 Listen auf, d.h. nicht mal 2 Stimmen pro Liste" (Fernando 2005: Z. 96).

Ob es hier wirklich um ethnische Machtlandschaften oder nicht vielmehr um politische geht, bleibt offen. Wie lange die indigene politische Bewegung die Einheit bewahren kann, ist fraglich, denn mit zunehmender Macht der indigenen Bewegung kommt es auch vermehrt zu Interessenskonflikten und immer mehr Vertreter fordern eine Pluralisierung der indigenen Bewegung (Whitten 2004).

Ethnische Machtlandschaften zu untersuchen bedeutet zu beobachten, wie Identitäten gelebt, wie sie *performed* werden. Kleidung ist für Radcliffe (1997) ein Ausdruck der *„geographies of Indigenous Self-representation"*, der einhergeht mit dem Identitätsdiskurs. In Ecuador nimmt die Zahl derer, die sich als „Indigene" kleiden insbesondere in der intellektuellen und politisch aktiven Bevölkerungsschicht zu. Yanez sieht darin eine Instrumentalisierung des Indigen-Seins:

„Weil was zurzeit passiert ist, dass ein Indigener indigen ist so lange es ihm hilft politisch aufzusteigen oder einen bestimmten Posten zu ergattern. Es gibt einen Abgeordneten, Guamán, der jetzt Poncho und Hut benutzt, was er nicht tat bevor er Abgeordneter war. Er ist einfach als Mestize durchgegangen, niemand hätte sagen können, dass er ein *indígena* ist. Aber als er an die Macht kam und er die Möglichkeit hatte, eine politische Karriere zu machen, setzt er sich den Hut

auf und warf sich einen Poncho über um seine indigene Identität zu unterstreichen. Wenn das Indio-Sein ihm gelegen kommt, ist er Indio, wenn nicht, nicht..." (Yanez 2006: Z. 40-41).

Radcliffe (1997) hingegen versteht den Rückgriff auf indigene Kleidung als *„an interplay of relations of power and new cultural syntheses"* (S. 9). Das Ziel der erneuten Verwendung indigener Kleidung ist es, indigene Identitäten innerhalb einer größeren Reichweite von Bedeutungsproduktion zu positionieren und damit die herkömmlichen Grenzen zwischen Räumen, seien es Körper oder Nationen, zu durchbrechen.

Sowohl Radcliffes als auch Yanez' Einschätzungen erscheinen vor dem Hintergrund der empirischen Untersuchung begründet, denn die Motive, die Indigene dazu bewegen zur ihrer *„indigenousness"* zurück zu kehren sind zahlreiche. In vielen Fällen ist es eine spielerische Neuverhandlung der Identitäten zwischen ethnischem Stolz und politisch-kulturellem Widerstand. Anhand der folgenden Erzählung und der drei Abbildungen soll gezeigt werden, dass ein Hybridisierungsprozess der *ethnoscapes* in der Provinz Cotopaxi abläuft, indem Indigene und Mestize ihre Identitäten und die Beziehung zwischen den Identitäten täglich neu verhandeln.

Abbildung 16: Indigen-Sein – Mestiz-Sein

Quelle: eigene Fotos eines Workshops im März 2006 in der Provinz Cotopaxi

Meistens redeten auf den Workshops „die Indigenen" mit den Indigenen und „die Mestizen" mit den Mestizen. Denn die Indigenen der Provinz Cotopaxi kannten sich von Treffen des MICC und die Mestizen fühlten sich diesen Gruppen nicht zugehörig. Durch die viele Gruppenarbeit, die in den Workshops der Gemeinderäte stattfand, kamen sich Indigene und Mestizen langsam näher. Rassistische Bemerkungen und die offensichtliche Segregation wurden weniger. Zu ersten Annäherungen kam es zunächst zwischen den hybrid gekleideten Indigenen, wie zum Beispiel dem Sekretär Poalós (erstes Bild ganz rechts), der mit seiner Kleidung einerseits seine indigene Herkunft deutlich machen wollte, weswegen er immer den *sombrero* trug, andererseits aber Wert darauf legte, „modern", „fortschrittlich" und „gebildet" zu wirken, wofür seine restliche Kleidung stand: die Baggyjeans, der lässige Pullover, die coolen Sneakers und sein Handy. Insbesondere die „traditionell" indigen gekleideten Frauen (wie Rosa, 3 Bild rechts) blieben dagegen lieber unter sich.

Ich weiß nicht mehr, wie es begann, aber plötzlich hatte Joselito seinen *sombrero* dem mestizischen Guillermo aus Mulaló geliehen und ich sollte ein Bild, von dem „neuen Indigenen" machen. Da tauchte Isabella auf, eine junge Sekretärin aus Panzaleo, die immer sehr darum bemüht war, sich „urban" und „modern" zu kleiden, und bat Rosa um ihren Hut. Alle lachten, auch Rosa. Als Guillermo, mittlerweile nicht nur mit Hut sondern auch mit Poncho gekleidet, Rosa mit auf das Foto ziehen wollte, zog sie ihre Stola tief ins Gesicht (Bild 2). Obwohl sie zunächst über das „Verkleidungsspiel" gelacht hatte, schien ihr es jetzt unangenehm. Erst nach dem Guillermo ein wenig mit ihr scherzte, ließ sie sich mit ihm als Paar ablichten, wenn auch mit verzogenem Gesicht.

Anhand der Erzählung und der Fotos sollte gezeigt werden, dass die früher klaren Grenzen zwischen indigener und mestizischer, zwischen ruraler und urbaner Identität – hier ausgedrückt durch die Kleidung – verwischen und sich neue hybride Identitäten bilden. Die Hybridisierung der Kleidung ist hier Ausdruck der Geschichte und Geographien der ehemals Marginalisierten und ihrer veränderten Rolle in der aktuellen ecuadorianischen Gesellschaft. Die Indigenen haben an Respekt innerhalb der Gesellschaft gewonnen, wie auch Pedro, Mitglied des MICC bestätigt:

„früher haben sie uns „*indio*" geschimpft, sie haben gesagt, „schaut, die *Indios* demonstrieren wieder". Heute im Gegensatz nennen sie uns „*Señores Indígenas*" (Pedro 2006: Z. 21).

So entstehen langsam veränderte Machtlandschaften in neuen Geographien der Identität, deren Wurzeln in diesen kleinen Annäherungen zwischen Indigenen und Mestizen liegen, die durch besondere Begegnungen wie dem „Verkleidungsspiel" zustande kommen.

Kleidung ist ein Ausdruck der Indigenität, hinter welcher bestimmte Gesellschaftsvorstellungen stehen. Indigene Ideen, wie Zusammenleben (Menschen – Mensch und Mensch – Umwelt) organisiert sein könnte und „Entwicklung" inhaltlich gefüllt werden müsste, gegen orthodoxe Entwicklungsstrategien abzuwägen, mestizische und indigene Lebensräume zu verhandeln, könnte Aufgabe der Lokalregierungen sein. „*Indigenous people have established important local spheres of power* (Almeida Vinueza 2005: 105) und in einigen indigenen Gemeinden, wie zum Beispiel Cotacachi, ist es gelungen alternative Ökonomien zu entwickeln. Täglich neu verhandelte *ethnoscapes* können als Ausgangspunkt dazu dienen „*Entwicklung in der Diversität zu finden*" (Tibán, L. 2006: Z. 18), um aus den verschiedenen Vorstellungen von Entwicklung, eigene, endogen angepasste Entwicklungswege hervor zu bringen. Dies geschieht einerseits über Rückbesinnung auf indigene Grundwerte – wie dem Respekt gegenüber der Natur, die nachhaltige Verwendung der natürlichen Ressourcen und der Priorität kollektiver gegenüber individuellen Interessen – und der angepassten Adaption „moderner" Entwicklung andererseits – wie dem angemessenem Einsatz moderner Technik in Form von Computern in der Verwaltung, neuen Kommunikationsmedien und dem organischen Anbau von Rosen zum Export.

Zwischen Männern und Frauen: Genderscapes

> "The women are supposed to be the tabula rasa, the ground on which men inscribe ethnicity or national identity in their struggles for power, what happens when the ground moves and speaks?" (Mallon 1996: 176).

Genderscapes – Machtlandschaften zwischen Frauen und Männern sind Produkt einer langen Geschichte der Dominanz patriarchalischer und heterosexueller Lebensformen, nicht nur in den Anden, sondern in weiten Teilen der Welt.

Als ich diese Untersuchung angelegt habe, ging es mir ausschließlich um die Machtlandschaften zwischen traditionellen und modernen soziopolitischen Organisationen. Ich wollte die ungleichen Machtlandschaften auf institutioneller Ebene untersuchen. In den meisten Interviews blieb das Gespräch deshalb auch auf diese Institutionen beschränkt. Aber es gab Interviews, da traten plötzlich die Einzelpersonen, die individuellen Lebensschicksale aus diesen Institutionen heraus.

Eines dieser Interviews war das Gespräch mit Paola, einer äußert aufgeweckten, jungen Sekretärin der JPR Toacazo. Wir waren allein, nur sie und ich in dem Zimmer des Gemeinderats, einem kalten Betonhaus in dem sie Tag für Tag arbeitet. Die Bedeutung des Gesprächs, die Brisanz des Themas wurde mir erst in dem Moment bewusst, als der Präsident des Gemeinderats mitten im Interview das Zimmer betrat und sie plötzlich wie ausgewechselt schien. Sie beantwortete nur noch so knapp wie möglich meine Fragen, blickte unentwegt zum Präsidenten hinüber und schien Angst davor zu haben, ein falsches Wort zu sagen. Deshalb habe ich bei der Auswertung der Interviews beschlossen, induktiv die Kategorie *genderscapes* zu bilden, obwohl das Thema nur in sehr wenigen Interviews angesprochen wurde. Sie erzählten mir ihre „Lebensgeschichten"– Episoden aus ihrem Alltag in ihrer Rolle als Sekretärin, als Mutter, als Ehefrau.

Anhand des Gesprächs mit Paola sollen einige der *genderscapes* angesprochen werden, denen die Frauen in den Gemeinderäten ausgeliefert sind, ohne dabei tiefer in die geschlechtsspezifischen Machtlandschaften der ecuadorianischen Gesellschaft einzudringen.

In 30 der 33 Gemeinderäte der Provinz Cotopaxi sind die Präsidenten männlich, lediglich in Poaló, 11 de Noviembre und Guangaje wird die Gemeinde von einer Präsidentin regiert, wobei in Poaló und in Guangaje die Ehemänner der Präsidentinnen versuchen, die Macht des Gemeindevorstandes an sich zu reißen. Bei allen Besprechungen waren sie anwesend und meist nahmen die Präsidentinnen vor wichtigen Entscheidungen mit ihnen Rücksprache. Dagegen waren zwei Drittel der Gemeinderatssekretäre/innen weiblich. Diese Rollenverteilung unterstützt die These von Seymour und Short (1994), dass Männer vor allem in prestigeträchtigen, macht-geladenen Positionen innerhalb der Gemeinde zu finden sind. Little (2002) spricht davon, dass Männer die *„flagship community institutions"* (S. 93) dominieren, während Frauen sich eher in den unsichtbaren Positionen des sozialen Sektors engagieren.

In zahlreichen (informellen) Gesprächen wurde immer wieder deutlich, dass insbesondere die Sekretärinnen, aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von der Gunst des Präsidenten, von ihren männlichen Kollegen diskriminiert werden. Die Problematik wird dadurch verstärkt, dass die Sekretärinnen für ihre Einstellung einen sekundären Bildungsabschluss vorweisen müssen, viele Gemeinderatspräsidenten selbst jedoch nicht über einen solchen verfügen.

„Die Situation ist sehr schwierig, es ist sehr hart. Denn als Frau fühlt man, denkt man und sieht man und man versucht etwas zu verändern, Dinge zu verbessern. In unserer Frauengruppe zum Beispiel haben wir versucht, dass kein Alkohol mehr an die Jugendlichen verkauft wird, und dass statt der Feste, an denen immer alle nur trinken, Sportveranstaltungen durchgeführt werden. Wir haben versucht mit den Gemeinderäten zu reden, aber sie haben uns einfach nicht angehört. Jetzt als Sekretärin ist es noch schlimmer, ich denke oft, dass ich als Vorsitzende der Frauengruppe hier in der Gemeinde noch mehr bewirken konnte als in der *Junta.* Denn jetzt kann ich gar nichts mehr machen, weil ich ja nur Sekretärin bin. Als Mitglied der Junta bleibt mir nichts anderes übrig, als die Herren *(los Señores)* zu unterstützen, auch wenn sie manchmal weniger gute Dinge tun. Und das bremst uns Sekretärinnen, denn meistens können wir noch so gute Ideen haben, sie hören uns einfach nicht an und sehr oft werden wir schlecht behandelt. Es ist so, wir haben weder Rede- noch Stimmrecht *(ni voz, ni voto)* man muss ruhig sein und darf nichts sagen, Punkt. Wir sollen uns einfach in unser Loch verkriechen und unsere Arbeit tun, ohne ein Wort zu sagen. Man kann nicht einmal seine Meinung sagen, denn allein dadurch können wir unsere Stelle verlieren.

Dann sagen sie einfach, dass sie uns feuern werden. Ja, es ist furchtbar. Das kommt alles daher, dass viele der Mitglieder über kaum formale Bildung verfügen. Selbst der Präsident kann weder schreiben noch lesen, ja und deshalb ist es so schwierig für uns. (...) Immer wieder haben sie mir gesagt, dass ich ja am liebsten selbst gerne Präsidentin der Junta wäre, aber das stimmt gar nicht. Sie hätten mich beinahe gefeuert, deshalb ziehe ich es jetzt vor, einfach nichts zu sagen, ich tue einfach nichts mehr, außer zu schreiben, ich führe einfach nur noch die Protokolle in den Sitzungen und sage nichts mehr. Ja, das ist das Problem – mein Gott..." (Paola 2006: Z. 65-72).

Betrachtet man die Diskriminierung, welcher Paola in einer *demokratischen* Institution ausgesetzt ist, liegt es nahe der These Littles (2002) beizupflichten, dass *„village institutions can be a powerful influence on the reinforcement of conventional rural gender relations and on the traditional nature of rural women's gender identity"* (S. 91).

Die traditionellen Rollen des *machismo* und *marianismo*, der Mann, der seine sexuelle und soziale Macht und Männlichkeit auslebt und die Frau, die das ‚machohafte' Gebaren mütterlich akzeptiert, spiegeln sich in der internen Rollenverteilung vieler Gemeinderäte wider. Paola gibt aber auch zu bedenken, dass es den indigenen Frauen in vielen Gemeinden gelungen ist, starke Frauenorganisationen aufzubauen, die in den OSGs gleichwertig integriert sind:

„Der Machismo, die Männer sind viel mehr wert als die Frauen, aber oben in der *zona alta* behaupten sich die Frauen, sie haben eine riesige Frauenorganisation, ..." (Paola 2006: 147).

Über die Genderrollen in indigenen Organisationen gibt es nur wenige, sehr allgemein gehaltene Untersuchungen (Red Interamericana Agricultura y Democracia 1998, Menjívar 2001, Jelin 1990). Alle Autoren sind sich jedoch darüber einig, dass die indigenen Genderrollen von den mestizischen Rollenvorstellungen divergieren, was auch Hamilton (1998) in seiner These der *„two-headed households"*, der gleichberechtigten Rollenverteilungen in indigenen Haushalten, aufzuzeigen versucht. Yanez (2006) unterstreicht die Unterschiede zwischen den mestizischen und indigenen *genderscapes:*

„Als wir uns die Teilnehmerlisten ansahen, dachten wir, das kann doch nicht sein, dass keine Frauen in der Versammlung waren, aber dann fanden wir heraus, dass sie sich mit dem Namen ihrer Männer eingetragen hatten. Aber wer fällt die wichtigen Entscheidungen? Wir haben herausgefunden, dass die Entscheidungen nicht die Männer treffen, sondern die Frauen. Man kann es oft in Versammlungen beobachten, wenn es etwas wichtiges zu entscheiden gibt, dann verlassen die *dirigentes* den Raum und gehen zur Küche, um die Frauen zu fragen. Diese Form der Partizipation der Frauen in den Anden – sie ist verrückt. Dort von der Gleichberechtigung der Geschlechter zu reden, da muss man zuerst diese Strukturen verstehen. Oft kommt es in den Versammlungen auch vor, dass die Frauen stricken und gar nichts sagen und manchmal scheint es, dass sie eingeschlafen wären und gleich vom Stuhl fallen würden, aber wenn jemand etwas sagt, was ihre *comunidad* betrifft, dann springen sie auf, protestieren und anschließend schlafen sie weiter. Es sind andere, passivere Formen der Partizipation" (Yanez 2006: Z. 68-69).

Wie Yanez betont, sind die Formen der Partizipation, des Politikmachens von Frauen andere als die der Männer. In wie weit indigene Frauen diese andere Form des Politikmachens und ihre eigenen Vorstellungen von Entwicklung in das Leben der Gemeinde einbringen können, kann ich, als Außenstehende, schwer beurteilen.

Wie das Zitat von Paola jedoch zeigt, haben Frauen oft andere Vorstellungen davon, wie eine erfolgreiche Entwicklung der Gemeinde aussehen könnte, die sie jedoch aufgrund der anhaltenden Dominanz von Männern in Schlüsselpositionen und deren *„maskuliner Interpretation von Entwicklung"* (Little 2002: 145) nicht umsetzen können. Ein ländlicher Entwicklungsbeauftragter sagte einmal über den männlichen Bias in Entwicklung:

> "It is much more difficult to show what you've achieved in terms of a counselling project or a music project. But if you can say 'I've built this' people can see it and see where the money has gone" (zitiert nach Little 2002: 145).

6. Konklusion: Lokalregierungen als „Post-Developer"?!

„Cotopaxi ist ein gutes Beispiel um zu zeigen, dass das einzige was nicht „verwaltet" (gestionado) wird, die interne Kommunikation und die Inwertsetzung der eigenen Güter und Reichtümer der Provinz sind, sondern dass sich alles Handeln darauf konzentriert, Gelder und Ressourcen von externen Akteuren zu ergattern, die natürlich dann ihre eigenen Vorstellungen von Entwicklung und Politik in der Region umsetzen und die Entwicklung der Provinz bestimmen. Deshalb sind die Fragen, was wollen wir erreichen, wie wollen wir es erreichen und wohin wollen wir uns entwickeln, entscheidend, um uns von den vorgefertigten Vorstellungen von Entwicklung externer Akteure lösen zu können. Cotopaxi ist aufgrund der enormen Präsenz von NGOs und anderen Entwicklungskooperationen ein gutes Territorium um diese Fragen zu stellen" (Forero 2006: Z. 38).

Insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich in Ecuador der momentane Dezentralisierungsprozess unter dem Rückzug *(roll-back)* der Zentralregierung und einer zunehmenden *„NGO-isation"* (Radcliffe 2002: 5) abspielt, ist es wichtig, dass sich lokale Akteure mit den von Forero aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen. Gemeinsam mit den Bürgern und den im Territorium anwesenden Institutionen soll „Entwicklung", wie von der Post-Development Schule gefordert, mit neuen, eigenen Inhalten gefüllt werden. Das Schwierige dabei ist, sich von der Macht, der über Jahren hinweg in öffentlichen Diskursen und in den imaginären Geographien der Medien propagierten orthodoxen Vorstellungen von Modernisierung nach dem Vorbild der Industrieländer, zu lösen.

Lokalregierungen können geeignete Akteure für die Aufgabe sein, lokale Bedürfnisse zu identifizieren und endogene Ressourcen – Humankapital sowie natürliche Ressourcen – zu bündeln. Indem Lokalregierungen einerseits marginalisierten Bevölkerungsgruppen Partizipationsmöglichkeiten an staatlichen Mechanismen geben und andererseits als Vermittler zwischen diesen Bevölkerungsgruppen und anderen (nicht)staatlichen Akteuren auftreten, können sie als Moderatoren lokaler Entwicklung fungieren. Wenn es ihnen selbst gelingt, sich als Lokalregierungen zu begreifen, die sich nicht von übergeordneten Instanzen dominieren lässt, sondern ihre eigenen Interessen und die ihrer Gemeinden durchsetzt.

Die sozioökonomische Situation der ländlichen Bevölkerung kann nur verbessert werden, wenn die verschiedenen Akteure des ländlichen Raums beginnen in einem lokalen Netzwerk miteinander zu arbeiten, um gemeinsam Entwicklungsziele und –wege zu definieren und umzusetzen. Als ein nach außen hin gestärkter Akteur

könnte es so dem ländlichen Raum gelingen, die *urban bias* im nationalen Entwicklungsdiskurs zu durchbrechen und sich gegenüber externen aufoktroyierten Vorstellungen von Entwicklung zu empanzipieren.

Lokale Entwicklungspotentiale wie indigenes Wissen, touristische Produkte oder ökologische Landwirtschaft müssen erkannt werden um lokale Ökonomien anzustoßen, anstelle nur auf Entwicklungsimpulse von außen zu warten. Im Sinne der Post-Development Schule (Escobar 2005) können so hybride Formen und Vorstellungen von Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation, die sowohl auf ‚traditionellen', indigenen als auch auf modernen Elementen beruhen, neue Impulse für einen verbesserten Lebensstandard (Sen 2000) geben. Indem Machtlandschaften zwischen Akteuren, Identitäten, Ethnien und Generationen, aber auch Machtlandschaften, die durch die einseitige Legitimation eines Wissenssystems entstanden sind, zugunsten des ländlichen Raums verschoben werden, können neue Räume für alternative, endogene Entwicklungen entstehen.

Die im Zentrum dieser Arbeit stehenden Lokalregierungen Ecuadors können im Spannungsfeld zwischen Post-Development und orthodoxen Entwicklungsparadigmen, zwischen Good Governance und korrupter politischer Kultur, zwischen indigenen und westlich demokratischen verortet werden. Das theoretische Konzept der *powerscapes*, diente in dieser Arbeit dazu, die zahlreichen, sich überlappenden Machtlandschaften der Provinz Cotopaxi zu analysieren, in welchen die jeweiligen Lokalregierungen eingebettet sind. Exemplarisch für andere periphere Regionen und Institutionen Lateinamerikas wurden die institutionellen, ethnischen und genderspezifischen Machtlandschaften des ländlichen Raums bzw. der ländlichen Gemeinderäte dekonstruiert. Die einleitend gestellte Frage, auf welche Machtlandschaften *(powerscapes),* die im Zuge des Dezentralisierungsprozesses neu implementierten Lokalregierungen stoßen und wie sich diese Machtbeziehungen in ihren Praktiken manifestieren kann, wurde unter Hinzuziehung der empirischen Fallbeispiel-Gemeinden beantwortet.

Zusammenfassend lässt sich dabei konstatieren, dass die Lokalregierungen im ländlichen Raum mit den indigenen sozialen Organisationen, der Kirche und den staatlichen Regierungsvertretern *(tenientes políticos),* die traditionell die gesellschaftliche Organisation des ländlichen Raums dominierten und kontrollierten, zusammenstoßen, und sich dabei unterschiedliche Macht-konstellationen ergeben. Während in vielen Fällen die sich überschneidenden *institutionscapes* zu Konflikt- oder Konkurrenzsituationen zwischen diesen Institutionen führen, die darauf beruhen, dass sich die traditionellen den ländlichen Raum dominierenden Akteuren von der neuen Institution in ihrer Autorität angegriffen fühlen bzw. deren Autorität nicht akzeptieren wollen, ergeben sich gleichzeitig in anderen Gemeinden auch synkretisierende oder kooperative Praktiken. Abhängigkeiten der lokalen Akteure von übergeordneten staatlichen Institutionen werden durch nicht konsequent umgesetzte Dezentralisierungs-strategien hervorgerufen.

Wie in der Diskussion über Good Governance-Ansatz aufgezeigt, haben Dezentralisierungsprozesse das Ziel Machtlandschaften zu verschieben und Ressourcen neu zu verteilen, was theoretisch zu egalisierenden Effekten innerhalb einer Gesellschaft führen sollte. Dezentralisierung ist jedoch ebenso wie Entwicklung ein Konzept, das aus der Geschichte Europas hervorgeht und deshalb nicht unreflektiert auf andere Länder und Regionen der Erde übertragen werden sollte, da ihm gewisse Vorstellungen von Macht und Gesellschaftsordnung eingeschrieben sind, die nicht zwingend denen anderer Gesellschaften entsprechen. Im Falle Ecuadors führt der durch die internationalen Entwicklungsorganisationen angestoßene Prozess zu Schwierigkeiten, da die Demokratie und die politische Kultur des Landes von Misstrauen und Machtkonzentration in den Händen der politischen und wirtschaftlichen Eliten geprägt ist. Als Konsequenz daraus ergibt sich, dass Macht nur partiell und sektoral abgegeben wird und mit der Übertragung von Aufgaben oft nicht der erforderliche Transfer von finanziellen Mitteln einhergeht. Die in der Arbeit beschriebenen Abhängigkeiten innerhalb der Machtlandschaften der Lokalregierungen von den klientelistischen und populistischen Praktiken der subnationalen Regierungen sind Ergebnis dieser Problematik.

Die Lokalregierungen befinden sich jedoch nicht nur in einem Raum zwischen den traditionellen institutionellen Machtlandschaften, sondern in ihnen spiegeln sich auch die der ecuadorianischen Gesellschaft inhärenten ethnischen und geschlechtsspezfischen Machtlandschaften wider. Die konfliktiven Geographien der Identität manifestieren sich dabei in den alltäglichen Praktiken der politischen Akteure. Der sich daraus ergebende Rassismus ist primär von den Mestizen gegen die Indigenen gerichtet, wobei es durch die Indigenisierung des ländlichen Raums (Boris 1998) und den Empowerment-Prozess der indigenen Organisation auch verstärkt zu diskriminierenden Praktiken der Indigenen gegenüber der Mestizen kommt.

Diskriminierungen innerhalb der Gemeinden sind nicht nur aufgrund der ethnischen Identität zu konstatieren, sondern vor allem auch innerhalb der genderspezifischen Machtlandschaften zu beobachten. Da die traditionellen Genderrollen des *Machismo* und *Marianismo* zunehmend durch eine bessere Schulbildung der Frauen einerseits und durch Migrationsphänomene andererseits aufgebrochen werden, kommt es zu einer verstärkten Diskriminierung der Frauen von Seiten der sich in ihrer Machtposition bedroht fühlenden Männer.

Die Lokalregierungen in Ecuador befinden sich in einer Phase des „Dazwischenseins" zwischen diesen institutionellen, ethnischen und genderspezifischen Machtlandschaften. Verstärkt wird dieses Charakteristikum dadurch, dass sie noch eine sehr junge Institution sind. Sie befinden sich in einem ständigen Prozess des Synkretismus, der durch die diversen *powerscapes* des ethnisch fragmentierten ländlichen Raums Ecuadors vorangetrieben wird. Insbesondere an den Schnittstellen, an denen die unterschiedlichen *powerscapes* dieser fragmentierten Gesellschaft aufeinander treffen und sich überschneiden, an denen es zu Verschiebungen der Geographien der Macht kommt, an denen Ideen und Überzeugungen gegeneinander ausgefochten werden, können neue hybride und synkretistische Formen der Politikgestaltung und Vorstellungen von Entwicklung entstehen.

Die Provinz Cotopaxi dient als ein Beispiel für zahlreiche andere Regionen, in denen die orthodoxen Entwicklungsparadigmen und damit die Praktiken der technischen und finanziellen Entwicklungszusammenarbeit gescheitert sind. Dies zeigt sich darin, dass trotz der finanziellen Investitionen die sozioökonomischen Indikatoren der Armut in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind.

Die zweite im Rahmen dieser Arbeit aufgeworfene Fragestellung suchte nach Lösungsmöglichkeiten, wie die ländlichen Gemeinderäte gemeinsam mit anderen traditionellen Akteuren endogene Entwicklung anstoßen und somit die Situation der Bürger des ländlichen Raums verbessern können. Endogene, alternative Entwicklungen können nur dann erfolgreich sein, wenn es gleichzeitig zu einer Verschiebung der nationalen Machtlandschaften zugunsten des ländlichen Raums kommt. Wie Foucault (2005) bemerkt, können sich die Mechanismen der Macht in einer Gesellschaft nur verändern, wenn die lokalen Strukturen und alltäglichen Praktiken der Macht neu verhandelt werden. Deshalb sehe ich in den Lokalregierungen, deren Einfluss *prima facie* als unbedeutend gelten könnte, einen möglichen Akteur, der durch seine Bürgernähe und Responsivität das Potential besitzt, die aus vielen Elementen, Ebenen und Akteuren bestehenden *powerscapes* zugunsten des ländlichen Raums zu verschieben und dadurch endogene Entwicklung anzustoßen. Langfristig kann sich die sozioökonomische Situation des ländlichen Raums Ecuadors bzw. Lateinamerikas nur unter der notwendigen Bedingung verbessern, effektive Umverteilungsmechanismen von den Zentren in die Peripherien und von den wirtschaftlichen und politischen Eliten zu der indigenen und mestizischen Unterschicht zu schaffen.

Zur Verschiebung der Geographien der Macht müssen jedoch nicht nur die marginalisierten Akteure und Räume bemächtigt und gestärkt werden, sondern es bedarf auch eines neuen Bewusstseins jener Akteure, auf welche die politische und ökonomische Macht konzentriert ist. Den lokalen und nationalen Eliten muss bewusst werden, dass ihr eigener Wohlstand und ihre eigene Sicherheit von einer Neu- und Umverteilung von Macht abhängig sind. Sie müssen sich vor Augen führen, dass die Abgabe von Macht am Ende positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben wird, da auf diese Weise zu egalisierenden Tendenzen innerhalb der Gesellschaft beigetragen werden kann und somit soziale Konflikte entschärft werden können.

Die Verschiebung der *powerscapes* zugunsten des ländlichen Raums und damit zugunsten bisher marginalisierter Bevölkerungsschichten ist ein erster Schritt. Die ländliche Bevölkerung hat auf diese Weise erstmalig eine eigene Interessensvertretung innerhalb der staatlichen Institutionen zugesprochen bekommen. Ein zweiter, notwendiger Schritt zur Verbesserung der Situation wäre ein Nachdenken, über Möglichkeiten und Wege lokale Ökonomien in diesen peripheren Regionen zu stärken, um damit einhergehend die Lebensgrundlage der Menschen nachhaltig zu sichern. Die Lokalregierungen können mit ihrem geringfügigen Haushalt die lokalen Ökonomien zwar nicht finanziell unterstützen, aber sie können Rahmenbedingungen schaffen, in denen kreative Ideen für den Aufbau dieser Ökonomien und ihr nachhaltiges Wirtschaften entstehen können.

Die untersuchten Lokalregierungen sind damit nicht Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des ländlichen Raums, aber sie sind ein erster Schritt der Marginalisierung des ländlichen Raums zu begegnen.

BIBLIOGRAPHIE

Abrams, D. (1990): Social identity theory. Constructive and Critical Advances, New York.

Agrawal, A. und Ribot, J. (1999): Accountability in Decentralization: A Framework with South Asian and African Cases, in: Journal of Developing Areas, 33 (Summer 1999), S. 473-502.

Almeida Vinueza, J. (2005): The Ecuadorian Indigenous Movement and the Gutiérrez Regime: The Traps of Multiculturalism, in: Political and Legal Anthropology Review, 28 (1), S. 93-111.

Alvares, C. (1992): Science, in: Sachs, W. (Hg.): The Development Dictionary: A Guide to Knowledge as Power, London.

Appadurai, A. (1996): Modernity at large – cultural dimensions of globalization, Minneapolis.

Apter, D. E. (1987): Rethinking Development: Modernization, Dependency and Post-modern Politics, London.

Arboleda, M. (1993): Mujeres en el poder local, in: Arboldea, M, Rodriguez, R. und Saa, Antonieta (Hg.): El Espacio Posible: Mujeres en el Poder Local, Santiago. S. 20-42.

Barrera, A. G., Gallegos; F.R. und Rodríguez, L.J. (1999): Ecuador un modelo para (des)armar. Descentralización, disparidades regionales y modo de desarrollo, Quito.

Barriga López, F. (1976): El Indio en la Provincia Cotopaxi, Quito.

Benz, A. (1995): Politiknetzwerke in der horizontalen Politikverflechtung, in: Jansen, D. und Schubert, K. (Hg.): Netzwerke und Politikproduktion: Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg.

Bhabha, H (Hg.) (1990): Nation and narration, London.

Bieber, L. (1996): Ecuador, in: Bernecker, W., Buve, R., Fisher, J. und Pietschmann, H.(Hg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart. S. 733-759.

Bloom, W. (1990): Personal Identity, National Identity and International Relations, Cambridge.

Blum, V. (2001): Hybridisierung von unten: Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum, Hamburg.

Blunt, A. und McEwan, C. (2002): Postcolonial Geographies, London.

BMZ (2002): Dezentralisierung, Bonn.

BMZ (2006): BMZ Spezial: Good Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit - Ein Positionspapier des BMZ, Bonn.

Boas, E. (1999): "Governance as Multilateral Development Bank Policy: The Case of the African Development Bank and the Asian Development Bank." The European Journal of Development Research, vol. 10, no. 2, 1998. Page 117-134.

Bodemer, K.(Hg.) (2000): Subsidaritätsprinzip, Dezentralisierung und local government - Konzeptionelle Fragen und Fallbeispiele aus drei Kontinenten, Hamburg.

Boeckh, A. (1994): Entwicklungstheorien. Eine Rückschau, in: Nohlen, D. und Nuscheler, F. (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd.1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn. S. 110-130.

Boeckh, A. (2002): Die politische Seite der Globalisierung in Lateinamerika, Weingartener Lateinamerikagesprächen, Weingarten.

Boris, D. (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.

Burton, J. (1990): Conflict: human needs theory, New York.

Butler, J. (1990): Gender trouble: feminism and the subversion of identity, New York.

Campbell, D. (1992): Writing security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Manchester.

Cardoso, F. H. und Enzo, F.. (1979): Dependency and development in Latin America, Berkley.

Casagrande, J. (1981): Strategies of Survival: The Indians of Highland Ecuador, in: Whitten, N. (Hg.): Cultural transformations and ethnicity in modern Ecuador, Chicago. S. 260-277.

Chambers, R. (1983): Rural Development: Putting the Last First, London.

Chambers, R. (1993): Challenging the Professions. Frontiers for rural development, London.

CIUDAD (2005): Sueños y angustias. La descentralización y el desarrollo local en las voces y en las miradas de hoy, Quito.

Cloke, P., Crang, P. und Goodwin, M. (2005): Introducing Human Geographies, London.

Coly, A. und Breckner, E. (2004): Dezentralisierung und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung zur Förderung von Good Governance, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B(15). S.

Conaghan, C. (1994): Politicians Against Parties: Electoralism and the New Economic Fatalism in Ecuador, Kingston.

CONAM (2000): Propuesta del Nuevo Modelo de Gestión para el Ecuador, Quito.

CONAM und GTZ (2004): Estado de Concreción del Proceso de Descentralización en el Ecuador. Línea de Base de la Descentralización a Julio de 2004, Quito.

Conajupare (2001): Plan Estratégico 2002-2005, Quito.

Congreso Nacional del Ecuador (2000): Ley Orgánica de las Juntas Parroquiales Rurales. N0 2000 - 29, Quito.

Congreso Nacional del Ecuador (2001): Reglamento General a la Ley Orgánica de Juntas Parroquiales Rurales. Registro Oficial No. 421, 1894, Quito.

Constantino, R. (1985): Synthetic Culture and Development, Quezon City Philippines.

Corbridge, S. (1993): Ethics in development studies, in: Schurmann, F. (Hg.): Beyond the impasse, London. S. 123-139.

Corkill, D. und Cubitt, D. (1987): Ecuador - Fragile Democracy, London.

Crain, M. (1990): The social construction of natinal identity in Highland Ecuador, in: Anthropological Quarterly, XV (3), S. 43-59.

Crook, R. C. und Manor, J. (1998): Democracy and Decentralization in South-East Asia and West Africa: Participation, Accountability, and Performance, Cambridge.

Crush, J. (1994): Post-colonialism, de-colonization and geography, in: Godlewska, A. und Smith, N. (Hg.): Geography and Empire, Oxford. S. 333-350.

Crush, J. (1995): Imagining Development, in: Crush, J. (Hg.): Power of development, London. S. 1-26.

Cutter, C. (2000): The Legal System as a Touchstone of Identity in Colonial New Mexico, in: Roniger, L. und Herzog, T. (Hg.): The Collective and the Public in Latin America: Cultural Identities and Political Order, Brighton. S. 57-70.

De la Torre, C. (2005): Von Velasco Ibarra zu Abdalá Bucaram: eine kritische Bilanz der Populismus Diskussion, in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador - Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 43-56.

De la Torre, C. (2006): Ethnic Movements and Citizenship in Ecuador, in: Latin American Research Review, 41 (2), S. 247-259.

Durán, A. (2005): Desarrollo y planificación: El campo de la gestión en comunicación-educación, in: tram[p]as de la comunicación y la cultura, (4).

Escobar, A. (1992): Imagining a post-development era? Critical thought, developent and social movments, in: Social Text, 31 S. 20-56.

Escobar, A. und Alvarez, S. E. (Hg.)(1992): The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy, and Democracy, San Fransisco.

Escobar, A. (1995): Imagining a Post-Development Era, in: Crush, J. (Hg.): Power of Development, London. S. 211-227.

Escobar, A. (1996): La Invención Tercer Mundo. Construcción y Deconstrucción del Desarrollo, Bogotá.

Escobar, A. (2005): The making and unmaking of the third world through development, in: Rahnema, M. und Bawtree, V. (Hg.): The post-development reader, Dhaka. S. 85-94.

Esteva, G. (1992): Development, in: Sachs, W. (Hg.): The Development Dictionary: A Guide to Knowledge as Power, London.

Faust, J., et al. (2005a): State Reform and Development Cooperation: The Political Economy of Decentralization in Ecuador, Bonn.

Faust, J., et al. (2005b): Staatskrise in Ecuador, in: Brennpunkt Lateinamerika, 9. S. 105-115.

Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin.

Foucault, M. (1980): Power/ knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977, New York.

Foucault, M. (1995) [1976]: Discipline and Punish. The Birth of the Prison, New York.

Foucault, M. (2005): Analytik der Macht, Frankfurt am Main.

Frank, A. G.,und Stavenhagen, L. V. (1975): Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung, Berlin.

Frank, E. (1990): Ecuador, Mai's Weltführer, Frankfurt.

Frank, E. (1992): Geschichte und Utopie: Die indianistische Bewegung in Ecuador, in: Dirmoser, D. (Hg.): Die Wilden und die Barbarei, Münster. S. 54-73.

Frank, J. (2002): La Ruta Crítica de la Descentralización en el Ecuador (1950-2001), in: CONAM und GTZ (Hg.): Línea de Referencia – los Procesos de Descentralización en Argentina, Bolivia, Brasil, Chile, Colombia, Ecuador, Perú y Venezuela, Quito. S. 85-98.

Freire, P. (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek.

Friedman, T.L. (2006): First Law of Petropolitics, in: Foreign Policy May/ June 2006. S. 29-36.

Garcia Serrano, F. (2005): Von sozialer Bewegung zu politischer Partei: Der Fall der plurinationalen Einheitsbewegung Pachakutik Ekuadors. Beitrag zum Seminar "Linksparteien in Lateinamerika", Sao Paulo.

Giddens, A. (1984): The Constitution of Society, Los Angeles.

Giddens, A. (1997) [1990]: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main.

Grindle, M. (1997): Challenging the State. Crisis and Innovation in Latin America and Africa, Cambridge.

GTZ (2004): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn.

Guzmán, M. A. (1994): Bicentralismo y pobreza en el Ecuador, Quito.

von Haldenwang, C. (1994): Dezentralisierung und Anpassung in Lateinamerika. Argentinien und Kolumbien, Tübingen.

Halfacree, K. H. (1993): Locality and Social Representation: Space, Discourse and Alternative Definitions of the Rural, in: Journal of Rural Studies, 9 (1), S. 23-37.

Hamilton, S. (1998): The two-headed household - Gender and Rural Development in the Ecuadorian Andes, Pittsburgh.

Handelsman, M. (2000): Culture and customs of Ecuador, Westport, Conn.

Hanf, V. (2005): Ecuador. Land der Gegensätze. Ein Hintergrundbericht, Bottrop.

Haushofer, K. (1934): Weltpolitik von heute, Berlin.

Henze, J. (2007): Ein bolivarianischer Aufbruch? Nach dem Wahlsieg des Linkskandidaten Rafael Correa, in: Lateinamerika Nachrichten, 391 S. 14-16.

Hettne, B. (1995): Development Theory and the Three Worlds, London.

Hirschman, A. O. (1981): Essays in trespassing. Economics to politics and beyond, Cambridge.

Hoffmann, K.-D. (1985): Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Der Fall Ecuador unter besonderer Berücksichtigung des Militärregimes 1972-79, Breitenbach-Saarbrücken.

Hoffmann, K.-D. (1998a): Ecuador - ein unregierbares Land? Charakteristika und Konsequenzen des Phaenomens der ingobernabilidad, in: KAS Auslandsinformation, 1. S. 48-71.

Hoffmann, K.-D. (1998b): "Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politische Institutionengefüge im Dauerstress, in: Mesa Redonda, Heft 10, Eichstätt.

Hoffmann, K.-D. (2005a):Ecuador und seine Militärregierungen, (unveröffentlicht).

Hoffmann, K.-D. (2005b): Erdöl, Erdölpolitik und Wirtschaftsentwicklung, in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador - Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 193-234.

Hofmeister, W. (1992): Dezentralisierung in Lateinamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B(28). S. 3-13.

Hoy, D. (1989): Power, Repression, Progress: Foucault, Lukes, and the Frankfurt School, in: Hoy, D. (Hg.): Foucault: a Critical Reader, Oxford. S. 123-147.

Huntington, S. P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman.

Hurtado, O. (1996): Ecuador: un problema de gobernabilidad, Quito.

Hurtado, O. (2004): „Cultura Política", in: ILDIS (Hg.): Léxico político ecuatoriano. , Quito. S. 107-111.

Ibáñez, J. (1998): Nuevos Avances en la Investigación Social, Barcelona.

Ibarra, A. (1992): Los indígenas y el estado en el Ecuador, Quito.

ILDIS (2002): Realitäten und Perspektiven der ecuadorianischen Demokratie- Die Rolle der politischen Kultur, Quito.

Instituto Internacional de Gobernabilitat de Catalunya (2005): Perfiles nacionales de gobernabilidad – República del Ecuador. Quito.

Illy, H. F. (1986): Dezentralisierung und Entwicklung. Anmerkungen zu einigen neueren Ansätzen, in: Illy, H. F. und Schimitzek, K. (Hg.): Entwicklung durch Dezentralisierung? – Studien zur Kommunal- und Regionalverwaltung in der Dritten Welt, München. S. 9-25.

Instituto Geografico Militar del Ecuador (1999): Mapa físico del Ecuador, Quito.

Jabri, V. (1996): Discourses on violence, Manchester.

Jelin, E. (Hg.) (1990): Women and social change in Latin America, London.

Kiely, R. (1999): The last refuge of the noble savage? A critical account of post-development, in: European Journal of Development Research, 11 (1). S. 30-55.

Köhler, J. (2003): Good Governance, Eschborn.

König, H.-J. (1992): Ecuador, Kolumbien, Venezuela, in: Bernecker, W., Buve, R., Fisher, J. und Pietschmann, H.:,(Hg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart. S. 578-619.

König, K. (2001): Zum Governance Begriff, in: König, K. und Adam, M. (Hg.): Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, Speyer. S. 1- 9.

König, K. und Adam, M. (Hg.) (2001): Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, Speyer.

Koolman, J. (Hg.) (1993): Modern Governance. New Government-Society Interactions, London.

Kothari, R. (1988): Rethinking Development: In search of Human Alternatives, Dehli.

Kothari, R. (2005): Postcolonialism, in: Forsyth, T. (Hg.): Encyclopedia of International Development, London. S. 541-543.

Krennerich, M. (2003): Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren., in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B(38-39).

Lalander, R. (2005): Descentralización en América Latina, Venezuela y Bolivia, in: Ecuador Debate: Dimensiones de la cuestión regional. Nr. 65. S. 195-222.

Lamnek, S. (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch, Weinheim.

Larrea, C. (2004): Pobreza, dolarización y crisis en Ecuador, Quito.

Latouche, S. (1993): In the wake of the affluent society: an exploration of Post-Development, London.

Latour, B. (2005): Reassembling the social - an introduction to actor-network-theory, Oxford.

Laurie, N., Andolina, R. und Radcliffe, S. (2003): Indigenous Professionalization. Transnational Social Reproduction in the Andes, in: Antipode, 35 (3), S. 463-491.

Laurie, N., Andolina, R. und Radcliffe, S. (2005): Ethnodevelopment: Social Movements, Creating Experts and Professionalising Indigenous Knowledge in Ecuador, in: Antipode, 37 (3), S. 470-496.

Lind, A. (2005): Gendered paradoxes: women's movements, state restructuring, and global development in Ecuador, University Park,.

Little, J. (2002): Gender and Rural Geography - Identity, Sexuality and Power in the Countryside, Harlow.

Lucero, J. A. (2006): The Challenge of Indigenous Authenticity and Strategic Constructivism in Ecuador and Bolivia, in: Latin American Research Review, 41 (2), S. 31-55.

Luhmann, N. (1975): Macht, Stuttgart.

Lukas, M. (2005): Die Rebellion der Forajidos, in: Lateinamerika Nachrichten, 372 (Juni 2005), S. 6-8.

Macas, L., Belote, L. und Belote, J. (2003): Indigenous Destiny in Indigenous Hands, in: Whitten, N. (Hg.): Millennial Ecuador. Critical Essays on Cultural Transformations and Social Dynamics, Iowa City. S. 216-242.

Mainwaring, S. und Scully, T. (1995): Introduction: Party Systems in Latin America, in: Mainwaring, S. und Scully, T. (Hg.): Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America, Stanfort. S. 1-36.

Mallon, F. (1996): Constructing mestizaje in Latin America: authenticity, marginality and gender in the claiming of ethnic identities, in: Journal of Latin America Anthropology, 2(1). S. 170-181.

Mallon, F. (2005): Pathways to Postcolonial Nationhood: The Democratization of Difference in Contemporary Latin America, in: Loomba, A., Kaul, S., Bunzl, M., Burton, A. und Esty, J. (Hg.): Postcolonial Studies and Beyond, Durham. S. 273-291.

Malthus, T. R. (1798): An essay on the principle of population as it affects the future improvement of society, London.

Manor, J. (1999): The Political Economy of Democratic Decentralization, Washington.

Massey, D. (1993): Power-geometry and a progressive sense of place, in: Bird, J., Curtis, B., Putnam, T. und Robertson, G. (Hg.): Mapping the Futures: Local Cultures, Global Change, London. S. 59-69.

Massey, D. (1994): Space, place and gender, Cambridge.

Massey, D. (1995): The conceptualization of place, in: Massey, D. und Jess, P. (Hg.): A Place in the World? Oxford. S. 45-87.

Massey, D. (1999a): Imagining globalisation: power-geometries of time-space, in: Massey, D. (Hg.): Power-Geometries and the Politics of Space-Time., Heidelberg. S. 9-23.

Massey, D. (1999b): Philosophy and politics of spatiality: some considerations, in: Massey, D. (Hg.): Power-Geometries and the Politics of Space-Time, Heidelberg. S. 27-42.

Massey, D. (2004): Geographies of Responsibility, in: Geografiska Annaler, 86, B(1), S. 5-18.

Max-Neef, M. (1991): Human Scale development, New York.

Mayring, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim.

Melhuus, M. und Stølen, K. A. (Hg.) (1996): Machos, Mistresses, Madonnas: Contesting the Power of Latin American Gender Imagery, London.

Menjívar, C. (Hg.) (2001): Through the eyes of women - gender, social networks, family and structural change in Latin America and the Caribbean, Willowdale.

Metzger, U. (2001): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Finanzielle Dezentralisierung und Sustainable Human Development, Würzburg.

Meyers, A. (2005): Ecuador: Globalisierung, Nationalstaat und indianisches Erbe., in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador – Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 26-42.

Miles, A. (2004): From Cuenca to Queens: An Anthropological Story of Transnational Migration, Austin.

Minker-Bünjer, M. (1999): Ecuadors wirtschaftliche Dauerkrise: Scheitert die Regierung von Jamil Mahuad? in: Brennpunkt Lateinamerika, 24. S. 209-220.

Minker-Bünjer, M. (2004): Gratwanderung: Krisen, Anpassungspolitik und sozio-politische Ausgrenzung in Ekuador, in: Kurtenbach, S. et al. (Hg.): Die Andenregion - neuer Krisenbogen in Lateinamerika, Frankfurt a. Main. S. 225-268.

Minker-Bünjer, M. und Sánchez López, F. (2004): Ein Jahr Regierung Lucio Gutiérrez in Ecuador. Militärische Intelligenz als Stolpersteine, in: Brennpunkt Lateinamerika, 2. S. 13-23.

Mols, M. (1985): Demokratie in Lateinamerika, Stuttgart.

Mols, M. (1987): Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika., in: Hättich, M. (Hg.): Zum Staatsverständnis der Gegenwart, München. S. 185-220.

Montero, A. und Samuels, D. (2004): The Political Determinants of Decentralization in Latin America: Causes and Consequences, in: Montero, A. und Samuels, D. (Hg.): Decentralization and Democracy in Latin America, Notre Dame, Indiana. S. 3-35.

Morriss, P. (1987): Power: A Philosophical Analysis, Manchester.

Pieterse, J. N. (2000): After post-development, in: Third World Quarterly, 21 (2). S. 175-191.

Pieterse, J. N. (1998): Alternative Development, in: Development and Change, 29. S. 343-373.

Pieterse, J. N. (2001): Development Theory - Deconstructions/ Reconstructions, London.

Pieterse, J. N. und Parekh, B. (1995): The Decolonization of imagination: Culture, Knowledge and Power, London.

Nickson, A. (1995): Local Government in Latin America, Boulder.

Nohlen, D. (1991): Descentralización política. Perspectivas comparadas, in: Nohlen, D. (Hg.): Descentralización política y consolidación democrática. Europa - América del Sur, Caracas. S. 357-383.

Nohlen, D. und Nuscheler, F. (1994): Handbuch zur Dritten Welt. Bd.1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn.

Nolte, D. (1991): Procesos de descentralización en América Latina: enfoque comparativo, in: Nohlen, D. (Hg.): Descentralización Política y Consolidación Democrática, Caracas. S. 73-85.

Nuscheler, F. (2001): Warum brauchen wir Entwicklungstheorien? in: Thiel, R. E. (Hg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, Bonn. S. 389-399.

Ó Tuathail, G. (1996): Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space, Minneapolis.

Oksenberg Rotry, A. (1992): Power and Powers: A Dialogue Between Buff and Rebuff, in: Wartenberg, T. (Hg.): Rethinking Power, New York. S. 1-13.

Ostrom, E. (1996): Crossing the Great Divide: Coproduction, Synergy and Development in: World Development, 24 (6). S. 1073-1087.

Overbeck, G. (2005): Die Präsidentschaft von Lucio Gutiérrez. Zum Stand der Demokratie in Ekuador, Marburg.

Oxhorn, P. (2004): Unraveling the Puzzle of Decentralization, in: Oxhorn, P., Tulchin, J. S. und Selee, A. D. (Hg.): Decentralization, Democratic Governance, and Civil Society in Comparative Perspective. Africa, Asia, and Latin America, Washington D.C. S. 3-32

Oxhorn, P. (2003): Social Inequality, Civil Society and the Limits of Citizenship in Latin America, in: Eckstein, S. und Wickham-Crowley, T. (Hg.): The Politics of Injustice in Latin America. Fighting for Fainress in Latin America, Berkley. S. 35-63.

Paliz, B. (2002): Indigene Bewegung in Ecuador als neue gesellschaftspolitische Kraft - Eine kulturpoli-tische Analyse, Salzburg.

Pfeifer, W. (Hg.) (1993): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Berlin.

Pietschmann, H. (1980): Die staatliche Organisation des kolonialen Iberoamerikas, Stuttgart.

Porter, D. (1995): Scenes from Childhood - The homesickness of development discourses, in: Crush, J. (Hg.): Power of Development, London. S. 63-86.

Power, M. (2003): Rethinking Development Geographies, London.

Prebisch, R. (1968): Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin.

Radcliffe, S. (1997): The Geographies of Indigenous Self-representation in Ecuador: Hybridity, Gender and Resistance, in: European Review of Latin America and Caribbean Studies, 63. S. 9-27.

Radcliffe, S., Laurie, N. und Andolina, R. (2002): Reterritorialised Space and Ethnic Political Participation: Indigenous Municipalities in Ecuador, in: Space & Polity, 6 (3). S. 289-305.

Radcliffe, S. (2005a): Development and geography: towards a postcolonial development geography?, in: Progress in Human Geography, 29 (3). S. 291-298.

Radcliffe, S. (2005b): Rethinking Development in: Cloke, P., Crang, P. und Goodwin, M. (Hg.): Introducing Human Geographies, London. S. 209-219.

Radcliffe, S. und Laurie, N. (2006): Indigenous groups, culturally appropiate development, and the socio-spatial fix of Andean development, in: Radcliffe, S. (Hg.): Culture and development in a globalizing world, London. S. 83-106.

Radcliffe, S., Laurie, N. und Andolina, R. (2002): Reterritorialised Space and Ethnic Political Participation: Indigenous Municipalities in Ecuador, in: Space & Polity, 6 (3). S. 289-305.

Radcliffe, S. und Westwood, S. (1996): Remaking the Nation. Place, identity and politics in Latin America, London.

Radding, C. (2005): Landscapes of Power and Identity. Comparative Histories in the Sonoran Desert and the Forests of Amazonia from Colony to Republic, Durham.

Rahnema, M. (1997a): Afterword - Towards Post-Development searching for signposts, a new language and new paradigms, in: Rahnema, M. und Bawtree, V. (Hg.): The Post-Development Reader, Dhaka. S. 377-429.

Rahnema, M. und Bawtree, V. (1997b): The Post-Development Reader, Dhaka.

Ratzel, F. (1940): Erdenmacht und Völkerschicksal. Eine Auswahl aus seinen Werken, Stuttgart.

Red Interamericana Agricultura y Democracia (1998): Organizaciones campesinas indígenas y poderes locales: propuestas para la gestión participativa del desarrollo local, Quito.

Requejo, F. (1999): Cultural Pluralism, Nationalism and Federalism. A Revision of Democratic Citizenship in Plurinational States, in: European Journal of Political Research, 35 (2). S. 255-286.

Rist, G. (2002): The History of Development: from Western Origins to Global Faith, London.

Rivera Vélez, F. und Ramírez Gallegos, F. (2005): Ecuador: Democracy and Economy in Crisis, in: Crandall, R., Paz, G. und Roett, R. (Hg.): The Andes in Focus: Security, Democracy and Economic Reform, London. S. 121-149.

Rondinelli, D. A. und Cheema, G. S.. (1983): Decentralization and Development, Nagoya

Roseneil, S. und Seymour, J. (Hg.) (1999): Practicing Identities: Power and Resistance, London.

Rosenfeld, A. (2000): Los gobiernos locales en América Latina, Biblioteca virtual TOP.

Rostow, W. (1964): The economics of take-off into sustained growth. Proceedings of a conference held by the International Economic Association, London.

Rubio Orbe, G. (1987): Los Indios Ecuatorianos, Quito.

Rüland, J. (1993): Politisch-institutionelle Reformen und Dezentralisierung: Thesen zum Forschungsstand, in: Simon, K., Stockmayer, A. und Fuhr, H..(Hg.): Subsidiarität in der Entwicklungszusammenarbeit. Dezentralisierung und Verwaltungsreformen zwischen Strukturanpassung und Selbsthilfe, Baden-Baden. S. 181-195.

Sachs, W. (1992): The development dictionary, London.

Said, E. (1979): Orientalism, New York.

Said, E. (1983): The World, the Text, the Critic, Cambridge, Mass.

Said, E. (1993): Culture and imperalism, London.

Sanchez, F. (2005): Regierungen, politische Parteien und Demokratie in Ecuador – Überlegungen 25 Jahre danach, in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador - Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 57-70.

Schierstaedt, N. (2006): Indigene in Ecuador. Zwischen institutioneller Einflussnahme und Strassenkampf, in: KAS Auslandsinformation, 5. S. 70-105.

Schumpeter, J. A. (1975) [1942]: From Capitalism, Socialism and Democracy, New York.

Schuurman, F. J. (1993): Beyond the impasse - new directions in development theory, London.

Seligson, M.und Cordova, A. (2006): Auditoria de la Democracia 2006, Quito.

Selverston-Scher, M. (2001): Ethnopolitics in Ecuador: Indigenous rights and the strengthening of democracy, Miami.

Sen, A. (1987): Commodities and Capabilities, New Delhi.

Sen, A. (1999): Development as Freedom, Oxford.

Sen, A. (2000): Der Lebensstandard, Hamburg.

Seymour, S. und Short, C. (1994): Gender, church and people in rural areas, in: Area, 26 S. 45-56.

Shanin, T. (1997): The idea of progress, in: Rahnema, M. (Hg.): The post-development reader, Dhaka. S. 65-73.

Shrestha, N. (1995): Becoming a development category, in: Crush, J. (Hg.): Power of Development, London. S. 266-277

Silva, E. (1991): Los mitos de la ecuadorianidad: ensayo sobre la identidad nacional, Quito.

Simon, K. (2001): Local Governance und Verwaltungskultur in Entwicklungsländer, in: König, K. und Adam, M. (Hg.): Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, Speyer. S. 99-127.

Sinha, R. (1992): Geography and Rural Development, New Delhi.

Slater, D. (1992): Theories of development and the politics of the postmodern, in: Development and Change, 23. S. 283-319.

Smith, A. (1974)[1776]: Der Wohlstand der Nationen, München.

Stark, L. R. (1981): Folk models of stratification and ethnicity in the higlands of northern Ecuador, in: Whitten, N. E. (Hg.): Cultural transformations and Ethnicity in Modern Ecuador, Urbana. S. 387-401.

Stein, S. und Stein, B. (1970): The Colonial Heritage of Latin America. Essays on Economic Dependence in Perspective, Oxford.

Steineich, M. (2001): Governance als Ansatz der GTZ, in: König, K. und Adam, M. (Hg.): Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, Speyer. S. 157-176.

Ströh, C. (2005): Die indigene Bewegung in die Politik Ecuadors: neue Akteure und ein neuer politischer Stil in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador - Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 81-100.

Stutzman, R. (1981): El mestizaje: an all-inclusive ideology of exclusion, in: Whitten, N.E. (Hg.): Cultural transformations and ethnicity in modern Ecuador, Chicago. S. 45-95.

Sunkel, O. (1993): Development from within - toward a neostructuralist approach for Latin America, Boulder.

Terán, F. (1952): Geografía del Ecuador, Quito.

Thiel, R. E. (2001): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, Bonn.

Tituaña Males, A. (2005): Cotacachi: ein Beispiel partizipativer Demokratie und lokaler Entwicklung, in: Sevilla, R. und Acosta, A. (Hg.): Ecuador - Welt der Vielfalt, Bad Honnef. S. 71-80.

Tönnies, F. (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft, Leipzig.

Tocqueville, A. (1835): De la Democratie en Amérique, Paris.

United Nations (2000): Dialogo 21- Las Juntas Parroquiales Rurales, Quito.

Uquillas, J. und Mundial, B. (2002): Fortalecimiento de la Capacidad de Autogestión de las Organizaciones Indígenas en el Ecuador: el caso de PRODEPINE, 1st Latin American Studies Association Conference on Ecuadorian Studies, Quito.

Vallejo, M. und Pérez, A. (2005): Perspectivas para Construir el Gobierno Intermedio en Ecuador, Quito.

Véliz, C. (1980): The Centralist Tradition of Latin America, Princeton, N.J.

Verdesoto Custode, L. (2001): Descentralizar, grados de autonomía para enriquecer a la democracia, Quito.

Wade, P. (1993): Blackness and Race Mixture: the Dynamics of Racial Identity in Colombia, Baltimore.

Walby, S. (1990): Theorizing Patriarchy, Oxford.

Wallerstein, I. (1991): Geopolitics and geoculture - essays on the changing world-system, Cambridge.

Wartenberg, T. (1990): The forms of power, Philadelphia.

Watts, M. (1995): A New Deal in Emotions - Theory and practice and the crisis of development, in: Crush, J. (Hg.): Power of Development, London. S. 44-62.

Watts, M. (2003): Alternative Modern - Development as Cultural Geography, in: Anderson, K., Domosh, M., Pile, S. und Thrift, N. (Hg.): Handbook of Cultural Geography, London. S. 433-453.

Watts, M. (2005): Postmodernism and postdevelopment, in: Forsyth, T. (Hg.): Encyclopedia of International Development, New York. S. 546-550.

Weinman, L. (1970): Ecuador and Cacao: Domestic Responses to the Boom-Collapse Monoexport Cycle (Dissertation), Los Angeles.

Weiss, T. (2000): Governance, good governance and global governance: conceptual and actual challenges. in: Third World Quarterly, 21 (5). S. 795-814.

Weltbank (2005): Descentralization, Washington D.C.

Whitaker, M. und Colyer, D. (1990): Agriculture and economic survival, Boulder.

Whitten, N. E. (Hg.) (1981): Cultural Transformations and Ethnicity in Modern Ecuador, Urbana.

Whitten, N.E. (2004): Actualidades: Ecuador in the New Millenium, 25 Years of Democracy, in: The Journal of Latin American Anthropology, 9 (2). S. 439-460.

Willis, E., Garman, C. und Haggard, S. (1999): The Politics of Decentralization in Latin America, in: Latin American Research Review, 34 (1). S. 7-56.

Wittelsbürger, H. und Morgenstern, J. (2006): Der steinige Weg der Dezentralisierung. Warum Chile zunächst zentralistische bleibt, in: KAS Auslandsinformation, 6. S. 106-127.

Woods, M. (2005): Rural Geography, London.

Wray, N. (1989): La constitución del movimiento étnico-nacional indio en Ecaudor, in: América indígena, 49 (1). S. 77-99.

Yashar, D. (2005): Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge, Cambridge.

Young, R. (2003): Postcolonialism - a very short introduction, Oxford.

Zamosc, L. (2003): Agrarian Protest and the Indian Movement in the Ecuadorian Highlands, in: Langer, E. und Munoz, E. (Hg.): Contemporary indigenous movements in Latin America, Wilmington. S. 37-64.

Zapf, W. (1987): Aufsätze zur Wohlfahrtsforschung und zur Modernisierungstheorie, Mannheim.

INTERNET

Banco del Estado (2001): PEA por estructuras porcentuales según rama de actividad económica. www.bancoestado.com, 1.2.2007

Bertelmann (2006): Bertelmann Transformations Index: Ländergutachten Ecuador. http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/de/2003/LatinAmericaAndTheCaribbean/Ecuador.pdf, 24.08.2009

Cedatos: http://www.cedatos.com.ec, 24.08.2009

Centro de Estudios Latinoamericanos de la Universidad de Georgetown (2001): Programa Colombia - Revisión Constitucional y Legal. http://pdba.georgetown.edu/Decen/Ecuador/funciones_loc_ecu.html, 24.08.2009

CEPLAES (1997): Nada Justifica la Violencia. http://ecuadorvolunteer.org, 29.1.2007.

CODENPE: http://www.codenpe.gov.ec, 24.08.2009

CNE, Consejo Nacional Electoral (2009): http://www.cne.gov.ec, 24.08.2009

Diario Hoy (2004): "el dinero se va en gastos burocráticos". http://www.hoy.com.ec, 26.6.2004

El Comercio: http://www.elcomercio.com.ec, 24.08.2009

Frente Social (2007): Sistema Integrativo de Indicadores Sociales del Ecuador. http://www.siise.gov.ec, 24.08.2009

Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Ecuador und das Problem der Migration. http://www.fes.de/aktuell/focus_interkulturelles/focus_1/documents/3.pdf, 24.08.2009

INEC (2001): Evolución de la población urbana y rural, Censos 1950-2001 – nacional.: http://www.inec.gov.ec, 24.08.2009

Latino Barometro. http://www.latinobarometro.org,24.08.2009

Pachakutik (2007): Propositos y Principios del Movimiento de Unidad Plurinacional – Nuevo País. In: http://www.pachakutik.org.ec, 12.2.2007.

Rabeneick, M. (2002): Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Ecuador, in: KAS Auslandsinformation. http://www.kas.de/publikationen/2002/998_dokument.html, 24.08.2009

Rothfritz, H. (2005): Quo vadis Ecuador? in: KAS Auslandsinformation. http://www.kas.de/publikationen/2005/6610_dokument.html, 24.08.2009

Transparency International (2007): http://www.transparency.org, 24.08.2009

Talcualdigital (2007): http://www.talcualdigital.com, 27.1.2007

The Economist (2006): The Latinobarómetro poll. The democracy dividend, 9th December 2006. http://www.economist.com/displayStory.cfm?Story_ID=E1_RPRTSRJ, 24.08.2009

Truman, H. (1949): Inaugural Address of the Presidents of the United States. http://209.10.134.179/124/pres53.html, 24.08.2009

Votebien: http://www.votebien.ec/resultados.htm, 1.3.2007.

MESA REDONDA

Neue Folge/Nueva Serie:

1. GINER, Salvador:
   La Modernización de la Europa Meridional. Una Interpretación Sociológica. (März 1995), 48 S.

2. HOFFMANN, Karl-Dieter:
   Ökonomischer Fortschritt und soziale Marginalisierung: Die historische Genese des brasilianischen Wachstums- und Entwicklungsmodells. Eine Skizze. (November 1995), 86 S.

3. KOHUT, Karl; Günter MERTINS:
   Cuba en 1995. Un diálogo entre investigadores alemanes y cubanos. (November 1995), 146 S.

4. LEWIS, Colin M.:
   The Argentine: from economic growth to economic retardation (1850s-1980s). A review of the economic and social history literature. (September 1996), 24 S.

5. ESSER, Klaus:
   ¿Son competitivos los países latinoamericanos en el mercado mundial? Crecientes desafíos, difíciles respuestas. (November 1996), 34 S.

6. GOETZE, Dieter:
   Cambios actuales en las relaciones de género en España. (Dezember 1996), 23 S.

7. PRIES, Ludger; Richard REICHEL; Rüdiger ZOLLER:
   Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz. (Februar 1997), 66 S.

8. BODENMÜLLER, Thomas:
   El mundo del hampa a través de Quevedo: Análisis de la jácara "Estábase el padre Ezquerra". (Oktober 1997), 37 S.

9. BERNECKER, Walther L. (comp.):
De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva. (Oktober 1997), 143 S.

10. HOFFMANN, Karl-Dieter:
"Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politisches Institutionengefüge im Dauerstreß. (Februar 1998), 52 S.

11. KOHUT, Karl (ed.):
La recepción de la cultura alemana en América Latina. Cinco visiones. (Februar 1998), 90 S.

12. SCHEERER, Thomas M.:
Gramáticas de la memoria. Antonio Muñoz Molina: Beatus Ille (1986) y El jinete polaco (1991). (Oktober 1998), 25 S.

13. STECKBAUER, Sonja M. (ed.):
La novela latinoamericana entre historia y utopía. (September 1999), 205 S.

14. KOHUT, Karl; María del Carmen BARCIA ZEQUEIRA; Günter MERTINS (eds.):
Cien años de Independencia de Cuba. II Simposio Cuba-Alemania. Vol. I y II. (Dezember 1999), 339 S.

15. MANSILLA, H. C. F.:
Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika. Eine neue Ideologie der Staatsbürokratie und der herrschenden Eliten? (Juni 2000), 73 S.

16. SCHUMACHER, Peter:
Journalisten in Kolumbien. Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis. (Mai 2001), 155 S.

17. GEBHARDT, Thomas:
Journalismus in Bolivien. Einflüsse auf Medieninhalte: Fallstudie zur Berichterstattung über die Wasserprivatisierung in Cochabamba. (Oktober 2002), 179 S.

18. GAY-SILVESTRE, Dominique:
Navegaciones y borrascas: Monika Krause y la educación sexual en Cuba (1979 - 1990). (Februar 2003), 127 S.

19. BERNECKER, Walther L. (comp.):
Memoria histórica, análisis del pasado y conciencia colectiva: casos latinoamericanos. (Mai 2003), 149 S.

20. ZOLLER, Rüdiger (Hg.):
Panama: 100 Jahre Unabhängigkeit. Handlungsspielräume und Transformationsprozesse einer Kanalrepublik. (Mai 2004), 224 S.

21. KESTLER, Thomas A.:
Die Krise in Venezuela im Jahr 2002 aus brasilianischer und US- amerikanischer Sicht. (April 2005), 113 S.

22. GRUNDBERGER, Sebastian:
Zwischen traditioneller Milieubindung und Modernisierung: Die politischen Parteien im Chile post Pinochet. Eine Studie am Beispiel von PDC und UDI. (September 2005), 124 S.

23. BERNECKER, Walther L.; Thomas FISCHER:
Intereses y conflictos en las relaciones europeas y estadounidenses con América Latina, siglo XIX. (September 2006), 110 S.

24. SCHUSTER, Sven:
"I took Panama". Die Separation Panamas in der Sicht der neueren Historiografie Panamas, Kolumbiens und der USA. (Dezember 2006), 88 S.

25. SCHURR, Carolin:
Andean Rural Local Governments in-between Powerscapes. Die Lokalregierungen der Provinz Cotopaxi, Ecuador.(September 2009), 142 S.

Universitätsbibliothek
Eichstätt (06)